Der Brandenburger als Reichstagswähler

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung der Doktorwürde
genehmigt
von der Philosophischen Fakultät
der
Friedrich-Wilhelms-Universität
zu Berlin

von

Robert Frank
aus Berlin

Tag der Promotion: 28. Februar 1934
Tag der mündlichen Prüfung: 14. Dezember 1933

181

Referenten:

Professor Dr. Walther Vogel

Professor Dr. Fritz Hartung

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Druckfehler-Berichtigung:

Seite	8	(Tabelle 4) lies Seite **40** statt 41
Seite	11	(Anmerkung 1) lies Seite **61** ff statt 63
Seite	75	(Zeile 15 von oben) lies **24 000** statt 24400
Seite	173	ergänze die Seitenzahl
Seite	47	des Anhangs (F1; 1884) lies **F 26,54** **NL 0,00** statt umgekehrt

Der Brandenburger als Reichstagswähler

Robert Frank

Der Brandenburger als Reichstagswähler

Erster Band
1867/71 bis 1912/14

Carl Heymanns Verlag
Berlin 1934

Verlagsarchiv 10794

Druck August Scherl G. m. b. H., Berlin
Karten und Schaubilder Wendodruck der Fa. Anastasia
(Frommhold & Wendler), Leipzig

Vorwort

Die vorliegende Abhandlung ist Ende 1932 abgeschlossen und im Juni 1933 der Philosophischen Fakultät der Friedrich-Wilhelms-Universität zu Berlin als Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde eingereicht worden.

Bereits während der Ausarbeitung entstand der Plan, das Thema bis auf die Gegenwart weiterzuführen. Durch die nationale Revolution des Januar/März 1933 ist für Deutschland nicht nur das parlamentarische Regierungssystem überwunden, sondern wohl auch die Epoche des herkömmlichen allgemeinen Wahlrechts abgeschlossen. Damit ist für die Arbeit ein so ideal eindeutiger zeitlicher Endpunkt gegeben, wie er sich für historische Themen selten bietet.

Ich kann daher hoffen, den abschließenden zweiten Band in Kürze zu vollenden.

Berlin-Steglitz, im Spätherbst 1933

Robert Frank

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41550810_0054

Inhalt

Seite

Einleitung und Thema 9

Methode und Quellen 10

Die Wahlkreise und ihre Bevölkerung 11

Die Parteien 15

Die Organisation der Parteien 17

Die Reichstagswahlen und ihre Ergebnisse 26

Die einzelnen Wahlen im Rahmen der politischen Entwicklung 29

Die Wahlen und ihre Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen 52

1. Berlin Seite 52

2. Provinz Brandenburg

P 1	Seite 78	F 1	Seite 131
P 2	Seite 83	F 2	Seite 134
P 3	Seite 86	F 3	Seite 138
P 4	Seite 89	F 4	Seite 142
P 5	Seite 93	F 5	Seite 147
P 6	Seite 97	F 6	Seite 150
P 7	Seite 103	F 7	Seite 153
P 8	Seite 109	F 8	Seite 157
P 9	Seite 115	F 9	Seite 161
P 10	Seite 120	F 10	Seite 165

Zusammenfassung 169

Schluß 174

Anhang

Seite

Quellen und Literatur 1

Zeitungen 4

Mandatszahlen und Mandatsdauer 6

Kandidatenliste, alphabetisch 6

Die Reichstagswahlkreise der Mark Brandenburg 31

Tabelle 1 (Zahlen der Wahlberechtigten) 32

Tabelle 1a (Einwohnerzahlen) 34

Tabelle 2 (Verteilung der Wahlberechtigten auf Ortsgrößenklassen) . . . 35

Tabelle 3 (Mitgliederzahlen der Sozialdemokratie) 39

Tabelle 4 (Auflage- und Bezieherzahlen der sozialdemokratischen Tageszeitungen) 41

Tabelle 5 (Ergebnisse der Reichstagshauptwahlen) 42

Tabelle 6 (Übersicht über die Kandidaturen) 50

Tabelle 7 (Stimmentfall 1898, 1903, 1907 und 1912 nach Ortsgrößenklassen) 51

Tabelle 7a (Einzelnachweis zu Tabelle 7 über die großstädtischen Gemeinden) 56

Tabelle 8 (Stärkste Parteien der einzelnen Wahlkreise) 59

Tabelle 9 (Berufsgliederung der Reichstagswähler) 61

Karten und Schaubilder

Karte der Wahlkreise I

Wahlkreise mit überwiegend ländlicher Bevölkerung . . . . . II—III

Größenwachstum und Parteienentwicklung des Wahlkreises P 10 IV

Kartenskizzen über den Ausfall der Wahlen (zu Tabelle 5) . . . . . V—XI

Schaubild zu Tabelle 8 . . . . . XII—XIV

Schaubild zu Tabelle 7 XV

Einleitung und Thema

Die Politik eines modernen Staates ist mehr oder weniger von der Zusammensetzung seines Parlamentes und damit — je allgemeiner das Wahlrecht ist — von der Bevölkerung selbst abhängig. Diese bekundet ihren politischen Willen in Wahlen.

Die Zahl derjenigen, welche auf Grund ihrer praktischen oder wissenschaftlichen Bildung sich selbständig eine politische Meinung bilden und bestimmte Prinzipien vertreten, wird auch in den fortgeschrittensten Ländern stets gering sein. Soweit diese Politiker nicht über einen ständigen Anhang in der Bevölkerung in Form von politischen Parteien[1]) verfügen, muß die — in der Demokratie ausschlaggebende — große Masse der Wahlberechtigten zu den Wahlen mobilisiert werden. Im Wahlkampfe spielen neben den aktuellen politischen Fragen natürlich wirtschaftliche Interessen, persönliche Qualitäten u. ä. eine weit größere Rolle als allgemeine politische Prinzipien, wobei für die Entscheidung des Wählers nicht nur die Intensität oder Überzeugungskraft der Propaganda, sondern auch seine soziale Stellung, seine beruflichen und gewerblichen Interessen, sein Bildungsgrad u. a. m. ausschlaggebend sind.

In welcher Weise diese verschiedenen Faktoren das Wahlergebnis beeinflussen, ist m. W. in der Literatur im Zusammenhang noch nicht behandelt worden. Es liegt auf der Hand, daß eine Untersuchung über diese Frage sich auf ein verhältnismäßig kleines Gebiet und auf einen möglichst geschlossenen Zeitraum beschränken muß. Vorarbeiten für ein Referat im Heimatkundlichen Kolloquium an der Friedrich-Wilhelms-Universität unter Leitung der Herren Professoren Dr. Solger, Dr. Walther Vogel und Dr. Willy Hoppe sowie die zu erwartende bequemere Zugänglichkeit der Quellen bestimmten mich, die Untersuchung auf die Mark Brandenburg zu beschränken und nur die Zeit von der Reichsgründung bis zum Weltkriege zu behandeln.

---

[1]) Unter Parteien sind also die vereinsähnlichen Organisationen der Wählerschaft gemeint, nicht etwa die allgemein vorhandenen politischen Richtungen oder die Gruppen bzw. Fraktionen in den parlamentarischen Körperschaften.

Methode und Quellen

Die Untersuchung ist aufgebaut auf den Ergebnissen der Reichstagswahlen, die den laufenden Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes entnommen wurden. Es lag nahe, auch die Wahlen zum Preußischen Landtage usw. heranzuziehen oder auf die Mitgliederlisten der Parteien und die Leserzahlen der politischen Presse u. ä. zurückzugreifen.

Noch heute, wo fast jede Zeitung sich offen zu einer bestimmten Partei bekennt, ist selbst in den Großstädten die Verteilung der Leserschaft auf die einzelnen Parteiblätter alles andere als ein Spiegel der politischen Zusammensetzung der Bevölkerung. In kleineren Städten und auf dem Lande ist meist das Nebeneinanderbestehen mehrerer Zeitungen rein wirtschaftlich unmöglich. Wird das politisch dann meist bürgerlich-farblose Lokalblatt zwar auch oft durch Bezug einer hauptstädtischen Zeitung ergänzt, so bestimmt deren Wahl doch auch nicht immer die politische Einstellung. — Verstärkt gelten diese Einwände aber für die Vorkriegszeit, besonders für die ersten Jahrzehnte des jungen Deutschen Reiches. Zudem war zwar bei vielen Zeitungen die Auflagezahl zu ermitteln, nicht aber ihre Verteilung auf das Verbreitungsgebiet, noch weniger gar die berufliche oder soziale Zusammensetzung ihrer Leserschaft. —

Eine ausgezeichnete Quelle wären natürlich die Mitgliederlisten der Parteien gewesen. Durch deren Umbildung bei der Staatsumwälzung von 1918 ist aber die Beschaffung eines auch nur annähernd hinreichenden Materials unmöglich geworden (vgl. S. 19); ganz abgesehen davon, daß stets nur ein geringer Teil der Wahlberechtigten auch politisch organisiert und das Verhältnis zwischen Parteianhängern (bzw. Wählern) und eingeschriebenen Parteigenossen in den einzelnen politischen Richtungen, aber auch zeitlich und regional, sehr verschieden war und ja auch heute noch ist.

Daß bei den Wahlen zu öffentlich-rechtlichen Körperschaften (Handelskammern, Krankenkassen, Reichsversicherung u. a.), für Gemeinde-, Kreis- und Provinzialvertretungen oft zu kleine Gebiete oder Personenkreise erfaßt werden, oft persönliche oder wirtschaftliche Gründe eine überwiegende Rolle spielen, schloß auch diese Quelle als Grundlage der Untersuchung aus.

Gegen die Benutzung der Wahlergebnisse für den Preußischen Landtag sprach schließlich die Ungleichheit und Ungleichartigkeit des Stimmrechts und dessen Änderungen, wodurch genauere Vergleiche erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht werden. Die Landtagswahlen fanden außerdem bei so geringer Beteiligung statt, daß sich irgendwelche Rückschlüsse auf die Gesamtbevölkerung verbieten.[1])

Wenn ich also auch nur in den Ergebnissen der Reichstagswahlen[2]) ein geeignetes Ausgangsmaterial erblicken konnte, so ist doch zu seiner Ergänzung das aus der Presse und dem alten Parteileben noch Greifbare herangezogen worden. Dank schulde ich hierbei dem Vorstand der Sozialdemokratischen Partei, welcher mir durch Herrn Wilhelm Krüger, M. d. L., Unterlagen bereitwilligst zur Verfügung stellte, ferner Herrn Grafen Westarp, M. d. R., und Herrn Professor Dr. Leidig, M. d. L., deren Aus-

[1]) 1893 blieb z. B. die Beteiligung in Jüterbog-Luckenwalde, in Weststernberg und Luckau unter 10%, in den meisten Kreisen lag sie zwischen 10 und 15%, nur im Landkreis Guben und in den Städten Potsdam und Landsberg überschritt sie 25%.

[2]) Dem Zweck der Arbeit entsprechend sind nur die Hauptwahlen herangezogen worden; Stichwahlen sind selbstverständlich ungeeignet. Auch Ersatz- bzw. Nachwahlen blieben der Einfachheit halber meist unberücksichtigt.

künfte über organisatorischen Aufbau, Zusammensetzung und Arbeitsweise der konservativen und liberalen Parteien über das Fehlen jeder sicheren zahlenmäßigen Unterlage hinweggeholfen haben, sowie den Verlegern der angezogenen Provinzzeitungen.

Die Untersuchung war durch das Quellenmaterial an die Einteilung der Mark in Wahlkreise gebunden; die wirtschaftliche Gliederung, der soziale Aufbau der Bevölkerung mußten dabei nahezu unberücksichtigt bleiben.[1])

Die über die Wahlen zum Norddeutschen Reichstag gemachten Angaben entnahm ich der Arbeit von Dr. Fritz Specht[2]); alle anderen nicht besonders bezeichneten Daten entstammen den Veröffentlichungen der Statistischen Ämter Preußens und des Reiches, für die ein Nachweis im Anhang gegeben wird.

Aus der umfangreichen Literatur über politische Fragen und Parteien konnte für die vorliegende Arbeit unmittelbar so gut wie nichts verwertet werden, da darin entweder die Entwicklung politischer Ideen, Einzelfragen oder die allgemeine, im ganzen Reichsgebiet verlaufende Geschichte bestimmter Parteien, niemals aber die gesamte Bevölkerung eines engeren Gebietes behandelt wird.

Die mir notwendig erscheinende Ausschaltung der Wahlen zum Preußischen Abgeordnetenhause zeitigte für meine Arbeit insofern einen Mangel, als zu den Obliegenheiten des Preußenparlaments gerade viele Aufgaben gehörten, welche die Interessen der Bevölkerung unmittelbar berühren. Das waren neben kulturellen Fragen (Kirche und Schule) vor allem die meisten Steuern (besonders die Einkommensteuer), Landwirtschafts- und Gewerbefragen sowie die Verkehrsangelegenheiten (Eisenbahn, Landstraßen, Kanäle). Es mußte also auch bei den Reichstagswahlen darauf Rücksicht genommen werden, wie die verschiedenen Parteien auf Grund ihrer Politik im Abgeordnetenhause beurteilt wurden. Über die Beratungen des Landtages sind ebenso wie über diejenigen des Reichstages weniger die amtlichen stenographischen Protokolle als die Berichte in der Berliner Presse aller Richtungen benutzt worden (die übrigens in der Vorkriegszeit sehr ausführlich und recht sachlich waren), da erstere wohl kaum von der Bevölkerung gelesen worden sein dürften.

Die Wahlkreise und ihre Bevölkerung

Nach der auf das Parlament des neuen Reiches übernommenen Wahlordnung für den Norddeutschen Reichstag des Jahres 1867 entsandte die Bevölkerung der Provinz Brandenburg 26 Vertreter in den Reichstag.

[1]) Meine ursprüngliche Absicht war, die zweckgemäß bearbeiteten Berufsstatistiken zu den Mitgliedslisten der Parteien in Beziehung zu setzen. Ganz abgesehen davon, daß nur drei Berufszählungen (1882, 1895 und 1907) stattfanden und daß deren Schema für den gedachten Zweck nicht befriedigte, erwies sich das Gegenmaterial bei den Parteien als so dürftig, daß ich diesen Versuch aufgeben mußte. Siehe im übrigen Seite 63 ff. des Anhangs.

[2]) „Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1897." Berlin 1898.

Diese wurden in geheimer Abstimmung durch gleiches und direktes Wahlrecht[1]) gewählt, und zwar je einer in den hierfür geschaffenen 26 Wahlkreisen. Die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt waren in je 10, die Stadt Berlin in 6 Wahlkreise eingeteilt.[2]) Diese 26 Wahlkreise blieben in ihren territorialen Grenzen — von ganz geringfügigen Korrekturen abgesehen — bis zur Staatsumwälzung von 1918 unverändert bestehen.

War bei der ursprünglichen Wahlkreiseinteilung das Bestreben maßgebend gewesen, ungefähr gleiche Einwohnerzahlen (100 000) je einen Abgeordneten wählen zu lassen, so hat die praktisch ja nie vorhandene Gleichheit der Wahlkreise von Jahr zu Jahr mehr nachgelassen. Schon im Jahre 1871 zählte der größte Wahlkreis der Mark doppelt soviel Wahlberechtigte wie der kleinste; im Jahre der letzten Wahl, 1912, umfaßte der jetzt größte mehr als 25mal soviel Wahlberechtigte wie der kleinste.[3])

Die Bezeichnungen der Wahlkreise gehen aus der Tabelle 1 hervor. Ihre Grenzen fielen in der Hauptsache mit den Kreisgrenzen zusammen[4]). — Die Einwohnerzahlen sind (in Tabelle 1a) nur für die Jahre 1871 und 1912 beigegeben; alle übrigen Angaben beziehen sich auf die Zahl der Wahlberechtigten (Tabelle 1). Deren Anteil an der Gesamtbevölkerung schwankte[5]). betrug aber im allgemeinen etwas mehr als ein Fünftel.

---

[1]) Nach dem Wahlgesetz vom 31. Mai 1869 (Bundes-Gesetz-Blatt Seite 145) war wahlberechtigt jeder 25 Jahre alte männliche Reichs- bzw. Bundesangehörige in dem Bundesstaate, wo er seinen Wohnsitz hatte. Das Wahlrecht ruhte während der Dienstzeit in Heer oder Marine, während eines Konkursverfahrens, ferner wenn die Person unter Vormundschaft oder Kuratel stand oder im letzten Jahre Armenunterstützung bezogen hatte, schließlich durch Urteilsbeschluß. — Die Ausübung des Wahlrechts war abhängig von der Eintragung in die Wählerliste.

[2]) Wahlreglement des Bundesrats vom 28. Mai 1870 (Bundes-Gesetz-Blatt Nr. 17). Siehe im übrigen im Anhang.

[3]) Auf die hiermit zusammenhängende Frage des „Wertes" einer Wählerstimme kann ich nicht näher eingehen. Die Unterschiede in diesem Wert beruhten einmal eben auf der Wahlkreiseinteilung. Eine „gerechte" Einteilung hätte bei gleichbleibender Abgeordnetenzahl im Reichstage *1871 Berlin schon 7* und der übrigen Mark *19* Mandate zusprechen müssen, 1912 aber *14* bzw. *28*. — Darüber hinaus ergaben sich durch das System der Einmann-Wahlkreise mit dem vollständigen Ausfall aller Minderheitsstimmen Ungleichheiten, welche sich aber zeitlich und regional verschieden auswirkten. Ob dabei im Reichsganzen ein gewisser Ausgleich erfolgte, bleibe dahingestellt. Vgl. auch Hermann Rehm „Deutschlands politische Parteien", Jena 1912, S. 85/86, mit Hinweisen auf Friedrich Naumann.

[4]) Die Wohnbevölkerung der Wahlkreise zeigte bei der Zählung vom 1. Dezember 1910 gegenüber derjenigen der Verwaltungskreise folgende Unterschiede (Statistik Reich, Band 250, S. 107/108): P 1: — 6 (zu Sachsen); P 3 — 4 (zu P 7); P 6: + 61 946 (aus Berlin; die Stadbezirke 180 a, b, c, 181 a und b — Viehhofgelände — verblieben als Teile der früheren Landgemeinde Lichtenberg im alten Wahlverband Niederbarnim) + 2596 (aus P 7 Spandau) + 10 (aus P 10); P 7: + 4 (aus P 3) — 2596 (zu P 6) — 72 (Bahnhof Potsdam zu P 9); P 9: + 72 (aus P 7) + 98 (aus Sachsen); P 10: + 234 (aus Berlin) + 828 (Spreevorstadt Fürstenwalde aus F 4) + 47 (aus F 7) — 8 (zu F 4) — 66 (zu F 7) — 10 (zu P 6); F 4: + 8 (aus P 10) —828 (zu P 10); F 6: + 150 (aus F 8) + 37 (aus Schlesien); F 7: + 66 (aus P 10) — 47 (zu P 10); F 8: — 150 (zu F 6); F 10: + 6 (aus Schlesien).

[5]) Die Schwankungen waren wegen der sich ständig verschiebenden Zusammensetzung der Bevölkerung (Altersaufbau, Verhältnis der Geschlechter) sehr groß und

Die Zahl der in einem Wahlkreise wohnenden Wahlberechtigten stellte sich im Jahre 1871 durchschnittlich auf 21 200 (ohne Berlin 20 000). Bis 1912 war sie auf 58 600 (o. B. 50 700) gestiegen.[1]) Schon im Jahre 1871 waren die Abweichungen vom Mittelwert recht beträchtlich. Wenn auch nur 12 Kreise über und 14 unter dieser Durchschnittszahl lagen, so hatte doch der größte Wahlkreis, Berlin-Osten, mit 29 647 Wahlberechtigten (ohne Berlin: Frankfurt-Lebus mit 26 802) 104% (84%) mehr als der kleinste, Oberbarnim, mit 14 547. — Das Größenverhältnis verschob sich dauernd, und im Jahre 1912 stand die Zahl der Wahlberechtigten nur noch in fünf Wahlkreisen über dem Durchschnitt. Der kleinste Kreis war nun Berlin-Innenstadt mit 13 407 (o. B.: Ostprignitz mit 16 868) Wahlberechtigten, der größte Teltow-Beeskow-Storkow mit 339 256, d. h. 2430% (1911%) mehr.

Die Bevölkerung der Mark hatte sich also nicht nur sehr stark sondern vor allem auch sehr ungleichmäßig vermehrt. Während nämlich ein Kreis (Berlin-Innenstadt) sogar eine Abnahme der Wahlberechtigten um 15% zu verzeichnen hatte, war in sechs Kreisen deren Zahl auf mehr als das Doppelte gestiegen, und zwar in

Osthavelland mit Potsdam und Spandau	auf 206%
Berlin SW und südl. Friedrichstadt	auf 336%
Berlin Osten	auf 452%
Berlin Norden und Nordwesten	auf 777%
Niederbarnim	auf 918%
Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg usw. . .	auf 1280%

Die Wahlkreise waren jedoch nicht nur unter sich in Größe und Wachstum verschieden; auch die Verteilung der Bevölkerung innerhalb der einzelnen Kreise zeigte erhebliche Unterschiede. Einen Einblick hierin gestatten die Statistiken über die Reichstagswahlen der Jahre 1898 bis 1912, die den Stimmentfall nach Ortsgrößenklassen geordnet bieten (Tabelle 2). Danach gab es im Jahre 1898 in der Mark 14 Wahlkreise, in denen mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten in Orten unter 2000 Einwohner ansässig war; 1903 waren es 13, bei den nächsten Wahlen nur noch 12 Kreise. Ein

---

wurden noch verstärkt durch die Ungenauigkeit der Wählerlisten. So änderte sich z. B. von 1871 (Provinz) bzw. 1877 (Berlin) bis 1912:

in	die Wohnbevölkerung um	die Zahl der Wahlberechtigten um	der Hundertsatz der Wahlberechtigten von	auf
B 1	— 39 %	— 22%	16,7%	21,5%
B 3	— 18 %	+ 13%	19,1%	26,4%
B 6	+ 298 %	+ 433%	19,0%	25,4%
P 2	— 1,3%	+ 14%	21,5%	24,8%
P 10	+ 780 %	+ 1180%	17,7%	25,8%
F 1	— 2,9%	+ 19%	18,6%	22,8%
F 5	— 4 %	+ 16%	19,8%	24,0%
F 6	— 2,1%	+ 17%	19,0%	22,8%

[1]) 1871 im Reich ohne Elsaß-Lothringen 20 900; 1912 mit E.-L. 36 370.

Überwiegen der großstädtischen Bevölkerung (in Orten über 10 000 Einwohner) zeigten außer Berlin im Jahre 1898 die Kreise Osthavelland (Spandau und Potsdam), Westhavelland (Brandenburg und Rathenow) und Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.[1]) 1903 waren es dieselben Kreise. Erst von 1907 an hatte die großstädtische Bevölkerung auch im Niederbarnim und in Frankfurt-Lebus die absolute Majorität. — Die Ostprignitz, Arnswalde-Friedeberg sowie Ost- und Weststernberg hatten keine Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern; im Wahlkreis Luckau-Kalau überschritt im Jahre 1903 Finsterwalde die Grenze der 10 000. — Schließlich sei noch erwähnt, daß 1871 sieben[2]) Kreise mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten des Gesamtgebietes umfaßten. 1874 und 1877 waren es sechs, 1878 und 1881 fünf, 1884 bis 1890 vier, 1893 bis 1903 drei. Seit 1907 war die Mehrzahl aller Märker in den beiden Kreisen Berlin 6 und Potsdam 10 konzentriert.

Daß so die Bevölkerung der Mark Brandenburg keine einheitliche politische Färbung zeigen konnte, ist selbstverständlich. Sie hätte aber eine bedeutend stärkere Einheitlichkeit auch dann nicht aufweisen können, wenn man etwa Berlin von der Untersuchung hätte ausschließen wollen. Einmal deckten sich die Grenzen des wirklichen Berlin mit denen des politischen Gemeinwesens durchaus nicht. Berlin war weit darüber hinausgewachsen, so daß 1912 die sechs Berliner Wahlkreise wenig mehr als die Hälfte Groß-Berlins umfaßten. Zum anderen ist aber zweifellos in der Provinz die Entwicklung vieler Städte durch die Nähe der Reichshauptstadt verlangsamt worden. Das rapide Wachstum Berlins war fast ausschließlich Ergebnis der Zuwanderung. Diese aber kam zu einem guten Teile aus der Mark Brandenburg.[3]) — So habe ich geglaubt, Berlin trotz seiner eigentümlichen Sonderstellung doch in die Untersuchung einbeziehen zu sollen.

---

[1]) P 7 (Osthavelland) und P 8 (Westhavelland) hatten — wohl durch die Garnisonen — schon in den achtziger Jahren mehr als 50% großstädtische Bevölkerung. Ob damals auch schon mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten in Orten über 10 000 Einwohner lebte, ist nicht feststellbar, bei P 8 nicht wahrscheinlich. In P 10 (Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg) wohnten dagegen noch 1890 erst 49% der Gesamtbevölkerung in Großstädten, 1885 nur 37%; in P 7 und P 8 aber 1885 schon 53 bzw. 52%.

[2]) B 4, B 6, P 3, P 7, P 9, P 10, F 4.

[3]) Unter Berücksichtigung der aktiven Militärpersonen waren nach der Volkszählung vom 1. Dezember 1880 von der ortsanwesenden Bevölkerung gebürtige Märker:

in Berlin 61%, in Potsdam 61%, in Spandau 60%, in Charlottenburg 69%; dagegen in Brandenburg 79%, in Frankfurt 81%, in Guben 85%.

In Berlin stammten aus Berlin selbst 43% (1890: 41%), aus der übrigen Mark also 18%.

1885 wohnten in Berlin 45% gebürtige Berliner und 19% in der Mark Geborene; im Regierungsbezirk Potsdam lebten 81% geborene Märker, darunter 4% Berliner, im Regierungsbezirk Frankfurt 90% bzw. 1%.

In den Kreisen bewegte sich der Anteil der Märker zwischen 68 und 93%.

Die Parteien

Von den im Deutschen Reichstag auftretenden Parteien fehlten in der Mark selbstverständlich die territorial gebundenen Dänen, Elsässer und Welfen ganz, während Polen und Zentrum wohl Stimmen erhielten, naturgemäß aber niemals und nirgends besonders ins Gewicht fielen.

Der konservative Gedanke wurde vertreten durch die Deutsch-Konservative[1]) und durch die Deutsche Reichspartei[2]). Ihnen zuzurechnen ist der Bund der Landwirte[3]), der allerdings in der Mark nur einmal[4]) selbständig auftrat. — Der gemäßigte Liberalismus hatte seine parlamentarische Vertretung in der Nationalliberalen Partei[5]), während die Linksliberalen zunächst in der Deutschen Fortschrittspartei vereinigt waren. Aus dieser ging dann durch Verschmelzung mit der Liberalen Vereinigung[6]), die sich von der Nationalliberalen Partei getrennt hatte, die Deutsch-Freisinnige Partei[7]) hervor. Diese spaltete sich 1893 in eine Freisinnige Volkspartei („Männlicher Freisinn") und eine Freisinnige Vereinigung („Weiblicher Freisinn, B.-T.-Liberale, Wadelstrümpfler"). Letztere erfuhr durch Aufnahme der National-Sozialen[8]) im Jahre 1903 und durch Ausscheiden der Demokratischen Vereinigung[9]) 1908 Veränderungen. Schließlich vereinigten sich aber 1910 die beiden freisinnigen Gruppen wieder und bildeten mit der Deutschen Volkspartei[10]) die Fortschrittliche Volkspartei. — Die Reihe der großen Parteien in der Mark wird geschlossen durch die Sozialdemokratische Partei. — Von kleineren Gruppen, welche sich hier um Mandate für den Deutschen Reichstag bewarben, waren der Bund der Landwirte, die National-Sozialen und die Demokratische Vereinigung bereits erwähnt worden. Innerhalb der Deutsch-Konservativen Partei zunächst, dann aber selbständig entwickelte sich die Christlich-Soziale Partei, die einen Übergang bildete zu den antisemitischen Gruppen (Deutsche Reformpartei 1880, Deutsch-Soziale Partei 1889, aus beiden 1893 bis 1900 Deutsch-Soziale Reformpartei, deren Rest wieder Deutsche Reformpartei, nachdem sich die ehemaligen Deutsch-Sozialen mit den Christlich-Sozialen und anderen

---

[1]) Die 1872 erfolgte Spaltung der konservativen Fraktion, der ja bereits 1876/77 der Wiederzusammenschluß zur Deutsch-Konservativen Partei folgte, hat für die vorliegende Arbeit keine Bedeutung.

[2]) Die ursprüngliche und im Preußischen Landtage beibehaltene Bezeichnung „Freikonservative" wird auch in dieser Arbeit häufig benutzt werden.

[3]) Siehe Seite 20, Anmerkung 2.

[4]) 1903 in Arnswalde-Friedeberg (F 1).

[5]) Die Nationalliberale Partei hatte sich 1866 als „Neue Fraktion der nationalen Partei" von der Fortschrittspartei getrennt. Als Rest der Altliberalen trat 1871 im Reichstag noch die „Liberale Reichspartei" auf.

[6]) Sezession 1879, seit 1880 bis 1884 als Liberale Vereinigung.

[7]) 1884.

[8]) 1896 aus den jüngeren Christlich-Sozialen (s. d.) entstanden.

[9]) deren Mitglieder später größtenteils zur Sozialdemokratie übergingen.

[10]) Ihr Schwergewicht lag in Süddeutschland; in der Mark hat sie Bedeutung nicht besessen.

Splittern am 10. Dezember 1903 im Reichstag zur Wirtschaftlichen Vereinigung zusammengetan hatten). Auch die Bodenreformer hatten eigene Kandidaten zu verzeichnen. —

Auf die Parteiprogramme einzugehen, dürfte für diese Arbeit nicht erforderlich sein.[1]) Einmal kannte das Wahlrecht, da der Abgeordnete Vertreter des ganzen Volkes sein sollte (Artikel 29 der Verfassung), keine Wahl nach Parteien oder Parteilisten, sondern nur persönliche Kandidaturen. Weiterhin waren (und sind ja noch heute) die Unterschiede zwischen den im Programm festgelegten Grundsätzen und Zielen der einen Partei und denen der ihr nächststehenden recht gering; schließlich aber — und das war für mich ausschlaggebend — haben Programme vielleicht für die eingeschriebenen Mitglieder einer Partei Bedeutung, die große, nichtorganisierte Masse der Wähler aber entscheidet bei der Stimmabgabe auf Grund der von den Parteien in der letzten Zeit geführten Politik und der im Wahlkampf aufgestellten Forderungen bzw. gemachten Versprechungen.[2])

Beachtung finden aber auch die Nichtwähler. Sie bilden für jede Partei einen Unsicherheitsfaktor und haben immer — in der Mark bzw. in Berlin jedenfalls schon seit der Wahl von 1874 — den Vorwurf auf sich nehmen müssen, an einem unerwünschten Wahlergebnis schuld gewesen zu sein. Naumann und andere nahmen an, daß diese Nichtwähler „unpolitisch denken und eben durch Nichtteilnahme an der Wahl ihre Interesselosigkeit zu erkennen geben". Er rechnete sie „zum überwiegenden Teile dem nichtsozialistischen und nichtkatholischen Bürgertum" zu. Die Katholiken mögen hier außer Betracht bleiben; es sei nur erwähnt, daß unter dem alten Reichstagswahlrecht fast in allen Wahlkreisen die Zentrumsstimmen stets weit hinter dem Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung zurückblieben. Aber auch die Sozialdemokratie glaubte auf die Nichtwähler Anspruch zu haben, ging dabei freilich wohl von dem klassenkämpferischen Standpunkt aus, daß jeder Nichtkapitalist auch Antikapitalist, d. h. Sozialist, sein müsse. — Nun wies Würzburger[3]) schon 1907 darauf hin, daß die Bedeutung der „Partei der Nichtwähler" leicht überschätzt werde. Wenn er für die Wahlen von 1903 und 1907 auf einen Satz von 8% der Wahlberechtigten kam, deren Nichtteilnahme wegen Abwesenheit, Krankheit usw. berechtigt sei, so erscheint mir für die früheren Wahlen[4]), besonders aber

[1]) Ich verweise auf das Werk von Salomon; besonders auch auf die Schrift von Braumann, welche schnell und zuverlässig über die programmatische Stellung aller Parteien zu bestimmten Fragengebieten informiert.

[2]) Die Zentrumspartei besaß bekanntlich in der Vorkriegszeit überhaupt kein festes Programm. Auch bei den Freikonservativen kam ein Programm erst 1906 zustande.

[3]) „Die Partei der Nichtwähler" in (Conrads) „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik", III. Folge, 33. Band, S. 381 ff.

[4]) Hierbei ist auch an Ungenauigkeiten der Listen zu denken, welche z. B. für die Wahl 1874 ausdrücklich amtlich festgestellt wurden (Statistik des Deutschen Reiches, 1874, II/78).

für die Großstadtwahlkreise, ein bedeutend höherer Satz zulässig. Eine andere wesentliche Ursache dagegen vernachlässigte er wie auch Naumann, nämlich das Wahlrecht. Bei erheblich größerer politischer Schulung werden auch heute selbst in den entscheidendsten Wahlen die von Würzburger als Optimum betrachteten 90% meist nicht erreicht, obwohl durch die Verhältniswahl jede einzelne Stimme ins Gewicht fällt. Unter dem alten Wahlrecht gab es aber für jede Partei „sichere" Wahlkreise, wo bei der notorischen Unterlegenheit des Gegenkandidaten selbst bei lässiger Wahlbeteiligung die erforderliche Stimmenmajorität nicht gefährdet war, für jede Partei aber auch hoffnungslose Kreise, in denen die Erfolgsaussichten selbst beim Heranholen des letzten Mannes gleich Null waren.[1]) — Es wird bei der Besprechung der Wahlergebnisse also auch auf die in den Wahlaussichten liegenden Ursachen der mehr oder minder starken Beteiligung zu achten sein. — Ganz allgemein werden die Zahlen der Wahlenthaltungen vorläufig nicht als „Partei der Nichtwähler" interessieren, sondern nur ihre Schwankungen als Ausdruck eines stärkeren oder geringeren Wahlinteresses.

Im übrigen waren äußerst selten alle Parteien gleichzeitig in einem Wahlkreis durch Kandidaten vertreten. Somit entfiel für den Wähler von vornherein fast stets die Möglichkeit, seiner politischen Meinung in feinerer Differenzierung Ausdruck zu geben; ihm blieb, wenn „seine" Partei sich nicht am Wahlkampf beteiligte, nur die Entscheidung zwischen der Stimmabgabe für eine andere Partei und der Stimmenthaltung.

Die politische Einstellung der brandenburgischen Bevölkerung ist also zu charakterisieren durch Unterscheidung von sozialistisch (S), linksliberal (F), rechtsliberal (L), freikonservativ (R), konservativ (K) und antisemitisch (A).

Die Organisation der Parteien

Der Versuch, die Entwicklung der einzelnen Parteien während der zu behandelnden 43 Jahre vollständig darzustellen, d. h. die Zahl der Mitglieder, deren Verbreitung über die Mark, ihre soziale Schichtung usw. zu ermitteln, hat sich leider als vergeblich erwiesen.

Einmal haben sich Organisationen, welche breitere Wählermassen zu einer Partei im heutigen Sinne des Wortes zusammenfassen, erst allmählich gebildet. Innere Umwandlungen, Spaltungen usw. hemmten dabei eine stetige Entwicklung. Hinzu tritt, daß von der Mehrzahl aller Wahlberechtigten die bloße Stimmabgabe für die Partei als ausreichende politische

[1]) Der besonders nach „großen" Wahlen oft erörterte Gedanke an eine Wahlpflicht war deshalb schon durch die Art des Wahlrechts eigentlich abwegig. Im übrigen wies u. a. Triepel darauf hin, daß eine Wahlpflicht zweifellos auch der Sozialdemokratie zugute gekommen wäre. („Wahlrecht und Wahlpflicht", Dresden 1900, Seite 35.)

Betätigung betrachtet wurde und im übrigen das Interesse sich außerhalb der Wahlzeiten im Wirken in kulturellen und wirtschaftlichen Verbänden und Vereinigungen erschöpfte; die Notwendigkeit einer großen und starken Parteiorganisation wurde weiten Kreisen — besonders des liberalen Bürgertums — erst sehr langsam klar.

Schließlich ist zu berücksichtigen, daß die größtenteils aus den fünfziger Jahren stammenden einzelstaatlichen Vereinsgesetze in den meisten Bundesstaaten, so auch in Preußen, die Verbindung politischer Vereine untereinander, d. h. den Zusammenschluß der lokalen Wahlvereine usw. zu Provinzial- oder Landes- bzw. Reichsorganisationen, verboten (Koalitionsverbot). Rigorose Handhabung der Vereinsgesetze und oftmals willkürliche Auslegung ihrer Bestimmungen waren das bevorzugte Kampfmittel der Regierungen und ihrer Organe gegen mißliebige Parteien; die selbstverständlich stets wiederholten Versuche, dieses veraltete Verbot zu umgehen, wurden oft selbst dann unterbunden, wenn formal die gesetzlichen Bestimmungen eingehalten worden waren. Das Koalitionsverbot erlosch Ende des Jahrhunderts; durch das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 wurde endlich für das gesamte Reichsgebiet ein einheitlicher Rechtszustand geschaffen.

Das nur langsame Hineinwachsen der großen Wählermasse in ihre neuen politischen Rechte, die erst allmählich entstandene und erkannte Notwendigkeit der Bildung starker Parteiorganisationen, die Wandlungen der politischen Anschauungen und Ziele und die dadurch hervorgerufenen Um- und Neubildungen vieler Parteien, die Ablenkung des Interesses auf das kulturelle und wirtschaftliche Gebiet, die Enge der gesetzlichen Schranken und die Abhängigkeit von behördlichem Wohlwollen — alle diese Faktoren beeinflußten mehr oder weniger stark das gesamte Parteileben und wirkten der Bildung und stetigen Entwicklung geschlossener Organisationen entgegen. — Besonders stark behindert aber war die Sozialdemokratie durch das Sozialistengesetz[1]), das ihr zwölf Jahre hindurch jede legale Betätigung überhaupt unmöglich machte. — Ein spezielles zusätzliches Hindernis jeder Parteientwicklung in Groß-Berlin lag in der geringen Seßhaftigkeit seiner — zugewanderten — Bewohner. Die Entvölkerung der Innenstadt war sicher notwendige Folge der wirtschaftlichen Entwicklung; so wurde die Peripherie zum Wohnbezirk. Fast jeder Wechsel der Arbeitsstelle ließ, da die Industrie nicht konzentriert ist, bei der großen räumlichen Ausdehnung der Hauptstadt einen Umzug in eine andere Stadtgegend gerechtfertigt erscheinen. Wer aber den Berliner kennt, weiß, daß darüber hinaus noch eine innere Unrast am Werke war, die auch wohl heute noch da ist und sich nur wegen der jetzigen besonderen Lage nicht auswirken kann und die ihm ein längeres Bleiben an einem Orte unmöglich macht, ihn nicht seßhaft werden läßt.

[1]) Das „Gesetz zur Bekämpfung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" trat am 21. Oktober 1876 in Kraft. Es war zunächst bis zum 31. März 1881 befristet, wurde aber bis zum 1. Oktober 1884, dann immer um zwei Jahre verlängert und erlosch am 30. September 1890.

Auch durch dieses Fluktuieren der Bevölkerung wurde naturgemäß die Sozialdemokratie besonders betroffen.[1])

Ist schon nach allem vorstehend Gesagten nur ein verhältnismäßig dürftiges Material zu erwarten, so haben die Staatsumwälzung von 1918 und die ihr folgende Umgestaltung der meisten Parteien ein übriges getan, um die Klarlegung des Parteilebens der Vorkriegszeit weiter zu erschweren. Wenn man von der Sozialdemokratie absieht, die unter Beibehaltung bzw. Neuaufbau ihrer alten bewährten Organisation im großen ganzen das gleiche Bild wie früher bietet, so sind bei den anderen Parteien unserer Tage über ihre Vorgängerinnen Unterlagen kaum vorhanden. Akten, Briefwechsel und Listen wurden — soweit sie überhaupt aufbewahrt worden waren — als persönliches Eigentum betrachtet und gelangten deshalb nicht in die Archive der neuen Parteien, ganz abgesehen davon, daß viele der älteren Politiker sich diesen fernhielten oder aber bei ihrer Bildung übergangen wurden. Hatten aber solche alten „Privat"akten schon für den Besitzer kaum noch einen praktischen Wert in der umgestalteten politischen Welt des republikanischen Deutschland, so fielen sie in der Regel vollständig der Vernichtung anheim, wenn ihr Besitzer starb. Umgekehrt haben auch die heutigen Parteien an den die Organisation betreffenden Akten ihrer politischen Vorgängerinnen insofern wenig Interesse gehabt, als sie alle — durch die uneingeschränkte Verhältniswahl gezwungen, unter bewußter Abkehr von den Vorkriegsmethoden — nach dem Beispiel der Sozialdemokratie als große umfassende Volksparteien gedacht und aufgebaut wurden, für welche die kümmerlichen Wahlvereine früherer Zeiten kein tragfähiges Fundament boten.

Von den „bürgerlichen", d. h. nichtsozialistischen, Parteien ist in Ergänzung der vorausgegangenen allgemeinen Ausführungen wenig Spezielles zu berichten.

Wenn die Linksliberalen noch 1914 klagten: „Die Konservativen haben den Landrat und den Regierungsapparat!"[2]), so erklärt dieses Schlagwort sofort, warum eine ausgebaute Parteiorganisation der Konservativen über-

---

[1]) Die Jahresberichte des Sozialdemokratischen Zentralwahlvereins für P 10 geben hierfür lehrreiche Beispiele:

1906	Zugang	etwa	10000	Abgang	etwa	4000	Mitglieder
1907	„	„	8000	„	„	6000	„
1908	„		7352	„		5533	„
1909	„		6565	„	etwa	5000	„
1911	„		9606	„		5170	„
1912	„		9603	„		6412	„

Ferner: 1906 schieden in Tempelhof 53%, in Neukölln 44%, 1907 in Charlottenburg 53%, in Steglitz 44%, 1908 in Lichterfelde 48% der Mitglieder aus, andererseits aber in Köpenick 1909 nur 12%, 1911 nur 10% und 1912 nur noch 2%. Auch in Charlottenburg betrug 1912 der Abgang nur noch 11%, in Zehlendorf 3%. (In allen Zahlen sind aber die Streichungen wegen Beitragsrückstands usw. enthalten.) — Für Neukölln ist 1912 angegeben, daß von den 3636 Abgängen 1371 (38%) auf Fortzug, von den 4494 Neuaufnahmen 911 (20%) auf Zuzug entfielen.

[2]) „Fortschrittliches Taschenbuch 1914", S. 102.

flüssig war. Dabei braucht der Ausspruch durchaus nicht — was seine Herkunft von selbst verbietet — wörtlich genommen zu werden. Sieht man nur, welche Ämter und Stellungen die Kandidaten der konservativen Parteien innehatten, so wird man, auch ohne auf die Chronik der Wahlbeschwerden und -proteste einzugehen, den berechtigten Sinn des Schlagworts verstehen. Außerdem waren die Konservativen um so weniger darauf angewiesen, ihre vielerorts bestehenden Wahlvereine zu einer festeren Parteiorganisation auszubauen, als der größte Teil der Bevölkerung, aus dem sich die konservativen Wähler rekrutierten, in verschiedenen kirchlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und patriotischen Vereinen zusammengeschlossen und den zur Wahl zusammentretenden konservativen Komitees stets leicht zugänglich war, teilweise sogar unmittelbar für die Wahlarbeit zur Verfügung stand. Neben den im Kyffhäuserbund und im Deutschen Kriegerbund zusammengeschlossenen Krieger- und Regimentsvereinen, dem Verein Deutscher Militäranwärter und dem Verein Deutscher Studenten sind dabei der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband, dazu der Evangelische Bund, der Deutsche Volksbund, der Flottenverein, die Deutsche Kolonialgesellschaft, der Alldeutsche Verband und der Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu erwähnen.[1]) — Es war natürlich von der politischen Lage und der jeweiligen Kandidatenaufstellung abhängig, in welchem Umfange gerade die Konservativen aus den genannten Vereinen Nutzen ziehen konnten. Einheitlich in politischer Hinsicht waren sie schließlich ja nur negativ, d. h. in ihrer unbedingten Gegnerschaft gegen die Sozialdemokratie. — Durchaus positiv war dagegen das Zusammenwirken mit dem Bund der Landwirte[2]), da dieser in der Mark nur einmal unter eigenem Namen kandidierte, sonst aber entsprechend seinem Einfluß auf die Kandidatenaufstellung der Konservativen diesen als Wahlapparat voll zur Verfügung stand. — An Versuchen, doch noch eine eigene Wählerorganisation zu schaffen, hat es allerdings in den letzten Jahren vor dem Weltkriege nicht gefehlt, doch lassen alle hierauf bezüglichen Äußerungen in Konser-

[1]) Gegründet am 9. Mai 1904, zählte der Reichsverband Ende 1905 82 310, Ende 1909 205 932 Mitglieder, davon 27 422 in Arbeitervereinen „Amtliche Mitteilungen des Konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg" bzw. „Konservativer Kalender 1908"). Der Reichsverband war selbst der Rechten nicht ganz geheuer. So warnte der „Konservative Kalender 1908", sich bei der Geldaufbringung für Wahlen nicht vom Reichsverband zuvorkommen zu lassen. So schrieb die „Antisozialdemokratische Korrespondenz" (Nr. 63 vom 23. Oktober 1906): „Die Agitation des Reichsverbandes bewegt sich auf einem so niedrigen Niveau, daß sie zu schweren sittlichen und politischen Schädigungen der Wählermassen und des deutschen Volkes führen muß."

[2]) Am 18. Februar 1893 durch Freiherrn v. Wangenheim-Klein-Spiegel gegründet, zählte der Bund 1894 rund 179 000, Ende 1907 282 319 Mitglieder. Wenn dies auch in der Hauptsache mittlere Besitzer waren und daneben etwa 15% auf Handwerker und Kleingewerbetreibende entfielen, so stand der Bund doch fast ausschließlich unter großagrarischem Einfluß (Schutzzoll). Der Bund der Landwirte unterstützte bei der Reichstagswahl 1907 (Blockwahl) 103 deutschkonservative Kandidaten, 24 Reichsparteiler, 50 Nationalliberale, 50 Antisemiten (48 Wirtschaftliche Vereinigung, 2 Deutsche Reformpartei) und 5 Fraktionslose. („Konservativer Kalender 1908.")

vativen Kalendern, Taschenbüchern usw. erkennen, daß die Ergebnisse unbefriedigend blieben.[1]) —

Ebensowenig wie die konservativen Parteien hat sich der Liberalismus vor dem Kriege eine feste Wählerorganisation schaffen können. Es existierten zwar zahlreiche liberale Vereine (so in Berlin in den siebziger Jahren allein innerhalb des Reichstagswahlkreises B 6 neun Bezirksvereine); der Zusammenhang zwischen ihnen war aber äußerst lose. Ihr Interesse galt auch lange nach der Reichsgründung überwiegend dem Preußischen Landtag und den Kommunen. Ihre Mitglieder hatten die in den Parlamenten vollzogene Trennung der Fraktionen noch nicht mitgemacht, so daß sich in ihnen Nationalliberale, Fortschrittler und Demokraten gegenüberstanden und sicher oft lahmgelegt hätten, wenn in der Mark nicht die Fortschrittler ein natürliches Übergewicht besessen hätten.[2]) — Die zu den Wahlen zusammentretenden Komitees, die sich nach Bedarf entweder als solche konstituierten oder als „Vertrauensleute liberaler Wähler" die Vorbereitungen trafen, gingen nach den Wahlen sofort wieder auseinander.[3]) Wie stark die Liberalen Wahlvereine waren, ist natürlich nicht festzustellen. Die größeren in Berlin dürften wenigstens zeitweise ungefähr 2 bis 300 Mitglieder gezählt haben. Zu Wahlversammlungen erschienen nämlich beispielsweise 2000 Personen, während in den vorbereitenden Zusammenkünften der Mitglieder und zuverlässigen Freunde jedem Anwesenden vier Einlaßkarten zur Verfügung gestellt worden waren. — Der Zusammenhang der einzelnen Vereine und Komitees wurde durch die Abgeordneten hergestellt und war daher nur in Berlin verhältnismäßig stark. —

Daß aus dem vielgestaltigen Vereinsleben des liberalen Bürgertums sich aber keine irgendwie als Parteiorganisation zu bezeichnende größere geschlossene Einheit entwickelte, war hauptsächlich eine Folge der politischen Entwicklung des Liberalismus selbst. Die schon im vorhergehenden Abschnitt erwähnten Spaltungen und Auseinandersetzungen in den Fraktionen führten auch zu einer Schwächung der örtlichen Vereine und zu allmählichem Verlust ihrer gemäßigt-liberalen Mitglieder. In der Provinz Brandenburg, d. h. hauptsächlich in der Reichshauptstadt, war der wichtigste Träger der Einigungsbemühungen die Wählerorganisation der Freisinnigen Vereinigung, die sich

---

[1]) S. Anmerkung 1, Seite 23.

[2]) Blaustein, S. 27/28: „Merkwürdigerweise sind, an den Wählerstimmen gezählt, die Linksliberalen in Ostdeutschland stärker als die Nationalliberalen, während es in West- und Süddeutschland umgekehrt ist ... Der Hauptgrund dürfte darin zu suchen sein, daß im Osten der größere Gegensatz der einzelnen Volksschichten im Kampf zwischen Junkertum und Fortschritt einen schärferen Ausdruck gefunden hat als im Westen und Süden mit seinen weniger ausgeprägten Gegensätzen. Die Fortschrittspartei ist von Ostpreußen, die Nationalliberale Partei von Hannoveranern gegründet worden."

[3]) Vielfach handelte es sich nur um Wahlkomitees für bestimmte Kandidaten. Es kam vor, daß sich ein solches Komitee auflöste, sobald die propagierte Kandidatur aussichtslos erschien, und dann erneut zusammentreten mußte, wenn die Aussichten wieder besser beurteilt wurden.

1893 unter dem Namen „Wahlverein der Liberalen" konstituiert hatte. Sehr stark an Mitgliedern kann er allerdings kaum gewesen sein, denn die Aufnahme der ziemlich fest organisierten National-Sozialen führte zu einer Verdreifachung des Mitgliederbestandes! — Auf der Grundlage einer Einigungsresolution erfolgte bekanntlich zunächst eine Verständigung mit der Deutschen Volkspartei, am 12. Dezember 1906 dann ein gemeinsamer Wahlaufruf aller drei linksliberalen Parteien; aber erst 1910 gelang der endgültige Zusammenschluß, nachdem 1908 auf dem Frankfurter Delegiertentag sich Barth vom Wahlverein getrennt und die Demokratische Vereinigung gegründet hatte. — Mit großem Geschick vermieden es alle Berichte, jemals konkrete Mitgliederzahlen zu nennen. Wenn auch im Organisationswesen (wohl hauptsächlich infolge Naumanns Einfluß) etwas mehr Ordnung eingezogen zu sein scheint, so lassen doch alle Berichte erkennen, daß man in der Zentrale eine Übersicht über den wirklichen Mitgliederbestand kaum gewinnen konnte. So erscheint selbst die Klage, daß noch nicht ein Zehntel der Wähler organisiert sei[1]), zugunsten der Partei übertrieben. — Daß die Rechtsliberalen eine eigene Organisation in der Mark nicht besaßen, kann kaum überraschen. Ihre wenigen Vertreter bildeten allenfalls „Honoratiorenstammtische"[2]), und wenn trotzdem zuweilen nationalliberale Kandidaturen auftauchten, so handelte es sich zumeist um Kompromißkandidaten[3]). — Aber auch „unpolitische" Vereine standen dem Liberalismus nicht in dem Umfange zur Verfügung wie den Konservativen. Manche der oben (Seite 20) genannten Organisationen haben zwar auch, wenn eine konservative Kandidatur nicht in Betracht kam, in gewissen Wahlen die Liberalen unterstützt. Mit einiger Sicherheit konnte der Fortschritt aber nur auf die Mitglieder der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften[4]) rechnen, ebenso natürlich auf die jüdischen Vereine, der Rechtsliberalismus auf den Deutschen Nationalverein[5]). Verhältnismäßig einflußreich, wenn zahlenmäßig auch unbedeutend, waren schließlich auch die Industrie- und Handelskammern, doch kann man bei diesen, genau wie beim Hansabund[6]) in der Regel nur von allgemein-liberalen Anschauungen sprechen. Auch die verschiedenen Beamtenvereine, besonders der Deutsche Lehrerverein, waren gelegentlich den Liberalen zugänglich, doch dürften sich in diesen Organisationen größtenteils die zugunsten der heterogensten Parteien arbeitenden Kräfte gegenseitig aufgehoben haben. —

Obwohl — wie die Wahlergebnisse zeigen — die von den „bürgerlichen" Parteien vertretenen Anschauungen und die von ihnen geführte Politik von weiten Kreisen der Bevölkerung gebilligt und unterstützt wurden, sind

[1]) „Fortschrittliches Taschenbuch 1914", Seite 100. Da die Fortschrittliche Volkspartei 1912 (im Reich) auf etwas über 1 500 000 Stimmen kam, hätte die Zahl ihrer Mitglieder also knapp 150 000 betragen.
[2]) Nach Professor Leidig.
[3]) Blaustein, Seite 33.
[4]) 1907 etwa 117 000 Mitglieder (Hilgers Wegweiser 1907).
[5]) Gegründet 1859.
[6]) Gegründet 1909, siehe auch Seite 50/51.

also weder die konservativen noch die liberalen Parteien in der Lage gewesen, einen irgendwie erheblichen Teil ihrer Anhänger durch ihre Wahlvereine zu einer festeren Organisation zusammenzuschließen. Der Charakter dieser Wahlvereine brachte es mit sich, daß ganze Bevölkerungsklassen, vornehmlich aber die industriellen und landwirtschaftlichen Arbeiter wie auch das Gros der Angestellten und der unteren Beamten, in ihnen gar nicht oder nur ganz schwach vertreten waren.[1])

Ein ganz anderes Bild bot dagegen die Vertretung der sozialistischen Arbeiterschaft. Schon bevor Bebel und Lassalle die beiden Organisationen geschaffen hatten, aus deren Verschmelzung 1875 die Sozialdemokratische Partei[2]) entstand, hatte sich der intelligentere Teil der industriellen Arbeiterschaft rege in den meist von fortschrittlichen Männern gegründeten Arbeiterbildungsvereinen betätigt. — Auf die Geschichte der Sozialdemokratie hier näher einzugehen, erübrigt sich in Anbetracht der gerade über diese Partei vorliegenden reichhaltigen Literatur. Genaue zahlenmäßige Unterlagen über die Einzelentwicklung in der Provinz Brandenburg sind für die Zeit vor der Jahrhundertwende nicht beizubringen, doch mögen hier einige Daten aus der Geschichte eines der ältesten sozialistischen Vereine in der Mark Platz finden, desjenigen zu Brandenburg a. d. Havel: Nachdem 15 Delegierte an dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongreß in Berlin (26. September 1868) teilgenommen hatten, beschloß der aus dem Fortschritt hervorgegangene Arbeiterverein seine Auflösung zum Jahresende und seine Mitglieder ihren Anschluß an den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein. Dessen erste Versammlung in Brandenburg fand am 12. Dezember 1868 statt und soll von ungefähr 1000 Personen besucht gewesen sein. Am 23. März 1869 wurden 52 neue Mitglieder erwähnt, wodurch eine Gesamtzahl von über 100 erreicht war. Auf der Generalversammlung zu Frankfurt a. M. (19. Mai 1873) vertraten die Delegierten Brandenburgs 301 Mitglieder. Diese Zahl mag klein erscheinen, muß aber doch als beachtenswert angesprochen werden, wenn man berücksichtigt, daß es sich nur um das Gebiet der Stadt Brandenburg handelte. Daß der Einfluß dieser 300 Genossen weit über das Stadtgebiet hinausreichte,

---

[1]) „Konservativer Kalender 1909", Seite 171: „Die Konservative Partei hat seit dem Austritte Stöckers mit den Christlich-Sozialen keine Organisation mehr in den Arbeiterkreisen."

[2]) Mit Sezessionisten aus dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein verschmolz Bebel seine ungefähr fünf Jahre alte Organisation am 7. August 1869 zur Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Erfurter Programms. Die Disziplin war sehr schwach; mußte doch der Erfurter Parteitag 1873 beschließen, daß die Mitglieder nicht anderen Parteien angehören dürften. Auf dem Kongreß 1870 waren 13 147, auf dem Einigungskongreß 1875 waren 9191 Mitglieder durch Delegierte vertreten.

Der sozialistische, aber nicht marxistische Allgemeine Deutsche Arbeiterverein war am 23. Mai 1863 von Lassalle gegründet worden und erreichte seinen Höchststand im Jahre 1872 mit 21 154 zahlenden Genossen.

Der Einigungskongreß tagte vom 22. bis zum 27. Mai 1875 zu Gotha und führte zur Verschmelzung der beiden Parteien zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands; ihr Programm war marxistisch, ihre Organisation ähnelte der des Lassalleschen Arbeitervereins.

zeigten die Wahlen von 1871 und 1874. Im Jahre 1871 erhielt der Arbeiterkandidat 1602 Stimmen (10,40% der Wahlberechtigten, 20,10% der abgegebenen Stimmen), davon 1006 in der Stadt Brandenburg. Am 10. Januar 1874 waren es bereits 2900 Stimmen (18,43% bzw. 31,63%), und der Sozialist gelangte in die Stichwahl gegen den Fortschrittler — die beiden konservativen Kandidaten erhielten zusammen nur 2593 Stimmen. Von den 3914 sozialistischen Stimmen der Stichwahl stammten 1830 aus der Stadt Brandenburg, 367 aus Rathenow, 145 aus Plaue, 60 aus Dom-Brandenburg; die übrigen 1500 kamen also aus dem flachen Lande.[1]) — Das Anschwellen der Sozialdemokratie im ganzen Reich veranlaßte die Polizei zu rücksichtsloser Anwendung des Vereinsgesetzes. Am 13. Juni 1874 wurde der Verein in Brandenburg geschlossen, am 16. Juni auch ein am 8. Mai 1873 gegründeter Arbeiterfrauen- und -mädchenverein (in Berlin erfolgte die Schließung erst zehn Tage später, am 23. Juni!). Im März 1875 gründeten die Brandenburger Genossen einen neuen, etwa 300 Mitglieder zählenden Wahlverein; aber auch dieser wurde als verbotene Fortsetzung des im Vorjahre aufgelösten am 16. Dezember 1875 geschlossen. Da die inzwischen vereinigte Partei am 30. März 1876 für ganz Preußen verboten wurde, kam es in Brandenburg zu einer neuen offiziellen Vereinsgründung vorläufig nicht mehr. — Wann in der Stadt Brandenburg der obrigkeitliche Druck so weit nachließ, daß die Sozialisten wieder an eine öffentliche Vereinsbetätigung denken konnten, ist nicht genau zu ermitteln. — In Rathenow wurde am 19. August 1889 bereits ein „Verein zur Erzielung volkstümlicher Wahlen" gegründet, der Vorläufer des „Sozialdemokratischen Wahlvereins von Rathenow und Umgebung". —

Am 30. September 1890 war das Sozialistengesetz abgelaufen: am 6. Dezember 1899 wurde der § 8 des preußischen Vereinsgesetzes vom 1. März 1850 aufgehoben; das Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1908 schuf schließlich eine einheitliche Rechtsgrundlage für politische Vereinigungen im ganzen Reichsgebiet und ermöglichte außerdem die Aufnahme weiblicher Mitglieder in politische Vereine. — Schon vor dem Fall des Sozialistengesetzes lebte das Parteiwesen wieder auf, so daß bereits von 1887 an in sämtlichen märkischen Wahlkreisen sozialistische Kandidaten für die Reichstagswahlen aufgestellt werden konnten. Leider sind die Aufzeichnungen der örtlichen Vereine nicht erhalten geblieben, da einmal die Funktionäre überaus häufig wechselten, zum anderen aber auch der Besitz derartiger Papiere nicht ungefährlich war. Zum Teil allerdings glaube ich annehmen zu dürfen, daß Material wohl vorhanden ist, aber aus verschiedenen Gründen nicht zugänglich gemacht wird. — Nach der Jahrhundertwende schlossen sich die Wahlkreisverbände der Mark dann zum „Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg" bzw. „Berlin und Umgebung" zusammen. Beide Verbände gaben seit 1909 bzw. 1907 auch

[1]) Davon 69 in Garlitz, 47 in Tieckow, 46 in Klein-Kreutz, 44 in Lünow, 43 in Wachow, 33 in Ketzin, 32 in Butzow, 31 in Päwesin, je 28 in Briest und Gortz, 24 in Radewege, 6 in Brielow und 1 in Plaue-Schloß.

gedruckte und der Öffentlichkeit zugängliche Jahresberichte heraus; einzelne Vereine schon früher, so der seit dem 1. Januar 1901 bestehende „Sozialdemokratische Zentral-Wahlverein für Teltow-Beeskow-Charlottenburg" ab 1. Oktober 1905. — In der Tabelle 3 sind die diesen Jahresberichten entnommenen Mitgliederzahlen der einzelnen Wahlkreisvereine zusammengestellt. Daß innerhalb der Arbeiterschaft die Ansichten über politische und wirtschaftliche Organisation, über Partei und Genossenschafts- und Gewerkschaftswesen lange Zeit hindurch uneinheitlich waren, daß sich die Anhänger der verschiedenen Theorien sogar lebhaft bekämpften, ist bekannt. Ebenso bekannt ist aber auch, daß sich das Verhältnis zwischen ihnen allmählich besserte, wozu besonders der Einfluß Karl Legiens beitrug, bis auf dem Mannheimer Parteitag 1908 die Einheit von Partei und Gewerkschaft festgestellt worden war. So besaß schließlich die Sozialdemokratie in den Freien Gewerkschaften eine zweite große[1]) und zuverlässige Massenorganisation. Das zahlenmäßige Verhältnis von freigewerkschaftlich und politisch Organisierten hat natürlich geschwankt und ist im einzelnen nicht überall festzustellen. Für den Berliner Verband ist im Jahresbericht 1907 angegeben, daß etwa 16½% der Mitglieder der Freien Gewerkschaften auch politisch organisiert waren[2]), andererseits von den Parteimitgliedern

etwa 82 % freigewerkschaftlich,
etwa 0,3% nichtsozialistisch (Hirsch-Duncker),
etwa 8 % überhaupt nicht organisiert waren; die übrigen
etwa 10 % entfielen auf beruflich Selbständige, also im Sinne der Rundfrage Nichtorganisationsfähige. Ähnliche Angaben finden sich in vielen anderen Berichten. —

Örtliche Turn- und Sportvereine (der Radfahrer-Verein Solidarität, besonders auf dem flachen Lande) erhöhten die Schlagkraft der Partei bei der Wahlagitation usw., während Bildungseinrichtungen (Volksbühne) und Konsumgenossenschaften auch stark in die Schichten des Kleinbürgertums hinübergriffen. — Von Anfang an hat die SPD auch auf regelmäßiger Zahlung von Beiträgen bestanden. Mußte sie doch in der Regel, da Diäten nicht gezahlt[3]) wurden, ihren Reichstagsabgeordneten die Übernahme der

[1]) 1907 etwa 1 373 000 Mitglieder (im Reich).

[2]) Hierbei dürften die weiblichen und jugendlichen Gewerkschaftler mitgerechnet worden sein, die nicht Parteimitglieder werden konnten. Ein etwas höherer Prozentsatz ist also anzunehmen (nach meiner Schätzung vielleicht 25 bis 30%).

1914 verhielten sich in Berlin die sozialdemokratischen Wähler (1912) zu den Gewerkschaftsmitgliedern wie 100 : 25,5 (Haenisch).

[3]) In den achtziger Jahren ist von Bismarck der Versuch gemacht worden, auf Grund einer Bestimmung des Allgemeinen Landrechts gegen die Empfänger von „Privatdiäten" strafrechtlich vorzugehen. — Soweit also nicht ein gleichzeitiges Mandat im Preußischen Abgeordnetenhause bestand, wo Tagegelder gezahlt wurden, mußten Mitglieder des Reichstags private Aufwandsgelder in Form von Gehältern, Honoraren usw. beziehen. — Besonders der Linksliberalismus führte in der Presse und sonst häufig Klage darüber, daß es ihm wegen Fehlens von Diäten an Kandidaten mangele. — Durch Reichsgesetz vom 21. Mai 1906 wurden schließlich Tagegelder auch für die Reichsboten bewilligt (Art. 32 RV).

Mandate durch Einräumung ausreichend bezahlter Funktionärstellungen ermöglichen, außerdem — besonders in den Kampfjahren — die Kosten für Anwälte und Polizei- oder Gerichtsstrafen ihrer Anhänger bestreiten. Daneben hat die Partei aber auch stets für die Schaffung und Vergrößerung eines eigenen Vermögens gesorgt und es in den Betrieben der Genossenschaften, Zeitungen usw. arbeiten lassen. — Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, daß gerade der Zwang zur regelmäßigen Zahlung relativ hoher Beiträge, wozu dann noch der Bezug der Partei- und Gewerkschaftsblätter sowie häufig Sammlungen kamen, am meisten dazu beigetragen hat, das Interesse des Arbeiters an „seiner" Partei zu erhalten.

So besaß unter den fünfzehn bis zwanzig Parteien des alten Reichstags allein die Sozialdemokratie diejenige Organisation, welche die volle Ausnutzung des allgemeinen Wahlrechts möglich machte. Das erkannten, wenn auch unbegreiflich spät, die anderen Parteien zwar auch; bis zum Weltkriege haben sie es aber nicht erreicht, der Sozialdemokratie eine gleichwertige Organisation entgegenzustellen. — Bei den Linksliberalen mag, da ihr Zusammenschluß ja erst 1910 gelang, die Zeit für ein derartiges Werk nicht mehr ausgereicht haben; bei den Konservativen scheint der Zwang zum organisatorischen Aufbau einer „Volkspartei" noch nicht groß genug gewesen zu sein, solange sie eine grundlegende Wahlreform in Preußen verhindern konnten. —

Da also bei den bürgerlichen Parteien straffe Wählerorganisationen fehlten oder nur in Ansätzen vorhanden waren, fiel die Aufgabe, die Bevölkerung mit der Politik in Verbindung zu halten, in der Hauptsache der Presse zu. Ausgesprochene Parteiorgane mit nennenswerten Leserzahlen besaß eigentlich nur die Sozialdemokratie. Daß die Provinzzeitungen in der Mark sich meist parteilos bürgerlich hielten, war schon erwähnt worden. Dagegen waren die Kreisblätter, oft zugleich einzige Tageszeitung, als amtliche Organe selbstverständlich auch in ihrem nichtamtlichen — sogar im Inseraten- — Teil politisch gebunden, d. h. sie waren wie die Landräte konservativ. — Die großen Berliner Tageszeitungen vertraten ziemlich einseitig die Anschauungen bestimmter Parteien, wenn sie auch der Form nach unabhängig, d. h. der unmittelbaren Kontrolle durch die Parteien nicht unterworfen waren. — Eine vollständige Aufzählung der Zeitungen liegt außerhalb des Rahmens dieser Arbeit; die wichtigsten sind im Literaturnachweis genannt. — Wenn ich im zweiten Abschnitt feststellte, daß die Verteilung der Berliner Zeitungen über die Mark nicht zu ermitteln war, so muß ich hiervon die sozialistischen Organe ausnehmen, für die ich ab 1906 in Tabelle 4 einen solchen Nachweis gebe.

Die Reichstagswahlen und ihre Ergebnisse

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches hat — mit Ausnahme des Reichslandes — unter dem Kaiserreich in dreizehn Hauptwahlen ihre Vertreter für den Reichstag gewählt. Die Einzelergebnisse dieser dreizehn Wahlen

sowie deren Daten sind für die Mark Brandenburg in Tabelle 5 gegeben, und zwar der Vergleichbarkeit wegen die auf jede Partei prozentual entfallenen Stimmen.

Für die Mark als Gesamtgebiet ist dabei festzustellen, daß die Wahlbeteiligung 1871 knapp 36 % betrug (im Reich über 50 %), sich bis 1877 auf 47 % hob und dann 1878 auf 64 % schnellte. Nach langsamem Abfall brachte 1887 ein Ansteigen auf 74 %, nach erneutem Rückgang auf 68 % das Jahr 1903 dann einen neuerlichen Anstieg auf 75 % und die beiden folgenden Wahlen ein weiteres Steigen auf 82 und 83 %.

Die Zahl der ungültigen und zersplitterten Stimmen schwankte zwischen 0,30 und 0,78 %, war also nicht erheblich.

Ebenso unbedeutend blieben die für das Zentrum abgegebenen Stimmen, deren Anteil sich von 0,11 % im Jahre 1871 unter Schwankungen auf 1,17 % (1907) bzw. 1,05 % (1912) hob, also unter dem Anteil blieb, den die Katholiken an der Gesamtbevölkerung hatten.

Auch die seit 1890 mit 0,02 % auftretenden Antisemiten fielen im Gesamtgebiet nicht besonders ins Gewicht. Ihr Anteil erreichte 1893 3,88 %, 1898 4,60 %, bewegte sich danach aber nur noch um 1 %.

Für Sozialisten stimmten im Jahre 1871 2,13 % aller Wahlberechtigten, 5,95 % der an der Wahl Teilnehmenden (im Reich 1,33 % bzw. 2,61 %). In schnellem Steigen wurden 1878 10,99 % (17,18 %) erreicht.[1]) Die Wahl des Jahres 1881 brachte dann einen Rückschlag auf 5,66 (9,03) %, dem nach Verdoppelung bei der nächsten Wahl ein schneller, ununterbrochener Anstieg auf 47,74 (57,34) % im Jahre 1912 folgte, womit diese Partei nahezu die Hälfte aller märkischen Wähler umfaßte, nachdem sie schon 1903 mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigt hatte.

Die Linksliberalen brachten 1871 als zweitstärkste Partei 7,67 % der wahlberechtigten Bevölkerung (21,44 % St.) an die Wahlurne, im nächsten Wahljahr ungefähr ebensoviel. Dann hob sich ihr Anteil bis 1881 schnell auf 30 (48) %, um allmählich seit 1893 schneller, auf knapp 10 (13,38) % im Jahre 1903 zurückzufallen. 1907 brachte dann die Erholung auf 14 % (17,18 %); 1912 zeigte 15,28 (18,35) % Linksliberale.

Den Rechtsliberalen folgten 1871 nur 5,56 (15,54) %, bei der nächsten Wahl über 12 (29,26) %. 1877 und 1878 stimmten noch 9,81 (20,92) bzw. 8,11 (12,68) % rechtsliberal; dann scheint die Macht der Partei in der Mark zerbrochen. 0,73 (1,16) % stimmten 1881 nationalliberal; allmählicher Anstieg auf 2,52 (3,48) % im Jahre 1893 wurde 1898 noch einmal unterbrochen — 0,77 (1,14) % — und führte auf 3,58 (4,30) % im Jahre 1912.

Besser hielt sich die Freikonservative Partei, deren Anteil aber doch sehr stark schwankte und sich zwischen 1,88 (2,77) % im Jahre 1898 und 9,21 (12,47) % im Jahre 1887 bewegte, im allgemeinen aber 4 bis 5 % betrug.

[1]) Sofern nichts anderes angegeben, beziehen sich alle prozentualen Angaben auf die Zahl der Wahlberechtigten, eingeklammerte auf die abgegebenen Stimmen.

Wieder ein anderes Bild boten die Deutsch-Konservativen. Zwar hatten sie nach den 16,63 (46,49) % der ersten Wahl bei den folgenden beiden nur 10,50 (25,41 bzw. 22,73) % auf sich vereinigt, stiegen dann aber stetig bis zum Jahre 1887 — auf 26,04 (35,27) % —, wo sie wie im Jahre vorher stärkste Partei waren. Danach ging ihr Anteil zurück, so daß er 1912 nur noch 10,02 (12,03) % ausmachte.

Dieser erste allgemeine Überblick über die Wahlergebnisse im Gesamtgebiet täuscht selbstverständlich in mancher Beziehung. Eine Ursache ist in der ungewöhnlich geringen Wahlbeteiligung der ersten Jahre, besonders bei den Wahlen von 1871, 1874 und 1877, zu suchen. Die zweite und wohl ausschlaggebende darin, daß das Gesamtgebiet kein einheitlicher Wahlbezirk, sondern in 26 Kreise aufgeteilt war, in denen niemals alle Parteien gleichzeitig kandidierten. — Daß in der Vorkriegszeit kein Proportionalwahlrecht bestand, die Minderheiten jedes Wahlkreises also bei der Mandatszuteilung unberücksichtigt blieben, ist für die vorliegende Arbeit weniger erheblich, obwohl die Teilnahme an einer Wahl wegen der damit verbundenen Kosten für die Parteien selbstverständlich oft von den Erfolgsaussichten bestimmt war.

Vor der Besprechung der einzelnen Wahlkreise erscheint noch eine Übersicht über die jeweilige Kandidatenaufstellung angebracht, über welche die Tabelle 6 informiert. An insgesamt 338 Einzelwahlen[1]) sind danach also, wenn man Zentrum, Polen und Bodenreformer unberücksichtigt läßt, die verschiedenen antisemitischen Richtungen als eine Gruppe betrachtet und den Bund der Landwirte den Konservativen zurechnet,

193 mal drei Parteien,
69 mal vier Parteien,
63 mal zwei Parteien und
13 mal fünf Parteien beteiligt gewesen.

Es kamen 36 verschiedene Parteikonstallationen vor, darunter

109 mal K-F-S,	37 mal R-F-S,
25 mal K-L,	24 mal K-F-S-A,
je 19 mal K-L-F-S und K-F,	14 mal K-L-S.

Wie sich also ergibt, hatte der Wähler äußerst selten Gelegenheit, seiner politischen Meinung in feinerer Differenzierung Ausdruck zu geben. Meist bestand nur die Wahl zwischen konservativ, liberal und sozialistisch, wobei größtenteils der Konservativismus durch einen Deutschkonservativen, der Liberalismus durch einen Fortschrittler vertreten war. — Daß besonders in den ersten Wahlen häufig mehrere Kandidaten der gleichen politischen Richtung auftraten, zeigt, wie sehr die Persönlichkeit noch vor der Parteirichtung gewertet wurde, andererseits aber auch, wie labil die Parteiverhältnisse noch waren. Es muß allerdings erwähnt werden, daß bei rund 90 Fällen derartiger Mehrfachkandidaturen mit 164 Kandidaten die zweiten und dritten Bewerber nur in sechs Fällen den Hauptkandidaten an Stim-

[1]) Siehe Seite 10, Anmerkung 2.

menzahl ungefähr gleichkamen; in 32 weiteren Fällen wurde nicht die Hälfte der Stimmen erreicht, die auf den Hauptkandidaten entfielen, in 28 weiteren Fällen weniger als 10 % und in 23 Fällen sogar weniger als 2 %. Nur dem Umstand, daß auf alle Bewerber der betreffenden Parteirichtung zusammen genügend Stimmen entfielen, haben es also die meisten Nebenkandidaten zu verdanken, daß die auf sie lautenden Stimmzettel nicht den „zersplitterten" zugerechnet wurden. Häufig allerdings führten verirrte Stimmen zu rein statistischen Mehrfachkandidaturen.[1])

Die einzelnen Wahlen im Rahmen der politischen Entwicklung

Das politische Interesse um die Jahreswende 1870/71 galt natürlich dem Kriege und der auf den Schlachtfeldern Frankreichs erkämpften nationalen Einigung. — Die prinzipiellen Verfassungsfragen schienen schon im Norddeutschen Bunde geregelt, so daß die Presse in ihren Artikeln zur Wahl — von anderer Wahlpropaganda war kaum etwas wahrzunehmen — nur Einzelheiten diskutierte[2]). In größerem Ausmaß war nur der Kulturkampf Gegenstand der Erörterungen, woraus zu verstehen ist, daß überhaupt in so vielen brandenburgischen Wahlkreisen katholische Kandidaturen bestanden.

Am 1. März begann der Einzug der deutschen Truppen in Paris, und zwei Tage später, am Wahltage, brach auf die Nachricht von der Ratifikation des Vorfriedens der volle Siegesjubel durch. Mildes trockenes Wetter begünstigte die großen Illuminationen und hielt die Bevölkerung bis in die Nacht hinein in den Straßen. —

Große Teile der Wahlfähigen standen noch unter den Fahnen. Vielerorts herrschte der Belagerungszustand, dessen Aufhebung zunächst als unstatthaft bezeichnet wurde; erst am 11. Februar ließ das Hauptquartier die für die Wahl hinderlichsten (Versammlungs-) Beschränkungen fallen.

Die Wahl am 3. März 1871

Die Wahlbeteiligung war in der Mark sehr gering und betrug im Durchschnitt knapp 36 %. Ein Fünftel der Wahlberechtigten (56 % der gültigen Stimmen) stimmte konservativ, etwas mehr als ein Achtel (13,2 % B. = 37 % St.) liberal, 2 (6) % sozialistisch.

22 Wahlkreise sandten Vertreter gleicher Parteirichtung in den neuen Reichstag wie in den Norddeutschen (nämlich 13 K, 1 R, 2 L, 6 Berliner F),

---

[1]) Siehe besonders Berlin. Es wurden Stimmzettel für den Kandidaten eines benachbarten Wahlkreises oder solche mit den Namen bekannter Persönlichkeiten abgegeben usw.

[2]) Schon Mitte Februar hatte der Fortschrittliche Bezirksverein Alt-Cölln eine Petition wegen der Wahlkreisgröße vorbereitet („Vossische Zeitung" Nr. 44 vom 14. Februar 1871).

davon 18 den bisherigen Abgeordneten. Zwei weitere Kreise ließen sich durch gemäßigt Konservative (statt bisher K) vertreten, und nur die beiden havelländischen Wahlkreise P 7 und P 8 wurden den K durch F entrissen.

Die Mandatsverteilung für die Mark als Ganzes (13 K + 3 R, 2 L + 8 F) deckte sich also ziemlich genau mit dem Wahlwillen, dem 10 liberale, 15 konservative und 1 sozialistischer Abgeordneter entsprochen hätten. — Im Jahre 1872 erfolgte noch eine Mandatsniederlegung (F 3); der neugewählte Abgeordnete gehörte aber der gleichen Partei wie sein Vorgänger an.

Erste Legislaturperiode, 21. März 1871 bis 25. Juni (29. November) 1873

Die erste Legislaturperiode stand im Zeichen des Kampfes zwischen Bismarck und der von ihm als Ungeheuerlichkeit empfundenen katholischen Fraktion, dem Zentrum. — Wenn auch der Liberalismus im ganzen Bismarck gern gegen die Ultramontanen unterstützte, so trafen — im Reiche wie in Preußen — viele der Kampfmaßnahmen doch auf Widerstand bei den prinzipientreuen Linksliberalen. So stimmten von den in der Mark interessierenden Fortschrittlern Franz Duncker, Freiherr von Hoverbeck, Klotz und Eugen Richter gegen den Kanzelparagraphen (§ 130a Abs. 1 des Strafgesetzbuches), Franz Duncker, Hagen, Klotz und Richter gegen das Jesuitengesetz, während Dr. Löwe und Schulze-Delitzsch dafür stimmten, beide sowie Hagen, Hänel, Runge dem Kanzelparagraphen zur Annahme verholfen hatten. — Von Schulze-Delitzsch stammte auch der Antrag auf Übergang zur Tagesordnung, durch den die Zentrumsanträge zur Adreßdebatte im März 1871 zu Fall gebracht wurden. — Andererseits blieben die von den Liberalen erhobenen Forderungen nach vollständiger Trennung von Kirche und Staat unerfüllt. Auch die schon im Frühjahr 1871 von Dr. Löwe geforderte Zivilehe kam in der ersten Legislaturperiode noch nicht zustande. — Dagegen wurde 1872 ein wichtiges Teilstück der inneren Reformen in Preußen durch die Kreisordnung geschaffen, die zwar nicht allen Liberalen weit genug ging, trotzdem aber auch von den Fortschrittlern angenommen wurde, weil sie sich wegen des Kulturkampfes nicht von der Regierung trennen wollten. — Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie besondere gesetzgeberische Maßnahmen zu treffen, lehnte der Reichstag 1873 durch Verwerfung der von der Regierung eingebrachten Vorlagen (Novelle zum Gewerbegesetz, Preßgesetzentwurf) ab. Darauf folgte die Berufung des „Sozialistentöters" Staatsanwalts Tessendorf aus Magdeburg nach Berlin; für die Sozialdemokratie begann die „Ära Tessendorf", welche die beiden Arbeiterparteien 1875 zur Sozialdemokratischen Partei zusammenschweißte. — Der Heereshaushalt, das typische Kampffeld des Fortschritts um die Sicherung und Erweiterung der konstitutionellen Rechte, fand im November 1871 seine Erledigung. Zur Minderheit zählten neben der Fortschrittspartei auch 44 Nationalliberale. Daß der Fortschritt im Frühjahr 1871 auch gegen die Dotationen, im Herbst des gleichen Jahres auch gegen die Abzweigung von 120 Millionen aus der Kriegsentschädigung an den Reichskriegsschatz stimmte, mag in diesem Zusammenhang ebenfalls erwähnt werden.

Die Wahl am 10. Januar 1874

Da besonders zugkräftige Wahlparolen kaum vorlagen, stieg die Wahlbeteiligung nur unwesentlich, auf 41 %. Die Nationalliberalen als „die" Reichspartei waren in der Mark unbestreitbar die Sieger und errangen durch die Verdoppelung ihres Anteils auf 12,6 (30,7) % zwölf von den zwanzig Reichstagssitzen, welche der Provinz Brandenburg zustanden. Den Verlust trugen in der Hauptsache die Konservativen, deren Anteil auf 9,4 (22,9) % zurückging und die von den bisher innegehabten zwölf Mandaten neun[1]) nicht wiedererhielten. Auch die Freikonservativen verloren trotz Verdoppelung ihrer Stimmenzahl auf 6 (14,6) % drei Sitze, gewannen aber zwei neue[1]) hinzu, so daß sie in den neuen Reichstag mit drei märkischen Abgeordneten einzogen. Die F-Stimmen waren etwas zurückgegangen, beließen der Partei aber ihren Besitzstand an märkischen Mandaten, da zwar eins (P 7 an NL[2]) verlorenging, ein anderes aber (F 10 von R) neu erworben wurde. Die Sozialdemokratie ging wieder leer aus, obwohl sich ihre Stimmenzahl vervierfacht hatte. Dem Stimmenverhältnis hätte folgende Mandatsverteilung entsprochen: K 6, R 4, NL 8, F 5, S 3, während infolge des Wahlrechts K 3, R 3, NL 12, F 8 und S 0 Abgeordneten in den Reichstag entsandten.

Zweite Legislaturperiode, 8. Februar 1874 bis 22. Dezember 1876

Größere Schwierigkeiten als 1871 machte die Heeresvorlage im zweiten Reichstage. In die durch Bismarcks Krankheit bis nach Ostern 1874 verlängerte Pause zwischen der ersten und der zweiten Lesung fielen die Rücktritts- und Auflösungsdrohungen in der Presse und der Empfang des nationalliberalen Reichstagspräsidenten Forckenbeck beim Kaiser (30.März), dessen Frucht das dann am 20. April 1874 angenommene erste Septennat war. Der Fortschritt verharrte in der Ablehnung und erfuhr durch die Absprengung der Gruppe Löwe-Berger seine erste Spaltung im Reichstage. — Das Reichspressegesetz dagegen wurden fünf Tage später auch mit den Stimmen des Fortschritts beschlossen, da es besonders für Preußen gegenüber dem bisherigen Zustande Verbesserungen brachte. — Die Beratung der übrigen Justizgesetze zog sich über zwei Jahre hin. Unter dem Drucke Bismarcks verzichteten schließlich die Nationalliberalen auf die Aburteilung von Preßvergehen durch Schwurgerichte und andere prinzipielle Forderungen und ermöglichten dadurch, daß die Vorlagen noch kurz vor Schluß der Session am 21. Dezember 1876 gegen Fortschritt, Zentrum und Sozialdemokraten angenommen wurden. — Auch dieser Reichstag hatte 1875 einen erneuten Versuch Bismarcks, eine Sondergesetzgebung gegen die

[1]) Hierbei ist allerdings auch — in Übereinstimmung mit der Statistik — der Wahlkreis P 3 mitgezählt worden. Dieser wählte 1874 genau wie 1871 Graf von Arnim; nur betrachtete dieser sich 1871 noch als K, jetzt aber als R.

[2]) Wulfshein hatte den Kreis aber nicht dem Fortschritt entrissen, sondern war mit dessen Unterstützung gewählt worden. Er trennte sich übrigens bald von seiner Fraktion und zählte 1877 bereits als F' Hospitant).

Sozialdemokratie zu schaffen — diesmal durch eine Novelle zum Strafgesetzbuch —, abgelehnt. — Weiter erfolgte in der zweiten Legislaturperiode die Weiterführung und der Abschluß der Kulturkampfgesetzgebung. Schon der März 1874 brachte in Preußen die obligatorische Zivilehe; zwei Monate darauf gelangten im Reichstage die zweiten „Maigesetze" zur Annahme. Dabei wurde der Expatriierungsparagraph wieder nur von einem Teil des Fortschritts gebilligt (u. a. von Duncker, Eberty, Hagen, Hänel, Klotz, Dr. Löwe, v. Saucken, Schulze-Delitzsch, Träger), während seine Gegner (darunter Richter und v. Hoverbeck) sich der Stimme enthielten. — Das Ende Mai 1876 im Preußischen Landtag verabschiedete Gesetz zur evangelischen Kirchenverfassung enttäuschte den Fortschritt, weil er darin „nicht die Verwirklichung des Gemeindeprinzips und die Verselbständigung der evangelischen Kirche erkennen" konnte[1]). Ebenso war im Juni 1875 die Provinzialordnung gegen die Stimmen fast aller Fortschrittler angenommen worden. — Noch in einer anderen Frage kam der prinzipielle Gegensatz zwischen der Fortschrittspartei und Bismarck zum Ausdruck: das „Reichseisenbahnprojekt", das Bismarck ja selbst später nicht weiterverfolgte, stieß nicht nur in technischer Beziehung auf den Widerstand der Linken. Der Fortschritt erkannte nicht zu Unrecht, daß die Eisenbahnen im Eigentum des Reiches durch die Betriebsüberschüsse und als Anleiheunterlage das so zähe verteidigte Budgetrecht des Reichstages illusorisch machen konnten; die Annahme des Gesetzes am 2. Mai 1876 konnte er trotzdem nicht verhindern. — Daß Delbrück, dessen Wirtschaftspolitik der Gesamtliberalismus stützte, im Zusammenhang mit der Eisenbahnvorlage am 25. April aus dem Amte schied, nachdem er und Camphausen bereits im Sommer 1875 von den Konservativen scharf angegriffen worden waren, ließ eine Umkehr in Bismarcks Wirtschaftspolitik ahnen, wenn er nicht selbst schon Ende 1875 für eine totale Steuer- und Zollreform (22. November) und Schaffung neuer Reichsämter (11. Dezember) sich ausgesprochen hätte. —

Das Jahr 1876 brachte schließlich noch die Aussöhnung Bismarcks mit den Konservativen und die Gründung der Deutsch-Konservativen Partei.

Die Wahl am 10. Januar 1877

Auch diesmal verzichtete noch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten auf die Ausübung des Wahlrechts (Beteiligung 46,9 %). Außer der Sozialdemokratie, deren Anteil um fast 60 % größer war als bei der Vorwahl, ging vor allem der Fortschritt mit dem ansehnlichen Gewinn von 34 000 Stimmen aus der Wahl hervor, so daß er mit einem Anteil von 11,8 (25,2) % die an Wählerstimmen stärkste Partei der Mark war. Auch die für Deutschkonservative abgegebenen Stimmen nahmen zu, während die Freikonservativen ihren Anteil nicht voll behaupten konnten. Der Gewinn der Sozialisten, Fortschrittler und Konservativen entstammte z. T. der Masse der

[1]) Knörcke, M. d. L., Berlin 3.

früheren Nichtwähler, darüber hinaus brachte er den Nationalliberalen einen Rückgang auf 9,4 (20) %. Dabei kam dem Parteiwechsel des Abgeordneten Wulfshein (P 7, jetzt Hospitant der F) keine ausschlaggebende Bedeutung zu, da seine 5000 Stimmen noch nicht 1% der in der Mark Wahlberechtigten ausmachten. — Die Verschiebungen im Stärkeverhältnis wirkten sich in vielen Kreisen entscheidend aus. Dreizehn Wahlkreise sandten Abgeordnete anderer Parteistellung in den Reichstag als drei Jahre zuvor. Dabei glichen sich Gewinn und Verlust bei der Reichspartei (± 2) und beim Fortschritt (± 3) aus; die Deutschkonservativen gewannen sechs, die Sozialdemokraten zwei Mandate, die Nationalliberalen verloren acht[1]). Die beiden Sozialisten waren in Kreisen gewählt (B 4 und B 6), welche bisher fortschrittlich vertreten waren. Darüber hinaus hatte der Fortschritt einen Kreis (F 10) an die K verloren, zwei den Nationalliberalen (P 7[2]) und P 9), einen der Reichspartei (P 6) entrissen. Letztere hatte ein weiteres Mandat den K überlassen müssen (P 4), aber durch ihren Sieg über die Nationalliberalen in P 2 und P 5 ihre bisherige Stärke behauptet. Die Nationalliberalen mußten schließlich auch noch den Konservativen die Kreise F 1, F 3, F 7 und F 9 überlassen. — Durch zwei im Laufe des Jahres 1877 erforderlich werdende Nachwahlen (B 5 und F 7) erfuhr die Parteikonstellation eine Veränderung nicht. Die Mark war also in der dritten Legislaturperiode durch 9 K, 3 R, 4 NL, 8 F und 2 S vertreten, während beim Proportionalwahlrecht auf die K 6, R 3, NL 5, F 7 und S 5 Mandate entfallen wären.

Dritte Legislaturperiode, 22. Februar 1877 bis 24. Mai 1878

Das politisch am meisten interessierende Ereignis des Frühjahrs 1877 war die „Krise um Stosch", die mit dem historischen „Niemals!" des 4. April ihren Abschluß fand und an die sich ein bis Februar 1878 währender Urlaub Bismarcks schloß. Hierdurch schien zunächst auch die Umstellung der Wirtschaftspolitik und, im Zusammenhang damit, die Vorbereitungen zur Ausschiffung Camphausens unterbrochen, doch zeigten die Reichstagsverhandlungen (Antrag, betr. Enquete über Produktions- und Absatzverhältnisse in Landwirtschaft und Industrie, während deren Dauer Verhandlungen über Handelsverträge nicht zu führen wären, und betr. Wiedereinführung der Eisenzölle), daß die Bewegung im Flusse, wenn auch noch zu schwach war.

Verwirrend wirkten dann während Bismarcks Urlaub die „Friktionsartikel" und seine Verhandlungen mit Bennigsen. — Im Februar 1878 kamen die neuen Steuervorlagen Camphausens zur Beratung, und Bismarck konnte, nachdem durch den Tod Pius' IX. am 7. Februar der Weg zum Abbruch des Kulturkampfes geebnet war, sich für seine neue Wirtschaftspolitik den Weg durch den Sturz Camphausens (23. Februar) und Achenbachs (30. März, zusammen mit Friedrich Eulenburg) frei machen. — Noch einmal wurde die

[1]) Einschließlich P 7.
[2]) Siehe oben und Anmerkung 2 auf Seite 31.

Aufmerksamkeit auf anderes gelenkt; dem Hödelschen Attentat (11. Mai) folgte die Vorlage des ersten Sozialistengesetzes, das aber am 24. Mai vom Reichstag mit großer Stimmenmehrheit verworfen wurde, ohne daß Bismarck Konsequenzen aus dieser Ablehnung zog. Neun Tage danach, drei Wochen nach dem ersten Attentat, fielen dann die Schüsse Nobilings; ihnen folgte am 11. Juni die Auflösung des Reichstages, obwohl auch ohne diese die Zustimmung der Nationalliberalen zu einem Sozialistengesetz und damit dessen Annahme sicher gewesen wäre.[1])

Für das politische Leben — zunächst besonders der Reichshauptstadt — bedeutungsvoll war schließlich die Eiskellerversammlung am 3. Januar 1878, mit der unter einem Rededuell zwischen dem Hofprediger Adolf Stöcker und dem „wilden Sozialistenhäuptling“[2]) Johann Most die Christlich-Soziale Partei ins Leben trat.

Die Wahl am 30. Juli 1878

Berlin reagierte auf den sozialistischen Wahlsieg des Jahres 1877, auf die Attentate und auf die Stöckersche Bewegung mit einer ganz gewaltig steigenden Wahlbeteiligung, die naturgemäß den Fortschritt ungeheuer stärkte (Verdoppelung des Anteils auf fast 43 %), aber auch die Sozialisten zur Verteidigung rief und ihnen einen 50proz. Zuwachs brachte. Da in Berlin ein Drittel aller märkischen Wahlberechtigten wohnte, machte sich diese Bewegung auch im Wahlergebnis der gesamten Mark bemerkbar, obwohl in den Provinzkreisen die Wahlbeteiligung im allgemeinen nur unwesentlich stieg und den konservativen Parteien zugute kam. So ergab sich für die Mark eine Wahlbeteiligung von 64 %, eine Erhöhung des Anteils der Konservativen, Freikonservativen und Sozialdemokraten um ungefähr ein Drittel, ein 80proz. Gewinn des Fortschritts und ein Verlust der Nationalliberalen von einem Zehntel. Der Fortschritt blieb also stärkste Partei und vergrößerte den Abstand, der ihn von den Deutschkonservativen trennte, noch erheblich; auf Sozialdemokraten entfielen 25 % mehr Stimmen als auf die Reichspartei oder die fast gleich starken Nationalliberalen. — Je ein Mandat konnten die K den F und NL entreißen; diese mußten je ein weiteres der Reichspartei und dem Fortschritt überlassen, so daß ihnen in der Mark nur der Wahlkreis F 4[3]) verblieb. Dem Fortschritt schließlich gelang es, die Sozialdemokratie wieder aus B 6 zu verdrängen, so daß dieser nur ein märkisches (Berliner) Mandat verblieb. — Verschiedene Mandatswechsel im Laufe der Legislaturperiode (in B 2, B 5, P 1, P 7, F 2 und F 9) führten zu einer Verschiebung der Kräfteverhältnisse nicht. Im vierten Reichstage saßen also als Abgeordnete märkischer Kreise 11 K, 4 R,

[1]) „National-Zeitung“ vom 6. Juni 1878.

[2]) Max Braun, „Adolf Stöcker“, Seite 97.

[3]) Der hier gewählte Struve trat dann 1880 zur Liberalen Vereinigung über, so daß am Ende der Legislaturperiode die Nationalliberalen kein Mandat aus einem märkischen Wahlkreise mehr besaßen.

1 NL, 9 F, 1 S; dem Wahlergebnis hätten bei einer Verhältniswahl entsprochen: 6 K, 3 R, 3 NL, 8 F, 6 S.

Vierte Legislaturperiode, 9. September 1878 bis 15. Juni 1881

Im neugewählten Parlament fand dann mit den Stimmen der Konservativen und Nationalliberalen (221 : 149) am 19. Oktober das auf 2½ Jahre befristete Sozialistengesetz Annahme. Es diente im November 1878 zur Verhängung des kleinen Belagerungszustandes über Berlin und Teile seiner Umgebung; auf die zahlreichen Ausweisungen und sonstigen Verurteilungen braucht hier nicht eingegangen zu werden. Im Mai 1880 wurde die Geltungsdauer des Gesetzes erstmalig verlängert. — Als Kampfmaßnahme gegen die Sozialdemokratie war auch die Ernennung des bisherigen Kultusministers v. Puttkamer zum preußischen Innenminister im Juni 1881 zu betrachten („Ära Puttkamer").

Dem Gesamtliberalismus hatte der Kampf der offiziösen Presse in der Wahlagitation gegolten. Da die Zustimmung der Nationalliberalen zum Sozialistengesetz schon vor der Auflösung sicher gewesen war, mußte das Ziel, welches die Regierung mit einem neuen Parlament zu erreichen hoffte, auf anderem Gebiete liegen. Die Wahlpropaganda des Fortschritts und der Sozialdemokratie hatte daher die zu erwartenden steuerlichen Mehrbelastungen in den Vordergrund gestellt. — Kurz nach Annahme des Sozialistengesetzes erfolgte im Reichstage die Kundgebung des interfraktionellen „Freien volkswirtschaftlichen Vereins" zugunsten einer Reform des Zolltarifs. Der Führer dieser „Zweihundertvier" (36 Konservative, 39 Freikonservative, 27 Nationalliberale, 87 Zentrumsabgeordnete und einige mehr), Freiherr v. Varnbüler, erhielt die Zusage Bismarcks, vor der in Aussicht stehenden Tarifreform keine neuen Handelsverträge mit Konventionaltarif mehr abzuschließen; im Dezember wurde er Vorsitzender der zur Revision des Zolltarifs eingesetzten Kommission. Im Februar 1879 begannen dann unter lebhafter Anteilnahme der gesamten Öffentlichkeit im Reichstage die Debatten über den Übergang zum Schutzzoll; besondere Beachtung fand die Verteidigung Delbrücks gegen Bismarcks Behauptung, die Delbrücksche Wirtschaftspolitik habe versagt. Daß der Fortschritt in der Opposition stand, erscheint selbstverständlich. Bei den Nationalliberalen stand zunächst die Mehrheit den neuen Vorlagen nicht ablehnend gegenüber; der linke Flügel allerdings war gegen die Zölle. Forckenbeck äußerte auf dem Bankett des Städtetages (18. Mai zu Berlin) öffentlich seinen Protest und legte zwei Tage später das Reichstagspräsidium nieder — zugleich mit ihm sein katholischer Fraktionsgenosse Freiherr Schenk v. Stauffenberg das Amt des Vizepräsidenten —, weil er sich „in tiefgehenden Fragen im Gegensatz zur Reichstagsmehrheit" befände. Nachfolger im Präsidium wurden der Konservative v. Seydewitz und der Zentrumsabgeordnete Freiherr v. Franckenstein. — Nachdem schon am 5. Mai in parlamentarischen Kreisen viel beachtet worden war, daß Windthorst zum ersten Male auf der Soiree bei Bismarck erschien, wurde Anfang Juli

der Bruch mit den Nationalliberalen offensichtlich: Bismarck akzeptierte die Franckensteinsche Klausel. Die Schutzzollvorlagen wurden gegen die Nationalliberalen mit den Stimmen der Konservativen und des Zentrums am 12. Juli 1879 angenommen; die finanzielle Selbständigkeit des Reiches, mit deren Notwendigkeit die Vorlagen anfänglich begründet worden waren, war nicht erreicht.

Erst im Januar 1881 ging dem Reichstag der Entwurf zum Unfallversicherungsgesetz zu, die erste positive Maßnahme der Regierung zur Abwehr der sozialistischen Bewegung. Da die darin enthaltenen „staatssozialistischen" Gedanken zu neu waren, erfuhr der Entwurf in der Kommissionsberatung wesentliche Änderungen, die aber die Zustimmung des Bundesrats nicht fanden, so daß die Legislaturperiode ohne praktisches Ergebnis auf diesem Gebiet schloß. — An wirtschaftspolitischen Vorgängen bleibt noch das „Innungsgesetz" (Novelle vom 18. Juli 1881 zur Gewerbeordnung) zu erwähnen, das den „zünftlerischen" Anträgen der Konservativen und des Zentrums weitgehend entsprach, von der Linken daher abgelehnt wurde. (Die Reichspartei hatte das absolute Lehrlingsprivileg der Innungen verhindert.) — Die Fortsetzung der Verwaltungsreform in Preußen fand in der allgemeinen Öffentlichkeit kaum Beachtung.

Der Zusammenarbeit Bismarcks mit dem Zentrum entsprach schließlich ein Einlenken im Kulturkampf; der Preußische Landtag verabschiedete am 14. Juli 1880 das erste Friedensgesetz, das den Weg zur Rückkehr in normale Verhältnisse frei machte. Im Juni 1881 erfolgte dann auch im preußischen Kultusministerium die Ersetzung Puttkamers durch Goßler. Im Frühjahr 1880 war der neue Militäretat zur Beratung gekommen. Der Fortschritt hatte ihn — diesmal unter Betonung der Forderung nach zweijähriger Dienstzeit für die Fußtruppen — wie stets bekämpft, die Nationalliberalen bis zum linksstehenden Rickert ihn gestützt. Das neue Septennatsgesetz bewilligte eine Friedenspräsenzstärke von 1 % nach dem Bevölkerungsstande von 1875, was einer Erhöhung des Mannschaftsbestandes um fast 25 000 entsprach.

Im Parteileben kam die größte Bedeutung dem Zerfall der Nationalliberalen Partei zu. Die Ablehnung des Zolltarifes wegen der Franckensteinschen Klausel hatte schon 1879 zum Austritt der Gruppe Schauß-Völk geführt; im März 1880 war auch Lasker aus der Fraktion geschieden, und am 30. August 1880 erfolgte die Sezession von weiteren 17 Abgeordneten (darunter Baumbach, Forckenbeck, Rickert, Struve), die sich als Liberale Vereinigung konstituierten.

Die Wahl am 27. Oktober 1881

Bei kaum veränderter Wahlbeteiligung ergab sich nunmehr eine Dezimierung der rechtsliberalen Stimmen und gleichzeitig ein sehr starker Rückgang der Reichspartei. Dagegen erhöhte sich der konservative Anteil um 40 %, der fortschrittliche um fast die Hälfte. Die Wirkung des Sozialistengesetzes war ein Zurückgehen des sozialdemokratischen Anteils auf

5,7 (17,3) %. Elf Wahlkreise sandten Vertreter anderer Parteien als bisher in den Reichstag. Man darf aus diesem Ergebnis wohl den Schluß ziehen, daß in der Mark, d. h. diesmal in den Provinzkreisen, die Wirtschafts- und Sozialpolitik Bismarcks nicht allgemein gebilligt wurde. Denn ein Mißtrauensvotum hiergegen unter gleichzeitiger Bejahung der nationalen Politik muß wohl in der Wahl von fünf Abgeordneten der Liberalen Vereinigung erblickt werden, von denen vier in bisher konservativ vertretenen Kreisen (P 8 und F 2, bisher K; P 5 und F 8, bisher R) gewählt wurden. Darüber hinaus verloren die Konservativen noch zwei Kreise (P 1 und F 9) an den Fortschritt und gewannen einen (P 10) zurück; die Reichspartei verlor P 2 an den Fortschritt und eroberte statt dessen P 6. — In F 7 ergab sich durch Kandidatenwechsel eine rein statistische Parteiverschiebung von K zu R. — Die Sozialdemokratie mußte ihr letztes Berliner Mandat an den Fortschritt zurückgeben. — Im ganzen bedeutete die Mandatsverteilung eine Bevorzugung der Liberalen; denn während nach dem Stimmenverhältnis 9 K, 2 R, 4 L, 9 F und 2 S als Abgeordnete aus der Mark in den Reichstag hätten kommen müssen, gehörten von den tatsächlich gewählten 6 der K, 3 der R, 5 der L, 12 der F und 0 der S an.

Fünfte Legislaturperiode, 17. November 1881 bis 28. Juni 1884

Die neue Legislaturperiode stand unter dem Zeichen der Kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881. — Von allen Liberalen gemeinsam wurde zunächst, als Bismarck die Verzögerung in der Ausarbeitung der angekündigten Vorlagen mit den Schwierigkeiten der Materie begründete, ein Unfallversicherungsgesetzentwurf eingebracht, der zwar erweiterte Rechte der Arbeitnehmer auf Unfallentschädigung enthielt, deren Sicherstellung aber im ganzen dem Ermessen der Unternehmer überließ und daher als eigentliches Versicherungsgesetz kaum angesprochen werden konnte. — Im Mai legte dann die Regierung ihren Entwurf vor; aber im April 1883 mußte eine Kaiserliche Botschaft zu beschleunigter Erledigung auffordern, und erst im März 1884 begann die Beratung im Plenum. Im Juni schließlich erfolgte die Annahme mit den Stimmen der Konservativen, des Zentrums und der Nationalliberalen, so daß das Gesetz am 6. Juli 1884 erlassen werden konnte. — Schneller gingen die Beratungen über die Krankenversicherung vonstatten, über welche im April 1882 ein Entwurf der Regierung eingebracht worden war, der im Mai 1883 zur Annahme gelangte. Gegen das Gesetz über die Krankenversicherung stimmten außer den Sozialdemokraten auch die Fortschrittler sowie die meisten Sezessionisten, weil sie (F und Sez) hier aus prinzipiellen Gründen den Versicherungszwang verwarfen und für — wesentlich lokale — Selbsthilfeorganisation eintraten.

Eine von Bismarck und der offiziösen Propaganda besonders stark in den Vordergrund gehobene Quasi-Deckungsvorlage für die Sozialgesetzgebung, das als „patrimonium pauperis" bezeichnete Tabakmonopol, war übrigens am 13. Juni 1882 mit überwältigender Mehrheit (276 : 43) vom Parlament verworfen worden.

Die Mittel für eine bescheidene Flottenvermehrung wurden 1884 auch mit den Stimmen aller Liberalen bewilligt.

In die Schlußberatungen über die Unfallversicherung hatten sich die Verhandlungen wegen Verlängerung des Sozialistengesetzes geschoben. Hierbei hatte Bismarck am 9. Mai das „Recht auf Arbeit" als wirksames Mittel gegen die „Lockpfeife der Herren vom Wydener Programm" empfohlen. Das Gesetz wurde mit den Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und 26 Deutschfreisinniger (ehemaliger NL) um zwei Jahre verlängert.

In Preußen kamen im Mai 1882 und Juli 1883 weitere Gesetze zur Liquidierung des Kulturkampfes (das sogenannte zweite Friedensgesetz und das Revisionsgesetz) zur Annahme. Der im Reichstage im Januar 1882 angenommene Antrag Windthorst auf Aufhebung des Expatriierungsgesetzes führte dagegen durch den Widerstand des Bundesrats zu einem Erfolge vorläufig nicht. — Knapp zwei Monate vorher hatte Bismarck bei der Beantwortung einer Anfrage Virchows seine neue Stellung zum Zentrum im Gegensatz zu der gegenüber dem Fortschritt ziemlich schroff gekennzeichnet.[1])

Im Parteileben vollzog sich am 5. März 1884 der Anschluß der Liberalen Vereinigung an die Fortschrittspartei. Das Einigungsprogramm der „Deutschfreisinnigen Partei" betonte neben den alten liberalen Grundsätzen besonders den Kampf gegen den Staatssozialismus und die Schutzzollgesetzgebung sowie das Verlangen nach Abkürzung der militärischen Dienstzeit und Neufestsetzung der Präsenzstärke in jeder Legislaturperiode. Daß die junge Einigkeit die geteilte Abstimmung bei der Verlängerung des Sozialistengesetzes nicht verhindern konnte, war bereits erwähnt worden.

Die Wahl am 28. Oktober 1884

Die in den Provinzkreisen zunehmende Wahlbeteiligung und deren Rückgang in Berlin glichen sich aus, so daß in der Mark im ganzen 63,2 % der Berechtigten ihr Wahlrecht ausübten. Die konservativen Parteien zeigten eine geringe Zunahme, während der Freisinn auf 22,3 (35,3) % zurückging. Dadurch waren die Deutschkonservativen zum ersten Male seit 1871 wieder stärkste Partei. Die Sozialdemokratie hatte sich so weit gesammelt und an das Sozialistengesetz gewöhnt, daß sie durch Verdoppelung ihres Anteils schon wieder stärker war als 1878 vor dem Gesetz. (Da die wahlberechtigte Bevölkerung seit 1878 um über 100 000 zugenommen hatte, war absolut sogar ein Mehr von nahezu 17 000 sozialistischen Stimmen vorhanden.) So eroberte die Partei denn auch B 4 und B 6 vom Freisinn zurück. Dieser verlor drei weitere Mandate (P 1, P 9, F 9) an die K und eins

[1]) „Wenn ich ... in die Alternative gestellt werde, zwischen einer Annäherung an das Zentrum und einer Annäherung an den Fortschritt zu optieren, so wähle ich aus staatsmännischen Gründen das Zentrum. Das Zentrum kann für den Staat sehr unbequem werden ... aber nicht so gefährlich wie meines Erachtens der Fortschritt."

(P 2) an die Reichspartei, konnte dagegen nur ein bisher konservatives (F 3) neu erlangen. Von den Mandaten der Liberalen Vereinigung fiel eins (F 2) an K, eins (P 5) an den unabhängigen Liberalen Graf v. Hacke. Im ganzen gehörten von den 26 in der Mark gewählten Abgeordneten nun 10 der K, 4 der R, 1 L, 9 F und 2 S an, während eine Verhältniswahl den K 10, der R 2, dem F 9 und der S 5 Mandate gebracht hätte. Durch Mandatswechsel (P 3) erfuhr das Verhältnis der beiden konservativen Parteien Ende 1887 noch eine Verschiebung (nun 11 K und 3 R).

Sechste Legislaturperiode, 20. November 1884 bis 14. Januar 1887

Dem am 28. Oktober neugewählten Reichstage ging noch im Dezember die Vorlage über Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherungspflicht auf die Arbeiter des Transportgewerbes und der Schiffahrt zu, im Januar 1885 eine weitere, welche die Landwirtschaft in diese Gesetze einbezog. Im Mai 1885 erfolgte dann der Erlaß dieser im April beschlossenen Gesetze.

Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik war im Jahre 1885 die Verdreifachung der Kornzölle und die Erhöhung verschiedener anderer Zölle bemerkenswert, im Jahre darauf die Ablehnung des Branntweinmonopols und der Genußmittelsteuern, wobei das Zentrum mit dem Freisinn und den Sozialdemokraten (sog. Koalition Windthorst-Richter-Grillenberger) in der Opposition stand. Dagegen stimmten im April 1886 auch 23 Zentrumsabgeordnete für die erneute Verlängerung des Sozialistengesetzes. — In Berlin erfolgte im Mai eine Verschärfung des Belagerungszustandes.

In Preußen kam es — wieder ohne besondere Anteilnahme der Bevölkerung — zu einem gewissen Abschluß der Verwaltungsreform durch die Gesetze vom 30. Juli und 1. August 1883, die den Beifall auch der Rechtsliberalen (Gneist) nicht fanden. Durch weiteres Einlenken der Kurie war schließlich am 21. Mai 1886 ein drittes Friedensgesetz möglich geworden. — Statt des verlöschenden Kulturkampfes entwickelte sich in Preußen ein neuer Reibungspunkt in der Polenpolitik. Die Ausweisung russischer und österreichischer Polen aus den gefährdeten Provinzen Posen und Westpreußen war im Dezember 1885 im Reichstag durch Annahme einer Resolution Windthorst gegen Konservative und Nationalliberale mißbilligt worden. Die Antwort darauf war im Januar 1886 die Annahme eines Antrages Achenbach im Preußenparlament durch Konservative und Nationalliberale, der noch im gleichen Jahre zu dem Ansiedlungsgesetz und dem Volksschulgesetz für die polnischen Landesteile führte.

Der 1884 beginnenden Kolonialpolitik begegneten die Freisinnigen mit Mißtrauen, wenn auch infolge Bismarcks selbst noch unsicherer Stellungnahme der Gegensatz zunächst nicht sehr scharf zutage trat. — Die 1886 von Caprivi beantragte Flottenvermehrung (10 Panzerschiffe) fand auch die Zustimmung der Liberalen. —

Über den Heereshaushalt schließlich kam es auch diesmal wieder zum Kampf und am 14. Januar 1887 zur Auflösung des Reichstages.

Die Wahl am 21. Februar 1887

Als „Angstwahl" wurde diese Neuwahl wegen der von der Presse ausführlich erörterten Kriegsgefahr von der Linksopposition bezeichnet. Sie stand im Zeichen des Kartells, das die beiden konservativen Parteien mit den Nationalliberalen abgeschlossen hatten, und brachte die erforderliche Mehrheit für das neue Septennat.

Auch in der Mark waren die Kartellparteien unbestrittene Sieger. In Berlin blieb der Besitzstand (4 F, 2 S) unverändert, in den 20 Provinzkreisen konnte dagegen der Liberalismus nur ein einziges Mandat (P 8) behaupten; P 7, F 3 und F 4 gingen an K über, P 5 (zuletzt Graf v. Hacke, L) und F 8 an die Reichspartei. Damit verfügte das Kartell über 19 märkische Mandate (14 K, 5 R), der Freisinn über 5 und die Sozialdemokratie über 2. Diese Mandatsverteilung entsprach aber im demokratischen Sinne der Willenskundgebung der Wählerschaft im ganzen in keiner Weise. Freisinn und Sozialdemokratie erhielten genau soviel Stimmen wie das Kartell und hätten bei einer anteilmäßigen Verteilung der Mandate 13 Sitze (6 S, 7 F) erhalten müssen, die Nationalliberalen 1, die Reichspartei 3 und die Deutschkonservativen 9. — Mandatswechsel führte bis zum Ablauf der Legislaturperiode eine Verschiebung nicht herbei.

Siebente Legislaturperiode, 3. März 1887 bis 25. Januar 1890

Im Jahre 1887 erfolgte noch eine weitere Erhöhung der Zölle. — Die Sozialgesetzgebung wurde zunächst fortgesetzt durch die Ausdehnung der Unfallversicherungspflicht auf weitere Berufsgruppen (Juni Juli 1887) und endlich zu einem vorläufigen Abschluß gebracht durch die Alters- und Invalidenversicherung. Dieses Gesetz wurde am 17. November 1887 eingebracht, kam aber erst im Mai 1889 und nur mit geringer Mehrheit (185 : 165) zur Annahme. Neben Freisinnigen und Sozialdemokraten stimmten auch die meisten Abgeordneten des Zentrums, neun Nationalliberale und neun Konservative gegen das Gesetz, das gegen Bismarcks Willen auch die Landwirtschaft einbeschloß. — Bismarcks Versuch, an die Stelle des Sozialistengesetzes das — Ende 1887 eingebrachte — sog. „Ächtungsgesetz" zu setzen, scheiterte am Widerstand des Reichstages, der statt dessen das Sozialistengesetz im Februar 1888 nochmals verlängerte. — Endgültig zum Abschluß kam der Kampf gegen die Kurie durch das preußische Friedensgesetz vom 29. April 1887, so daß der Papst im Mai den Kulturkampf offiziell für beendet erklären konnte.

Eine neue Lage wurde durch den Tod Wilhelms I. geschaffen. Die im Parteileben am meisten beachtete Folge des Thronwechsels war Anfang Juni der Sturz Puttkamers wegen amtlicher Wahlbeeinflussung. — Übrigens vollzog Friedrich III. auch noch das Gesetz über die Verlängerung der Legislaturperiode auf fünf Jahre.

Zehn Tage nach dem Tode Friedrichs III. eröffnete Wilhelm II. den Reichstag mit einer Thronrede, welche zunächst die Fortsetzung der Politik seines Großvaters ankündigte und dabei die Sozialgesetzgebung besonders

hervorhob. Zwei Tage später, am 27. Juni, erfolgte die Thronrede im Preußischen Landtag, welche ebenfalls einen neuen Kurs nicht erkennen ließ. Die Veröffentlichungen der „Deutschen Rundschau" aus dem Tagebuche Kaiser Friedrichs und deren Verbreitung durch die Presse, besonders die freisinnige, führten dann zu der Kundgebung Wilhelms II. vom 27. Oktober anläßlich der Übergabe des Begasbrunnens durch die Stadt Berlin, womit der Trennungsstrich zwischen dem neuen Herrscher und dem doktrinären Liberalismus gezogen war. Bald wurden auch die ersten Anzeichen für eine Lösung Wilhelms II. von Bismarck bemerkbar, als nach Böttichers Stellungnahme gegen die Anträge auf Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit der Kaiser sein Interesse für eine Fortbildung der Arbeiterschutzgesetzgebung betonte und Bismarck am 29. März 1889 die Möglichkeit andeutete, sich demnächst auf die Außenpolitik zurückzuziehen. — Knapp zwei Monate später, am 18. Mai, wendete sich dann Bismarck in seiner letzten Parlamentsrede nochmals scharf gegen die Linksliberalen.

Für die Verlängerung des Sozialistengesetzes stimmten im Januar 1890, als sich erneut eine irgendwie geartete Eingliederung in die allgemeine Gesetzgebung als unmöglich erwiesen hatte, nur noch die Reichspartei und die Nationalliberalen (98 gegen 167), so daß es am 30. September 1890 außer Kraft trat. Die Antwort war am 25. Januar die Auflösung des Reichstages, doch machte die Regierung zur Wahlparole die sozialpolitischen Erlasse, die auf des Kaisers direkte Veranlassung unter Umgehung des Reichskanzlers von Bötticher vorbereitet waren. — Vor der Wahl erfolgte noch — ohne daß im Wahlkampf darauf eingegangen wurde — die Entlassung Bismarcks aus dem Handelsministerium und die Ernennung Berlepschs, des bisherigen Oberpräsidenten der Rheinprovinz, zu seinem Nachfolger. —

Obwohl seit dem Sommer 1888 bis in den Herbst 1889 von konservativer Seite („Kreuz-Zeitung") stark gegen das Kartell gearbeitet worden war, erfolgte im Dezember 1889 seine Erneuerung, weil Wilhelm II. sich („Reichs- und Staatsanzeiger" vom 2. Oktober) dafür ausgesprochen hatte.

Die Wahl am 20. Februar 1890

Die Erneuerung des Kartells hatte sich als verfehlt herausgestellt; die Kartellparteien, besonders die Nationalliberalen, kehrten wesentlich geschwächt aus dem Wahlkampf zurück. Auch in der Mark wurden sechs Kartellkandidaten weniger gewählt als vor drei Jahren; in einem Kreise hatte jedoch, als der Freisinnige (Forckenbeck, in F 1) wegen Doppelwahl ablehnte, der Konservative in der Nachwahl Erfolg.[1]) Dafür gelang es dem Freisinn, den Wahlkreis P 5 in der Ersatzwahl der Reichspartei zu entreißen, nachdem dort v. Bethmann Hollweg das Mandat im Mai niedergelegt hatte. So gehörten Mitte 1890 dem Reichstage als Vertreter Berlins

[1]) Der Kreis ging dann Ende 1892 an Ahlwardt (Antisemit) über.

und der Provinz Brandenburg 12 K, 1 L[1]), 10 F und 3 S an. Dem tatsächlichen Kräfteverhältnis entsprach aber auch diese Verteilung noch nicht. Mit über 200 000 Stimmen war nämlich die Sozialdemokratie als stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen und hätte Anspruch auf neun Mandate gehabt, der Freisinn auf acht, die Reichspartei auf zwei und die Deutschkonservativen auf sieben.

Achte Legislaturperiode, 6. Mai 1890 bis 6. Mai 1893

Zunächst stand die Kanzlerkrise im Mittelpunkt des politischen Interesses, auf die besonders die Kaiserrede vom 5. März vor dem Brandenburgischen Provinziallandtag („. . ., den zerschmettere Ich") aufmerksam gemacht hatte. Das Aufsehen, welches der Rücktritt hervorrief, war ungeheuer. Der Landtag nahm die Nachricht am 21. März schweigend auf. — Am 29. März verließ der Gestürzte unter großartigen Huldigungen der Bevölkerung die Reichshauptstadt. —

Während der achten Legislaturperiode kam in Preußen am 1. Juni 1891 die Landgemeindeordnung des Innenministers Ludwig Herrfurth gegen 99 konservative Stimmen zur Annahme, wenige Wochen später als erstes größeres Teilstück der Miquelschen Steuerreform das neue Einkommensteuergesetz, bei dem die Linksliberalen sowie einige Nationalliberale und Zentrumsabgeordnete in der Opposition blieben, weil ihnen das Budgetrecht nicht gewahrt schien. Die übrigen Reformgesetze kamen, größtenteils ebenfalls gegen die Linke, Mitte 1893 zur Annahme. — Der Kampf um die Volksschule brachte zwei Minister zu Fall; Goßler über den Volksschulgesetzentwurf von 1890 durch den Widerstand des Zentrums und Zedlitz-Trützschler am 17. März 1892 durch die Opposition der gesamten Liberalen. —

Im Reiche wurde die Sozialgesetzgebung fortgeführt — die Internationale Arbeiterschutzkonferenz war am 14. März noch von Bismarck eröffnet worden — durch das Gewerbegerichtsgesetz von 1890 und die Gewerbeordnungsnovelle von 1891 (Sonntags-, Frauen- und Kinderarbeit), der auch die Freisinnigen zustimmten.

1890 fiel auch das Expatriierungsgesetz, so daß im Reiche aus dem Kulturkampf nur noch das Jesuitengesetz und der Kanzelparagraph bestanden.

Den Freisinn offen auf der Seite der Regierung zu sehen, erreichte Caprivi, der Kanzler „ohne Ar und Halm", durch die Umkehr in der Wirtschaftspolitik, die durch die Annahme des Handelsvertrages mit Österreich am 18. Dezember 1891 zum Ausdruck kam. Die Verträge mit Italien und Belgien schlossen sich an; derjenige mit Rußland folgte nach über halbjährigem Zollkrieg erst während der neuen Legislaturperiode. In der Opposition standen die Agrarier, und als Reaktion gegen das Verlassen des landwirtschaftlichen Hochschutzzolls kam es ja dann im Februar 1893 zur Gründung des Bundes der Landwirte. —

[1]) Prinz von Schönaich-Carolath, F 7, bisher R.

Für die nationalen Machtfragen konnte allerdings auch die Regierung Caprivi die Linksliberalen nicht gewinnen. Der Mai 1890 brachte die Debatten über die Kolonialpolitik und — trotz des noch in Geltung befindlichen Septennatsgesetzes von 1887 — eine Vorlage über Heeresverstärkungen. Zur Parlamentskrise kam es diesmal noch nicht; nur der Kriegsminister v. Verdy schied aus dem Amt. Ende 1892 wurde dann die 100 000-Mann-Vorlage eingebracht, die trotz bedingter Zusage der zweijährigen Dienstzeit für die Infanterie und trotz Bescheidung der Regierung auf den Antrag Huene (70 000 Mann) am 6. Mai 1893 mit 210 : 162 Stimmen abgelehnt wurde. Der Reichstag wurde aufgelöst.

Für den Antrag Huene hatten auch sechs Freisinnige gestimmt, aber noch 16 weitere Fraktionsmitglieder billigten, wie sich schnell herausstellte, den Standpunkt dieser Dissidenten, unter ihnen Hänel, Bamberger, Barth, Rickert, Schrader und Pachnicke. Die Partei spaltete sich in die doktrinäre Freisinnige Volkspartei und die Freisinnige Vereinigung (Septennatsanhänger).

Die Wahl am 15. Juni 1893

Zum ersten Male seit 1878 beteiligten sich in der Mark wieder ausgesprochene Antisemiten an der Wahl und erwiesen sich als stärker als Rechtsliberale und Reichspartei zusammengenommen. Eine vernichtende Niederlage erlitten die Freisinnigen, die drei Berliner Wahlkreise (B 2. B 3 und B 5) an die Sozialdemokratie verloren, drei an die Konservativen (P 2, P 7 und F 8) und je einen an die Reichspartei (P 5) und die Nationalliberalen (P 8). Dem stand nur ein Gewinn (P 3, bisher K) gegenüber. In F 4 wurde statt des bisherigen Konservativen ein Reichsparteiler gewählt; verloren ging den Konservativen der Kreis P 10 an die Sozialdemokratie. Wieder also hatte sich das geltende Wahlrecht zugunsten der Rechten ausgewirkt, denn statt der dem Stimmenverhältnis entsprechenden Mandate — 1 A, 7 K, 1 R, 1 NL, 5 F, 11 S — erhielten tatsächlich die A 1, die K 11, die R 2, die NL 2, die F 3 und die S 7 Sitze aus märkischen und Berliner Wahlkreisen. — Einen leichten Ausgleich brachten zwei Ersatzwahlen 1896 bzw. 1897, in denen die Sozialdemokratie das bis dahin in NL-Besitz befindliche Mandat von P 8 und der Freisinn das zuerst einem K zugefallene Mandat von P 1 erhielt.

Neunte Legislaturperiode, 4. Juli 1893 bis 6. Mai 1898

Der neue Reichstag bewilligte dann als erstes die Militärvorlage nach dem Hueneschen Antrag mit 201 Stimmen der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen, Antisemiten, Polen und Freisinnigen Vereinigung (außer Pachnicke). Aus den im Dezember eingebrachten Vorlagen zur Reichsfinanzreform kamen zunächst nur der Lotteriestempel und die Erhöhung der Börsensteuer zur Annahme. Über die Umsturzvorlage — Änderungen des Strafgesetzbuches, des Militärstrafgesetzbuches und des Preßgesetzes anläßlich der Ermordung Carnots — ergaben sich Differenzen

zwischen Caprivi, Botho Eulenburg und dem Kaiser, die am 26. Oktober zur Entlassung beider Minister führten. Ende des Jahres schien dann ein Interesse der Regierung an der Vorlage nicht mehr zu bestehen. —

1894 bezog der Reichstag, der bislang in dem Fachwerkbau in der Leipziger Straße getagt hatte, sein endgültiges Heim im Wallotbau am Königsplatz. —

Auch dieser Reichstag hatte sich mit Zollfragen zu befassen und beschloß gegen Freisinnige und Sozialdemokraten im April 1895 Zollerhöhungen, hauptsächlich für technische und Speiseöle. Die verschiedenen Versuche der Agrarier im April 1894, März 1985 und Januar 1896, durch die Kanitzschen Anträge die Getreidepreise zu erhöhen (Handelsmonopol, Mindestpreise usw.), fanden nur die Unterstützung der Konservativen, Freikonservativen, des Bundes der Landwirte und einiger Antisemiten und scheiterten. Der Kaiser selbst hatte sich im Oktober 1895 vor dem Brandenburgischen Provinziallandtag gegen den „Brotwucher" ausgesprochen.

An Finanzgesetzen sind aus dem Mai 1895 die Novelle zum Branntweinsteuergesetz und das Zuckersteuergesetz zu erwähnen (beide gegen Freisinnige und Sozialdemokraten; die Nationalliberalen stimmten größtenteils für die Vorlagen). Nachdem am 6. Juni 1896 das Börsengesetz (mit dem Verbot des Getreideterminhandels) gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen worden war, erfolgte am 6. Juli 1896 die Schlußabstimmung über das Bürgerliche Gesetzbuch (222 gegen 42 Sozialdemokraten, 3 Zentrum, 3 Konservative) und im Jahre 1897 die einstimmige Annahme des Handelsgesetzbuches.

Von den im Preußischen Landtag verhandelten Gegenständen hatten die großen Kanalvorlagen unmittelbares Interesse für die Mark Brandenburg nicht. — Im Juli 1896 wurde die Einrichtung von Landwirtschaftskammern beschlossen, gegen die sich die Freisinnige Volkspartei ebenso erklärte wie im Jahre vorher gegen die Gründung der Zentralgenossenschaftskasse. 1897 fand den Freisinn wiederum in der Opposition gegen die Novelle zum Handelskammergesetz. — Fast einstimmig — gegen die eine Stimme des Konservativen v. Kröcher — gelangte dagegen im gleichen Jahre das Lehrerbesoldungsgesetz zur Annahme. Andererseits scheiterte im Juli 1897 die Novelle zum Vereins- und Versammlungsgesetz (209 : 205), zu deren Annahme die Stimmen des Freisinns, des Zentrums, der Polen sowie der Nationalliberalen (abzüglich zweier Abgeordneten) nicht ausreichten. —

Häufiger als seine Vorgänger hatte sich der neunte Reichstag — nicht nur infolge der verlängerten Legislaturperiode — mit Wehrfragen zu beschäftigen. Für das Landheer wurden am 16. Juni 1896 die Mittel für Umorganisationen gegen Sozialdemokraten und Freisinnige Volkspartei bewilligt, ein Jahr später gelangte die große Artillerievorlage zur Annahme. Für die Flotte wurde zunächst 1895 ein Panzerkreuzer 1. Klasse bewilligt, wobei Rickert und Schröder von der Freisinnigen Vereinigung nicht mit ihrer ablehnenden Fraktion stimmten. Nach weiteren Bewilligungen am 19. März 1896 (1 Panzer und 3 Kreuzer) setzte ein Jahr darauf der Reichstag eine Herabsetzung der für Schiffsneubauten geforderten weiteren Mittel

durch. Zugleich aber wurden durch eine Denkschrift Hollmanns weitergehende Pläne der Regierung bekannt. Mit der Ernennung Tirpitz' zum Staatssekretär des Reichsmarineamts begann dann ein Umschwung in der parlamentarischen Behandlung der Flottenfragen. Tirpitz' Plan, durch das im November 1897 vorgelegte Flottengesetz der Marine durch ein auf längere Sicht aufgestelltes Bauprogramm eine stetige Entwicklung zu sichern, war schon im Sommer, als diese Absicht bekanntwurde, teils entschieden abgelehnt, teils als parlamentarisch nicht durchführbar betrachtet worden. Durch geschickte Vorarbeiten, z. T. außerhalb des Parlaments, erreichte es Tirpitz aber, daß schon bei der ersten Beratung die Nationalliberalen sich einstimmig für die Vorlage erklärten und selbst die Freisinnige Vereinigung nur taktische Bedenken äußerte. Der Versuch der Opposition, von der Deckungsseite her das Gesetz zu Fall zu bringen durch Forderung einer Reichsvermögenssteuer (Freisinnige Volkspartei) bzw. einer progressiven Einkommensteuer (Sozialdemokraten), mißlang. Bei der dritten Beratung mußte sich Rickert am 28. März 1898 von Eugen Richter vorwerfen lassen: „Sie sind militärfromm, jetzt auch marinefromm geworden!" — Die Abstimmung an selbem Tage ergab die Annahme des Gesetzes mit den Stimmen der Konservativen, Freikonservativen, Nationalliberalen und der Freisinnigen Vereinigung; geteilt stimmten Deutsch-Soziale und das Zentrum. 1896 und 1898 wurden erneut Dampfersubventionen bewilligt; am 6. März 1898 wurde der Pachtvertrag mit China über Kiautschou — mit Zustimmung Eugen Richters und seiner Volkspartei — genehmigt.

Bekannt sind die Debatten des 23. März 1895 über die Beglückwünschung Bismarcks zu seinem achtzigsten Geburtstage; wegen ihrer Ablehnung legte Reichstagspräsident v. Levetzow sein Amt nieder.

Im Sommer 1896 gründete als politische Konkurrenz des Bundes der Landwirte Pachnicke in Pommern den Bauernverein Nordost.

Die Wahl am 16. Juni 1898

Nach einem ziemlich matten Wahlkampf sank die Beteiligung wieder auf 67,8% zurück, d. h., obwohl 100 000 Wahlberechtigte mehr vorhanden waren als 1893, wurden doch nur knapp 24 000 Stimmen mehr abgegeben.

Mit Ausnahme der Sozialdemokratie und der Antisemiten büßten alle Parteien erheblich an Stimmen ein; trotzdem ergab die Mandatsverteilung für die Sozialdemokratie den Verlust eines Parlamentssitzes und für den Freisinn einen Gewinn. Im konservativen Lager erfolgte eine Verschiebung um ein Mandat zugunsten der Reichspartei.

Im ganzen hatte sich die parlamentarische Vertretung von acht märkischen Wahlkreisen geändert; die Konservativen hatten P 3 dem Freisinn, P 8 der Sozialdemokratie entrissen, die Reichspartei P 1 dem Freisinn. Andererseits verlor die Sozialdemokratie B 2 und B 5 an den Freisinn und nahm F 8 und F 9 den Konservativen, während diese als weiteren Kreis F 6 dem Freisinn überlassen mußten.

So zogen also als Vertreter der Mark 1898 je 1 Antisemit und Nationalliberaler, 3 Freikonservative, 5 Freisinnige, 7 Sozialdemokraten und 9 Deutschkonservative in den neuen Reichstag. Wären nicht 26 Einmannwahlkreise vorhanden, sondern die ganze Mark ein einziger Wahlkreis mit 26 nach dem Stärkeverhältnis der Parteien aufzuteilenden Mandaten gewesen, so wären davon 12 auf die Sozialdemokratie entfallen, 5 auf den Freisinn, 1 auf die Reichspartei, 6 auf die Deutschkonservativen und 2 auf die Antisemiten.

Zehnte Legislaturperiode, 6. Dezember 1898 bis 30. April 1903

Sechs Wochen nach der Wahl starb Bismarck. — Die erste größere Vorlage, mit der sich das neue Parlament beschäftigte, war der Gesetzentwurf von 1898 zur Verstärkung der Armee um etwa 26 000 Mann. Trotz gesetzlicher Festlegung der zweijährigen Dienstzeit (bis 1904) und einem Entgegenkommen hinsichtlich jährlicher Festsetzung der Präsenzstärke durch den Reichstag — mit der Bindung, die bewilligte Zahl bis 1903 zu erreichen —, boten die Debatten im Prinzip kein anderes Bild als bei früheren Militäretats. Noch am 14. März 1899 schien die Annahme ungewiß; zwei Tage später ging bei der dritten Lesung die Regierung auf das vom Zentrum (Lieber) angebotene Kompromiß, d. h. auf einen Abstrich von 7000 Mann, ein, das mit 222 : 132 die Zustimmung des Reichstages fand. Für den Antrag hatten das Zentrum (mit Ausnahme von 9 Abgeordneten), die Freisinnige Vereinigung, die Nationalliberalen, die Reichspartei und die Konservativen gestimmt. —

Die Kaiserrede vom 18. Oktober 1899 — „Bitter not tut uns eine starke deutsche Flotte" — war dann der Auftakt zu der Flottendebatte vom 14. Dezember, in der die Situation für das neue Tirpitzsche Programm geklärt wurde. Die eigentlichen Reichstagsverhandlungen über die Flottenvorlage begannen im Februar 1900 und boten im wesentlichen das gleiche Bild wie 1898. Da Tirpitz glaubte, den in der Budgetkommission vorgenommenen Abstrich von sechs Auslandskreuzern vorläufig hinnehmen zu können, wurde die Vorlage nach den Kommissionsbeschlüssen am 12. Juni 1900 mit 201 : 103 Stimmen angenommen.

Erregte Debatten riefen zwei kleinere Regierungsvorlagen hervor: die „Zuchthausvorlage" vom Mai 1899 (Arbeitswilligenschutz), die am Widerstand des Reichstages scheiterte, und die „Lex Heinze", die nach der — erstmalig im Deutschen Reichstage angewendeten — Obstruktion der Freisinnigen Volkspartei und der Sozialdemokraten schließlich am 25. Juni 1900 mit einigen Milderungen angenommen wurde. —

Gleichfalls angenommen wurde am 6. Dezember 1899 der die Entwicklung der Parteien endlich freigebende Bassermannsche Initiativantrag, der für das ganze Reich das „Koalitionsverbot" aufhob. Angenommen wurde ferner am 30. Juni 1899 der Kaufvertrag mit Spanien über die Karolinen, ein Jahr danach eine Novelle zum Unfallversicherungsgesetz, die nun auch Handwerker und Kleinbetriebe einbezog. —

Die größeren Fragen der Wirtschaftspolitik kamen erst unter dem vierten Kanzler zur Entscheidung. Das zweite Zuckersteuergesetz, mit Verdoppelung der Ausfuhrprämien, war zwar 1899 noch unter Hohenlohe zustande gekommen; die Brüsseler Zuckerkonvention, welche gegen den Widerstand der Landwirte die Aufhebung der Kontingentierung brachte, wurde 1902 geschlossen. — Seit Juli 1901 gab es wieder Zolltarifdebatten, die erste Beratung des Regierungsentwurfes begann dann im Dezember. Mitte Oktober 1902 waren die Kommissionsberatungen abgeschlossen, so daß die zweite Lesung im Plenum erfolgen konnte. Obwohl Bülow sich entschieden gegen die von der Kommissionsmehrheit beschlossenen, über die Regierungsvorlage hinausgehenden Zollerhöhungen für Getreide wendete und Graf Posadowsky gegen die Mindestzölle auf Vieh und Fleisch Einspruch erhob, wurden trotz Dauerreden der Sozialdemokraten die Kommissionsbeschlüsse angenommen. Der Versuch der Sozialdemokraten und der Freisinnigen Vereinigung schließlich, durch namentliche Abstimmung über jede einzelne Position[1]) die Schutzzollmehrheit zu zermürben, den Tarif zu sabotieren, wurde durch eine Änderung der Geschäftsordnung (Antrag Aichbichler) unterbunden, wobei Richter mit der Freisinnigen wie auch mit der Deutschen Volkspartei sich aus prinzipiellen Gründen scharf gegen die Lahmlegung des Parlaments durch die Obstruktionsparteien erklärte. Schließlich kam unter dem Eindruck der Festigkeit Bülows eine Verständigung der Mehrheitsparteien mit der Regierung zustande (Antrag Kardorff), die im wesentlichen die Regierungsvorlage wiederherstellte. Am 14. Dezember 1902 endlich konnte die Schlußabstimmung erfolgen, wobei auch eine achtstündige Rede des Genossen Antrick die Annahme des Gesetzes (202 : 100) nicht mehr verhindern konnte. —

Auch in Preußen hatte die Regierung gegen den Widerstand der landwirtschaftlichen Kreise (bei der neuen Kanalvorlage) zu kämpfen, so daß es schließlich, nachdem Miquel seinen Abschied genommen hatte, im Juni 1902 zur Auflösung des Landtages kam. — Kurz vorher hatten Abgeordneten- und Herrenhaus noch 150 Millionen zur Erhöhung des Polenfonds und 100 Millionen zum Güterankauf in den polnischen Landesteilen bewilligt.

Die Wahl am 16. Juni 1903

Wieder war die Zahl der Wahlberechtigten, die über ihre parlamentarische Vertretung während der nächsten fünf Jahre entscheiden sollten, in der Mark um nahezu 20% gestiegen. 74½% machten von ihrem Wahlrecht Gebrauch, so daß über 175 000 Stimmen mehr abgegeben wurden als 1898.

Stärker noch als die Wahlbeteiligung stieg der Anteil der Sozialdemokratie, auf deren Kandidaten nun mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen entfielen: 38,5 (52,0)%. Durch Änderungen in der Kandidatenaufstellung ergab sich im nichtsozialistischen Lager ein erheblicher Rückgang des

[1]) Bebel hatte erklärt, 700 namentliche Abstimmungen zu beabsichtigen, die allein 50 Plenarsitzungen in Anspruch genommen hätten.

antisemitischen und des freisinnigen Anteils bei entsprechender Zunahme der nationalliberalen und freikonservativen Stimmen, während sich die Stellung der Deutschkonservativen kaum änderte.

In zehn Wahlkreisen ging das Mandat in die Hand einer anderen Partei über: die Sozialdemokratie gewann B 2 (von F), B 5 (von F) und F 4 (von R), verlor dagegen F 8 (an NL) und F 9 (an R); der Freisinn büßte B 2 (an S), B 5 (an S), F 2 (an K) und F 6 (an R) ein, ohne neue Kreise besetzen zu können; die Nationalliberalen erwarben ihr zweites märkisches Mandat in F 8 (von S); zur Reichspartei zählten die neuen Abgeordneten von P 9 (bisher K), F 6 (bisher F) und F 9 (bisher S), wogegen F 4 in den Besitz der S überging; einen neuen Sitz für die deutschkonservative Fraktion brachte F 2 (bisher F), während P8 (an S) und F5 (an A) verlorengingen und P 9 jetzt freikonservativ vertreten war; ein zweites antisemitisches Mandat schließlich ergab sich aus der Abstimmung in F 5 (bisher K).

Durch Ungültigkeitserklärung der Stichwahl in F 4 ergab sich Anfang 1904 noch eine neue Mandatsverschiebung, da die Nachwahl den Nationalliberalen ein drittes märkisches Mandat auf Kosten der Sozialdemokratie einbrachte.

So war schließlich die Mark durch 8 Sozialdemokraten, 7 Deutschkonservative, 5 Reichsparteiler, 3 Nationalliberale, 2 Antisemiten und 1 Freisinnigen vertreten, während nach dem Stimmenverhältnis 14 Sozialdemokraten, 6 Deutschkonservative, 4 Freisinnige und je 1 nationalliberaler und freikonservativer Abgeordneter mit Mandaten hätten bedacht werden müssen.

Elfte Legislaturperiode, 3. Dezember 1903 bis 13. Dezember 1906

In Preußen wurden im Februar 1905 endlich die Kanalvorlagen angenommen, nachdem die Regierung im November 1904 Sonderwünschen des Zentrums zugestimmt hatte. Im Juni 1905 kamen unter dem Eindruck des großen Ruhrstreiks Novellen zum Berggesetz zur Annahme (gegen die Konservativen: Arbeiterausschüsse, Arbeitszeit- und Strafgeldregelung), ein Jahr später — unter dem Innenminister v. Bethmann Hollweg — eine Wahlreform, die wohl den Kreis der Wahlberechtigten erweiterte und einige besondere Mißstände beseitigte, im Prinzip aber nichts änderte. Im Mai 1904 fanden Erörterungen über das Volksschulwesen statt, denen im Dezember 1905 der Entwurf Studts zum Volksschulunterhaltungsgesetz folgte. Dieser wurde im Mai 1906 angenommen und nach Änderungen, die durch Beschlüsse des Herrenhauses notwendig geworden waren, im Juli endgültig beschlossen. Konservative und Freikonservative standen hinter dem Gesetz, zusammen mit den Nationalliberalen, die sich in den Debatten sehr entschieden für die konfessionelle Schule einsetzten und die Simultanschule verwarfen. Damit war die Opposition des Freisinns gegeben; das Zentrum enthielt sich der Abstimmung.

Der Reichstag genehmigte auf Basis des Ende 1902 beschlossenen Zolltarifs am 22. Februar 1905 die neuen Handelsverträge, gegen welche nur die Freisinnige Vereinigung und die Sozialdemokratie stimmten. Am 15. Mai 1906 kam das Gesetz über die Diäten der Reichstagsabgeordneten zustande,

im gleichen Monat die sogenannte kleine Finanzreform (gegen F, V, S), die dem Reiche aus Erhöhungen der Bier-, Fahrkarten- und Erbschaftssteuer sowie des Ortsportos neue Mittel zuführte. — Am 14. März 1906 wurde der freisinnige Antrag angenommen, der die Aufhebung der landesgesetzlichen Vorschriften (Vereinsgesetze) forderte, welche Frauen die politische Organisierung verboten. — Ihren besonderen Charakter erhielten die Verhandlungen dieses elften deutschen Reichstages aber durch die Kolonialdebatten, welche die Regierung nach einem Vierteljahrhundert wieder entschieden vom Zentrum trennten und mit der Auflösung des Parlaments (13. Dezember 1906) endeten, als Zentrum, Polen und Sozialdemokraten den Nachtragsetat für Deutsch-Südwest in der zweiten Lesung zu Fall (177 : 168) brachten.

Schon am Tage vor der entscheidenden Schlußabstimmung im Reichstag hatten freikonservative und nationalliberale Zeitungen den nationalen Block aller konservativen und liberalen Kreise gefordert. Die entschiedenen Konservativen („Kreuz-Zeitung") teilten die Begeisterung nicht ganz oder doch nur, soweit sie sich gegen die Sozialdemokratie wendete. Ebenso fanden die entschiedenen Liberalen nur aus kulturpolitischer Feindschaft gegen das Zentrum den „Bülow-Block" erträglich. In der Mark war durch das Fehlen des Zentrums die Sozialdemokratie alleiniges Angriffsziel des Blocks, so daß dem Freisinn die Kampfgemeinschaft mit den Konservativen unheimlich wurde und Schrader für die Stichwahl („Berliner Tageblatt" vom 25. Januar 1907) Zusammengehen mit den Sozialdemokraten gegen die Reaktion empfahl. Dieses gegenseitige Mißtrauen hatte schon die Kandidatenaufstellung beherrscht, welche in der Mark beim besten Willen nicht auf einen „Block" schließen ließ. Wenn man von Guben absieht, wo durch die Person des Prinzen von Schönaich-Carolath die Verbindung aller bürgerlichen Gruppen niemals ganz abgerissen war, so kamen nur in P 6 und F 8, allenfalls noch in F 1, Einheitskandidaturen zustande. Nicht nur, daß fast überall konservative und freisinnige Kandidaten sich gegenüberstanden, selbst nahestehende Gruppen konnten sich anscheinend untereinander nicht einigen, so in P 2 K und R neben F gegen S, in P 8 NL und F gegen S, in F 3 A und K neben F gegen S, genau so in F 5, in F 4 wiederum R und NL gegen S.

Die Wahl am 25. Januar 1907

Mit besonderer Heftigkeit tobte der Wahlkampf vom 13. Dezember 1906 bis zum 25. Januar. Wohl noch niemals seit Errichtung des Reiches oder zum mindesten seit Abschluß des Kulturkampfes war eine derartige Aufrüttelung der Massen durch Versammlungen, Flugblätter und Broschüren erlebt worden, und so erübrigt sich unter Hinweis auf die vorhandene Literatur ein Eingehen auf Einzelheiten.

Auch auf die Bedeutung der 3 Millionen Nichtwähler von 1903 hatte die offiziöse Presse mit Nachdruck hingewiesen, und sie erlebte die Genugtuung, daß die Wahlbeteiligung sich auf 84,7% hob.

Nicht ganz so hoch war allerdings die Beteiligung in der Mark, wo nur 81,6% der Berechtigten von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten. — Daß von den 200 000 märkischen Mehrstimmen immerhin auch 80 000 der Sozialdemokratie zugute kamen, kann nicht weiter überraschen; der Anteil dieser Partei an der Zahl der Berechtigten erhöhte sich dadurch noch auf 40,2%; von den gültigen Stimmen erhielt sie diesmal allerdings nur 49,7% gegen 52% im Jahre 1903. Im übrigen ergaben sich beträchtliche Verschiebungen in der Stärke der Blockparteien, so daß für frei sinnige Bewerber mehr Stimmen abgegeben wurden als für Deutschkonservative. Trotzdem wechselte nur in drei Kreisen die Parteistellung des Abgeordneten (P 2 jetzt R statt wK, P 8 jetzt NL statt S, F 5 K statt A), und die Blockparteien entrissen der Opposition nur ein märkisches Mandat. —

Drei Jahre später gelang es dann der Sozialdemokratie, das durch den Tod des Abgeordneten Detto (NL) frei gewordene Mandat von F 4 zu erlangen, so daß sie 1910 wieder genau soviel märkische Wahlkreise vertrat wie vor den „Hottentottenwahlen".

Zwölfte Legislaturperiode, 19. Februar 1907 bis 5. Dezember 1911

Daß dem Bülowblock bei dem Charakter der in ihm zusammengefaßten Parteien keine allzu lange Lebensdauer beschieden sein konnte, war schon während des Wahlkampfes verschiedentlich ausgesprochen worden. Am 4. Dezember 1907, zwölf Tage nach Beginn des zweiten Sitzungsabschnittes der ersten Session, war die Blockkrise so offenbar, daß der Reichstag vertagt werden mußte. Bei den Kämpfen um die Reichsfinanzreform trennte sich dann der Liberalismus doch von der Regierungsmehrheit, die nun durch Einbeziehung des Zentrums (schwarz-blauer Block) nicht nur größer, sondern auch innerlich fester wurde. Mit dem Kanzlerwechsel war dann auch die Ära der Blockpolitik praktisch abgeschlossen, und v. Bethmann Hollweg arbeitete wieder mit Mehrheiten, die sich von Fall zu Fall ergaben.

In Preußen waren 1908 die ersten Sozialdemokraten in das Abgeordnetenhaus gewählt worden. — 1910 kam es über die noch von Bülow angeregte Wahlrechtsreform zu erregten Debatten und Straßendemonstrationen der Sozialdemokraten und Freisinnigen. Was die Thronrede vom 20. Oktober 1908 noch als eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart hingestellt hatte, ließ die Regierung Ende Mai 1910 offiziell fallen, da die Gegensätze im Landtage zu groß waren. —

Aus der Arbeit des Reichstages sind außer der Sydowschen Reichsfinanzreform aus dem Jahre 1908 das Reichsvereinsgesetz zu erwähnen, die Debatten über das „persönliche Regime" anläßlich des Daily-Telegraph-Interviews und die Abschwächung des Majestätsbeleidigungsparagraphen.

Unter Bethmann Hollweg kam dann die Verfassung für Elsaß-Lothringen zustande, wenige Tage danach die Reichsversicherungsordnung. —

Wie s. Z. die Caprivischen Handelsverträge den Anstoß zur Gründung des Bundes der Landwirte gegeben hatten, so führte die Reichsfinanzreform im Sinne der schwarz-blauen Mehrheit im Sommer 1909 zur Gründung des

Hansabundes. — Ebenso ging in diesem Jahre von den Nationalliberalen die Gründung des „Deutschen Bauernbundes“ [1]) aus.

Im Leben der politischen Parteien war der Zerfall des Bülowblocks eine der Haupttriebkräfte zum Zusammenschluß der Linksliberalen in der Fortschrittlichen Volkspartei am 6. März 1910.

Die Wahl am 12. Januar 1912

Trotz aller Stürme hatte der zwölfte Deutsche Reichstag ein natürliches Ende erreicht. Die wechselvollen parlamentarischen Ereignisse boten den Parteien genügend Stoff zur Wahlpropaganda: dem Fortschritt und der Sozialdemokratie besonders das Scheitern der preußischen Wahlrechtsreform und die wiederholte Ablehnung einer Neueinteilung der Wahlkreise sowie selbstverständlich die Bevorzugung der indirekten Steuern in der Finanzreform; daneben behagte vor allem dem Liberalismus der Wiedereintritt des Zentrums in die Regierungsmehrheit nicht.

In der Mark war die natürliche Folge eine Stärkung der Liberalen, ein gewaltiges Anwachsen der Sozialdemokratie und ein fühlbarer Rückgang der Rechten. Bei 164 000 sich aus der stärkeren Wahlbeteiligung (83,3%) und der Bevölkerungszunahme (um etwa 170 000 = 12,6% auf 1 522 310) ergebenden gültigen Mehrstimmen entfielen rund 727 000 (+ 184 000) auf die Sozialdemokratie, 233 000 (+ 43 000) auf den Fortschritt, 54 000 (+ 8000) auf die Nationalliberalen, zusammen rund 1 014 000 (+ 235 000), dagegen 60 000 (— 40 000) auf freikonservative, 153 000 (— 23 000) auf deutschkonservative und 13 000 (— 8000) auf antisemitische Kandidaten, zusammen rund 226 000 (— 71 000). —

So war das Ergebnis dieser letzten allgemeinen Wahl zum alten Reichstage denn auch eine erheblich geänderte Mandatsverteilung, welche allerdings immer noch die Linke benachteiligte.

12 Sozialdemokraten (im vorhergehenden Reichstag 8; nach Proportionalwahlrecht hätte die Partei jetzt auf 15 Sitze Anspruch gehabt) vertraten nunmehr märkische Wahlkreise, 5 Deutschkonservative (gegen 7; Prop. 4), je 3 Reichsparteiler (gegen 6; Prop. 1) und Fortschrittler (gegen 1; Prop. 5), 2 Nationalliberale (gegen 3; Prop. 1) und 1 Antisemit (gegen 1; Prop. 0).

Acht Wahlkreise waren durch Abgeordnete anderer Parteistellung als bei Schluß der zwölften Legislaturperiode vertreten: die Sozialdemokratie hatte P 7 (bisher wK), P 8 (NL), F 8 (NL), F 9 (R) und F 10 (K) erobert, dagegen F 4 wieder einem Nationalliberalen überlassen müssen, der Fortschritt übernahm die bisher freikonservativen Mandate von P 5 und F 6.

Dreizehnte Legislaturperiode, 8. Februar 1912 bis zur Revolution

Durch den Ausbruch des Weltkrieges und den zwischen den Parteien vereinbarten Burgfrieden bot sich keine Gelegenheit mehr, die Reaktion

[1]) Dieser ist nicht identisch mit der gleichnamigen, 1885 gegründeten Organisation (s. S. 84, Anm. 3), welche m. W. im Bund der Landwirte aufging.

auf das politische Kräftespiel im Reichstage in einer allgemeinen Neuwahl zu erkunden. Die Wahl vom 12. Januar 1912 bietet also die zeitliche Grenze für den Abschluß meines Versuches.

Die Wahlen und ihre Ergebnisse in den einzelnen Wahlkreisen

1. Berlin

Auf die Entwicklung der Reichshauptstadt näher einzugehen ist hier nicht möglich. Der Bevölkerungszustrom, der 1871 bereits im Gange war, hielt fast ununterbrochen an. Er füllte zunächst die Außenbezirke, griff dann aber über das Stadtgebiet hinaus und schuf so mit den riesigen Vorortsdörfern, von denen Schöneberg, Lichtenberg und Neukölln schließlich auch Stadtrecht[1]) erhielten, den Gesamtkomplex Groß-Berlin, der allerdings erst nach dem Kriege zu einer politischen Einheit zusammengefaßt wurde.

Der Ausbau der Verkehrsmittel war meist richtungbestimmend für die Bevölkerungsbewegung; der Konzentrierung der geschäftlichen Betriebe in der City entsprach die starke Abnahme der Wohnbevölkerung dort. So zeigt die den Wahlkreis B 1 bildende Mitte der Stadt von 1871 bis 1884 eine langsame Zunahme der Wahlberechtigten von 15 801 auf 21 676; schon zur nächsten Wahl im Jahre 1887 war ihre Zahl um fast 300 zurückgegangen. und 1912 wohnten dort nur noch 13 407 Wahlberechtigte. Damit umfaßte dieser Kreis nur noch 85% seines Bestandes von 1871; seit dem Höchststande im Jahre 1884 hatte sich die Zahl der Berechtigten um fast 40% verringert. Der sich südlich anschließende Kreis B 3, besonders in der südlichen Friedrichstadt ebenfalls immer stärker Geschäftsviertel werdend, zeigte bis 1890 noch ein Zunehmen der Wahlberechtigten von 21 357 (1871) auf 33 938, danach aber bis 1912 ein langsames Zurückgehen auf 27 583, das sind 129% der Wahlberechtigten von 1871, aber nur noch 75% des Höchststandes von 1890.

Im südwestlichen Wahlkreis B 2 setzte sich dagegen die Aufwärtsbewegung — zuletzt allerdings merklich langsamer werdend — bis zum Jahre 1907 fort, wo die Zahl der Wahlberechtigten mit 82 973 dreieinhalbmal so groß war wie 1871; 1912 zeigte dann eine Abnahme um 5%.

Von den übrigen drei Wahlkreisen der Reichshauptstadt war endlich der nordöstliche, B 5, derjenige, dessen bauliche Erschließung am langsamsten erfolgte, so daß bis 1912 kaum die Ringbahngrenze erreicht wurde; die Weichbildgrenze verlief noch mehr als 1 km weiter draußen. Die Zahl der Wahlberechtigten zeigte von 1881 auf 1884 einen auffälligen Sprung um mehr

[1]) Ich verwende in der Arbeit meist den Namen Neukölln, der erst am 27. Januar 1912 für Rixdorf eingeführt wurde. — Schöneberg erhielt 1898 Stadtrecht, Rixdorf 1900, Lichtenberg 1908.

als 25%, nahm sonst aber ziemlich gleichmäßig zu. Die 35 019 Wahlberechtigten des Jahres 1912 waren fast doppelt soviel wie 1871.

Hauptwohnbezirke, besonders der Arbeiterbevölkerung, waren und wurden der Südosten und der Norden. So nahm die wahlberechtigte Bevölkerung des Wahlkreises B 4 von 1871 bis 1912 um 352% (von 29 647 auf 133 822) zu, während B 6 im Jahre 1912 sogar 677% mehr Wahlberechtigte hatte als zur ersten Wahl (219 782 gegen 28 250). —

Die parteipolitische Schichtung der Berliner klar zu erkennen fällt demgemäß schwer, da die Bevölkerung stark fluktuierte und das Schwergewicht sich immer mehr in die Vororte verlegte, die nördlich der Spree dem Wahlkreis P 6 Niederbarnim angehörten, südlich der Spree dem Wahlkreis P 10 Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, während Spandau, das anfänglich vielleicht kaum als Vorort Berlins anzusprechen war, dann aber, besonders seit dem Ausbau der Militärwerkstätten Ende der achtziger Jahre[1]), immer stärker von aus Berlin kommenden Arbeitern durchsetzt wurde, zum Wahlkreis Osthavelland (P 7) gehörte.

Erst von 1898 an steht für die Wahlergebnisse amtliches Material zur Verfügung, um wenigstens diejenigen Vororte, welche mehr als 10 000 Einwohner hatten, aus ihren Wahlkreisen herauszuziehen und ein ungefähres Bild von Groß-Berlin zu gewinnen. Soweit aus sonstigen Unterlagen Einzelheiten auch für frühere Jahre zu entnehmen waren, sind sie an gegebener Stelle erwähnt.

1871

Seit Mitte Januar wurden in der Presse Wahlvorbereitungen bemerkbar. In der Hauptsache waren es linksliberale und Arbeitervereine, die Versammlungen in größerer Zahl veranstalteten. Besonders in den (fortschrittlichen) Bezirksvereinen wurde die Wahl ausführlich besprochen, doch waren auch demokratische Wahlvereine, von denen sich einige erst neu bildeten, der Berliner Arbeiterverein (Dr. Max Hirsch), Arbeiter-Wahlkomitees (meist sozialistisch) und demokratische Arbeitervereine (Schulze-Delitzsch) tätig; daneben riefen „Vertrauensleute liberaler Wähler" zu allgemeinen Wahlversammlungen auf. In diesen spielte meist die Auseinandersetzung zwischen den eigentlichen Fortschrittlern und den radikalen Demokraten (Dr. Jacoby) sowie Arbeitern (Schweitzer, Fritzsche, Grau) die Hauptrolle. Von konservativer Seite wurden anscheinend weniger Versammlungen zur Erörterung der Kandidatenaufstellung veranstaltet. Auch die Katholiken waren in Tätigkeit und propagierten für ihren Geistl. Rat Müller. — Aber überall standen nicht die Parteien im Vordergrund, sondern Persönlichkeiten mit — bekannter oder erwarteter — politischer Überzeugung. Man traf noch eine Auswahl, um den bestgeeigneten Volksvertreter in das Parlament zu senden, oder gab sich doch wenigstens den Anschein es zu tun. Ganz typisch dafür ist der Verlauf einer von fortschrittlicher Seite für den Wahlkreis B 6

[1]) „Teltower Kreisblatt" 1887, Nr. 10 vom 25. Januar: „ca. 700 von Schwartzkopff und viele von Borsig entlassene Arbeiter gehen zur Spandauer Artilleriewerkstatt; täglich fahren 10 Wagen vierter Klasse mit Berliner Arbeitern nach Spandau."

einberufenen Wahlversammlung[1]), die am 24. Februar im großen Saale des Borsigschen Hauses in der Chausseestraße stattfand und von 1200 Personen besucht war, obwohl der Einlaß nur gegen Karte gestattet war[2]): Der Versammlungsleitung wurden zunächst verschiedene Kandidaten vorgeschlagen, von denen jeder durch ungefähr 200 Stimmen unterstützt sein mußte. In erster Linie wurden so Franz Duncker, dann David Born und Dr. Johann Jacoby (Demokrat) als Kandidaten benannt, während der Prediger der Freien Gemeinde Schaeffer und Graf Schwerin[3]) weniger Unterstützung fanden. Die drei Bewerber entwickelten dann in längeren Reden ihre Programme und beantworteten Anfragen aus der Versammlung, wonach eine Schlußabstimmung erfolgte, aus der — selbstverständlich — Franz Duncker als offizieller liberaler Reichstagskandidat hervorging. — Daß sich durch solche Vorabstimmungen die Vertreter abweichender Richtungen nicht gebunden fühlten, zeigte dann die Wahl.

Als offizielle F-Kandidaten erschienen in allen sechs Wahlkreisen die bisherigen Abgeordneten. Ihnen trat überall der Demokrat Jacoby entgegen, doch erscheinen die auf ihn entfallenen nicht wenigen Stimmen in der Tabelle unter S, da er sich 1872 der Sozialdemokratie anschloß. In B 1 galt er auch als Kandidat der Lassalleaner, die in den anderen fünf Kreisen den Zimmergesellen Grau aufgestellt hatten. Als Eisenacher kandidierte in B 1 Jörissen. Die Konservativen stimmten in B 1 für den Stadtgerichtsrat Grafen v. Bredow, in B 2 für den Premierleutnant a. D. v. Erichsen, in B 3 für den Hofbuchdrucker Möser, in B 4 für Moltke, in B 5 für den General v. Werder, in B 6 für Krupp (Essen).

Daß in der Tabelle noch konservative und fortschrittliche Nebenkandidaturen erwähnt sind, ist darauf zurückzuführen, daß manche Wähler in Unkenntnis über die Kandidatenaufstellung ihre Stimmen für Kandidaten anderer Kreise abgaben; zum Teil finden sich solche verirrten Stimmen unter den relativ zahlreichen zersplitterten. —

Als Abgeordnete Berlins gingen aus der Wahl hervor: Stadtrat Hagen (B 1), Stadtrat Runge (B 4), Franz Duncker (B 5), Schultze-Delitzsch (B 6) sowie Freiherr Leopold v. Hoverbeck (B 2) und Moritz Wiggers (B 3), doch mußten für die beiden zuletzt Genannten Ersatzwahlen stattfinden, da sie das Berliner Mandat wegen Doppelwahl ablehnten. Für B 2 wurde Landgerichtsrat Klotz, für B 3 Landgerichtsrat Windthorst, Bielefeld, in den Reichstag entsandt. — Die Stadt Berlin war also im ersten Deutschen Reichstag genau wie im Norddeutschen durch sechs fortschrittliche Abgeordnete vertreten.

Daß die Wahlbeteiligung außerordentlich gering war, ist schon im allgemeinen Teil erwähnt werden. Von über 150 000 Berechtigten gingen knapp

[1]) „Vossische Zeitung" 1871, Nr. 55 vom 26. Februar, Seite 7. — Viele andere Versammlungen verliefen ähnlich.

[2]) Eine schon damals häufig angewendete Vorsichtsmaßnahme, um unerwünschte Elemente fernzuhalten. Besonders gern scheinen die Demokraten und Sozialisten Versammlungen terrorisiert und gesprengt zu haben, auch der katholische Sankt-Sebastians-Verein wurde in ähnlichem Zusammenhang gelegentlich erwähnt.

[3]) Der frühere liberale Kultusminister.

40 000 zur Wahlurne; am lässigsten war B 6, wo über vier Fünftel der Wahl fernblieben. So stützten sich die Abgeordneten nur auf ein Sechstel der Wahlberechtigten, allerdings auf zwei Drittel der gültigen Stimmen.

1874

Obwohl sich die Presse schon seit Ende November 1873 mit der bevorstehenden Neuwahl beschäftigte — die Auflösung des alten Reichstages war am 29. November erfolgt —, waren doch Vorbereitungen zum Wahlkampf vor Mitte Dezember kaum erkennbar. Eine gewisse Erregung wurde durch die Mitteilung des Magistrats vom 4. Dezember verursacht, daß die Wählerlisten auf Grund der Listen zur letzten Preußenwahl aufgestellt würden. Das hätte nicht nur den Ausschluß aller Nichtpreußen bedeutet, sondern auch allen, welche seitdem die Wohnung gewechselt hatten, die Teilnahme an der Wahl erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht. Von einer Richtigstellung meldeten die Zeitungen nichts, doch ist die Klage auch nicht wiederholt worden.[1]) — Die Versammlungstätigkeit verlief wegen der Weihnachtszeit ziemlich ruhig. Wie drei Jahre vorher begnügten sich die Konservativen im allgemeinen mit Besprechungen in engerem Kreise, um die Kandidaten zu benennen. Die Sozialisten störten fremde Versammlungen oder sprengten sie auch unter Gewaltanwendung. Nur die Linksliberalen waren einigermaßen rege, doch brachten auch sie erst am 2. Januar ihre ersten Flugblätter heraus. — Als der für B 1 aufgestellte Bankdirektor Hagen vier Tage vor der Wahl auf ein Mandat verzichtete, machten sich die Mängel der Organisation nachteilig bemerkbar. Ein Fortschrittlicher Verein für den Reichstagswahlkreis bestand nicht; der Liberale Verein für den Landtagswahlkreis Berlin 1 — der sich mit dem Reichstagswahlkreis nicht deckte — stand stark unter rechtsliberalem Einfluß. So mußten die Fortschrittler an Hagen festhalten, während die Nationalliberalen sich auf Simson einigten, obwohl dieser bestimmt mit Wiederwahl in F 7 rechnete und daher auf seine Aufstellung in Berlin verzichtete. — In B 6 fühlte sich der Fortschritt so sicher, daß man eine einzige Versammlung in der Woche vor der Wahl für ausreichend hielt. — Ein Handwerkerverein ging selbstverständlich selbständig vor; auch Dr. Jacoby versuchte noch einmal, jetzt als Sozialdemokrat (Eisenacher), zu kandidieren. — Kandidat der Konservativen war, diesmal für ganz Berlin, Moltke. Die Handwerker hatten Tischlermeister Brandes[2]) (B 1 und B 3) und Barbier Krämer (B 6) aufgestellt, das Zentrum wieder den Geistl. Rat Müller und die Lassalleaner Hasenclever. Von den Fortschrittlern traten in B 1, B 2, B 5 und B 6 die bisherigen Reichstagsabgeordneten als Kandidaten auf, in B 4, da Runge kein neues Mandat übernehmen wollte, der Stadtgerichtsrat Dr. Eberty (M. d. L. für Berlin 4), in B 3 Freiherr v. Hoverbeck.

---

[1]) Siehe „Vossische Zeitung" 1873, Nr. 305 vom 31. Dezember.

[2]) der vor Weihnachten noch bereit gewesen war, für die Fortschrittspartei zu kandidieren („Vossische Zeitung" 1873, Nr. 302 vom 25. Dezember).

Die Wahl verlief ruhig, in den Nachmittagsstunden (Sonnabend) in den Arbeitervierteln etwas lebhafter. Eine 50 proz. Beteiligung wäre als glänzendes Resultat betrachtet worden[1]); tatsächlich betrug sie im Durchschnitt nur 32%, in B 5 sogar nur 27%. Wiedergewählt wurden die Fortschrittler Hagen (B 1), Klotz (B 2) und Duncker (B 5), neu gewählt Dr. Eberty (B 4) und Frhr. v. Hoverbeck (B 3). Letzterer verzichtete wegen Doppelwahl auf das Mandat, das in der Neuwahl am 7. Februar dem Landgerichtsrat Herz aus Nürnberg zufiel.[2]) Außerordentliche Überraschung bereitete der Wahlausfall in B 6, wo der Sozialist Hasenclever in die Stichwahl gegen Schulze-Delitzsch kam. Nicht zu Unrecht wurde wohl der Wahlfaulheit des liberalen Bürgertums und der Zersplitterung durch die „Zünftler- und Barbierpartei" die Schuld an diesem Ergebnis gegeben. — Die Stichwahl am 27. Januar brachte bei 55proz. Beteiligung 6042 Stimmen für Hasenclever und 9285 für Schulze, der damit gewählt war. Da aber Schulze das Mandat wegen Doppelwahl ausschlug, konnte B 6 zum dritten Male wählen und entsandte nun endgültig den Rechtsanwalt Banks aus Hamburg ins Parlament.[3])

So war Berlin wieder durch sechs fortschrittliche Abgeordnete im Reichstag vertreten. Sie stützten sich — nach dem Ergebnis der Hauptwahl — auf 20% der Wahlberechtigten, 62½% der abgegebenen Stimmen. — Die sozialistischen Stimmen hatten um rund 3500 zugenommen (von 5,59 auf 8,79% B), doch ist hierbei zu beachten, daß 1871 mehr als die Hälfte der als S gezählten Stimmen auf Jacoby entfallen war, während dieser 1874 nur ein Viertel der Stimmen erhielt wie Hasenclever (3198 : 12 808). Konservativ stimmten 1874 rund 1700 Berliner weniger als drei Jahre vorher (1,65 : 1,62% B).

1877

Am 22. Dezember 1876 wurde der Reichstag durch den Kaiser persönlich geschlossen. Aber schon einige Wochen vorher hatte die Versammlungstätigkeit in den einzelnen Parteien eingesetzt, wenn selbstverständlich auch die Hauptagitation in die letzte Woche vor der Wahl gelegt wurde. Besonderheiten aus dem Wahlkampf meldete die Presse nicht, erwähnt wurde aber wieder die Rührigkeit der Sozialdemokraten. Deren Wahlaufruf verfiel der Beschlagnahme und sollte, so meldete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", Anlaß zu strafrechtlicher Verfolgung bieten. —

Die Fortschrittler stellten in fünf Kreisen den bisherigen Abgeordneten auf. In B 6 hatte Hagen, der zum besoldeten Stadtrat gewählt worden war, diesmal die Übernahme eines Mandates bestimmt ausgeschlagen, und an seiner Stelle wurde Dr. Max Hirsch (Gewerkschaftsanwalt, bisher Nürnberg) aufgestellt. Die Sozialdemokraten benannten diesmal ebenfalls für jeden Kreis einen besonderen Kandidaten (Most. Baumann, Rackow.

---

[1]) „Vossische Zeitung" 1874, Nr. 7 vom 9. Januar.
[2]) H. war in Eichstädt gegen das Zentrum unterlegen.
[3]) B. war in Hamburg gegen die Sozialdemokratie unterlegen.

Fritzsche, Kapell und Hasenclever), während für das Zentrum Freiherr v. Schorlemer-Alst als Zählkandidat fungierte. Um die konservativen Stimmen in B 6 bewarb sich der Industrielle A. Borsig, während die übrigen fünf Kreise ihre Stimmen auf den Grafen v. Bredow vereinigten. Der durch die Justizgesetze entstandene Zwist zwischen Fortschritt und Nationalliberalen fand in der u. a. von Gneist und Helmholtz befürworteten Sonderkandidatur des Reichstagspräsidenten v. Forckenbeck ihren Ausdruck. Von den Handwerkern trat wieder Brandes vor die Wähler, außerdem der Schuhmacher Bierberg. Der Wahltag verlief ruhig; die Beteiligung (46 %) wurde als gut betrachtet. Die vortrefflich arbeitende Organisation der sozialistischen Arbeiterschaft fiel besonders auf.[1]) Das Wahlergebnis löste Überraschung und bei den Linksliberalen Bestürzung aus: Zwei Kreise (B 4 und B 6) hatten die Sozialdemokraten im ersten Wahlgang erobert, nur einen die Fortschrittler sicher behauptet (B 5). In B 1 und B 2 kamen sie in die Stichwahl gegen Forckenbeck, in B 3 gegen den Sozialisten Rackow.

Die Verteidigung gelang; da jedoch Herz in B 3 wegen Doppelwahl schließlich ablehnte, erfolgte die Nachwahl, die das Mandat endgültig dem Ostpreußen v. Saucken übertrug. Duncker (B 5) legte sein Mandat am 30. April 1877 nieder, an seine Stelle trat Zimmermann, der in seinem alten Wahlkreise F 10 dem Konservativen unterlegen war. — Reichstagsabgeordnete der Berliner Bevölkerung waren also die Fortschrittler Dr. Hirsch (B 1), Landgerichtsrat Klotz (B 2), Landesdirektor v. Saucken-Tarpuschken (B 3) und Franz Duncker bzw. Zimmermann (B 5) sowie die Sozialdemokraten Fritzsche (B 4) und Hasenclever (B 6[2]). — Hinter jedem sozialistischen Abgeordneten standen — nach dem Ergebnis der Hauptwahl — 9 % der Wahlberechtigten (20 % der gültigen Stimmen), hinter jedem Fortschrittler — die nationalliberalen Stimmen mitgerechnet — knapp 7 % der Berechtigten (15 % St). — Eine Verhältniswahl hätte zwei sozialistische, drei fortschrittliche und ein nationalliberales Mandat ergeben, d. h., in der tatsächlichen Mandatsverteilung lag keine wesentliche Benachteiligung einer politischen Richtung.

1878

Auf das Hödelsche Attentat war die schon bei der Ablehnung des Sozialistengesetzes erwartete Auflösung des Reichstags gefolgt. So standen die Vorbereitungen für die Neuwahlen unter einem bestimmten Motto. —

Der Prozeß gegen den Attentäter Hödel, das Auftreten der Christlich-Sozialen, die großen (fast täglich in der „Neuen Freien Presse" quittierten) Geldsammlungen der Sozialdemokratie, die Sammlung für die „Wilhelms-

[1]) „Vossische Zeitung" 1877, Nr. 7 vom 10. Januar: „Für Stimmzettelverteilung an 367 Wahllokalen haben sie keinen Pfennig bezahlt!" — Für die anderen Parteien standen Dienstmänner oder Arbeitslose mit Stimmzetteln vor den Wahllokalen.

[2]) Die Wahl wurde vom Reichstag wegen Wahlunregelmäßigkeiten am 18. April für ungültig erklärt, doch bestätigte die Ersatzwahl am 14. Juni das Mandat Hasenclevers.

spende", nicht zuletzt aber auch der Berliner Kongreß, der erst kurz vor der Wahl (am 13. Juli) zu Ende ging, schufen die besondere Atmosphäre, die Aufrüttelung aller Schichten, die in der außergewöhnlich hohen Wahlbeteiligung von 80 % ihren Ausdruck fand. — Vorbeugend wurden in vielen Wahlbezirken die Wählerlisten amtlich kontrolliert, wobei sich herausstellte, daß in ihnen sehr viele Personen eingetragen waren, die aus den verschiedensten Gründen — auch Minderjährigkeit und Tod — nicht wahlberechtigt waren (in zwei Bezirken von B 6 200 Personen, d. h. über 15 %!).

Ein neues Gepräge erhielt der Wahlkampf durch die Tätigkeit der Christlich-Sozialen, deren Versammlungen besonders von der fortschrittlichen Presse verhöhnt wurden; der Hofprediger Stöcker und die anderen Geistlichen fanden im liberalen Bürgertum kein Verständnis, einige Kirchenvertretungen erklärten sich öffentlich gegen ihr Wirken. —

Im Fortschritt suchte man, durch die Lehren der Vorwahl klug geworden und aus Furcht vor einer allgemeinen Reaktion, rechtzeitig Verständigung mit den Nationalliberalen. So erklärte sich Hirsch (B 1) damit einverstanden, daß das Mandat dem den Nationalliberalen genehmeren Professor Hänel aus Kiel angeboten wurde; in B 4 kooptierte das Fortschrittliche Wahlkomitee Nationalliberale in seine Leitung und stellte dem Sozialdemokraten Fritzsche den Stadtsyndikus Zelle entgegen. Klotz kandidierte wieder in B 2, aber auch in B 6, um dort Hasenclever das Mandat zu entreißen. In B 3 und B 5 stellte der Fortschritt die bisherigen Abgeordneten v. Saucken und Zimmermann auf. — Obwohl Brandes und Bierberg vom Verein selbständiger Handwerksmeister sich gegen selbständiges Auftreten im Wahlkampf erklärten, beschloß der Verein, da er gegen Liberalismus und Konservative wäre und damit nicht einige der Mitglieder sozialistisch wählten, die Benennung eines eigenen Kandidaten: Bierberg. — Kandidat der Konservativen wurde in B 1 und B 2 wieder Moltke, in B 3 der Stadtverordnete Kommerzienrat Vollgold, in B 5 an Stelle des verstorbenen Borsig der Industrielle Schwartzkopff. In B 4 und B 6 galten die Christlich-Sozialen Schneidermeister Grüneberg und Hofprediger Stöcker gleichzeitig als konservative Kandidaten. — Treitschke, Beseler u. a. stellten schließlich — besonders in Opposition gegen Klotz — den preußischen Kultusminister Falk in B 2 und B 4 auf. Trotz heftiger Presse- und Versammlungsangriffe, — wobei besonders auch Rudolf Virchow scharf gegen Treitschke polemisierte — gegen diese politisch sicher unkluge weitere Zersplitterung des Bürgertums wurde die Kandidatur aufrechterhalten. — Die Sozialisten präsentierten die gleichen Kandidaten wie 1877. —

Obwohl der Wahlkampf bis zum Schluß scharf geführt worden war[1]), verlief die Wahl ohne Störungen. Die Konservativen (einschl. Christl.-Soz.)

[1]) Fortschrittliche und sozialistische Wahlaufrufe waren konfisziert worden; die Sozialdemokraten hatten in B 1 fortschrittliche Aufrufe für ihre Zwecke benutzt, indem sie den Namen Hänel mit „Most" überklebten; in B 6 waren rote Aufrufe „Klotz, Arbeiterkandidat" erschienen.

erhielten knapp 4 % der Stimmen, Falk (R) 5 %, die Sozialisten fast 36 % und die Liberalen etwas mehr als 54 %. — Die Wahlbeteiligung war fast überall gleich stark, das Stimmenverhältnis der Parteien aber in den sechs Kreisen sehr verschieden. Die Konservativen waren am stärksten im Regierungsviertel (B 1), wo für sie 15,25 % der Berechtigten (20 % St) stimmten; die beiden Christlich-Sozialen erhielten nur 0,8 (B 4) und 2 (B 6) % der Stimmen. Für Falk (R) gaben in B 2 fast 14 % der Berechtigten (17½ % St), in B 4 nur 6 (bzw. 7½) % ihre Stimme ab. Am stärksten fortschrittlich wählte B 5 (52 % = 67½ % St); in allen anderen Kreisen außer B 4 waren sie mit 49 bis 43 % B (= 63 bis 55 % St) stärkste Partei. In B 4 dagegen standen an erster Stelle mit 40 % B (= knapp 50 % St) die Sozialdemokraten; deren schwächste Position war B 1, wo aber immerhin noch 11½ % der Berechtigten ihre Stimme für Most abgaben. Auf den Handwerkerkandidaten (in der Tabelle als zweiter F) entfielen in B 1 (Maximum) die Stimmen von 0,66 % B. —

Die Stichwahl in B 4 entschied Fritzsche (S) zu seinen Gunsten. Da Klotz das Mandat in dem sozialdemokratisch gefährdeten B 6 annahm, mußte in B 2 eine Nachwahl erfolgen; ebenso in B 1, weil Hänel das Mandat wegen Doppelwahl ablehnte. Abgeordneter für B 1 wurde der Waffenfabrikant Ludwig Loewe, für B 2 Amtsgerichtsrat Hoffmann. In B 3 und B 5 wurden v. Saucken und Zimmermann wiedergewählt.

Mit diesem Ergebnis, fünf Fortschrittler und ein Sozialist, machte sich für Berlin als Ganzes erstmalig eine Mandatsverteilung bemerkbar, die der in der Hauptwahl gefallenen Volksentscheidung nicht entsprach. Nach dem Stimmenverhältnis hätten die vereinigten Konservativen (K und R) einen, der Fortschritt drei und die Sozialdemokratie zwei Sitze erhalten müssen.

Im Jahre 1880 wurden Nachwahlen in B 2 und B 5 erforderlich, da Hoffmann sein Mandat am 13. Januar niederlegte und Zimmermann am 29. Februar starb. B 2 wählte den Mediziner Rudolf Virchow, B 5 Albert Träger, so daß an der Parteigruppierung nichts geändert wurde.

Aus den Berliner Vororten des Wahlkreises P 10 sind folgende Ergebnisse der Hauptwahl bekannt („Kreuz"- und „Vossische Zeitung"):

	Gültige Stimmen in %					Gültige Stimmen in %			
	S	F	L	K		S	F	L	K
Köpenick	45	28	4	20	Zehlendorf	6	34	13	47
Steglitz	23	34	21	22	Tempelhof	33	46	—	21
N-Schöneweide	19	56	9	16	Marienfelde	—	—	100[1]	—
Schöneberg .	39	32	8	26	Mariendorf	30	28	9	33
Treptow	19	55	10	16	Friedenau	19	46	21	14
Lichterfelde ...	4	56	17	23	Wilmersdorf	53	14	21	12
Neukölln	56	20	1	21	Charlottenburg	24	43	21	7

Alle hier gezählten Stimmen waren zusammen noch nicht 10 % der in Berlin abgegebenen.

[1]) Marienfelde war der Gutsbezirk des Nationalliberalen Kiepert.

Am 27. Oktober 1881 waren fast 219 000 Berliner wahlberechtigt, d. h. nahezu 45 % mehr als 1871. Die stärkste Zunahme war in B 6 mit rund 27 000 (96 %), B 4 mit rund 25 000 (85 %) und B 2 mit rund 19 000 (81 %) zu verzeichnen. —

Die Wahlbewegung stand im Zeichen des Kampfes gegen den Fortschritt. In den Kandidaturen der Konservativen kam dabei die Gegnerschaft gegen das Judentum und — mit besonderer Berücksichtigung der Berliner Verhältnisse — die Betonung des sozialen Reformstrebens zum Ausdruck: Leutnant a. D. Max Liebermann v. Sonnenberg in B 1 gegen Ludwig Loewe (die Sozialdemokratie beteiligte sich hier am Wahlkampf nicht, sondern beschloß die Abgabe weißer Zettel); Hofprediger Adolf Stöcker in B 2 gegen Professor Rudolf Virchow und den sozialistischen Referendar a. D. Viereck; der Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern Julius Schulze in B 3 gegen v. Saucken und (den alten) Wilhelm Liebknecht — der unentwegte Antisemit Henrici kandidierte außerdem auf eigene Faust: Professor Adolf Wagner — nach dem „Börsen-Courier" der Champion Bismarcks und bei weitem der bedeutendste Gegner der Fortschrittspartei — in B 4 gegen den „Volksredner" Träger und dieser wieder aus seinem bisherigen Wahlkreis B 5 zum Angriff gegen den Sozialistenführer Bebel herbeigerufen; der aus der Zentrumsfraktion zu den Konservativen übergetretene C. J. Cremer in B 5 gegen Eugen Richter und den sozialdemokratischen Sattler Auer und schließlich der Obermeister der Drechslerinnung Meyer in B 6 gegen Klotz und Hasenclever. —

Die Ungenauigkeit der amtlichen Listen war anscheinend nicht mehr so groß wie früher; deren Berichtigung ergab aber doch noch eine Verringerung der Zahl der Berechtigten um 1,77 %.[1]) — Der Wahlkampf verlief zwar ohne Störungen; die Agitation der „Antifortschrittler" zeigte allerdings schon Formen, für welche die Zeit noch nicht reif war. So ließ man am Wahltage Hunde durch die Straßen führen mit Plakaten „Wählt keine Juden!" u. ä. — Daß Bismarck seinem Mißfallen über die Entartung der anfänglich nicht unwillkommenen Bewegung erst nach der Wahl (3. November) öffentlich Ausdruck gab, bot der linksliberalen Presse selbstverständlich Anlaß zu hämischen Bemerkungen. — Einige abends nach Bekanntwerden der Wahlergebnisse an verschiedenen Stellen der Stadt entstandene Aufläufe und Zwischenfälle scheinen auf Rechnung der ungeschickt operierenden Polizei zu setzen zu sein. —

Die Beteiligung hatte gegen die Vorwahl etwas nachgelassen, betrug aber doch noch fast 77 %. Am stärksten war sie in B 1 mit über 84 %, am schwächsten in B 6 mit etwas über 71 %. — Der Stimmentfall brachte (Sozialistengesetz!) einen starken Rückgang der Sozialdemokratie (von

[1]) „Kreuz-Zeitung" vom 1. Oktober 1881 (aus der „Voß"): „222 923 waren eingetragen, 1907 beantragten nachträgliche Aufnahme in die Liste, gestrichen wurden 2929 als zu jung oder Nichtdeutsche, 2734 als Unterstützte, 171 als Bestrafte, 35 wegen Konkurs oder Vormundschaft."

28 auf knapp 14 % der Berechtigten) eine leichte, der geringeren Beteiligung entsprechende Abnahme der Fortschrittler (von 42,8 auf 40,8 % B) und eine Verdreifachung der Antifortschrittler (über 21 % gegen 3,97 % R + 3,10 % K).

Besonders stark zu diesem Anwachsen der Rechtsstimmen trugen B 5 und B 6 bei, wo ihr Anteil das Vier- bzw. Fünffache des von 1878 ausmachte. Stärkste Partei blieben trotzdem in allen Kreisen die Fortschrittler, die in B 3, B 4 und B 5 ihren Anteil gegen die Vorwahl noch erhöhen konnten. Als ernsthafte sozialdemokratische Kandidaturen waren nur diejenigen von Bebel (B 4) und Hasenclever (B 6) anzusehen, für welche 25 bzw. 19 % der Berechtigten stimmten (je 60 % des 1878er Anteils; absolut 6700 [33 %] bzw. 5000 [32 %] weniger). — Trotzdem kamen die Sozialisten hier in die Stichwahl, unterlagen in dieser jedoch. Der „Fortschrittsring", der durch die Wahl gesprengt werden sollte, war wieder geschlossen. Ludwig Loewe vertrat wieder B 1, Rudolf Virchow wieder B 2, Albert Träger B 4, Klotz B 6. Richter (B 5) und v. Saucken (B 3) lehnten die Berliner Mandate wegen Doppelwahl ab; aus der Nachwahl gingen Dr. phil. Günther, Gymnasialprofessor in Ansbach, (F) und Justizrat Munckel (F) als Abgeordnete hervor.

Die sechs fortschrittlichen Abgeordneten stützten sich also (nach der Hauptwahl) nur auf 41 % der Wahlberechtigten, sie hatten nur knapp 54 % der abgegebenen gültigen Stimmen hinter sich und hätten bei einer Verhältniswahl einen Sitz an die Sozialdemokraten, zwei an die Konservativen abgeben müssen. Die in Berlin auf Konservative bzw. Sozialdemokraten entfallenen Stimmen (46 000 bzw. 30 000) betrugen das Dreifache bzw. das Doppelte der gesamten in der Ostprignitz Wahlberechtigten!

Aus den Berliner Vororten sind Einzelergebnisse bekannt, welche sich insgesamt auf 17 292 gültige Stimmen beziehen, das sind 10 % der in Berlin abgegebenen. Ein Vergleich der absoluten Zahlen ergibt, daß die Konservativen gegen die Vorwahl[1]) besonders stark in Lichterfelde und Wilmersdorf zugenommen hatten. Bei Lichterfelde dürfte die Verlegung der Kadettenanstalt eine Rolle gespielt haben, bei Wilmersdorf die Bevölkerungszunahme, da auch die Fortschrittler dort 1881 verdreifacht erschienen. Abgenommen hatten die Konservativen in Neukölln. — Die Fortschrittler hatten außer in Wilmersdorf besonders in Neukölln und Köpenick erheblichen Stimmenzuwachs. — Die Sozialdemokraten hatten überall stark abgenommen, in Charlottenburg von 904 auf 3 Stimmen, in Lichterfelde, Zehlendorf und Friedenau waren sie ganz verschwunden.[2])

[1]) Für 1878 Konservative und Nationalliberale zusammengefaßt.

[2])

% der Stimmen	K	F	S	% der Stimmen	K	F	S
Britz	27	69	4	Schmargendorf	74	13	13
Charlottenburg	30	69	1	Spandau	11	89	—
Friedenau	48	52	—	Spandauer Bock	65	35	—
Johannisthal	20	70	10	Steglitz	48	49	4
Köpenick	29	62	9	Stralau	52	48	—
Lichterfelde	60	40	—	Tegel	42	53	5
Neukölln	21	52	27	Tempelhof	41	49	10
Schöneberg	51	43	6	Wilmersdorf	50	35	15
				Zehlendorf	67	33	—

Wieder hatte die wahlberechtigte Bevölkerung der Reichshauptstadt um 30 % zugenommen, so daß sie mit 284 000 größer war als diejenige der Regierungsbezirke Potsdam (251 000) und Frankfurt (222 000). Über die Hälfte des Zuwachses entfiel auf die beiden Kreise B 4 und B 6, in denen nun mehr als die Hälfte aller Berliner Berechtigten wohnte. — Der Wahlkampf zeigte Besonderheiten kaum. Die Agitation der teilweise wieder sehr antisemitisch auftretenden Konservativen richtete sich in der Hauptsache gegen den Freisinn; die Sozialdemokraten wurden im Vergleich dazu mit einer gewissen Toleranz behandelt.

Die relativ sichere fortschrittliche Kandidatur in B 5 übernahm erneut Eugen Richter, in den andern Kreisen blieb der Freisinn bei den derzeitigen Abgeordneten: Loewe B 1, Virchow B 2, Munckel B 3, Träger B 4, Klotz B 6. Konservative bzw. sozialdemokratische Gegenkandidaten waren in B 1 Wagner bzw. v. Vollmar, in B 2 Stöcker bzw. Tutzauer, in B 3 Dr. Brecher[1]) bzw. Dietz, in B 4 Landrat v. Köller-Cammin bzw. Singer, in B 5 Crenier bzw. Grillenberger und in B 6 Irmer bzw. Hasenclever. — In allen sechs Kreisen ließ die Beteiligung gegen die Vorwahl erheblich nach, am stärksten in B 5 (auf 67 %). Überall konnten die Konservativen trotz der Bevölkerungszunahme ihren letztmaligen Anteil nahezu behaupten. Die sozialdemokratischen Stimmen wuchsen um 38 000 und übertrafen damit die vor dem Sozialistengesetz erreichte Zahl um mehr als 12 000. So trug der Freisinn allein den durch die Wahllässigkeit bedingten Stimmenverlust. In diesem Wahlausfall glaubte die „Kreuz-Zeitung“[2]) — im Hinblick auf die Sozialgesetzgebung usw. — einen Sieg der öffentlich-rechtlichen Anschauungsweise über die privatrechtliche zu sehen. Noch war der Freisinn zwar in B 1, B 2, B 3 und B 5 stärkste Partei, aber nur in B 1 erlangte er die absolute Mehrheit und damit im ersten Wahlgang das Mandat. In B 6 stand die Sozialdemokratie an der Spitze, ebenso in B 4, wo ihr das Mandat bereits im ersten Wahlgang zufiel. So waren „auf den ersten Hieb zwei Juden“[3]) gewählt: Ludwig Loewe (B 1) und Singer (B 4). Gegen die Konservativen mußte der Freisinn sich in B 2, B 3 und B 5 zur Stichwahl stellen, in B 6 gegen den Sozialdemokraten. Dieses Mandat ging an Hasenclever verloren. Virchow (B 2), Munckel (B 3) und Richter (B 5) wurden dagegen ihrer konservativen Gegner Herr. Da Richter und Hasenclever wegen Doppelwahl auf die Berliner Mandate verzichteten, erfolgten in B 5 und B 6 Nachwahlen, durch die Dr. Baumbach (B 5, F) und Pfannkuch (B 6, S) als Vertreter der Reichshauptstadt in den Reichstag entsandt wurden. — Ludwig

[1]) Von Prof. Dr. Brecher, Leiter des Konservativen Vereins in B 3, stammt der unglücklich-geschmacklose Ausspruch (Wahlrede am 25. Mai 1881), Bismarck sei in seinem Sohne (Graf Wilhelm, der damals gerade in die Reichskanzlei eingetreten war) zum Volke herabgestiegen. (Eugen Richter, „Im alten Reichstag“, Zweiter Band, S. 231.) Diese rednerische Entgleisung wurde natürlich von der Freisinnspresse auch in der Agitation für diese Wahl weidlich ausgenutzt.

[2]) Nr. 257 vom 1. November 1884.

[3]) „Kreuz-Zeitung“ Nr. 257 vom 1. November 1884.

Loewe starb am 11. September 1886; ihm folgte im Mandat der frühere Abgeordnete von B 6, Klotz (F).

In der sechsten Legislaturperiode war Berlin also vertreten durch Loewe bzw. Klotz, Virchow, Munckel, Singer, Dr. Baumbach und Pfannkuch; jedes Mandat eines Freisinnigen ruhte auf 18 000 Stimmen der Hauptwahl, jedes sozialistische auf 34 000. Die 56 000 konservativen Stimmen (= Gesamtzahl der Berechtigten in P 1, P 2 und P 3 zusammengenommen) blieben ganz unberücksichtigt. — Aus Berliner Vororten[1]) sind Ergebnisse bekannt, die zusammen ungefähr 6½ % der in Berlin abgegebenen Stimmen ausmachen. Der Freisinn mit 39 % der abgegebenen Stimmen war auch hier stärkste Partei. — An zweiter Stelle aber standen mit 36 % die Konservativen, so daß für die Sozialdemokratie nur 25 % verblieben.

1887

In den drei Jahren seit der letzten Reichstagswahl hatte sich das Tempo der Bevölkerungszunahme etwas verlangsamt; in B 1 machte sich erstmalig ein Rückgang, wenn auch nur um 287 Wahlberechtigte, bemerkbar. — Die Freisinnigen stimmten für die derzeitigen Abgeordneten bzw. in B 4 für Hänel, in B 6 für Rechtsanwalt Crelling. Die Sozialdemokraten stellten in B 4 wieder Singer, in B 6 Hasenclever auf. Die Kandidatur in B 2 bestritt wieder Tutzauer, in B 5 der Tischler Grothe; B 1 und B 3 stimmten für Christensen. Das Kartell nominierte in B 2 (Rechtsanwalt Wolff), B 4 (Dr. Evers) und B 5 (Major Blume) Deutschkonservative, in B 3 den Nationalliberalen Miquel, während der Reichspartei die Kandidaten in B 1 (Geheimrat v. Zedlitz) und B 6 (Fabrikant Holtz) zuzurechnen waren.[2])

Trotz der lebhafteren Propagandatätigkeit bei allen Parteien stieg die Wahlbeteiligung nur wenig (auf 74 %) und blieb somit hinter der von 1878 und 1881 zurück. Viel dazu beigetragen haben dürfte zweifellos der verhältnismäßig sichere Wahlausgang in B 1, B 4 und B 6, denn diese Kreise zeigten mit 70,1 bzw. 71,5 bzw. 68,6 % die geringste Beteiligung, während

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 507 vom 29. Oktober 1884 und „Teltower Kreisblatt" Nr. 23 und 24 vom 24. und 26. Februar 1887:

	K	%	F	%	S	%
Charlottenburg	1680	(34)	2726	(55)	532	(11)
Neukölln	675	(26)	674	(25)	1277	(49)
Schöneberg mit Bülowstraße	673	(43)	483	(31)	404	(26)
Köpenick	404	(26)	444	(29)	691	(45)
Steglitz	445	(41)	485	(45)	158	(14)
Lichterfelde	314	(58)	214	(39)	14	(3)
Wilmersdorf	156	(31)	79	(16)	267	(53)
Britz	166	(37)	128	(28)	156	(35)
Friedenau	144	(59)	76	(31)	25	(10)
Lankwitz	70	(42)	81	(48)	14	(10)
Schmargendorf	63	(56)	15	(14)	34	(30)
Zehlendorf	260	(60)	155	(36)	19	(4)
Zusammen (Durchschnitt)	5050	(36)	5533	(39)	3591	(25)

[2]) v. Levetzow und Moltke hatten die Kandidatur abgelehnt laut „Kreuz-Zeitung" Nr. 44 A vom 22. Februar 1887.

sie in den anderen drei Kreisen doch zwischen 74,5 und 81 % lag. — Diesmal gelang es der Sozialdemokratie, außer B 6 schon im ersten Wahlgang auch B 4 zu besetzen; in allen anderen Kreisen waren Stichwahlen erforderlich, die der Freisinn in B 3 mit Hilfe des Kartells, in B 1, B 2 und B 5 mit Hilfe der Sozialdemokraten für sich entschied. So blieb trotz der Kräfteverschiebung, die in der Hauptwahl zum Ausdruck gekommen war, die parlamentarische Vertretung unverändert, vier Freisinnige: Klotz (B 1), Virchow (B 2), Munckel (B 3) und Baumbach (B 5) sowie zwei Sozialdemokraten: Singer (B 4) und Hasenclever bzw. Liebknecht[1]) (B 6). — Fast 72 000 für das Kartell abgegebene Stimmen blieben in diesem Ergebnis unberücksichtigt, etwa 47 000 standen hinter jedem Sozialdemokraten, nur etwa 17 000 hinter jedem freisinnigen Mandat.[2]) — Einzelergebnisse aus den Berliner Vororten liegen nur so knapp vor, daß Vergleiche mit der Vorwahl nicht möglich sind.[3]) Sie zeigen einen Rückgang des Freisinns bei entsprechender Zunahme der K und S.

1890

Die wahlberechtigte Bevölkerung Berlins hatte weiter stark zugenommen. der Zuwachs sich aber, wie in früheren Jahren, recht ungleichmäßig verteilt. B 2 zählte fast 7000 neue Wahlberechtigte, B 4 über 10 000, B 6 sogar über 18 000. Im Zentrum sank die Zahl weiter um 259, und in B 3 betrug der Zuwachs nur noch 400.

In B 1 stellte der Freisinn Träger auf, seine Gegenkandidaten waren Zeidler (K) und Schulz (S). Die übrigen Kreise wurden von den bisherigen Abgeordneten verteidigt. In B 2 kandidierten Dr. Irmer (K) und Janiszewsky (S) gegen Virchow, in B 3 Wildberger (S) gegen Munckel: in B 4

---

[1]) Hasenclever mußte sein Mandat am 2. Juni 1888 niederlegen, in der Ersatzwahl fiel es Liebknecht zu.

[2]) Weniger des Inhalts als der Form wegen mag hier die aus dem „Berliner Volksblatt" stammende Erklärung der Sozialdemokratie zur Stichwahl Platz finden:

„Obgleich wir schon zu Anfang der Wahlbewegung uns deutlich über die Haltung unserer Genossen bei Stichwahlen ausgesprochen haben, so erachten wir es doch angesichts der entfesselten Reaktion für notwendig zu wiederholen, daß es im Interesse unserer Partei liegt, wo es irgend möglich ist, die Kandidaten der Reaktionsparteien zu Fall zu bringen, indem für die Oppositionskandidaten gestimmt wird, vorausgesetzt, daß dieselben in bezug auf das allgemeine, direkte, gleiche und geheime Wahlrecht und in bezug auf die Ausnahmegesetze die erforderlichen bindenden Erklärungen abgeben. Das Zentralwahlkomitee. Grillenberger, Hasenclever, Liebknecht, Meister, Singer."

Hieran knüpfte die „Voß" (Nr. 92 vom 24. Februar 1887) die Bemerkung, daß damit von den 27 Stichwahlen, bei denen die Freisinnige Partei beteiligt war, 23 entschieden seien.

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 44 A vom 22. Februar 1887 und „Teltower Kreisblatt" Nr. 23 und 24 vom 24. und 26. Februar 1887:

	K	F	S
Neukölln	1040=27%	608=17%	2162=56%
Steglitz	758=51%	390=25%	350=24%
Friedenau	289=72%	76=19%	38= 9%
Zehlendorf	359=61%	155=26%	79=13%

der gültigen Stimmen.

gab es gegen Singer nur Moltke (K) und Richter (F) als Zählkandidaten. B 5 wurde von Baumbach gegen Auerbach (S) und Schuhmachermeister Lütke (K) verteidigt; in B 6 lauteten die gegen Liebknecht abgegebenen Stimmzettel auf Pachnicke (F) und Freiherrn v. Liliencron (K). — Die Zählstimmen des Zentrums erhielt in allen Kreisen v. Kehler; die Demokraten versuchten in B 2 und B 4 ihr Glück mit einer Kandidatur Melos (Deutsche Volkspartei) bzw. Krüger (DV). —

Der Wahltag erhielt seine besondere Note durch die von S. M. befohlene Alarmierung der Berliner Garnison nach dem Tempelhofer Felde. —

Die Wahlbeteiligung ging weiter zurück und war in den sozialistischen Hochburgen B 4 (63,3 %) und B 6 (65,2 %) am geringsten. Das Ergebnis zeigte ein weiteres Anschwellen der roten Flut: 35,8 % der Berechtigten hatten sozialistisch gestimmt, das waren 53,2 % der abgegebenen gültigen Stimmen. Dies Resultat verdankte die Sozialdemokratie allerdings nur den beiden Riesenkreisen B 4 und B 6, wo fast 55 % aller wahlberechtigten Berliner wohnten. In den anderen Kreisen hielt sich ihr Stimmenanteil zwischen 23,4 (B 1) und 49,3 (B 3) % der abgegebenen Stimmen. — B 4 und B 6 entschieden sich also im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten; in den anderen vier Kreisen brachte die Stichwahl, wie bei der Vorwahl, die F-Kandidaten durch. Träger lehnte das Berliner Mandat wegen Doppelwahl ab, die Ersatzwahl fiel schließlich zugunsten Dr. Meyers aus. — Reichstagsabgeordnete Berlins waren also in der achten Legislaturperiode Dr. Meyer (F), Prof. Virchow (F), Munckel (F), Singer (S), Dr. Baumbach (F) und Liebknecht (S). Die Stimmen der Rechten waren um mehr als die Hälfte zurückgegangen; immerhin waren es mit über 34 000 noch mehr, als in der Ost- und Westprignitz zusammen Wahlberechtigte waren.

Die freisinnigen Stimmen hatten mit der Bevölkerungszunahme Schritt gehalten. Jedes Berliner Freisinnsmandat ruhte auf knapp 19 000 Stimmen, jedes sozialistische dagegen auf rund 63 000. —

Aus Berliner Vororten ist diesmal nur das Ergebnis in Steglitz bekannt.[1]) Dort erhielten die Konservativen 860 Stimmen (48 %), die Sozialdemokraten 631 (35 %) und der Freisinn 292 Stimmen (17 %).

1893

Wenn das Wachstum der Stadt Berlin sich auch allmählich weiter verlangsamte, so enthielten doch auch zu dieser Wahl die Stimmlisten wieder über 21 000 neue Wahlberechtigte. 17 000 davon entfielen auf den sechsten Wahlkreis, knapp 4000 auf den vierten. Auch B 2 war um über 3000 Wahlberechtigte gewachsen; dafür zeigten B 1 (1000), B 3 (1400) und B 5 (600) eine Abnahme.

In B 1 stellte der Freisinn den langjährigen Landtagsabgeordneten von Berlin Dr. Langerhans auf, der im Reichstag bisher einen westfälischen Kreis vertreten hatte. Konservativer Gegenkandidat war wieder Dr. Zeidler. Der Zerfall des Kartells wurde durch eine Bewerbung des nationalliberalen

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 87 vom 21. Februar 1890.

Stadtrates Marggraff bekundet. Die Sozialdemokraten stimmten für Schneider Taeterow. Dazu kamen noch Oberstleutnant a. D. Egidy (A) und — in allen Berliner Kreisen — v. Kehler (Z). — In B 2 verteidigte Virchow das Mandat. Dem „kalten, politisch verknöcherten Rektor" der Universität stellten die Konservativen den „warmen patriotischen Lehrer"[1]) Adolf Wagner entgegen. Die Sozialdemokraten stimmten für Schriftsetzer Fischer, die Nationalliberalen für Kommerzienrat Henneberg. — Die Berechtigten des dritten Kreises hatten die Wahl zwischen dem bisherigen Abgeordneten Munckel (FVp), dem Stadtverordneten Vogtherr (S), Professor Paul Foerster (A) und Justizrat Winterfeld (NL). — Das sichere Mandat Singers (S) in B 4 wurde nicht ernsthaft angegriffen. Die Konservativen gaben Zählstimmen auf den Namen Polizeisekretär Reh ab, die Liberalen Zettel für Eugen Richter. — In B 5 wurde Baumbach (F) von Klavierarbeiter Schmidt (S) angegriffen. Die übrigen Parteien beteiligten sich durch die Kandidaturen von Rechtsanwalt Hertwig (A) und Dr. Krause (NL). — Auch gegen Liebknechts (S) Parlamentssitz in B 6 begnügte sich der Freisinn mit einer Zählkandidatur Eugen Richter. Die Konservativen stimmten für Rechtsanwalt Schwindt, die NL für Bennigsen. — Außerdem wurden in fast allen Wahlkreisen Zettel für den Antisemiten Dr. Boeckel und für Heinrich Freese (Bodenreformer) abgegeben.

Über 100 000 Berliner verzichteten auf die Ausübung ihres Wahlrechts, davon allein 68 000 in den beiden Kreisen B 4 und B 6, wo die Wahlbeteiligung nur 70,1 bzw. 67 % betrug. Mit Ausnahme von B 1 war die Sozialdemokratie in allen Kreisen stärkste Partei; auf ihre Kandidaten entfielen 42 (B 5) bis 71,5 (B 4) % der abgegebenen gültigen Stimmen. — Die Gesamtzahl der bürgerlichen Stimmen (einschl. A) hatte sich trotz der Bevölkerungszunahme nicht wesentlich vermehrt. Ihre Zusammensetzung zeigte aber einen starken Ruck nach rechts und dürfte einem gewissen Stimmungsumschwung in der Bevölkerung entsprechen. Allerdings stammten fast 13 000 von den 22 000 Mehrstimmen der Rechten (K. A. NL) aus B 3 und B 4, wo bei der Vorwahl rechtsbürgerliche Kandidaten gar nicht vorhanden gewesen waren, und nur in B 3, B 4 und B 6 war die Zunahme der Rechten größer als der Verlust des Freisinns. Wahrscheinlich brachte einerseits die größere Aktivität der Konservativen und Antisemiten das wehrfreudige Kleinbürgertum in stärkerem Maße zur Wahlurne, während andererseits die sonst linksliberal Wählenden aus Mißstimmung über den Bruderzwist im Freisinn Wahlenthaltung übten oder auch z. T. in das Lager der Sozialdemokratie übergingen. Die Sozialdemokratie zeigte in B 3 einen absoluten Rückgang um etwa 400 Stimmen. (Die Zahl der Berechtigten hatte sich um 1400 verringert.) Mit den Stimmen von 40,4 (56,9) % errang schließlich die Sozialdemokratie die Mandate von B 2 bis B 6; nur B 1 konnte der Freisinn mit Stichwahlunterstützung aller Bürgerlichen behaupten. Die Rechtsparteien gingen mit 14,6 (20,5) %, wovon 10,4 (14,6) % auf Konservative entfielen, wieder leer aus, obwohl sie in der

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 272 vom 13. Juni 1893.

Hauptwahl nur 4000 Stimmen weniger als der Freisinn, mehr als ein Drittel der sozialdemokratischen, erhalten hatten.

Somit wurde die Reichshauptstadt, die immerhin 112 000 bürgerliche Stimmen (Freisinn 58 000, Rechte 54 000) aufgebracht hatte, durch einen einzigen Bürgerlichen, Dr. Langerhans, und durch fünf Sozialdemokraten: Fischer, Vogtherr, Singer, Schmidt und Liebknecht, vertreten; eine sozialistische Stimme hatte jetzt in Berlin doppelt soviel Wert wie eine freisinnige. —

Die aus achtzehn Berliner Vororten bekannten Ergebnisse umfassen rund 48 200 = 18,3 % der in Berlin abgegebenen Stimmen. Auch hier lautete mehr als die Hälfte (57 %) der gültigen Stimmzettel auf den Sozialdemokraten; stärkste nichtsozialistische Partei waren aber die Konservativen (18 %), die dem Freisinn (13 %) weit überlegen waren, während dieser sich als nur etwas stärker erwies als die Antisemiten (12 %). Allerdings waren die Unterschiede zwischen den achtzehn Gemeinden bedeutend größer als diejenigen innerhalb Berlins. Die Sozialdemokratie war zwar überall, außer in Lichterfelde, stärkste Partei; ihr Stimmenanteil schwankte jedoch zwischen 80 (Neukölln) und 31½ % (Lichterfelde). Das — relative — Maximum an antisemitischen Stimmen erreichte Lichterfelde mit 44 %, während das Minimum mit nur 7½ % in Neukölln lag. Der Freisinn kam in Charlottenburg auf 18 % und mußte sich in Mariendorf mit 5½ % begnügen; die Konservativen erreichten in Friedenau und Zehlendorf 21 %, in Treptow aber nur 2 %.[1])

[1]) „Teltower Kreisblatt" Nr. 71 vom 15. Juni und „Kreuz-Zeitung" Nr. 278 vom 16. Juni 1893. Wahlergebnisse aus 18 Berliner Vorortsgemeinden:

	A	%	K	%	F	%	S	%
Charlottenburg . . .	1999	(15)	2918	(21)	2467	(18)	6357	(46)
Neukölln	443	(5½)	617	(7½)	556	(7)	6509	(80)
Schöneberg	948	(16)	938	(16)	959	(16)	3082	(52)
Weißensee	297	(8)	301	(8)	*480	(13)	2673	(71)
Köpenick	93	(3)	372	(14)	329	(12)	1920	(71)
Steglitz	550	(24)	467	(20½)	279	(12)	993	(43½)
Gr.-Lichterfelde . .	229	(13)	775	(44)	207	(11½)	559	(31½)
Pankow	126	(9)	323	(22)	320	(20)	724	(49)
Mariendorf	143	(10½)	399	(29)	78	(5½)	749	(55)
Wilmersdorf	101	(8½)	379	(32)	81	(7)	621	(52½)
Britz	64	(6)	196	(18½)	66	(6)	737	(69½)
Friedenau	213	(21)	312	(31)	164	(16)	323	(32)
Tempelhof	161	(16½)	191	(19½)	98	(10)	524	(54)
Zehlendorf	191	(21)	259	(29)	134	(15)	316	(35)
Adlershof	74	(9)	112	(13½)	78	(9½)	568	(68)
Schmargendorf . . .	32	(8½)	107	(28½)	22	(6)	214	(57)
N.-Schöneweide . .	31	(9)	69	(19)	35	(9½)	227	(62½)
Treptow	6	(2)	91	(28½)	40	(12½)	182	(57)
Zus. (Durchschn.)	5710	(12)	8826	(18)	6393	(13)	27278	(57)
Stadt Berlin		3,9		14,7		22,0		57,3
			NL	2,1				
Berlin mit Vororten		5,1		15,2		20,6		57,2
			NL	1,9				

* geschätzt.

Wieder waren 23 000 Wahlberechtigte mehr vorhanden als bei der Vorwahl: 21 000 davon entfielen auf den sechsten Wahlkreis. In B 5 stieg die Bevölkerung wieder schwach (+ 200), während sie in B 1 (— 1300) und B 3 (— 1700) fiel. In B 2 betrug der Zuwachs 1400 und in B 4 2900.

In B 2 stellten die Sozialdemokraten statt des 1893 gewählten Vogtherr den Rechtsanwalt Heine auf; die übrigen Kreise wurden von den bisherigen Abgeordneten verteidigt. Langerhans übernahm außer der Kandidatur in B 1 auch diejenige in B 2; sonst erschienen in allen Kreisen neue Kandidaten bei allen Parteien.[1]) Die Nationalliberalen verzichteten auf ihre zwecklosen Bemühungen und stimmten bereits im ersten Wahlgang für die freisinnigen Kandidaten.[2])

Der Wahlkampf war der stillste in Berlin seit Errichtung des Reiches. auch die Sozialdemokraten traten in ihren Reden und Aufrufen gemäßigt-reformistisch auf. — So ergab sich denn auch eine Wahlbeteiligung von nur 66 %. die schlechteste seit dem Attentatsjahr 1878. Der Rückgang war in allen sechs Kreisen fast gleich stark. wirkte sich aber gegen die einzelnen Parteien ganz verschieden aus. Die Sozialdemokratie konnte in B 5 etwas Gelände gewinnen; in B 6 ergab sich durch das Anwachsen der Bevölkerung trotz des relativen Rückgangs ein absoluter Gewinn von 7000 Stimmen. so daß die Ausfälle in den ersten vier Kreisen überkompensiert waren und die Partei ein absolutes Plus von mehr als 3000 Stimmen (+ 2 %) buchen konnte. — Die für den Freisinn abgegebenen Zettel zeigten in den ersten drei Kreisen eine absolute Zunahme, während sie besonders in B 4. aber auch in B 5 und B 6, so abnahmen. daß die Partei im ganzen mit einem Weniger von 2300 Stimmen (— 4 %) abschloß. Nun hatten allerdings die Nationalliberalen für die freisinnigen Kandidaten stimmen wollen und es wohl auch

[1]) Reichstagskandidaten in Berlin 1898:

B 1		B 2	
K	Bernard, Bäckerobermeister	K	Stockmann, Oberpostassistent
F	Langerhans	F	Kreitling
S	Pötzsch, Redakteur	S	Fischer
NS	Tischendörfer, Lithograph	Z	v. Kehler
Z	v. Kehler		

B 3		B 4	
A	Dr. Bachler	Chr-S	Prietz, Arbeiter, blind
F	Langerhans	F	Sonnenfeld
S	Heine	S	Singer
Z	v. Kehler	Z	v. Kehler
P	Wawrzyniak, Propst in Mogilno		

B 5		B 6	
A	Strumpf, Zahnarzt	Chr.-S	Stöcker
F	Zwick	F	Krieger, Redakteur
S	Schmidt	S	Liebknecht
Z	v. Kehler	Z	v. Kehler
D	Ross, Buchdrucker		
P	Wawrzyniak		

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 261 vom 8. Juni 1898.

getan.[1]) Vergleicht man daher die liberalen Gesamtstimmen von 1898 und 1893, so ergibt sich in allen Kreisen ein Verlust (in B 4 und B 6 rund 20 %), in ganz Berlin ein Minus von über 8000 Stimmen (— 12,7%). — Den Rechtsparteien (K, Chr-S, A) flossen 1898 5600 Stimmen weniger zu (— 11,7%) als 1893. Dabei wurden in B 4 von den Christlich-Sozialen nur 350 Stimmen verloren (— 4%), in B 6 (Stöcker) sogar der alte Besitzstand aufrechterhalten. Die K-Kandidaten in B 1 und B 2 verloren 700 (— 25%) und 2000 (— 15%) Wähler, die Antisemiten in B 3 650 (— 15%) und in B 5 sogar 1850 (— 35 %). — Aus welchem Lager die 1000 Nationalsozialen in B 1 stammten, ist schwer festzustellen. Ihre Stimmen dürften zu ziemlich gleichen Teilen den K und S verlorengegangen und aus der Masse der Nichtwähler hervorgeholt worden sein. Auch die Bevölkerungsbewegung dürfte insofern beteiligt gewesen sein, als die Ausgestaltung der City zu einer relativen Vermehrung gewisser kleinbürgerlicher Elemente führte.

Wieder errang im ersten Wahlgang nur die Sozialdemokratie die beiden Mandate von B 4 und B 6; in den anderen Kreisen entschied die Stichwahl zwischen Sozialdemokratie und Freisinn. Diesmal gelang es dem Bürgertum, die Mandate in B 2 und B 5 zurückzugewinnen, so daß Berlin durch die Abgeordneten Dr. Langerhans (FVp; B 1), Kreitling (FVp; B 2), Heine (S; B 3), Singer (S; B 4), Zwick (FVp; B 5) und Liebknecht (S; B 6), im zehnten Reichstag vertreten war. — Nach dem Ergebnis der Hauptwahl standen hinter den drei sozialistischen Mandaten je 51 500 Wähler, hinter den drei freisinnigen je 19 500 freisinnige bzw. je 33 300 bürgerliche Wähler. Eine Verhältniswahl hätte vier Sozialdemokraten, einem Freisinnigen und einem Rechtsbürgerlichen (Christl.-Soz.) ein Mandat übertragen.

Durch die Spezifizierung der Wahlstatistik (Tabelle 7a) und ergänzende Daten aus der Presse ist bei dieser Wahl erstmalig ein genauerer Überblick über den Gesamtraum Groß-Berlin möglich. Dieser Einzelnachweis umfaßt rund 26 000 Wahlberechtigte aus dem Wahlkreis P 6 und rund 113 000 aus P 10[2]), zusammen etwa 35 % der Berliner Wahlberechtigten. — Im

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 277 vom 17. Juni 1898: „Ein Teil der F-Zunahme ist NL-Werk."

[2]) Ergebnisse in 25 (26) Vororten (Reichsstatistik und „Teltower Kreisblatt"):
(B) = Zahl der Berechtigten, (T) = Wahlbeteiligung in %, a = % der Berechtigten, b = % der Stimmen, * = über 10 000 Einwohner.

	(B)	(T)	S		F		K		A	
			a	b	a	b	a	b	a	b
*Charlottenburg . .	37 000	56	27	(48)	13	(23)	13	(23)	3	(6)
*Neukölln	18 350	68	55	(81)	6	(9)	7	(10)	0	
*Schöneberg	17 350	57	32	(56)	8	(14)	17	(30)	0	
*Lichtenberg	8 700	66	50	(75)	10	(15)	6	(9)	0	(1)
*Weißensee	6 750	62	49	(79)	3	(5)	7	(11)	3	(5)
*Wilmersdorf	5 000	65	27	(41)	11	(17)	27	(42)	0	
*Steglitz	4 200	61	25	(41)	9	(15)	20	(33)	7	(11)
*Köpenick	4 000	74	54	(73)	8	(11)	11	(15)	1	(1)
*Pankow	3 850	61	32	(52)	12	(20)	17	(28)	0	
*Gr.-Lichterfelde . .	3 650	63	21	(33)	6	(10)	34	(54)	2	(3)

ganzen war die Sozialdemokratie hier genau so stark wie in Berlin (59,3 % der abgegebenen Stimmen), der Freisinn aber bedeutend schwächer und demgemäß die Konservativen stärker. Dabei bestanden selbstverständlich zwischen den einzelnen Gemeinden wieder erhebliche Unterschiede, deren Einzelheiten aus den gebotenen Tabellen ersichtlich sind. Die stärkste Wahlbeteiligung zeigte danach Adlershof mit 78 %, die geringste die Villenkolonie Grunewald mit 51 %. Die Sozialdemokraten hatten die stärkste Gefolgschaft mit 57 % der Berechtigten in Adlershof, von den abgegebenen Stimmen fiel ihnen in Neukölln mit 81 % das Maximum zu. Ihre schwächste Position war die Villenkolonie Grunewald mit 8 (15) %. Der Freisinn verfügte in Charlottenburg (Maximum) über 13 (23) %, in Weißensee dagegen nur über 3 (5) %. Konservativ stimmten in Grunewald 37 (73) %, in Marienfelde 40 (63) %, in Lichtenberg nur 6 (9) %, die Antisemiten schließlich kamen maximal in Steglitz auf 7 (11) %, gingen dagegen in vielen Orten ganz leer aus. —

Für Groß-Berlin hätte sich das Wahlergebnis wie folgt gestellt: Beteiligung 63,2 %, davon S 38,1 (60,3); F 12,8 (20,2); K 6.1 (9.6); A und ChrSoz 6,0 (9,6) %,

während in der Stadtgemeinde Berlin die Beteiligung 66 % betragen hatte, wovon auf die S 39,2 (59,7); F 14,0 (21,4); K 3.4 (5.2); A und ChrSoz 7,6 (11,5) % entfallen waren. —

Zieht man auch die Stadt Spandau mit etwa 13 500 Berechtigten hinzu, so würde sich für dieses erweiterte Groß-Berlin nur eine geringfügige Verschiebung ergeben: S 38,0 (59,9); F 12,8 (20,2); K 6,6 (10,4); A und ChrSoz 5,9 (9,3) %. —

Als Kreitling sein Mandat niederlegte, gelang es der Sozialdemokratie, den zweiten Wahlkreis am 11. April 1899 zurückzuerobern, so daß Fischer wieder seinen Sitz im Reichstage einnehmen konnte. — An die Stelle

	(B)	(T)	S		F		K		A	
			a	b	a	b	a	b	a	b
*Boxhg.-Rummelsbg.	3 550	69	47	(68)	5	(7)	17	(25)	0	
*Reinickendorf . . .	3 050	60	38	(63)	7	(12)	15	(25)	0	
Friedenau	2 100	59	21	(36)	9	(15)	24	(41)	5	(8)
Zehlendorf	1 650	72	24	(33)	8	(11)	35	(49)	5	(7)
Britz	1 700	71	43	(61)	5	(7)	23	(32)	0	
Adlershof	1 650	78	57	(73)	9	(12)	11	(14)	1	(1)
Mariendorf	1 150	56	32	(57)	5	(9)	17	(30)	2	(4)
Treptow	1 150	56	37	(66)	10	(18)	8	(14)	1	(2)
Lankwitz	700	68	32	(47)	3	(4)	33	(49)	0	
Schmargendorf/ Dahlem	650	64	30	(47)	4	(6)	29	(45)	1	(2)
Grünau	650	52	30	(58)	8	(15)	14	(27)	0	
Johannisthal . . .	600	74	47	(64)	7	(9)	16	(22)	4	(5)
Grunewald	550	51	8	(15)	6	(12)	37	(73)	0	
Niederschöneweide .	500	76	36	(47)	10	(13)	29	(38)	1	(2)
Marienfelde	400	64	21	(32)	3	(5)	40	(63)	0	
Spandau	13 500	71	31	(44)	13	(18)	27	(38)	0	

Liebknechts trat 1900 Ledebour, gegen den nur ein K-Gegenkandidat aufgestellt wurde, welcher rund ein Siebentel der abgegebenen Stimmen erhielt.

1903

Erneut waren fast 48 000 neue Berechtigte in den Wählerlisten Berlins eingetragen. 22 700 entfielen auf B 6, 19 000 auf B 4, 4500 auf B 2. In B 3 und B 5 betrug die Zunahme 700 bzw. 1400, in B 1 die Abnahme 1300. — Da sich auch die Wahlbeteiligung ansehnlich hob, wurden rund 66 000 Stimmen (25 %) mehr abgegeben als 1898.

Das Interesse an der Wahl war — wie schon die stärkere Beteiligung bekundet — etwas lebhafter, wozu die gleichzeitig stattfindende Landtagswahl beigetragen haben dürfte. Rund 150 000 nahmen Einsicht in die Wählerlisten, doch waren nur etwa 1100 Berichtigungen erforderlich.[1]) Bemerkenswert erscheint, daß von Anfang an der Kampf der Konservativen gegen den Freisinn mit ziemlicher Zurückhaltung geführt wurde. Die „Kreuz-Zeitung" kritisierte die Passivität der Regierung und beschäftigte sich mit Gedanken an einen „Ordnungsblock". Hierzu wurde auch die Freisinnige Volkspartei gezählt, während selbstverständlich die Barth und Genossen von der Freisinnigen Vereinigung, einer spezifisch jüdischen Partei, wegen ihrer Obstruktion usw. hierfür nicht in Frage kamen. Andererseits vermied es die Freisinnige Volkspartei, durch Aufstellung der zuerst in Aussicht genommenen Dr. Mugdan (B 2) und Leopold Rosenow (B 3) ihren bürgerlichen Gegnern besondere Angriffspunkte zu bieten. In B 1 lehnte Langerhans eine Wiederwahl ab; an seine Stelle trat Stadtältester Kaempff. In den übrigen Wahlkreisen verteidigten die bisherigen Abgeordneten ihre Mandate.[2])

Bei der Feststellung des Wahlergebnisses zeigte sich, daß den alleinigen Nutzen aus der stärkeren Beteiligung die Sozialdemokratie gezogen hatte; von den 66 000 Mehrstimmen waren ihr über 63 000 zugeflossen, der Rest bis auf 400 dem Freisinn. — Die Mandate von B 2 bis B 6 fielen im ersten Wahlgang an die sozialistischen Kandidaten. Auch in B 1 hatte die Arbeiterpartei die meisten Stimmen erhalten, unterlag aber in der Stichwahl.

---

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 268 vom 11. Juni 1903.

[2]) Kandidaten in Berlin 1903:

B 1	B 2
S Dr. Arons, ehem. Univ.-Doz.	S Fischer, Buchhändler
F Kaempff, Stadtältester	F Kreitling, M. d. L.
K Bartels, Generalmajor z. D.	K v. Wenckstern, Prof. Dr.
B 3	**B 4**
S Heine, Rechtsanwalt	S Singer, Stadtverordneter
F Jäger, Bankdirektor	F Löhning, Prov.-Steuerdir. a. D.
K Dr. Hahn, Rechtsanwalt	K Wegener, Chefredakteur
B 5	**B 6**
S Schmidt, Arbeitersekretär	S Ledebour, Schriftsteller
F Dr. Zwick, Stadtschulinpektor	F Liebenow, Stadtverordneter
A Bruhn, Verleger	A Ulrich, Rechtsanwalt

Abgeordnete der Reichshauptstadt für die elfte Legislaturperiode waren somit: Kaempff (F), Fischer (S), Heine (S), Singer (S), Schmidt (S) und Ledebour (S).

In 27 Berliner Vororten aus den Wahlkreisen P 6 und P 10 wohnten fast 185 000 Wahlberechtigte, d. h. 41,5 % der in Berlin selbst lebenden. Zählt man Spandau hinzu, so erhöht sich die Zahl auf 210 000 bzw. 47,3 %. — Die Konservativen waren in den Vororten zwei- bis dreimal so stark wie der Freisinn; in P 10 war der Liberalismus überdies gespalten. — Die Verschiedenheiten der Vororte untereinander traten natürlich auch diesmal wieder in die Erscheinung. So ergab sich ein Maximum an sozialistischen Stimmen von 68 (85) % in Neukölln und ein Minimum von 24 (31) % in Grunewald. Beim Freisinn lagen die Pole in Grunewald mit 13 (18) % und Wannsee mit 0 (0) % bzw. Tempelhof und Lankwitz mit 1 (1) %. Der Anteil der Konservativen schwankte zwischen 38 (42) % in Schmargendorf bzw. 35 (49) % in Lichterfelde und 7 (9) % in Neukölln. Die Nationalliberalen, welche ja nur in P 10 selbständig auftraten, erzielten in Grunewald 20 (27) %, in Adlershof 0 (0) bzw. in Köpenick und Johannisthal 1 (1) %. — In den Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern entfielen nur in Lichterfelde, Friedenau, Wilmersdorf und Steglitz weniger als 50 % der gültigen Stimmen auf den Sozialdemokraten. In den kleineren Orten war es nicht anders; auch hier erreichten die Sozialdemokraten nur in vier westlichen Gemeinden (Grunewald, Zehlendorf, Wannsee und Schmargendorf) nicht die Hälfte der gültigen Stimmen. — Andererseits waren es vier Gemeinden im Osten und Südosten (Neukölln, Adlershof, Johannisthal und Köpenick), wo 60 % und mehr der Berechtigten für den Sozialdemokraten stimmten.[1])

[1]) Wahlergebnisse aus 28 (29) Berliner Vororten 1903:
(B) = Berechtigte; (T) = Beteiligung; a = % der Berechtigten; b = % der gültigen Stimmen; * = unter 10 000 Einwohner.

	(B)	(T)	S		F		K		NL	
			a	b	a	b	a	b	a	b
Charlottenburg	48 600	62	33	(53)	10	(17)	13	(21)	6	(9)
Schöneberg	26 800	67	40	(59)	8	(12)	12	(17)	7	(12)
Neukölln	25 700	80	68	(85)	3	(3)	7	(9)	2	(3)
Lichtenberg	10 600	73	58	(79)	6	(9)	9	(12)		
Wilmersdorf	9 300	68	30	(44)	10	(15)	22	(32)	6	(9)
Weißensee	8 300	66	51	(77)	3	(4)	12	(19)		
Lichterfelde	6 200	72	29	(39)	4	(6)	35	(49)	4	(6)
Pankow	6 000	68	39	(57)	6	(9)	23	(34)		
Steglitz	5 700	73	35	(48)	5	(7)	30	(41)	3	(4)
Köpenick	4 900	76	60	(79)	4	(6)	11	(14)	1	(1)
Boxhagen-Rummelsburg	4 500	72	55	(76)	7	(9)	10	(15)		
Reinickendorf	4 100	71	51	(71)	3	(5)	17	(24)		
Friedenau	3 100	71	30	(42)	9	(12)	23	(33)	9	(13)
Zehlendorf	2 500	76	29	(38)	7	(9)	36	(47)	4	(6)
*Tempelhof	2 300	75	41	(52)	1	(1)	27	(36)	6	(8)
*Britz	2 100	77	56	(73)	4	(5)	16	(21)	1	(1)
*Adlershof	1 800	89	67	(75)	7	(8)	15	(17)	0	(0)
*Treptow	1 700	76	52	(68)	10	(13)	9	(12)	5	(7)
*Mariendorf	1 600	65	41	(63)	4	(6)	18	(28)	2	(3)

So ergab sich denn im Gesamtraum Groß-Berlin für die Sozialdemokratie keine schlechtere Stellung als in Berlin allein: zwei Drittel der gültigen Stimmzettel trugen den Namen der sozialistischen Kandidaten. Aber auch bei den anderen Parteien waren die Verschiebungen nicht übermäßig stark:

Berlin allein: Beteiligung 71,4 %, davon S 49,0 (68,7); F 12,6 (17,6); NL 0,0 (0); K 9,1 (12,7);

Berlin mit den 27 Vororten: Beteiligung 70,9 %, davon S 47,5 (67,0); F 10,9 (15,4); NL 1,2 (1,7); K 10,8 (15,2);

dieselben mit Spandau: Beteiligung 71,2 %, davon S 47,0 (66,0); F 11,0 (15,4); NL 1,1 (1,6); K 11,6 (16,3).

Von den Groß-Berliner Gesamtstimmen jeder Partei schließlich stammten

in Prozent	aus Berlin	P 6	P 10c	P 10b	P 7
bei S	70,8	6,0	17,8	2,5	2,9
bei F	77,9	2,7	13,7	1,5	4,2
bei K	53,3	7,0	24,0	5,1	10,6
von den Berechtigten	67,9	5,6	19,8	2,8	3,9

1907

Fast 49 000 neue Wahlberechtigte hatten nun in Berlin das Stimmrecht mehr als 1903. In noch stärkerem Maße als früher hatte sich das Schwergewicht nach dem vierten und sechsten Wahlkreis verlagert, wo nun 134 000 (+ 18 000) bzw. 195 000 (+ 30 000), zusammen zwei Drittel aller Berliner Wähler, wohnten. Der zweite Wahlkreis hatte noch 1700 Neuwähler aufgenommen, der fünfte 700, während B 3 unter den Stand von 1898 (— 858 = 30 655) und B 1 weiter (um 1219 auf 16 286) zurückging. So verhielt sich der Wert einer Wählerstimme schon allein durch die Wahlkreiseinteilung innerhalb der sechs Berliner Wahlkreise wie 12,0 : 2,4 : 6,4 : 1,5 : 5,6 : 1.

Der Wahlkampf schlug in Berlin besonders hohe Wogen, und die Wählerlisten wurden im Zeichen des Kampfes gegen die Sozialdemokratie sehr kleinlich aufgestellt. Von 8000 (meist sozialdemokratischen) Berlinern wurde nachträgliche Aufnahme in die Listen gefordert, bei 5000 davon jedoch wegen Unterstützungsempfangs abgelehnt.[1]) Auch bei der Wahl wurde stellenweise der gesetzwidrige Versuch gemacht, solche Personen an der

	(B)	(T)	S		F		K		NL	
			a	b	a	b	a	b	a	b
*N.-Schönhausen-Sch. . .	1 600	74	39	(52)	6	(9)	29	(39)		
*Lankwitz	1 100	77	45	(59)	1	(1)	27	(35)	4	(5)
*Schmargendorf	900	90	42	(47)	8	(9)	38	(42)	2	(2)
*Wannsee	800	68	31	(46)	0	(0)	32	(48)	4	(6)
*Grunewald	700	73	24	(33)	13	(18)	16	(22)	20	(27)
*Johannisthal	600	90	61	(68)	5	(5)	23	(26)	1	(1)
*Grünau	600	76	43	(57)	6	(7)	24	(32)	3	(4)
*N.-Schöneweide	600	85	51	(60)	10	(12)	21	(25)	3	(3)
*Marienfelde	600	71	43	(60)	1	(2)	25	(35)	2	(3)
Spandau	14 800	77	38	(50)	11	(14)	28	(36)		

[1]) „Vorwärts" vom 10. Januar 1907.

Stimmabgabe zu verhindern, welche zwischen der Aufstellung der Listen und dem Wahltage Unterstützungen — auch von geradezu lächerlicher Bedeutungslosigkeit — empfangen hatten. — Alles dies konnte aber den Vormarsch der Sozialdemokratie nicht aufhalten. Die Wahlbeteiligung stieg auf 77,4 %, war also immer noch bedeutend geringer als in den Provinzkreisen und im Reichsdurchschnitt, wobei sich 50,9 (66,8) % zur Sozialdemokratie bekannten. Auch der Freisinn hatte seine Anhänger wieder einmal aufrütteln können und stieg von 12,6 (17,2) auf 17.7 (23.2) %, während die konservativen Stimmen zurückgingen.

Die Kandidatenaufstellung[1]) erfuhr durch den in B 1 kandidierenden Bodenreformer Damaschke eine geringe Erweiterung gegen die Vorwahl.

Die Unterschiede zwischen den sechs Wahlkreisen verstärkten sich bei dieser Wahl weiter, wozu besonders der überaus scharfe Rückgang der Konservativen beitrug. 16 000 Stimmzettel erhielten die konservativen Kandidaten weniger als ihre Vorgänger im Jahre 1903; da die Konservativen nur in B 6 eine gewisse Widerstandsfähigkeit zeigten, folgten der Partei in den anderen fünf Kreisen nur je ein Zwanzigstel der Berechtigten. Einen Stimmenrückgang hatte auch die Sozialdemokratie in B 1 und B 3 zu verzeichnen. In B 1 war er relativ schwächer als der Bevölkerungsrückgang, so daß der Anteil der Partei an den Wahlberechtigten noch etwas stieg. In B 3 war dagegen auch ein relativer Rückgang vorhanden. Groß waren allerdings die Veränderungen — auf die wahlberechtigte Bevölkerung bezogen — nicht, so daß die Sozialdemokratie in B 2 bis B 6 die bei weitem stärkste Partei blieb und diese fünf Mandate im ersten Wahlgang behauptete. In B 1 hatten jedoch die 1800 freisinnigen Mehrstimmen gegen 1903 — trotz des Bevölkerungsrückganges! — den Sozialdemokraten wieder auf den zweiten Platz verwiesen, und der Freisinn konnte das Mandat in der Stichwahl[2]) sicher behaupten. —

Ein bezeichnendes Licht auf die Wahlfaulheit des liberalen Bürgertums warf das Resultat in B 3. Obwohl hier die Zahl der Berechtigten um fast

---

[1]) Um die Reichstagsmandate bewarben sich in

B 1	B 2	B 3
K Stockmann	K Reinhardt	K Bredereck
F Kaempff	F Dr. Reicke	F Rosenow
S Dr. Arons	S Fischer	S Heine
B Damaschke	A Foerster	A Foerster
B 4	**B 5**	**B 6**
K Wege	K Barnau	K Ulrich
F Kaphun	F Cassel	F Kaehler
S Singer	S Schmidt	S Ledebour
A Foerster	A Foerster	A Foerster

außerdem in allen Kreisen

Z Erzberger, P v. Czarlinski

[2]) Mit 8053 gegen 4618 Stimmen; Stichwahl 1903 6607 : 6233.

900 zurückgegangen war, erhielt der Freisinn nahezu 3600 Stimmen mehr als 1903; der Verlust der Konservativen betrug etwa 2200.[1]) —

Abgeordnete für Berlin waren also Kaempff(F), Fischer(S), Heine(S). Singer (S), Schmidt (S) und Ledebour (S), und eine Verhältniswahl innerhalb Berlins hätte die Mandate bei der Zersplitterung der nichtsozialistischen Parteien nicht anders verteilen können. Ein einiges Bürgertum hätte allerdings auf ein zweites Berliner Mandat Anspruch gehabt. — Nach Singers Tod — der Trauerzug war eine nie erlebte sozialdemokratische Massendemonstration — trat am 10. April 1911 als Abgeordneter von B 4 Otto Büchner (S) in den Reichstag ein.[2])

Außer den in Tabelle 7a enthaltenen Teilergebnissen aus den großstädtischen Gemeinden der Wahlkreise P 6 und P 10, die sich auf fast 260 000 im Groß-Berliner Bereich wohnende Wahlberechtigte beziehen, sind aus 36 weiteren Vorortgemeinden Ergebnisse bekannt, welche die Verteilung von etwa 24 400 für die Hauptparteien abgegebenen Stimmen nachweisen.[3]) — Nimmt man die über 13 000 gültigen Stimmen aus Spandau hinzu, so steht die Abstimmung von rund 609 000 Groß-Berliner Wählern

---

[1]) Der Freisinn hätte also 1903 mindestens 1400 mehr Stimmen erhalten können!

[2]) An der Nachwahl beteiligten sich die bürgerlichen Parteien überhaupt nicht, so daß Büchner mit 69 872 sozialistischen gegen 1827 Zentrums- und 718 Polenstimmen gewählt wurde.

[3]) Aus dem „Teltower Kreisblatt" und dem „Vorwärts":

	S	R		S	R
Franz.-Buchholz	417	380	Kalkberge	326	386
Hermsdorf	369	406	Karow	29	103
N.-Schönhausen	1283	835	Kaulsdorf	143	137
Rosenthal	679	320	Mahlsdorf	315	240
Stralau	224	227	Malchow	28	107
Wittenau	832	334	Marzahn	47	108
Birkenwerder	212	266	Neuenhagen	215	246
Blankenburg	44	73	Petershagen	114	108
Blankenfelde	71	69	Plötzensee	22	193
Buch	136	176	Rüdersdorf	413	219
Erkner	350	394	Hohenschönhausen	453	291
Heiligensee	93	143	Schönholz	58	18
Heinersdorf	63	95	Waidmannslust	234	202
Hohen Neuendorf	159	257	Zepernick	98	131

zusammen S 7427, R 6464.

	S	F	K
Adlershof	1381	253	246
Britz	1149	170	470
Dahlem	47	118	183
Grunewald	190	209	444
Lankwitz	838	81	512
Mariendorf	1223	387	452
Schmargendorf	510	184	409
Johannisthal	429	54	182
zusammen	5767	1456	2898

zur Verfügung, von denen nur 366 000, d. h. 60 %, in den eigentlichen Berliner Wahlkreisen wohnten. In P 7 und P 10 bestanden wie in Berlin konservative, freisinnige und sozialistische Kandidaturen, in P 6 neben der sozialdemokratischen nur eine bürgerliche Einheitskandidatur (R). Um diese Niederbarnimer Stimmen mit den übrigen zusammenfassen zu können, habe ich sie, entsprechend dem Mittel zwischen 1903 und 1912, im Verhältnis 3 : 1 auf K und F aufgeteilt.

Das Wahlresultat von Groß-Berlin stellte sich dann in runden Zahlen wie folgt: S 392 500 = 64,4 %; F 131 200 = 21,5 %; K 85 200 = 14,1 %.

Ohne Spandau verschiebt sich das Verhältnis unwesentlich zugunsten der Linken: S 64,7 %; F 21,6 %; K 13,7 %,

während in Berlin allein von den für die drei Parteien abgegebenen Stimmen auf S 68,6 %, F 23,8 %, K 7,6 % entfallen waren.

1912

Eine weitere Steigerung der Wahlbeteiligung auf 80,8 % und die fortgesetzte Zunahme der Berechtigten auf nunmehr etwa 508 000 führten 28 500 Wähler mehr zur Abstimmung als 1907. Bethmann Hollwegs Kampfruf gegen die Sozialdemokratie verhallte in Berlin anscheinend ungehört, denn die Konservativen (einschließlich A) brachten 9000, die Linksliberalen sogar über 12 000 Mann weniger an die Wahlurne als bei der Vorwahl (— 34 bzw. — 14 %). So waren mit fast 54 000 Mehrstimmen (+ 21 %) die Sozialdemokraten die alleinigen Gewinner; sie hatten 60.5 (75,8) % der Berliner hinter sich.

In der Kandidatenliste[1]) bewirkte nur das Auftreten der Demokratischen Vereinigung in B 1 eine gewisse Änderung. Daß die seit Jahrzehnten anhaltende Verlagerung des Einwohnerschwergewichts ebenso Folge des ungleichmäßigen Zu- und Wegzuges von bzw. nach außerhalb wie des Wohnungswechsels innerhalb der Stadt war, kam nunmehr auch in der Wahlstatistik zum Ausdruck. Während ganz Berlin 14 500 Wahlberechtigte mehr aufwies als 1907, zeigten die Wahlkreise B 1 bis B 4 sämtlich einen Rückgang, B 6 dagegen einen Zuwachs von 24 841. B 5 einen solchen von 499 Berechtigten. — In B 5 hatten die Stimmen für alle Parteien zugenommen. In B 2, B 3, B 4 und B 6 gewann nur die Sozialdemokratie (in B 6 allein 43 000 Stimmen!). In B 1 verlor dagegen auch die Sozialdemokratie, z. T. wohl durch den Kandidaten der

[1]) Kandidaten 1912:

B 1	B 2	B 3
F Kaempff	K Mechelke	F Rosbach
S Düwell	F Mommsen	S Pfannkuch
D Barth	S Fischer	
B 4	**B 5**	**B 6**
F Cauer	F Rettig	K Huik
S Büchner	S Schmidt	F Gronewaldt
		S Ledebour

Demokratischen Vereinigung, auf den fast ein Viertel der linksliberalen Stimmen entfiel. Kaempff allein erhielt zwar noch 250 Stimmen mehr als Düwell, 1907 war er aber dem Sozialisten um 1000 Stimmen überlegen gewesen. — Nicht nur die Demokraten wünschten den Stichwahlsieg des Sozialdemokraten und gaben entsprechende Parole aus, auch die antisemitische „Staatsbürger-Zeitung" äußerte sich: „Schlimm, sehr schlimm, wenn er [der Wahlkreis B 1] dem Mammonisten Kaempff zufiele; weniger schlimm, aber immer noch schlimm genug, wenn er zum Düwell ginge!" — So ging es hart auf hart, und Kaempff behauptete den Wahlkreis mit nur 5588 gegen 5579 Stimmen, wobei durchaus mit der Möglichkeit zu rechnen ist, daß von den 124 ungültigen Stimmen die Mehrheit gegen den Fortschritt gerichtet sein sollte. — So blieb also die Vertretung der Reichshauptstadt im Deutschen Reichstage wieder in den Händen von einem Fortschrittler und fünf Sozialdemokraten: Kaempff, Fischer, Pfannkuch, Büchner, Schmidt und Ledebour. —

Die aus kleineren Vorortgemeinden bekannten Resultate[1]) umfassen zusammen mit den in Tabelle 7a nachgewiesenen Ergebnissen rund 350000 Stimmen, d. h. von der dreiviertel Million Groß-Berliner Stimmen stammten

---

[1]) Teilergebnisse, aus dem „Vorwärts" und dem „Teltower Kreisblatt" (F und D zusammengefaßt):

	K	F	S
Birkenwerder	113	122	252
Blankenburg	32	40	77
Blankenfelde	45	17	105
Buch	158	24	311
Dahlem	146	368	138
Erkner	118	293	462
Franz.-Buchholz	171	129	562
Frohnau	31	39	29
Grunewald	147	561	289
Heiligensee	81	19	193
Heinersdorf	67	33	69
Hermsdorf	211	301	694
Hohen Neuendorf	48	221	320
Hohenschönhausen	211	123	912
Johannisthal	137	118	688
Kalkberge	110	148	491
Karow	77	28	73
Kaulsdorf	70	135	402
Lankwitz	196	604	1 190
Mahlsdorf	114	209	753
Malchow	73	4	57
Marienfelde	119	112	344
Marzahn	54	31	44
Neuenhagen	90	112	298
Niederschönhausen	605	517	2 370
Nonnendamm	2	113	268
Petershagen	83	2	235
Plötzensee	138	2	34
Rosenthal	231	122	958

nur noch 53 % aus den sechs Wahlkreisen der Stadtgemeinde Berlin. Das Stärkeverhältnis der Parteien in Groß-Berlin zeigte einen ähnlichen Rückgang der nichtsozialistischen Stimmen wie das von Berlin allein. Es entfielen von den für die drei Parteigruppen abgegebenen Stimmen in

Groß-Berlin . . . . . auf	S 71,1 %	F 21,8 %	K 7,1 %
d. ohne Spandau . . . . . „	S 71,5 %	F 21,7 %	K 6,8 %
Berlin allein . . . . . „	S 76,6 %	F 18,8 %	K 4,6 %

Daß die Berliner Garnison (auch Kavallerie und Artillerie) am Wahltage wieder marschbereit in den Kasernen lag, war schon als selbstverständlich hingenommen und von der Presse fast kommentarlos gemeldet worden

2. Provinz Brandenburg

Zu einer kurzen Charakterisierung sind bei allen Provinzialwahlkreisen Angaben über etwa vorhandene Fideikommisse und über die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe vorhergeschickt. Bei der relativen Beständigkeit dieser Verhältnisse erschienen Angaben über ein Stichjahr (1895[1]) bzw. 1902) ausreichend.

Die Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land ist, da die Wahlstatistik hierauf erst seit 1898 eingeht, ebenfalls erst von 1898 an nachgewiesen, zum Vergleich sind noch Angaben hierüber für 1885 (teilweise auch für 1890 und 1895) gemacht. Letztere beziehen sich stets auf die ortsanwesende Bevölkerung, während von 1898 an die Zahlen der Wahlberechtigten zugrunde gelegt sind.

P 1

In der Westprignitz befanden sich 10—15 % der Gesamtfläche in Fideikommiß. In der Landwirtschaft waren nicht ganz 50 % der Bevölkerung tätig. Großbauern bewirtschafteten 51 % der Gesamtanbaufläche, weitere 28 % gehörten zu Großbetrieben, und auf 17 % saßen Mittelbauern.

Die wahlberechtigte Bevölkerung vermehrte sich infolge Wanderungsverlustes von 1871 (15 400) bis 1912 (20 500) nur um 33 %. Ihre Verteilung

	K	P	S
Rüdersdorf	105	23	575
Schmargendorf	70	730	755
Schönholz	0	15	72
Stralau	86	97	801
Waidmannslust	66	168	401
Wittenau	242	69	1 340
Woltersdorf	66	97	358
Zepernick	105	7	260
Zurammen	4418	5753	17 280

[1]) „Festschrift des Kgl. Preuß. Stat. Büros", Berlin 1905, — Fideikommisse nach dem Stand von Ende 1902, alle anderen Angaben auf das Jahr 1895.

auf die drei Ortsgrößenklassen verschob sich von (a) 58 : (b) 27 : (c; Wittenberge) 15 im Jahre 1885 auf 50 : 24 : 26 im Jahre 1912.

1871

Bei nur 37 % Wahlbeteiligung erhielt 1871 der Abgeordnete für den Norddeutschen Reichstag, der Oberpräsident der Mark G. W. v. Jagow (K) erneut das Mandat mit den Stimmen von 27½ % der Berechtigten (74 % St), während die übrigen 10 (26) % für den Nationalliberalen (in der Statistik F![1]) Oppermann stimmten.

1874

1874 führte die Aufstellung des nationalliberalen (in der Statistik F!) Landtagsabgeordneten Lehfeldt zu stärkerer Wahlbeteiligung (43 %), die ausschließlich diesem Kandidaten zugute kam. Die liberalen Stimmen wuchsen auf 17½ (40) %, die konservativen gingen auf 25½ (60) % zurück, genügten aber, um Jagows Mandat zu erneuern.

1877

Auch die Wahl im Jahre 1877 verlief zugunsten Jagows, obwohl die K-Stimmen weiter, auf 24 (54) %, zurückgegangen waren. Für seinen nationalliberalen Gegenkandidaten Dr. Otto Burg stimmten die übrigen an der Wahl teilnehmenden 20 (46) %. In Wittenberge entfielen[2]) fast 96 % (!) der Stimmen auf Burg.

1878

Die durch die Frage des Sozialistengesetzes etwas lebhaftere Propaganda brachte 1878 zum ersten Male mehr als die Hälfte der Berechtigten an die Wahlurne. Diesmal mußte sich Dr. Burg (NL) mit 17 (33) % begnügen, während sich der konservative Anteil auf 34 (67) % hob. So hatte G. W. v. Jagow das Mandat für die Westprignitz bis zu seinem Tode (2. Februar 1879) inne. Die Nachwahl am 21. März 1879 fiel zugunsten des Konservativen K. v. Jagow aus.

1881

Waren bisher Wahlkämpfe kaum bekannt gewesen, so änderte sich das Bild zur Wahl 1881 dadurch, daß jetzt die Fortschrittler um die liberalen Stimmen warben. Die rege Versammlungstätigkeit für den Fortschrittler Dr. Otto Hermes verursachte auch eine stärkere Aktivität der Konservativen für K. v. Jagow und führte zu einer Wahlbeteiligung von fast 65 %. Die K-Stimmen gingen erheblich zurück, die liberalen nahmen um mehr als 100 % zu. In Havelberg kandidierte als Freikonservativer der dortige Stadtälteste Wettich, der es zwar auf 6 % der Havelberger Stimmen brachte, für den weitere aber außerhalb der Stadt nicht abgegeben wurden. So erhielt Hermes das Mandat von 35,7 % der Wahlberechtigten (55 %

[1]) A. Phillips, „Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883".

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 9 vom 12. Januar 1877.

der Stimmen). Die meisten fortschrittlichen Stimmen (3914 von rund 5700) stammten aus den Städten, die aber untereinander doch ganz erhebliche Verschiedenheiten zeigten.[1])

1884

Nach Verständigung mit der Reichspartei stellten die Konservativen dann zur Wahl 1884 v. Saldern-Plattenburg auf,[2]) während Kandidat der Deutschfreisinnigen Fabrikant Tesmer-Wittenberge war. Bei unveränderter Wahlbeteiligung kehrte sich das Stimmverhältnis der beiden Parteien um: 26 (40) % stimmten freisinnig, 38 (60) % konservativ, so daß v. Saldern gewählt war. Besonders stark waren die linksliberalen Stimmen auf dem Lande zurückgegangen (von 1800 auf 1000), doch war die Machtverschiebung auch in den Städten[3]) sehr erheblich.

1887

1887 trat zu den beiden Bewerbern der Vorwahl noch Singer als Zählkandidat der Sozialdemokratie. Die Wahlbeteiligung stieg um 10 %, die restlos v. Saldern zugute kamen. Bei 49,8 (66) % konservativen Stimmen war v. Saldern wiedergewählt; für Singer hatten 0,5 (0,7) % gestimmt. Aus den Städten liegen nur Gesamtzahlen vor,[4]) wonach dort 1764 konservative und 2472 fortschrittliche Stimmen (= 42 : 58) abgegeben wurden.

1890

1890 übernahm Günther v. Jagow die konservative Kandidatur und wurde mit 36,4 (52,3) % gewählt. — In den Städten erhielt v. Jagow 1184 Stimmen, während 3125 auf Max Schulz (FVp) und 323 auf zwei sozialdemokratische Kandidaten (Koopmann und Hinze [?]) entfielen (25 : 70 : 5).[5])

1893

1893 war v. Podbielski konservativer Kandidat, dem die Freisinnige Volkspartei wieder Max Schulz, die Sozialdemokratie Koopmann entgegenstellte.

---

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 504 vom 28. Oktober 1881:

in	F	K	in	F	K
Wittenberge . . .	96	4	Havelberg . . .	78	16+6
Perleberg	92	8	Lenzen	66	34
Wilsnack	90	10	Putlitz	63	37

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 230 vom 1. Oktober 1884: Gemeinsamer Kandidat der Konservativen in der Westprignitz der Deutschkonservative v. Saldern, in der Ostprignitz der Freikonservative v. Graevenitz.

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 257 vom 1. November 1884 (Perleberg zeigte starke Abnahme der Beteiligung):

in	F : K	in	F : K
Wittenberge . . .	88 : 12	Havelberg . . .	64 : 36
Perleberg	64 : 36 (!)	Lenzen	71 : 29
Wilsnack	59 : 41 (!)	Putlitz	64 : 36

[4]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 45 vom 23. Februar 1887.

[5]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 280 vom 17. Juni 1893.

Auch die Freisinnige Vereinigung beteiligte sich mit einem eigenen Kandidaten, Kochhann. Mit ganz geringer Mehrheit wurde v. Podbielski gewählt, der das Mandat im Juli 1897 bei seiner Ernennung zum Staatssekretär zurückgab. Nachfolger wurde Max Schulz. — In der Hauptwahl hatte v. Podbielski in den Städten nur 1129 (21,4 %) erhalten, 1764 (33,4 %) waren auf die FVp, 855 (16,2 %) auf die FVgg und 1523 (28,8 %) auf die Sozialdemokratie entfallen.[1])

1898

1898 hatte Max Schulz sein Mandat zu verteidigen gegen Stubbendorff (R), Dr. Weyl (S) und Wohlfahrt (Dtsch-Soz. Refpt.). — Die fortschrittlichen Stimmen gingen zurück, z. T. durch den Rückgang der Wahlbeteiligung. Einen noch größeren Verlust hatten die Konservativen anscheinend durch den Antisemiten. Die Entscheidung fiel erst im zweiten Wahlgang und machte Stubbendorff zum Abgeordneten der Westprignitz für die zehnte Legislaturperiode. — In Wittenberge[2]) war der Freisinn stärkste Partei mit 34,3 (43,2)%. Ihm folgte die Sozialdemokratie mit 31,8 (40,1)%, d. h. mehr als dreimal so stark wie die Antisemiten, fast neunmal so stark wie die Konservativen. — Auch in den Orten der Gruppe b behaupteten Fortschritt und Sozialdemokratie mit 23,1 (37,3)% bzw. 14,3 (23,1)% die beiden ersten Plätze, doch folgten ihnen R und A mit geringerem Abstand (13,6 = 21,9 % St bzw. 10,9 = 17,7 % St). Hierbei nahm Havelberg[3]) noch durch das größere Übergewicht des Freisinns eine Mittelstellung ein.

1903

Für die Freisinnige Volkspartei kandidierte diesmal der Redakteur der „Berliner Volks-Zeitung"" Arthur Winckler, die anderen Parteien beließen es bei den Kandidaten der Vorwahl. Die Beteiligung hob sich wieder etwas (75%). Die Sozialdemokratie hatte mit 20,7 (27,8)% den Freisinn überflügelt, die antisemitischen Stimmen waren auf 6,0 (8,0)% zurückgegangen. Stubbendorffs 35,2 (47,2)% genügten wiederum nicht zur Erlangung des Mandats im ersten Wahlgang, so daß eine Stichwahl erforderlich wurde. Diese entschied für Stubbendorff (R). — Die beste Wahlbeteiligung (78%) zeigte wieder Wittenberge, wogegen in den kleineren Städten ein volles Drittel der Berechtigten Wahlenthaltung übte. In Wittenberge stimmten 47 (60)% sozialistisch, dafür ging der Freisinn hier auf 20 (26)% zurück. Auch in den kleinen Städten waren die S-Stimmen am zahlreichsten, doch war hier die R schon dem Freisinn überlegen. Auf dem flachen Lande schließlich gab mehr als die Hälfte der Berechtigten (54% = 70% St) Stimmzettel für Stubbendorff ab; die sozialistischen Stimmen nahmen zwar verhältnismäßig stark zu, erreichten doch aber nur 9 (12)%.

---

[1]) Ebendort. — In Havelberg („Kreuz-Zeitung" Nr. 278 vom 16. Juni): K 358 (40,5%); FVp 252 (28,5); FVgg 51 (5,8); S 224.

[2]) Tabelle 7.

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 278 vom 17. Juni 1898: R 187 (24,1%); F 325 (41,9); S 201 (25,9); A 63 (8,1).

1907

Fast 2000 Wähler mehr als bei der Vorwahl genügten diesmal ihrer Staatsbürgerpflicht; die Beteiligung stieg auf 83,6%. Sozialdemokraten und Freisinnige hatten in dem Rixdorfer Stadtverordneten E. Böske bzw. dem Gewerkschaftssekretär Elbel neue Kandidaten aufgestellt und erfuhren keine wesentliche Veränderung ihres Besitzstandes (S —2,6%; F +0,5%). Ebensosehr wohl durch den Fortfall der antisemitischen Kandidatur wie durch die gestiegene Wahlbeteiligung vereinigte Stubbendorff diesmal die absolute Majorität auf sich: 52,1 (62,5)%. — Diesen überlegenen Sieg verdankte die Reichspartei vor allem dem flachen Lande (Tabelle 7). Hier stieg nicht nur die Wahlbeteiligung verhältnismäßig am stärksten (auf 87%), sondern hier wurde auch die Sozialdemokratie auf den Stand von 1898 zurückgeworfen und der Freisinn weiter zurückgedrängt, so daß er ebenso schwach war wie diese. So stimmten auf dem flachen Lande in der Westprignitz 77 (88½)% konservativ, ein Prozentsatz, der nicht einmal im Kreise Guben-Lübben erreicht wurde, wo nur eine einzige bürgerliche Kandidatur bestand. Sehr stark war auch der konservative Stimmengewinn in den Kleinstädten, wo sich die Reichspartei mit 32 (42)% an die Spitze setzen konnte, obgleich auch die anderen beiden Parteien aus der stärkeren Wahlbeteiligung Vorteil zogen. In Wittenberge schließlich verzweieinhalbfachte sich der konservative Anteil, während der freisinnige sich um ein Fünftel hob. Stärkste Partei blieb hier zwar die Sozialdemokratie, doch ging ihr Anteil auf 43 (50,1) % zurück.

1912

Erneut wechselten Sozialdemokratie und Fortschritt die Kandidaten: Dr. med. Tubenthal wurde vom Fortschritt, Gewerkschaftsbeamter Siering von der Sozialdemokratie präsentiert. Bei etwas geringerer Wahlbeteiligung (82,9%) konnte die Sozialdemokratie nicht nur den bei der letzten Wahl erlittenen Verlust wettmachen, sondern ihren Anteil weit über den Stand von 1903 hinaus auf 24,7 (29,9)% erhöhen. Auch der Liberalismus zeigte einen — verhältnismäßig sehr viel stärkeren — Wiederaufstieg auf 21,5 (26,0) %. Die Reichspartei gab ihren gesamten Gewinn der Wahl von 1907 wieder her, und bei einem Anteil von 36,2 (43,9) % mußte Stubbendorff in einem zweiten Wahlgang gegen den Sozialdemokraten sein Mandat sichern.

Wie in der Vorwahl den Sieg, so verdankte Stubbendorff diesmal den Rückschlag hauptsächlich dem flachen Lande, wo die Wahlbeteiligung auf 83% zurückging, dabei aber gleichzeitig die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen wieder auf den Stand von 1903 stieg, die der linksliberalen den von 1898 erreichte. Allerdings hatte auch weder in Wittenberge noch in den Kleinstädten das konservative Rekordergebnis von 1907 Bestand. In den Kleinstädten riß die Sozialdemokratie wieder die Führung an sich, doch kam ihr der Fortschritt sehr nahe: 31 (38,8)% bzw. 30 (37,5)%. Wittenberge erbrachte 49 (58,3) sozialistische und nur 5 (6)% konservative Stimmen.

P 2

In der Ostprignitz blieb der Anteil der Fideikommisse unter 10%. In der Landwirtschaft war mehr als die Hälfte der Bevölkerung tätig. 50% der Anbaufläche befanden sich in großbäuerlichem Betrieb, weitere 27% in Großbetrieben über 200 ha, 16% im Besitz von Mittelbauern.

Der Wanderungsverlust war so stark, daß die Bevölkerungszahl zeitweilig zurückging. Von 1871 (14 800) bis 1912 (16 900) hob sich die Zahl der Wahlberechtigten daher nur um 12%, das ist die geringste Zunahme in den 20 Provinzkreisen.

Städte über 10 000 Einwohner hatte die Ostprignitz nicht; von der Bevölkerung wohnten 1912 wie 1885 rund drei Viertel auf dem flachen Lande.

1871

1871 stand dem bisherigen Abgeordneten v. Karstedt (K) nur der Nationalliberale Rasche gegenüber. Bei einer Wahlbeteiligung von 44% stimmten 20 (46)% liberal, so daß v. Karstedt im Besitz des Mandates verblieb.

1874

1874 bewarb sich der Reichsparteiler v. Graevenitz (Statistik K![1]) um die konservativen Stimmen, während Rasche wieder den Liberalismus vertrat. Diesmal stimmten 22 (45)% freikonservativ und 23 (47)% nationalliberal bei 4 (8)% zersplitterten und ungültigen Stimmen. So kam es zur Stichwahl, aus welcher Rasche als Abgeordneter der Ostprignitz hervorging.

1877

1877 kandidierte Rasche nicht wieder; statt seiner warb der Fortschrittler (in der Statistik NL![1]) Rumschöttel um die liberalen Stimmen. Die konservativen Wähler stimmten wieder für v. Graevenitz (R), der 34 (65)% auf sich vereinigen konnte, während nur 18 (34)% fortschrittlich gewählt hatten.

1878

1878 standen sich die gleichen Kandidaten gegenüber. Mit nur geringer Mehrheit[2]) fiel das Mandat wieder v. Graevenitz zu. Der Reichstag erklärte es am 16. März 1880 für ungültig, da v. G. zum Reichsgerichtsrat befördert worden war, doch wählte die Ostprignitz ihn am 25. Mai 1880 erneut zu ihrem Abgeordneten.

1881

1881 präsentierten beide Parteien neue Kandidaten: die Konservativen v. Kröcher, die Fortschrittler Langhoff. Die Wahlbeteiligung ging um 5 (auf 52)% zurück, und zwar ganz auf Kosten v. Kröchers, für den nur 23,5 (45)% stimmten. So wurde in der fünften Legislaturperiode die Ost-

[1]) A. Phillips.
[2]) K 28,8 (50,6) %; F 27,9 (49) %.

prignitz durch den Fortschrittler Langhoff vertreten. — In den vier Städten (Wittstock, Pritzwalk, Kyritz und Meyenburg) lauteten[1]) 86% der Stimmzettel auf Langhoff, auf dem flachen Lande nur 44%.

1884

1884 stellte sich, entsprechend den unter den konservativen Parteien getroffenen Abmachungen[2]), wieder v. Graevenitz zur Wahl, während Langhoff sein Mandat verteidigte. Trotz gestiegener Wahlbeteiligung ging der Anteil der liberalen Stimmen fast um ein Drittel gegen die Vorwahl zurück, so daß v. Graevenitz mit 37,4 (64,8) % gewählt war.

1887

1887 spielte sich der Wahlkampf unter den gleichen Gegnern ab. v. Graevenitz konnte (Kartell!) eine ganz gewaltige Steigerung der Wahlbeteiligung herbeiführen, die fast ausschließlich ihm zugute kam, so daß sein Mandat mit den Stimmen von über der Hälfte der Wahlberechtigten (51,5% = 70,8 % St) erneuert wurde.

1890

1890 stellten die Linksliberalen den Kreistagsabgeordneten Gustav Koch auf, während die Konservativen — v. Graevenitz starb Oktober 1890 — für den Landtagsabgeordneten Dr. Arendt stimmten. Die Wahlbeteiligung stieg weiter auf fast 80% und erbrachte eine starke Verschiebung. Während die konservativen Stimmen gegen die Vorwahl um ein Drittel zurückgingen, verdoppelte der Liberale seinen Anteil auf 42,2 (53,4)%, so daß Koch Abgeordneter der Ostprignitz für die achte Legislaturperiode wurde.[3])

1893

1893 einigten sich Konservative, Antisemiten und der Bund der Landwirte auf die Kandidatur v. Dallwitz, die Freisinnigen stimmten wieder für Koch, die Sozialdemokraten — welche sich bei der Vorwahl erstmalig, aber erfolglos, bemerkbar gemacht hatten — für den Tischler Behrendt. Trotz nachlassender Wahlbeteiligung konnte v. Dallwitz (wK) 40,4 (55)% auf sich vereinigen, während Koch sich mit 24,6 (33,5)% begnügen mußte. Sozialistisch stimmten 8,2 (11,2)%.

1898

1898 stimmten die Freisinnigen für Müller, die Sozialdemokraten für Sassenbach. Der weitere Rückgang der Wahlbeteiligung ging ausschließlich auf Kosten der Liberalen; die sozialistischen Stimmen erhöhten sich auf

---

[1]) A. Phillips.

[2]) Vgl. P 1, Anmerkung 2 auf Seite 80.

[3]) In welchem Maße bei dieser Wahl der Einfluß des Deutschen Bauernbundes mitgespielt hat, ist nicht zu ermitteln. Der Deutsche Bauernbund wurde am 15. März 1885 gegründet; er hatte Vorläufer in dem Christlich-sozialen Bauernverein der Prignitz, dem Templiner Bauernverein usw.; Mitgliederzahl 1891 etwa 35 000.

10,4 (15,1)%. v. Dallwitz blieb mit 40,1 (58,5)% Abgeordneter. — Ausschlaggebend für seine Wiederwahl war das flache Land (Tabelle 7), während in den Orten mit mehr als 2000 Einwohnern nur 16,9 (26,3)% konservativ stimmten, dagegen 23,8 (37)% freisinnig und 23,5 (36,7)% sozialistisch.

1903

1903 spielte sich der Wahlkampf erneut zwischen v. Dallwitz (wK), Müller (FVp) und Sassenbach (S) ab. Einer leichten Zunahme der sozialistischen Stimmen stand ein Rückgang der F-Stimmen auf 11,3 (16,3) % gegenüber, so daß v. Dallwitz mit einem auf 46,7 (67,6) % gestiegenen Anteil wiedergewählt war. — Die K-Mehrstimmen stammten größtenteils vom flachen Lande, wo auch der Verlust des Freisinns am stärksten war. Andererseits verdankten die Sozialdemokraten ihren minimalen Gewinn ausschließlich den Städten; auf dem flachen Lande änderte sich ihre Stellung nicht.

1907

1907 kandidierte für die Deutschkonservativen Dr. jur. v. Saldern (M. d. R. für F 3). Sein Hauptgegner war der Reichsparteiler Loescher, während die Sozialdemokratie Benno Maß, Berlin, und die Freisinnigen Prof. Dr. Boltzenthal aufstellten. Mittelständlerische und antisemitische Stimmen vereinigten sich auf Lehrer Holtz. Die Wahlbeteiligung stieg von 69,5 auf 83,8 % und zeitigte einen starken Rückgang der Linken bei einer entsprechenden Zunahme der Rechten. Besonders stark mitgenommen wurde der Freisinn, dem nur noch 3,8 (4,5) % folgten. Auf der Rechten ergab sich eine Überlegenheit des deutschkonservativen Bewerbers, die aber zur Erlangung des Mandats nicht ausreichte. In der Stichwahl verlor v. Dallwitz fast 650 Stimmen, während Loescher (R) über 4200 Stimmen mehr als am 25. Januar und damit das Mandat erhielt. —

Die Sozialdemokratie hatte auf dem Lande etwa 250 Stimmen verloren, sich in den Städten ziemlich behauptet. Der Rückgang des Freisinns war besonders stark auf dem flachen Lande, während in den Städten immerhin noch der halbe Anteil von 1903 erreicht wurden konnte. Es erscheint möglich, daß die dem Freisinn verlorengegangenen Stimmen größtenteils auf Holtz entfallen sind. Von den beiden konservativen Bewerbern erhielt auf dem flachen Lande der Deutschkonservative, in den Städten natürlich der Reichsparteiler, und zwar erheblich, mehr Stimmen.

1912

1912 erneuerte sich der Kampf zwischen der Reichspartei (Loescher) und den Deutschkonservativen (Lehmann, Bund der Landwirte). Die Sozialdemokraten stimmten für Hetzschold, die Linksliberalen verzichteten auf die Aufstellung eines Kandidaten und gaben, sofern sie sich nicht der Stimme enthielten, Zettel auf den Namen Träger ab. Durch den Fortfall der antisemitischen und der fortschrittlichen Kandidatur erfuhren trotz

dem Rückgang der Wahlbeteiligung und dem Wiederanwachsen der Sozialdemokratie auch die Stimmenzahlen der beiden konservativen Bewerber eine Zunahme. Die erneut nötig gewordene Stichwahl beließ dann Loescher das Mandat. —

Auf dem flachen Lande hatte die Sozialdemokratie ihren Verlust bei der Blockwahl noch nicht aufholen können; die Ostprignitz war derjenige Wahlkreis, wo sie mit einem Anteil von 5 (6) % auf dem Lande am wenigsten Einfluß gewonnen hatte.

P 3

Der Wahlkreis bestand aus den Kreisen Templin und Ruppin. In Templin, einem der am schwächsten besiedelten Kreise ganz Preußens, nahmen Fideikommisse fast 25 % der Gesamtfläche ein. Von der Anbaufläche wurden 45 % in Gütern über 200 ha, weitere 8 % in Gütern von 100 bis 200 ha bewirtschaftet; großbäuerliche Betriebe (20 bis 100 ha) nahmen 36½ % ein, auf knapp 9 % saßen Mittelbauern (5 bis 20 ha).

Im Kreise Ruppin blieb der Anteil der Fideikommisse unter 10 %. Hier herrschte der großbäuerliche Betrieb vor, der fast 47 % der Anbaufläche in Anspruch nahm, während erst an zweiter Stelle (mit 31 %) die Großbetriebe über 200 ha rangierten und weitere 5 % auf Güter von 100 bis 200 ha entfielen. Mittelbauern bewirtschafteten 15 % der Anbaufläche.

Die Bevölkerung, von der weniger als die Hälfte in der Landwirtschaft tätig war, nahm sehr gleichmäßig, infolge Wanderungsverluste aber doch nur langsam zu, so daß die Zahl der Wahlberechtigten 1912 nur um 28 % höher war als 1871 (24 400 gegen 31 100). Nur ein Achtel wohnte 1912 wie 1885 in einer Stadt über 10 000 Einwohner, Neuruppin. Die gesamte Bevölkerungszuwachs entfiel auf die Orte mit 2000 bis 10 000 Einwohnern, in denen 1885 etwa 15 %, 1912 aber 23 % der Wahlkreisbevölkerung wohnten, so daß das flache Land mit 72 (1885) bis 64 (1912) % stets das Übergewicht hatte.

Abgeordneter für den Wahlkreis Templin-Neuruppin wurde 1871 — wie schon im Norddeutschen Reichstage — Graf v. Arnim-Boitzenburg, der das Mandat dann bis kurz vor seinem Tode ununterbrochen innehatte. Die Wahlbeteiligung war nicht stark, da ernsthafte Gegenkandidaturen nicht bestanden.

1871 und 1874

1871 und 1874 hatten die Liberalen ihre Stimme für den Tischler Carl Waldow[1]) abgegeben, waren aber nur auf 3,65 (9,4) bzw. 8,12 (21) % gekommen. — 1871 verzeichnete die Statistik noch 1,16 (3) % Wähler für

[1]) Waldows Nominierung erfolgte wahrscheinlich aus Gewerkschaftskreisen; denn 1874 berichtete die „Vossische Zeitung" (Nr. 4 vom 6. Januar) ausdrücklich, daß er im Einverständnis mit dem „Sozialpolitischen Komitee" aufgestellt sei. Aus diesem Grunde führt die Statistik wohl auch die für W. abgegebenen Stimmen 1871 als sozialdemokratisch.

die Liberale Reichspartei; es dürfte sich um Stimmen gehandelt haben, die für den früheren Landtagsabgeordneten des Kreises, v. Arnim-Gerswalde (vielleicht infolge Verwechslung), abgegeben wurden.

1877

1877 übernahm dieser dann die offizielle NL-Kandidatur, die auch von den Fortschrittlern unterstützt wurde, aber nur einen geringen Stimmenzuwachs brachte: 10,8 (16,4) %.

1878

1878 — die „Vossische Zeitung“ [1]) hatte von der großen Mutlosigkeit der Liberalen und der Rührigkeit der Konservativen (Amtsvorsteher, Schulzen!) gesprochen — konnte dann der neue NL-Kandidat v. Rönne auch kein besseres Ergebnis erzielen: 11 % der Berechtigten stimmten NL, der Anteil an den abgegebenen Stimmen sank durch die auf 43 % gestiegene Wahlbeteiligung sogar etwas —, Neuruppin [2]) stimmte zu 64 % liberal.

1881

1881 bewirkte dann die Aufstellung v. Sauckens eine fast 50prozentige Zunahme der liberalen auf Kosten der konservativen Stimmen, ohne allerdings v. Arnims Wiederwahl irgendwie zu gefährden.

1884

Daß nicht auf die Persönlichkeit v. Arnims allein der Ausfall der bisherigen Wahlen zurückzuführen war, zeigte dann die Wahl 1884, bei der statt seiner v. Saldern-Ahlimb kandidierte. Zum ersten Male wurden 1884 auch Stimmen für die Sozialdemokratie (Bebel) abgegeben. Konservativ stimmten fast 32 (62) %, fortschrittlich 19 (37) %. — In Rheinsberg [3]) überwogen die konservativen, in den übrigen Städten, wie üblich, die liberalen Stimmen.

1887

1887 zeigte auch dieser Wahlkreis eine beträchtliche Steigerung der Wahlbeteiligung (auf über 72 %). Den Gewinn hatten ausschließlich die Konservativen, und v. Saldern wurde mit 50,2 (69,5) % wiedergewählt. Die Sozialdemokraten hatten für den Tischler Mitan gestimmt, die Fortschrittler für Bernhard Bohm.

---

[1]) „Vossische Zeitung“ Nr. 170 vom 23. Juli 1878.

[2]) „Vossische Zeitung“ Nr. 177 vom 31. Juli 1878.

[3]) „Vossische Zeitung“ Nr. 508 vom 29. Oktober 1884: Abgegebene gültige Stimmen:

	F	K	S		F %	K %	S %
Neuruppin	1125	317	28		77	22	2
Zehdenick	308	184	—		63	37	—
Templin	239	149	—		62	38	—
Altruppin	90	63	—		59	41	—
Rheinsberg	40	112	—		26	74	—
zusammen	1802	825	28	Durchschnitt	68	31	1

1890

1890 bekämpften sich Bohm und v. Saldern erneut. Kandidat der Sozialisten war Apelt; daneben bewarb sich noch Cunow („Schifferpartei", zwischen K und L stehend) um das Mandat. Die konservativen Stimmen gingen erheblich zurück, genügten aber noch, um v. Salderns Mandat zu erneuern. — Während die Stimmen für Cunow wohl den Konservativen verlorengegangen waren, dürfte der Zuwachs der Freisinnigen auf Mobilisierung der Wähler zurückzuführen sein, deren Anteil trotzdem noch etwas stieg, weil aus dem konservativen Lager viele der Urne fernblieben.

1893

1893 übernahm Lamprecht die konservative Kandidatur (v. Saldern starb am 22. Dezember 1893); Freisinn und Sozialisten blieben bei Bohm bzw. Apelt. Da die Stimmen sowohl der Konservativen wie auch des Freisinns zurückgingen, während die Sozialdemokratie (gegen 1,57 % der Vorwahl) auf 10,8 (15,9) % kam, war zum ersten Male eine Stichwahl in diesem Kreise erforderlich. Bohm (FVp) erhielt das Mandat und behielt es bis zu seinem Tode am 15. Mai 1896. Die Ersatzwahl übertrug dann dem Gutsbesitzer Lessing (FVp) das Mandat bis zum Schluß der Legislaturperiode.

1898

1898 stellte die Freisinnige Volkspartei Graebner auf, die Konservativen präsentierten Dietrich, während Apelt wieder sozialdemokratischer Kandidat war. Neu hinzu traten die Antisemiten (Schückert). — Die Beteiligung ging auf 64,7 % zurück und brachte dem Freisinn erheblichen Verlust. Schückert kam auf 4,1 (6,4) %, Apelt auf 14,3 (22,1) %, während für den Konservativen 30,9 (47,8) % stimmten. In der Stichwahl erhielt dann Dietrich das Mandat. — Am stärksten (71 %) hatten sich an der Hauptwahl die Neuruppiner beteiligt, am lässigsten (54 %) waren die Berechtigten der kleineren Städte gewesen. In Neuruppin war der Freisinn stärkste Partei, in den kleinen Städten und auf dem flachen Lande die Konservativen.

1903

1903 stellten Freisinn und Sozialdemokraten neue Kandidaten auf: Bauerngutsbesitzer Postel und Zigarrenfabrikant Kiesel (Berlin). Die Wahlbeteiligung hob sich wieder auf 72%. — Den Hauptvorteil davon hatten die Sozialdemokraten, die mit 22,3 (31,0) % den Freisinn weit hinter sich ließen. Kiesel kam dadurch in die Stichwahl gegen Dietrich, für den in der Hauptwahl 32,7 (45,5) % gestimmt hatten. —

Wie fünf Jahre zuvor hatte auch diesmal Neuruppin (mit 76 %) die stärkste Wahlbeteiligung. Hier stimmten je 29 (38) % freisinnig und sozialdemokratisch, auf dem flachen Lande nur 15 (20) bzw. 20 (27) %. Aus Lychen ist das Ergebnis bekannt[1]): 164 (43 %), F 94 (25 %), K 123 (32 %).

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 280 vom 18. Juni 1903.

Da in der ganzen Gruppe b das Stimmenverhältnis 44 : 26 : 30 war, müssen also in den übrigen Orten der Gruppe die Konservativen noch schwächer gewesen sein.

1907

1907 übernahm Max Schulz die freisinnige Kandidatur, während Dietrich sich wieder um die konservativen, Kiesel um die sozialistischen Stimmen bewarb. Trotz steigender Beteiligung (81,4 %) gingen die Anteile der Linken leicht zurück, so daß Dietrich mit 43,6 (53,7) % im Besitz des Mandats verblieb. —

Auf dem flachen Lande wohnten zwei Drittel der Berechtigten, von denen 52 (63) % konservativ stimmten. In den Kleinstädten behaupteten die Sozialdemokraten ihre Position, der Freisinn zog am meisten Nutzen aus der größeren Beteiligung und erreichte die gleiche Stärke wie die Konservativen. In Neuruppin dagegen verzeichnete nur Dietrich einen Gewinn; der Freisinn behauptete sich mit 29 (35)% als stärkste Partei, während die Sozialdemokratie leicht zurückging.

1912

Während Justizrat Dietrich Kandidat der Rechten blieb, stellte die Sozialdemokratie Emil Böske (Stadtverordneter, Berlin), der Fortschritt Gotthold Lessing auf, welcher 1896 bis 1898 Inhaber des Mandats gewesen war. Das Ergebnis war bei etwas geringerer Beteiligung eine Steigerung der fortschrittlichen und sozialistischen sowie ein ziemlich beträchtlicher Rückgang der konservativen Stimmen. Böske gelangte in Stichwahl gegen Dietrich, unterlag aber. In Neuruppin hatte die Sozialdemokratie ihren Stand von 1903 wiedererreicht. Dietrichs Anteil war auf 15 (19) %, die Hälfte der sozialistischen Stimmen, zurückgefallen, während der Fortschritt seinen Vorsprung vergrößern konnte. In den Städten der Gruppe b behauptete dagegen die Sozialdemokratie mit stark erhöhtem Anteil die Führung. Der Fortschritt zeigte einen kleinen relativen Rückgang, während auf Dietrich nur zwei Drittel des 1907 erreichten Anteils entfielen. Auch auf dem flachen Lande gingen die konservativen Stimmen stärker zurück als die Wahlbeteiligung, nämlich von 52 (63) % auf 44 (55) %.

P 4

Zum vierten Wahlkreise der Provinz Brandenburg waren die Kreise Prenzlau und Angermünde zusammengefaßt; Fideikommisse in beiden Kreisen etwa 15 bis 20 %.

Die vorwiegende Wirtschaftsform war in Prenzlau der Großbetrieb; 60 % der Anbaufläche entfielen auf Güter über 200 ha, weitere 6½ % auf solche von 100 bis 200 ha. Großbauern (20 bis 100 ha) folgten mit 29½ %, während Mittelbauern nur etwas über 3 % der gesamten Anbaufläche bewirtschafteten.

Auch im Kreise Angermünde führte der Großbetrieb (über 200 ha) mit fast 51 % der Anbaufläche, wozu noch nahezu 3 % Güter von 100 bis

200 ha traten. Großbäuerliche Betriebe beanspruchten weitere 29 %, so daß noch 15 % auf mittelgroße und über 2 % auf kleine bäuerliche Wirtschaften entfielen.

Beide Kreise hatten mehr als 5 % Wanderungsverlust, der in Prenzlau zeitweilig eine Bevölkerungsabnahme bewirkte. In der Landwirtschaft waren weniger als 50 % tätig. —

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug 1871 23 500, bei der letzten Wahl 28 100, d. h. 19 % mehr. Auf dem flachen Lande wohnten 1898 61 % der Wahlberechtigten, 1912 60 %. 1898 hatte Schwedt noch über 10 000 Einwohner, so daß auf die Gruppe c (Prenzlau und Schwedt) 22 % der Wahlberechtigten entfielen (auf b also 17 %), während 1912 nur noch Prenzlau zur Gruppe c zählte, deren Anteil dadurch auf 16 % zurückgegangen war. während auf b nun 24 % entfielen.

Der Wahlkreis P 4 war im Norddeutschen Reichstag durch den früheren Prenzlauer Landrat, Bismarcks Schwager, v. Arnim-Kröchlendorf, vertreten worden, der auch

1871

Kandidat der Freikonservativen war. Ihm standen der altliberale (in der Statistik F![1]) Kreisgerichtsdirektor Pauli und der ultrakonservative Landtagsabgeordnete Ritterschaftsdirektor v. Wedell-Malchow gegenüber. Für diesen stimmten bei 37 % Wahlbeteiligung 22.6 (62) %, für v. Arnim 6½ (18) % und für Pauli 7,3 (20) %, so daß v. Wedell-Malchow (K) gewählt war.

1874

1874 schienen die beiden konservativen Gegner unter sich zu bleiben. doch entschlossen sich die Linksliberalen in letzter Stunde[2]). Stimmzettel mit dem Namen Langerhans abzugeben. Ihre Zahl war aber so gering, daß sie in der Statistik als zersplitterte fungieren. v. Wedells Anteil ging auf 15,7 (43) % zurück, so daß v. Arnim-Kröchlendorf mit 18.7 (52) % zum Abgeordneten gewählt war.

1877

1877 wiederholte sich der Kampf der beiden Konservativen; die Liberalen verzichteten auf eine Kandidatur. Einige Sozialdemokraten gaben Zählstimmen für Hasenclever ab. Diesmal errang wieder v. Wedell-Malchow das Mandat, das er nunmehr bis zu seinem Tode (11. Juni 1890) innehatte. Für v. Wedell hatten 20,2 (58) %, für v. Arnim 13,9 (40) % und sozialistisch 0,35 (1) % gestimmt.

1878

1878 standen v. Wedell wieder v. Arnim (K) und Hasenclever (S) gegenüber; dazu kamen als NL-Zählkandidat v. Forckenbeck sowie von der Sezession Zimmer (F), ferner ein Zählkandidat des Zentrums. v. Wedell

[1]) Phillips.
[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 7 vom 9. Januar 1874.

siegte mit 31,8 (71) %. — In Schwedt[1]) entfielen von den abgegebenen gültigen Stimmen 39 % auf K, 30 % auf F, 19 % auf NL, 9 % auf S und 2 % auf Z.

1881

1881 war der Zersplitterung auf konservativer und liberaler Seite ein Ende gesetzt. v. Wedell hatte mit nur einem ernsthaften Gegner, dem Amtsrichter Eichhorn (LibVgg) zu tun; die sozialistische Zählkandidatur Hasenclevers kann außer Betracht bleiben. Diesmal stieg die Wahlbeteiligung sehr erheblich (auf über 55 %); die K-Stimmen zeigten trotzdem eine geringe Abnahme auf 30 (54) %, während die Liberalen 24½ (44) % erreichten. — In den Städten[2]) verhielten sich die konservativen Stimmen zu den liberalen wie 21 : 79, im Landkreis Angermünde wie 69 : 31, im Landkreis Prenzlau wie 87 : 13.

1884

1884 stellte sich wieder, wie 1878, v. Forckenbeck, diesmal als F, zur Wahl. Die Beteiligung ging auf 43 % zurück, und zwar ausschließlich auf Kosten der Liberalen, die nur 9,9 (23½) % erreichten, während der Anteil v. Wedells auf 32,4 (75½) % stieg. Für Hasenclever wurden nur 60 Stimmen abgegeben: 0,25 (0,58) %. — Aus Oderberg[3]) ist das Ergebnis bekannt: K 63 (39) %, F 94 (58) %; S 5 (3 %).

1887

1887 stieg die Wahlbeteiligung auf 62 %. Der Anteil Forckenbecks ging durch die Aufstellung eines zweiten linskliberalen Kandidaten etwas zurück, die Stimmen der Sozialdemokraten nahmen zu. Die Wiederwahl v. Wedells erfolgte mit 49,8 (80,3) %.

1890

1890 vervierfachten sich die S-Stimmen (Grillenberger) auf 6,9 (11,1) %, auch Forckenbecks Anteil wuchs auf 13,6 (22) %. Bei fast gleich stark gebliebener Wahlbeteiligung betrug der Anteil der für v. Wedell abgegebenen Stimmen diesmal 40,7 (66,1) %. — In Prenzlau[4]) erhielten die Konservativen 38,9 %, der Freisinn 37,4 und die Sozialdemokratie 23,7 % der abgegebenen Stimmen. — Durch den Tod v. Wedells (11. Juni 1890) wurde eine Nachwahl erforderlich, durch die Landrat v. Winterfeld-Menkin Abgeordneter des Kreises wurde.

1893

1893 stellten sich ihm der Antisemit Dr. Foerster, der Freisinnige Knörcke und der Sozialist Thierbach entgegen. Die steigende Wahlbeteiligung kam

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 177 vom 1. August 1878.
[2]) Phillips.
[3]) „Vossische Zeitung" Nr. 508 vom 29. Oktober 1884.
[4]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 88 vom 21. Februar 1890: K 482, F 463, S 293.

z. T. den Konservativen zugute. Sie führte im übrigen zur Zerschlagung des Freisinns und brachte die Sozialdemokraten an dessen bisherigen zweiten Platz. Die für v. Winterfeld stimmende Mehrheit betrug 43,6 (64,6) %.

1898

1898 präsentierten die Freisinnigen Pachnicke[1]), während die Sozialdemokraten an der Kandidatur Thierbachs festhielten. Die Antisemiten waren diesmal durch Boeckler von der Deutsch-Sozialen Reformpartei vertreten. — Der Liberalismus ging erneut halbiert aus der Wahl und war nun mit 2,8 (4,3) % schwächste Partei. Die Zahl der antisemitischen Stimmen hatte sich nahezu verdoppelt, während die Sozialisten nur geringen Zuwachs zu verzeichnen hatten. Für v. Winterfeld stimmten 39,4 (60,3) %. — Auf dem flachen Lande[2]) stimmten mehr als die Hälfte der Berechtigten, 75 % der an der Wahl Teilnehmenden, konservativ, in den größeren Gemeinden nur noch 35 % der Wähler, in Schwedt knapp 34 %, in Prenzlau 29 %. Stärkste Partei in Gruppe b und c war die Sozialdemokratie, auf die in b wie auch in Schwedt 46 % der abgegebenen Stimmen entfielen, in Prenzlau 34 %.

1903

1903 stellte der Freisinn keinen Kandidaten auf; die Zählstimmen wurden für den Kandidaten des Nachbarkreises, Postel, abgegeben. Die Sozialdemokratie stimmte für Wels. Die Partei nahm weiter zu, ohne jedoch das Mandat Winterfelds irgendwie gefährden zu können. Er blieb mit 44,8 (66,4) % Abgeordneter auch für die elfte Legislaturperiode. — Auch bei dieser Wahl war die Beteiligung auf dem flachen Lande am stärksten, in Prenzlau am schwächsten. Schwedt gehörte infolge eines leichten Bevölkerungsrückganges nicht mehr zur Gruppe c, wodurch die besondere Stärke der Sozialdemokratie in Gruppe b zu erklären ist.

1907

1907 übernahm der vierundachtigjährige v. Winterfeld, der seit 1903 Alterspräsident des Reichstages war, erneut die konservative Kandidatur. Die Sozialdemokraten stimmten wieder für Wels, der Freisinn setzte sich stark für seinen neuen Kandidaten, den Malermeister Steinweg, ein. So erzielte er denn auch einen beachtlichen Erfolg, denn mit 13,6 (17,5) % überschritten die linksliberalen Stimmen den Stand von 1890. Die Sozialdemokratie ging zurück, und so konnte denn auch v. Winterfeld aus der auf 78,1 % gestiegenen Wahlbeteiligung profitieren und mit den Stimmen von 48,7 (62,6) % erneut das Mandat übernehmen. — Durch seinen Tod wurde eine Ersatzwahl nötig, die im April 1908 (mit fast gleichem Stimmenverhältnis) seinem Sohn Joachim das Mandat übertrug.

---

[1]) für den das Kreisblatt keine Anzeige aufnahm („Kreuz-Zeitung" Nr. 258 vom 6. Juni 1898).

[2]) Tabelle 7 und 7 a.

In der Hauptwahl war das flache Land ausschlaggebend gewesen, wo 60 % der Bevölkerung wohnten. Hier war die Beteiligung am besten (80 %); zwei Drittel der Berechtigten stimmten konservativ. In den Städten erfuhren dagegen die Rechtsstimmen eine Abnahme, die zweifellos auf die selbständige und lebhaft propagierte Freisinnskandidatur zurückzuführen war. In Prenzlau hob sich der liberale Anteil gegen 1903 von 7 (12) auf 27 (39) %, in den Kleinstädten von 6 (9) auf 21 (28) %, aber relativ zeigte auch das flache Land eine gleich gute Besserung. Für die Sozialdemokratie schließlich war der Stimmenverlust auf dem flachen Lande ausschlaggebend, ihr Anteil ging hier von 11 (15) auf 7 (9) % zurück; nur in den Kleinstädten hatte sie noch einen gewissen Vorsprung vor den anderen Parteien.

1912

1912 wurde Wels — mit Erfolg — in Luckau-Kalau aufgestellt; im Kreise P 4 übernahm Hackelbusch die sozialistische Kandidatur. Steinweg führte wieder die Sache des Liberalismus und konnte mit 21,5 (26,3) % die Sozialdemokratie von der zweiten Stelle verdrängen. Diese hatte an Stimmenzahl zwar zugenommen, den Anteil vor den Blockwahlen aber noch nicht zurückgewonnen. Die konservativen Stimmen fielen auf 41,5 (50,8) %, genügten also gerade noch, um die Wiederwahl v. Winterfelds zu sichern.

Die Sozialdemokratie hatte auf dem Lande und in den Kleinstädten ihre Stimmenzahl von 1913 noch nicht wiedererreichen können, nur in Prenzlau war ihr Anhang stark gewachsen. Durch die besonders in Prenzlau viel regere Wahlbeteiligung konnte sie aber trotzdem hier dem Fortschritt die Führung nicht entreißen; auf dem Lande wurde sie von ihm sogar auf die letzte Stelle verwiesen. Der Fortschritt baute seine Stellung weiter aus und konnte besonders auf dem Lande mit seinem Erfolge zufrieden sein.

P 5

Der Oberbarnim hatte nur geringen Fideikommiß: unter 10% der Gesamtfläche. Die Besitzverhältnisse zeigten ein Überwiegen der Großbetriebe, von denen die Güter über 200 ha 47,3 %, diejenigen von 100 bis 200 ha 3,2 % der Gesamtanbaufläche beanspruchten. Im Besitz von großbäuerlichen Wirtschaften von 20 bis 100 ha befanden sich weitere 35,8 %, und als Mittelbesitz (5 bis 20 ha) waren 12,7 % ausgewiesen.

Der Kreis zeigte infolge Wanderungsgewinns (etwa 5 %) eine stärkere Zunahme der Bevölkerung, von der weniger als ein Drittel in der Landwirtschaft tätig war. 1871 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 14 500; das war die kleinste in der Mark. 1912 hatte sie sich auf 24 400 gehoben, was einer Zunahme von 68 % entspricht. Die Verteilung auf Stadt und Land verschob sich von (1885) 35 (a) : 29 (b) : 16 (c; Eberswalde) auf (1912) 42 : 33 : 25.

1871

1871 stimmten die Liberalen für den Grafen v. Hacke (NL), die Konservativen für den bisherigen Abgeordneten, Freiherrn v. Eckardstein (R). Dieser wurde mit den Stimmen von 23,2 (54) % wiedergewählt, während auf Graf v. Hacke 19,1 (44) % entfielen.

1874

1874 trat an die Stelle Eckardsteins der Landrat des Kreises, Felix v. Bethmann Hollweg (R; in Statistik K![1]), während die Liberalen bei der letztmaligen Kandidatur verblieben. Diesmal gelang es Graf v. Hacke, das Mandat mit den Stimmen von 29,7 (64) % an sich zu bringen; die konservativen Stimmen waren auf 16,3 (35) % zurückgegangen.

1877

1877 spalteten sich die Liberalen. Noch Anfang Dezember 1876[2]) wurde die Wiederwahl v. Hackes als gesichert betrachtet; Ende des Monats aber beschlossen die Fortschrittler die Aufstellung eines eigenen Kandidaten, als welcher — nachdem Klotz abgelehnt hatte — der Berliner Stadtrat Romstädt benannt wurde.[3]) Die konservativen Stimmen erhielt wieder v. Bethmann Hollweg, der mit 27,1 (51) % als Abgeordneter aus der Wahl hervorging. Fortschrittler und Nationalliberale erwiesen sich als ungefähr gleich stark: F 13,2 (25) %; NL 12,3 (23) %. — In Freienwalde[4]) entfielen 414 Stimmen (68 %) auf v. Bethmann Hollweg; 171 (28 %) auf Graf v. Hacke und nur 23 (4 %) auf den Fortschrittler Romstädt.

1878

1878 verzichtete Graf v. Hacke auf erneute Aufstellung, worauf die Liberalen sich auf die Kandidatur des Sezessionisten Amtsgerichtsrat Schröter aus Eberswalde einigten. Dadurch wurde wieder ein Anteil von 29,8 (49) % erreicht, der 1874 zur Erlangung des Mandats genügt hatte. v. Bethmann Hollweg kam aber die auf über 60 % gestiegene Wahlbeteiligung zugute, so daß er das Mandat — wenn auch nur mit geringer Mehrheit — behielt.

1881

1881 standen sich dieselben Kandidaten gegenüber. Der lebhafte Wahlkampf steigerte die Beteiligung auf über 69 %, wovon 42,2 (61) % für den Sezessionisten stimmten, während der Anteil der Konservativen auf 26,8

---

[1]) Phillips.

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 290 vom 10. Dezember 1876.

[3]) „Vossische Zeitung" Nr. 304 vom 28. Dezember 1876 und Nr. 306 vom 30. Dezember 1876.

[4]) „Vossische Zeitung" Nr. 8 vom 12. Januar 1877.

(39) % zurückging. Abgeordneter für den Kreis Oberbarnim war somit Amtsgerichtsrat Schröter. — In den Städten entfielen fast vier Fünftel der abgegebenen Stimmen auf Schröter, auf dem flachen Lande also immerhin noch 48 %.[1])

1884

1884 übernahm wieder Graf v. Hacke die liberale Kandidatur. Bei weiter gesteigerter Wahlbeteiligung zeigten die liberalen Stimmen einen Rückgang auf 37,9 (52½) %, während v. Bethmann Hollweg seinen Anteil auf 33,9 (47) % erhöhen konnte. Abgeordneter war somit Graf v. Hacke. — In Freienwalde[2]) stimmten, wie 1881, fast 66 % der an der Wahl Teilnehmenden liberal.

1887

1887 griffen die Konservativen wieder auf v. Eckardstein zurück, während die Liberalen für Dr. Althaus stimmten. Die Wahlbeteiligung stieg auf fast 82 %, von denen 43 (52 %) auf Frhrn. v. Eckardstein entfielen. In Eberswalde und Wriezen zeigte sich der Freisinn doppelt so stark wie die Konservativen, in den übrigen Städten war er ihm nur wenig überlegen.[3])

1890

1890 übernahm dann Theobald v. Bethmann Hollweg, der Studiengenosse des Kaisers und spätere Reichskanzler, die konservative Kandidatur. Ihm standen wieder Dr. Althaus (FVp) und Bruns (S) gegenüber. Bethmann Hollweg, der das Mandat mit der sehr knappen Mehrheit von 39,74 (50,05) % erhielt, mußte es schon drei Monate später niederlegen und sich erneut zur Wahl stellen. Diesmal kam es zu einer Stichwahl, in welcher Dr. Althaus (F) mit 7448 : 6236 Stimmen obsiegte.[4])

---

[1]) Phillips: F 3597 (79%); K 947 (21%).

„Vossische Zeitung" Nr. 503 vom 28. Oktober 1881 und Nr. 505 vom 29. Oktober 1881. Bei den Pressemeldungen ergeben sich fast immer Abweichungen durch Mitzählung ungültiger Stimmen oder Einrechnung von Vorwerken usw. in die Städte.

F: 3593 (78 %)	K: 1000 (22 %)	
und zwar 1196 (80 %)	299 (20 %)	in Eberswalde
946 (92 %)	87 (8 %)	in Wriezen
543 (66 %)	277 (34 %)	in Freienwalde
532 (73 %)	201 (27 %)	in Strausberg
203 (77 %)	60 (23 %)	in Biesenthal
und 173 (69 %)	76 (31 %)	in Werneuchen.

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 508 vom 29. Oktober 1884: L 562; R 293.

[3]) „Vossische Zeitung" Nr. 90 vom 23. Februar 1887:

	Eberswalde	Wriezen	Freienwalde	Biesenthal	Strausberg	Werneuchen
K	719 (33 %)	499 (37)	526 (44)	181 (46)	368 (48)	152 (53)
F	1462 (67 %)	837 (63)	579 (56)	209 (54)	394 (52)	132 (47)

[4]) „Anzeiger für das Havelland" Nr. 140 vom 19. Juni 1890.

1893

1893 stellte sich Dr. Althaus erneut zur Wahl. Ihm trat sein Eberswalder Kollege Pauli als freikonservativer Kandidat, unterstützt von Konservativen und Nationalliberalen, entgegen; von der Sozialdemokratie war wieder Bruns aufgestellt. Bei kaum veränderter Wahlbeteiligung gingen die linksliberalen Stimmen erheblich zurück und wurden nun sogar um ein geringes von den sozialistischen übertroffen. Aber auch für die Reichspartei ergab sich ein kleiner Verlust, so daß wieder ein zweiter Wahlgang erforderlich war. In diesem fiel das Mandat dann an Pauli (R), dessen Anteil bei der Hauptwahl 36,0 (44,7) % betragen hatte. — In Biesenthal[1]), wo 1884 noch 77 % und 1887 immerhin noch 54 % der gültigen Stimmen auf den Freisinn entfallen waren, stimmten diesmal nur noch 26 % für Dr. Althaus.

1898

Reichspartei und Sozialdemokratie blieben bei Pauli bzw. Bruns, die Freisinnige Volkspartei stellte Hopf auf. Bei zurückgehender Wahlbeteiligung konnten die Sozialdemokraten einen Gewinn von mehr als 800 Stimmen buchen, während der Anteil des Freisinns leicht, derjenige der Reichspartei stark zurückging. Trotzdem errang Pauli, für den am 16. Juni nur 28,4 (38,2) % gestimmt hatten, in der Stichwahl das Mandat wieder. — In Eberswalde, das sich zu 79 % an der Wahl beteiligt hatte, war der Freisinn stärkste Partei, in den kleineren Städten — bei einer Beteiligung von nur 69 % — die Sozialdemokratie.

1903

1903 übernahm der Freienwalder Stadtrat Herrmuth die Kandidatur für die Freisinnige Volkspartei; Sozialdemokraten und Konservative stimmten wieder für Bruns bzw. Pauli. Die Stimmzettel für den Freisinnigen verringerten sich um weitere 7½ % der Berechtigten, die sozialistischen nahmen ebenso stark zu. Der Anteil Paulis schließlich vergrößerte sich entsprechend der gestiegenen Wahlbeteiligung um 3 % der Berechtigten, blieb mit 31,4 (40,4) % aber doch hinter Bruns zurück, der auf 33,1 (42,5) % gekommen war. In der Stichwahl gelang es dann allerdings dem Bürgertum, das Mandat für Pauli zu retten[2].) — Aus Tabelle 7 ergibt sich, daß diesmal in Eberswalde die Wahlbeteiligung sehr stark nachgelassen (73 %), auf dem Lande dagegen, besonders aber in den kleinen Städten, stark zugenommen hatte. Das Mehr an R-Stimmen kam ziemlich gleichmäßig aus dem ganzen Wahlkreise, der Gewinn der Sozialdemokratie aus Eberswalde und vom flachen Lande; in den kleinen Städten ging ihr Anteil sogar leicht zurück. Die Verluste des Freisinns waren — wohl im Zusammenhang mit der schlechten Wahlbeteiligung — in Eberswalde besonders schwer (fast 50 %), in den kleineren Städten relativ am geringsten, aber doch noch 33 %.

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 278 vom 16. Juni 1893.

[2]) Das Mandat wurde am 11. Mai 1905 für ungültig erklärt, doch entschied die Ersatzwahl am 21. Juli 1905 wieder für Pauli.

1907

Zwischen Pauli (R) und Bruns (S) spielte sich auch 1907 der Kampf um das Mandat ab, jedoch griff der Freisinn mit der Kandidatur Hubrich diesmal intensiver ein. So stieg die Wahlbeteiligung auf 84,8 % und erbrachte eine geringe Schwächung der Sozialdemokratie, aber gleichzeitig auch eine — sogar noch etwas stärkere — der Rechten; für den Freisinn stimmten 2400 Berechtigte mehr als 1903. Hatte auch mit 32,0 (37,8) % die Sozialdemokratie den ersten Platz behauptet, so mußte sie in der Stichwahl das Mandat doch wieder Pauli überlassen, für den im ersten Wahlgang nur 28,6 (33,8) % gestimmt hatten).[1]

Die Wahlbeteiligung war im ganzen Kreise gleichmäßig gewesen, hatte also in den Städten ganz erheblich zugenommen. Hier wuchsen denn auch die sozialistischen Stimmenzahlen, in den Kleinstädten sogar von 29 (38) auf 37 (44) %. Aber in noch stärkerem Maße zog der Freisinn aus der regeren Beteiligung Nutzen; am meisten verbreiterte sich sein Einfluß auf dem flachen Lande. Die Konservativen gingen dagegen überall zurück, am stärksten in den Kleinstädten: von 23 (30) auf 19 (22½) %.

1912

Kandidat der Rechten war Rechtsanwalt Bredereck (K), während Liberale und Sozialisten wie in der Vorwahl für Hubrich bzw. Bruns stimmten. Bruns konnte nicht nur den Verlust von 1907 wieder einholen, sondern darüber hinaus an Stimmen so gewinnen, daß sein Vorsprung gegenüber den bürgerlichen Kandidaten sich erheblich vergrößerte. Auch die Fortschrittsstimmen nahmen zu, während die Rechte auf ihren tiefsten Stand seit 1877 zurücksank. Bredereck war somit von der Stichwahl ausgeschlossen, durch die dann Hubrich das Mandat des Oberbarnim für die dreizehnte Legislaturperiode erhielt.

In Eberswalde hatte sich die Verschiebung zugunsten des Fortschritts am stärksten bemerkbar gemacht, während die neuen Stimmen für die Sozialdemokratie größtenteils aus den Kleinstädten und vom Lande kamen. Hier fielen die Rechtsstimmen (bei gleich gebliebener Beteiligung) gegen 1907 von 42 (50) auf 37 (44) %, in Eberswalde von 17 (20) auf 12 (14) %.

P 6

Sechster Wahlkreis im Regierungsbezirk Potsdam war der Niederbarnim; weniger als 5 % waren hier als Fideikommiß ausgewiesen. Von der Gesamtanbaufläche bewirtschafteten Großbauern (20 bis 100 ha) 48 %, Mittelbauern (5 bis 20 ha) 16 % und Kleinbauern (unter 5 ha) 2½ %, während Güter von 100 bis 200 ha 5 % und Großbetriebe über 200 ha 28½ % beanspruchten.

[1]) Stichwahlergebnis 1903: R 9450, S 8357; 1907: R 10538, S 7976.

Zeigte der Kreis von Anfang an schon eine lebhafte Bevölkerungszunahme durch die Nähe Berlins, so wurden seine Grenzgebiete später immer mehr in die wachsende Großstadt selbst hineingezogen. Besonders lebhaft wurde die Zuwanderung seit den neunziger Jahren. So wurden aus den 16 600 Wahlberechtigten des Jahres 1871 bis 1912 152 000, d. h. 818 % mehr; das Wahlrecht des einzelnen Bürgers hatte acht Neuntel seines Wertes eingebüßt! — Noch 1885 wohnte fast die Hälfte (48 %) auf dem flachen Lande, etwas weniger (42 %) in Orten mit 2000 bis 10 000 Einwohnern und nur ein Zehntel in einer großstädtischen Gemeinde. Dreizehn Jahre später hatte die Einwohnerzahl schon in fünf Berliner Vororten 10 000 überschritten, so daß in der Gruppe c sich 44 % aller Wahlberechtigten befanden. Der Anteil des flachen Landes war, obwohl seine Bewohnerzahl absolut gestiegen war, auf 31 % zurückgegangen; 25 % wohnten in Gemeinden der Größenklasse b. Wieder vierzehn Jahre später, 1912, hatte die Einwohnerzahl in weiteren fünf Berliner Vororten sowie in Oranienburg die Zehntausendgrenze überschritten. 70 % der Wahlberechtigten waren jetzt Großstädter, 18 % wohnten in Gemeinden mit 2000 bis 10 000 Einwohnern, der Anteil des flachen Landes war auf 12 % zurückgegangen.

1871

1871 kandidierten der nationalliberale Baron v. Rüxleben und der bisherige Abgeordnete v. Treskow (K). Liberal stimmten 14 (33) %, konservativ 28½ (66) %, so daß v. Treskow wiedergewählt war.

1874

1874 setzte die Wahlagitation wegen des Weihnachtsfestes sehr spät ein. Die Liberalen wollten ursprünglich den in der kurz vorher entschiedenen Landtagswahl durchgefallenen Nationalliberalen Dr. Otto Burg aufstellen[1]), stimmten dann aber erneut für Baron v. Rüxleben. Die Lassalleaner stellten Redakteur Grüwel auf, während die Konservativen für v. Saint-Paul-Illaire (R) stimmten. Bei auf 49 % gestiegener Wahlbeteiligung ging der Anteil der Konservativen zwar auf 27,7 (56) % zurück; absolut hatte sich ihre Stimmenzahl dagegen um fast 25 % erhöht. Inhaber des Mandats wurde also v. Saint-Paul-Illaire. Der Nationalliberale erreichte 10,4 (21) %; der Sozialdemokrat kam ihm ziemlich nahe: 10.1 (20½) %.

1877

1877 bewarb sich v. Saint-Paul-Illaire erneut um das Mandat; die Sozialdemokraten stellten Finn als Kandidaten auf und die Fortschrittler Dr. Mendel. Die Wahlbeteiligung stieg auf über 54 %, von denen 24,7 (45) % konservativ, 18,1 (33) % fortschrittlich und 11,4 (21) % sozialistisch stimmten. Da keine Partei die absolute Mehrheit erhalten hatte, entschied eine Stichwahl, aus der Dr. Mendel als Abgeordneter des Niederbarnim hervorging.

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 302 vom 25. Dezember 1873 und Nr. 6 sowie Nr. 7 vom 8. und 9. Januar 1874.

1878

1878 war Mendel Kandidat der vereinigten Liberalen, denen die Konservativen diesmal den Amtmann Jungk (R), die Sozialisten den Schuhmachermeister Arndt aus Bernau entgegenstellten. Außerdem bestand eine Zählkandidatur des Zentrums. Die Wahlbeteiligung hob sich weiter auf 61½ %, doch konnten nur die Fortschrittler ihren Anteil wesentlich erhöhen.[1]) Für den Sozialisten stimmten 10½ (17) %, konservativ 24,7 (40) % und fortschrittlich 25,9 (42) %, so daß erneut eine Stichwahl erforderlich war. Durch diese wurde Dr. Mendel auch für die vierte Legislaturperiode Abgeordneter des Niederbarnim.

1881

1881 traten wiederum Dr. Mendel (F) und Schuhmacher Arndt (S) vor die Wähler, während die vereinte Rechte Direktor Lohren aus Potsdam präsentierte. Die Wahlbeteiligung ging um 6 % zurück, wahrscheinlich infolge des Sozialistengesetzes; denn der Anteil der Sozialdemokratie zeigte eine entsprechende Abnahme. Der Fortschritt scheint dagegen Stimmen aus dem Rechtsliberalismus verloren und an den Reichsparteiler abgegeben zu haben. Er erreichte nur 22,2 (40) %, während für Lohren 29,7 (53) % stimmten, so daß diesem das Mandat zufiel. — In den Städten[2]) allerdings waren 60 % fortschrittliche und 15 % sozialistische Stimmen abgegeben worden; der konservative Wahlsieg war also von der ländlichen Bevölkerung errungen worden, die zu fast 68 % konservativ gestimmt hatte.

1884

Lohren übernahm erneut die R-Kandidatur, der Fortschritt stellte Knörcke (M. d. L. für Berlin 3) und die Sozialdemokratie v. Vollmar auf. Aus der steigenden Wahlbeteiligung zog Lohren nur geringen Nutzen, der Freisinn verlor 150 Stimmen und verringerte dadurch seinen Anteil auf 20,3 % der auf über 29 300 gestiegenen Zahl der Wahlberechtigten. Die Sozialdemokratie gewann dagegen 1950 Stimmen und schnellte damit auf 9,8 (16,3) %. — In Oranienburg waren die bürgerlichen Stimmen wenig verändert, die Zahl der sozialistischen betrug 114, d. h. etwa 15 %.[3]) — Lohren vertrat, gestützt auf 30,1 (49,95) %, den Niederbarnim auch im sechsten Reichstage.

---

[1]) obwohl sie Lokale zu Wahlversammlungen kaum hatten bekommen können. („Börsen-Courier" Nr. 350 vom 30. Juli 1878.)

[2]) Phillips:

Land	R 5955 (68%);	F 2749 (31%);	S 96 (1%);
Städte	R 2212 (25%);	F 3357 (60%);	S 839 (15%).

Einzelergebnisse aus „Vossische Zeitung" Nr. 503 und „Kreuz-Zeitung" Nr. 251, 1881:

Oranienburg	R 208 (32%);	F 446 (68%);	
Stralau	R 57 (52%);	F 53 (48%);	
Tegel	R 104 (42%);	F 131 (54%);	S 10 (4%).

[3]) Geschätzt nach Angaben in der „Kreuz-Zeitung" Nr. 45 vom 23. Februar 1887.

1887

Bei einer um mehr als 10 % gewachsenen Bevölkerung, die damit doppelt so groß war wie 1871, spielte sich der Wahlkampf wieder unter den drei Kandidaten der Vorwahl ab. Die Beteiligung stieg stark, doch nahm der Freisinn hieran nicht teil. So verringerte sich sein Anteil auf 18,9 (24,7) %. Für Lohren wurden über 4500 Stimmen mehr abgegeben als 1884 (+ 50 %), so daß sein Mandat mit der sicheren Mehrheit von 40,5 (52,9) % erneuert wurde. Auch die Sozialdemokratie hatte stark gewonnen und war dem Freisinn sehr nahe gerückt.[1])

1890

1890 übernahm auf Bebels Veranlassung an Stelle des zu reformistischen v. Vollmar Stadthagen die sozialdemokratische Kandidatur. Knörcke kandidierte mit Erfolg in Schwarzburg-Rudolstadt und überließ Hausburg die Sammlung der freisinnigen Stimmen. Neben Lohren, der sein Mandat verteidigte, bewarb sich endlich in diesem Kreise auch noch Direktor Cunow um die kleingewerblichen Stimmen.

Ein leichter Rückgang der Wahlbeteiligung dürfte die Folge des erneut starken Bevölkerungszuwachses gewesen sein. Mit 34,3 (45,5) % erwies sich die Sozialdemokratie als stärkste Partei. Sie hatte nicht nur den gesamten Zugang an Berechtigten seit der Vorwahl aufgenommen, sondern darüber hinaus noch 1500 Stimmen gewonnen. Der Freisinn war mit 4200 Stimmen und einem Anteil von 10,8 (14,4) % endgültig aus der Endentscheidung im Niederbarnim ausgeschaltet. — Lohren hatte fast 1900 Anhänger verloren und büßte dann in der Stichwahl auch das Mandat ein, das nunmehr bis zum Weltkriege Stadthagen (S) innehatte.[2])

1893

1893 war die Zahl der Wahlberechtigten erneut um 9000 gestiegen und damit fast dreimal so groß wie 1871. Von konservativer Seite wurde diesmal der stark antisemitische Oberlehrer Dr. Irmer aufgestellt, daneben von den ausgesprochenen Antisemiten noch Dr. Bachler. Der Freisinn präsentierte den schon 1890 vorgesehenen Redakteur Perls, die Sozialdemokratie blieb, wie erwähnt, bei Stadthagen (der inzwischen aus dem Anwaltstande ausgeschlossen worden war). — Die konservativen Stimmen (— 400) nahmen, wie die freisinnigen (— 500), trotz des Bevölkerungszuwachses ab, so daß sich ihr Anteil auf 23,1 (32,4) bzw. 7,8 (10,8) % verringerte; auf den Antisemiten entfielen 2750 Stimmen. Stadthagen fehlten zur Wiederwahl im ersten Wahlgang bei einem Anteil von 35,4 (49,6) % nur wenige

---

[1]) Einzelergebnisse laut „Kreuz-Zeitung" Nr. 45 vom 23. Februar 1887:
Oranienburg . . . . . R 338 (38%); F 424 (48%); S 116 (14%);
Sachsenhausen . . . . R 100 (35%); F 144 (51%); S 39 (14%).

[2]) Teilergebnisse, aus der „Kreuz-Zeitung" Nr. 88 vom 21. Februar 1890:
Erkner . . . . . R 159; F 170; S 58; Z 2;
Woltersdorf . . . . . R 157; F 58; S 61.

Stimmen. Die Stichwahl übertrug ihm dann das Mandat wieder. — Die aus Pankow und Weißensee vorliegenden Teilergebnisse[1]) lassen erkennen, wie sehr die Überlegenheit der Sozialisten auf der Abstimmung in den Berliner Vororten beruhte.

1898

1898 übernahm Plonz die Sammlung der freisinnigen Stimmen; für die Deutsch-Soziale Reformpartei kandidierte Werner. Neben Stadthagen (S), Dr. Irmer (K) und Dr. Stephan (Z) erschien noch Beutel als selbständiger Handwerkerkandidat. Bei fast 15 000 neuen Berechtigten und dem Fehlen besonderer Wahlparolen kann der Rückgang der Beteiligung auf 68,6 % nicht überraschen. Da als einzige die Sozialdemokratie ihren Anteil trotzdem erhöhte, errang mit 36,6 (54,6) % Stadthagen das Mandat im ersten Wahlgang. Absolut hatten allerdings auch die freisinnigen (+ 1100) und die konservativen (+ 2700) Stimmen zugenommen, während die Antisemiten praktisch verschwunden waren. In Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern lebten 44 % der im Niederbarnim Wahlberechtigten.[2]) Da diese sämtlich Vororte Berlins sind — eine große, aber leider nicht aussonderbare Zahl befindet sich noch in der Gruppe b —, liefert eine Eliminierung der Gruppe c ein besseres Bild der politischen Schichtung der eigentlichen Kreisbevölkerung.[3]) Die Wahlbeteiligung, die in den Berliner Vororten nur 64 % betrug, überschritt danach in den anderen Teilen des Kreises 69 %; der Freisinn war, allerdings nur durch seine Stärke in der Gruppe b, die ja auch in der Hauptsache Berliner Vororte enthielt, ebenso stark wie im Gesamtkreis. Den größten Anhang hatte aber natürlich der Konservative mit 32,6 (47,1) %, wenn ihm auch die Sozialdemokratie (z. T. ebenfalls durch die Vororte Berlins) mit 29,6 (42,7) % ziemlich nahe kam.

1903

1903 hatte sich das Schwergewicht der Bevölkerung dadurch weiter in die großstädtischen Vorortgemeinden Berlins verlagert, daß diese von dem Zuwachs von fast 23 000 neuen Wahlberechtigten über 12 500 aufnahmen und die Orte der Gruppe b weitere 9100. Der Niederbarnim hatte jetzt fünfmal soviel Wahlberechtigte wie 1871.

Als Kandidat der „Vereinigten nationalen Parteien" fungierte der Präsident des Deutschen Gastwirte-Verbandes Ringel (wK), eine antisemitische Kandidatur gab es diesmal nicht, Plonz war wieder Kandidat der Freisinnigen Volkspartei. — Bei einer Wahlbeteiligung von 75 % konnten

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 77 vom 16. Juni 1893:
Pankow . . . . . S 724; K 323; F 320; A 126;
Weißensee . . . . . S 2673; K 301; F ? A 297.

[2]) Tabelle 7 und 7 a; Berliner Vororte (Gruppe c) siehe Berlin.

[3]) Niederbarnim ohne die in Gruppe c nachgewiesenen Berliner Vororte Boxhagen-Rummelsburg, Lichtenberg, Pankow, Reinickendorf und Weißensee: Wahlbeteiligung 69,3%, davon S 29,6 (42,7); F 6,6 (9,5); K 32,6 (47,1); A 0,5 (0,7) %.

die Konservativen so viel neue Stimmen erlangen, daß sich trotz der größeren Bevölkerung ihr Anteil leicht auf 23,8 (32,1) % erhöhte. Der Freisinn büßte dagegen 800 Stimmen ein und sank damit auf 4,7 (6,3) %. Die Sozialdemokratie verstärkte mit über 15 000 neuen Stimmen ihren Anteil auf 44,8 (60,3) %. — Nach Abzug der (in Gruppe c nachgewiesenen) Vororte Berlins mit zusammen über 38 000 Wahlberechtigten[1]) verblieben für den Rest des Niederbarnims rund 47 600 stimmberechtigte Einwohner. Diese beteiligten sich — auf dem flachen Lande etwas eifriger als in den mittelgroßen Gemeinden — zu durchschnittlich 75,9 % an der Wahl und stimmten zu 37,5 (49,4) % sozialistisch, zu 34,3 (45,2) % konservativ. Der Freisinn hatte hier seit 1898 über 500 Stimmen verloren und besaß nur noch eine Gefolgschaft von 4,1 (5,4) %.

1907

Im Zeichen des Bülowblocks einigten sich die nichtsozialistischen Parteien („bürgerlicher Mischmasch") auf Bürgermeister Ziethen (in der Statistik R). Von einigen doktrinären Linksliberalen wurden allerdings Stimmzettel auf den Namen Gurlitt abgegeben. —

Von der auf 84,4 % gestiegenen Beteiligung hatte den meisten Vorteil aber trotzdem Stadthagen, der dann auch mit einer Mehrheit von 51,2 (61,4) % Abgeordneter des Niederbarnim blieb. —

Die wahlberechtigte Bevölkerung des Kreises hatte sich seit 1903 um mehr als 27 000 erhöht. Durch das Aufrücken vieler Gemeinden in die nächsthöhere Ortsgrößenklasse (Friedrichsfelde, Oberschöneweide und Tegel hatten nun auch mehr als 10 000 Einwohner) erschienen in der Statistik das flache Land um 1000, die größeren Landgemeinden und die Kleinstädte (Gruppe b) um 4500 Wahlberechtigte vermindert, während die Großstädte und großstädtischen Gemeinden 28 800 Berechtigte mehr zählten. Weitere 3700 waren also den Berliner Ortsteilen zugeflossen.[2])

Von den im ganzen Wahlkreis für R und S abgegebenen 83 500 Stimmen sind 65 600 aus Berliner Vororten stammende bei Berlin spezifiziert.[3]) Im übrigen Niederbarnim stimmten rund 7500 sozialistisch, 10 400 (58,1)% für Ziethen. In Oranienburg waren S und R gleich stark; in Gruppe b[4]) hatten die Sozialdemokraten ein erhebliches Übergewicht, das zu einem großen Teile aber auch aus nichtnachgewiesenen Vorortgemeinden Berlins hergerührt haben dürfte.

---

[1]) Einschließlich Niederschönhausen-Schönholz (Gruppe b), laut „Kreuz-Zeitung" Nr. 277 vom 17. Juni 1903.

[2]) Siehe Anmerkung 4 auf Seite 12.

[3]) Siehe Tabelle 7 a bzw. Anmerkung 3 auf Seite 75.

[4]) Teilergebnisse laut „Vorwärts" Nr. 12 vom 16. Januar 1912:

	Bernau	Altlandsberg	Liebenwalde
S	1196 (62,2%)	202 (38,3%)	97 (19,9%)
K	726	325	390

In Redakteur Erdmannsdörfer stellte nun der Fortschritt wieder einen eigenen Kandidaten auf; Ziethen und Stadthagen blieben. —

Die Wählerlisten enthielten rund 39 500 Stimmberechtigte mehr als bei der letzten Reichstagswahl, von denen über 29 000 den großstädtischen Gemeinden neu zugeflossen waren. Das flache Land hatte jetzt soviel Wahlberechtigte wie im Jahre 1871 der ganze Kreis, dieser wieder mehr als neunmal soviel wie bei der ersten Reichstagswahl. — Bei noch stärkerer Beteiligung (85,3 %) gingen die bürgerlichen Stimmen absolut etwas zurück. Durch die Bevölkerungszunahme und die Verzettelung auf zwei Kandidaten ergab sich hieraus eine ganz beträchtliche Verringerung des relativen Anteils, wenn auch die 13,2 (15,6) % konservativen Stimmen noch um ein Viertel mehr waren als die gesamten Wahlberechtigten des Niederbarnims im Jahre 1871, die 8,9 (10,6) % linksliberalen mehr, als hier jemals für einen Liberalen gestimmt hatten, doppelt soviel wie zur besten Zeit des Liberalismus. — Die Mehrheit für Stadthagen betrug nun 60,7 (72,0) %. —

Die über 92 000 sozialdemokratischen Stimmen kamen zu 80 % aus den bei Berlin nachgewiesenen Vororten[1]), wobei zweifellos noch weitere kleine Vorortgemeinden in dem für den Niederbarnim verbleibenden Rest enthalten waren. Da auch fast 85 % der linksliberalen und nur noch 65 % der konservativen Stimmen aus dem Berliner Bereich kamen, ergab sich für den Niederbarnim ohne Berliner Vororte ein Stärkeverhältnis, welches zwar für die Konservativen erheblich günstiger war, die absolute Majorität der Sozialdemokratie jedoch bestehen ließ. Es verhielten sich nämlich im Berlin-freien Niederbarnim: S : K : F wie 67,5 : 25,0 : 7,5, im Wahlkreis Potsdam 6 wie 73,3 : 15,9 : 10,8. —

Weitere Teilergebnisse sind aus Bernau, Altlandsberg und Liebenwalde bekannt und zeigen einen mit der Einwohnerzahl sinkenden sozialistischen Anteil von 69,1 bis 45,5 %.[2])

P 7

Der Wahlkreis bestand aus dem Kreise Osthavelland und den beiden Stadtkreisen Potsdam und Spandau. (Weniger als 2 % Fideikommiß.) Im Osthavelland befanden sich 49½ % der Anbaufläche in großbäuerlichem Besitz (20 bis 100 ha), fast 9 % wurden in mittleren (4 bis 20 ha) und 1,2 % in kleineren (unter 5 ha) bäuerlichen Betrieben bewirtschaftet. Güter von 100 bis 200 ha beanspruchten 4 %, Großbetriebe über 200 ha 36½ %

[1]) Siehe Tabelle 7 a bzw. Anmerkung 1 auf Seite 77.

[2]) Teilergebnisse laut „Vorwärts“ Nr. 12 vom 16. Januar 1912:

Bernau	S 1305;	K 272;	F 311;
Altlandsberg	S 327;	K 186;	F 125;
Liebenwalde	S 212;	K 135;	F 119.

der Anbaufläche. Das Osthavelland zeigte infolge Wanderungsverlustes nur geringe Zunahme der Bevölkerung, dagegen betrug der Wanderungsgewinn Potsdams bis zu 5 %, der Spandaus bis zu 10 %, so daß im Gesamtwahlkreis die Zahl der Berechtigten seit 1871 von 24 700 bis 1912 auf 50 900, d. h. um 106 %, steigen konnte. Noch von 1885 bis 1912 verdoppelte sich die Einwohnerzahl der beiden Großstädte, die Orte der Gruppe b verzeichneten sogar eine etwas stärkere Zunahme, während 1912 nur ein Drittel mehr Wahlberechtigte auf dem flachen Lande wohnten als 1885. Das Verhältnis von a : b : c verschob sich dadurch von 30 : 12 : 58 auf 22 : 14 : 64.

Im Norddeutschen Reichstag war der Kreis durch v. Luck (K) vertreten, dessen Mandat infolge seiner Ernennung zum Oberstaatsanwalt erloschen war und der nun

1871

erneut als konservativer Kandidat aufgestellt wurde. Ihm stellten die Liberalen den Spandauer Stadtverordnetenvorsteher Louis Emden entgegen. Nur 38 % der Berechtigten beteiligten sich an der Wahl, aus der Emden mit 20,7 (54½) % als Abgeordneter hervorging. Für v. Luck hatten 16 (42) % gestimmt.

1874

1874 erneuerten die Konservativen die Kandidatur v. Lucks. Die Liberalen nominierten den Nationalliberalen Wulfshein, und die Eisenacher stellten den Schuhmacher Metzner auf. Außerdem wurden noch Stimmen für einen Zählkandidaten des Zentrums sowie für Baumeister Laucken (F) abgegeben. Bei noch etwas schwächerer Wahlbeteiligung (35½ %) behaupteten die Liberalen ihre Position, die Konservativen gingen auf 11,2 (31½) % zurück, die Sozialisten kamen auf 1,8 (5) %. Abgeordneter für das Osthavelland war somit für die zweite Legislaturperiode Emanuel Wulfshein, für den 21,6 (61) % gestimmt hatten.

1877

1877 kandidierte für die Liberalen wieder Wulfshein, der sich wegen der Justizgesetze von der Nationalliberalen Partei getrennt hatte und beim Fortschritt hospitierte. Die Konservativen stellten Paul Persius (K, in der Statistik R[1]) auf, während die Sozialisten für den Schriftsteller Lossau stimmten. Aus der etwas stärkeren Wahlbeteiligung zogen die Konservativen und Sozialdemokraten Nutzen, doch genügten die liberalen Stimmen zur Erneuerung des Mandats für Wulfshein.[2]) — In Kremmen[3]) ent-

[1]) Persius gehörte der Konservativen Partei an, von 1872 bis 1876 allerdings der neukonservativen Fraktion im Landtag.

[2]) 20,95 (51)%.

[3]) „Vossische Zeitung" Nr. 9 vom 12. Januar 1877: K 54; F 127: S 4.

fielen 69 % der Stimmen auf Wulfshein, 29 % auf Persius, 2 % auf den Sozialisten.

1878

1878 hielten die Fortschrittler die Kandidatur Wulfsheins aufrecht. Die Nationalliberalen schieden aber aus den Liberalen Vereinen aus[1]) und stellten in Delbrück einen eigenen Kandidaten auf. Von konservativer Seite wurde der Landtagsabgeordnete und Landrat des Kreises, Graf v. Königsmarck, präsentiert, während die Sozialdemokraten für Rackow stimmten. Die Wahlbeteiligung stieg stark, auf 65,1 %, jedoch konnten die Konservativen ihren Anteil kaum um die Hälfte erhöhen, während sich der Anteil der Fortschrittler beinahe verdoppelte. Mit den Stimmen von 38,1 (58½) % wurde Wulfshein erneut Abgeordneter des Osthavellandes. Wulfshein starb am 30. März 1880, und sein Mandat übernahm der Prediger an der Franz.-ref. Kirche Neßler (F). — In Potsdam[2]) hatten in der Hauptwahl 3218 = 59 % fortschrittlich, 1709 = 31 % konservativ, 440 = 8 % für Delbrück, 98 = knapp 2 % für das Zentrum und 17 = 0,3 % sozialistisch gestimmt.

1881

1881 brachte eine Reorganisation der Konservativen, deren „Neuer Wahlverein"[3]) den Gutsbesitzer Stolze als Reichstagskandidaten aufstellte. Die Fortschrittler blieben bei Neßler, der erneut mit 41,4 (62) % das Mandat erhielt. — Die Städte[4]), besonders Spandau, zeigten ein starkes Überwiegen des Fortschritts, während auf dem Lande fast 60 % konservativ stimmten.

1884

Kandidat der Konservativen war diesmal Prof. Dr. Adolf Wagner, dem der Freisinn den Schriftsteller Dr. Schneider entgegenstellte, während die Sozialdemokraten für Hasenclever stimmten. Wagners Kandidatur konnte eine Erhöhung des konservativen Stimmenanteils bewirken, wogegen die F-Stimmen erheblich zurückgingen. Sie genügten mit 34½ (53) % trotzdem noch zur Erlangung des Mandates, so daß Dr. Schneider den Kreis Ost-

---

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 170 vom 23. Juli 1878.

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 177 vom 1. August 1878: Die sozialistischen Stimmen waren auf 17 zurückgegangen, nachdem sie 1877 sich auf 211 belaufen hatten.

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 224 vom 24. September und Nr. 239 vom 12. Oktober 1881.

[4]) Phillips: Land . . . . . R 3381 (60%); F 2175 (40%);
Städte . . . . . R 3267 (27%); F 8906 (73%);
davon („Vossische Zeitung" Nr. 503 vom 28. Oktober und „Kreuz-Zeitung" Nr. 251 vom 29. Oktober 1881:
Potsdam . . . . . R 2178 (35%); F 4040 (65%);
Spandau . . . . . R 359 (10%); F 3029 (88%);
Kremmen . . . . . R 67 (24%); F 211 (76%).

havelland in der sechsten Legislaturperiode im Reichstag vertrat. — In Potsdam waren die Sozialdemokraten wieder auf 210 Stimmen gekommen (= 1878); im übrigen war hier die Überlegenheit der linksliberalen Stimmen am geringsten.[1])

1887

Nachdem Oberpräsident Dr. Achenbach eine Kandidatur abgelehnt hatte, stellten die Kartellparteien den Delitzscher Landrat v. Rauchhaupt auf. Dr. Schneider blieb Kandidat der Freisinnigen, während die Sozialdemokraten diesmal für den Maschinenbauer Liefländer stimmten. — Die Zunahme der Wahlbeteiligung auf über 78 % kam fast ausschließlich dem Kartell zugute, während der Freisinn zurückging. Die Sozialisten verfünffachten ihren Anteil auf 4,8 (6,2) %. Mit 40,9 (52,4) % fiel das Mandat an v. Rauchhaupt. Die Kartellparteien hatten in allen Städten[2]) einen starken Zuwachs an Stimmen zu verzeichnen, der den Rückgang der F-Stimmen überwog. Nur in Spandau, das im Januar aus dem Kreisverband ausgeschieden war, nahmen auch die F-Stimmen absolut zu. Bemerkenswert erscheint die Verdreifachung der Sozialdemokratie in Potsdam, wo diese Partei 619 Stimmen — fast 20 % — erhielt, während im Industrieort Velten sogar 55 % der abgegebenen Stimmen sozialistisch waren.

1890

1890 stimmten die Kartellparteien für Landrat Steinmeister, die Freisinnigen für Stadtschulinspektor Dr. Ruge und die Sozialdemokraten für den Maurer Wernau. Das Kartell büßte ein Viertel seines Anteils ein, auch der Freisinn mußte einen starken Verlust buchen; die Sozialdemokratie verdreifachte dagegen ihren Anteil auf 15 (21) %. Da keiner der drei Kandidaten über die absolute Mehrheit verfügte, entschied eine Stichwahl, durch welche Dr. Ruge mit Unterstützung der Sozialdemokraten gewählt wurde. — Die starke Zunahme der Sozialdemokratie hatte in Spandau und Potsdam besonders die Konservativen zurückgedrängt (anteilmäßig; tatsächlich dürfte der innere Zerfall des Kartells den Rückgang der konser-

---

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 507 vom 29. Oktober und „Kreuz-Zeitung" Nr. 255 vom 30. Oktober 1884:

	Potsdam	Spandau	Nauen	Kremmen	Fehrbellin	Velten
K	2916 (45%)	1233 (35)	481 (49)	103 (26)	31 (15%)	62 (9)
F	3120 (48%)	2293 (65)	502 (51)	298 (74)	176 (85%)	611 (91)
S	210 (3%)	?	?	?	?	?

[2]) „Anzeiger für das Havelland" Nr. 40 vom 17. Februar 1887:

	Potsdam	Spandau	Nauen	Kremmen	Ketzin	Velten
K	3937 (53 %)	1895 (39)	585 (49½)	165 (33½)	176 (33)	136 (17½)
F	2872 (38½%)	2801 (59)	535 (45)	165 (66½)	355 (67)	221 (28)
S	619 (8½%)	117 (2)	64 (5½)	?	?	421 (54½)

vativen Stimmen verursacht haben, während die Sozialdemokratie aus dem Reservoir der Nichtwähler schöpfte); in den kleineren Städten zeigten die F stärkeren Rückgang.[1])

1893

1893 präsentierte die Freisinnige Volkspartei Vollrath (Dr. Ruge starb am 17. Juni 1893); Dr. Rethwisch bewarb sich um die rechtsliberalen Stimmen. Pfarrer Schall aus Kladow war Kandidat der Konservativen, Pfarrer Rödenbeck aus Klein-Glienicke derjenige der Deutsch-Sozialen. Zu dem Sozialdemokraten Wernau (jetzt Gastwirt in Berlin) trat schließlich als sechster Bewerber der Zählkandidat des Zentrums, Geistl. Rat Müller. — Die Wahlbeteiligung stieg trotz dieser zahlreichen Kandidaten nicht wesentlich. Die Kartellparteien behaupteten ihren Anteil, der sich aber auf drei Bewerber verzettelte. Die Linksliberalen, durch den späten Kandidatenwechsel besonders benachteiligt, mußten einen Verlust von mehr als einem Drittel verzeichnen, so daß zu allgemeiner Bestürzung die Sozialdemokratie mit 26,3 (35,3) % als stärkste Partei des Osthavellandes dastand. Die Stichwahl zwischen Wernau und Schall, für den am 15. Juni nur 19,7 (26,5) % gestimmt hatten, machte dann Schall zum Abgeordneten des Kreises.[2])

1898

1898 verzichteten dann Antisemiten und Nationalliberale wieder auf eine selbständige Kandidatur und unterstützten den von den Konservativen aufgestellten Tischlermeister Pauli. Die Linksliberalen stimmten für Dr. Mugdan (FVp), die Sozialdemokraten für Schröer. — Nur noch ein Achtel der Wahlberechtigten stimmte freisinnig. Die Sozialdemokratie kam mit 29,1 (38,1) % wiederum in die Stichwahl gegen den Konservativen, welcher den Gesamtanteil der ehemaligen Kartellparteien bei der Vorwahl

---

[1]) „Anzeiger für das Havelland" Nr. 45 vom 22. Februar 1890:

	Potsdam	Spandau	Nauen	Kremmen	Ketzin	Velten
K	3347 (44½%)	1430 (28½)	756 (54½)	143 (27)	164 (31½)	174 (17)
F	2639 (35 %)	2952 (58½)	236 (17)	192 (36)	121 (23)	194 (18½)
S	1506 (20½%)	662 (13)	391 (28½)	196 (37)	234 (45½)	669 (64½)

[2]) Einzelergebnisse der Hauptwahl nach der „Kreuz-Zeitung" vom 16. Juni und dem „Anzeiger für das Havelland" vom 17. Juni 1893:

	S %	F %	NL %	K %	A
Potsdam	2437 (30,2)	2157 (26,8)	486 (6,0)	2046 (25,4)	927
Spandau	3318 (40,0)	1771 (21,4)	154 (1,8)	1674 (20,2)	1220
Nauen	409 (32,4)	264 (20,9)	128 (10,1)	389 (30,8)	74
Velten	833 (69,3)	134 (11,1)	159 (13,2)	41 (3,4)	35
Ketzin	522 (65,6)	121 (14,4)	16 (1,9)	73 (8,7)	28
Fehrbellin . . .	120 (30,6)	102 (26,0)	35 (8,9)	20 (5,2)	115
Kremmen . . .	170 (38,3)	116 (26,1)	44 (9,9)	107 (23,9)	6
zus. (Durchschn.)	7839 (38,6)	4665 (23,0)	1022 (5,1)	4350 (21,4)	2415
somit verbleiben für das flache Land:	2302 (28,6)	1664 (20,7)	240 (3,0)	3268 (40,7)	564

noch auf 33.3 (43,6) % erhöhen konnte. Aus dem zweiten Wahlgang ging Pauli als Abgeordneter hervor. — Das ungünstige Ergebnis für den Freisinn war z. T. eine Folge der Wahlenthaltung besonders in dem linksliberalen Spandau.[1]) Hier betrug die Beteiligung nur 71 %, in Potsdam 76 %, auf dem flachen Lande und in den Kleinstädten dagegen 78 %. Relativ am stärksten war die Sozialdemokratie in der Gruppe b, doch zeigten hierunter Nauen und Kremmen mehr Ähnlichkeit mit Spandau, so daß in Velten und ähnlichen Industrieorten die Majorität der Sozialdemokratie ziemlich 70 % der Berechtigten betragen haben dürfte. Auch auf dem flachen Lande entfielen immerhin 30 % der abgebenen Stimmen auf den Sozialdemokraten, wobei allerdings die Bezeichnung „flaches Land" — wie früher bemerkt — nur statistisch aufzufassen ist.

1903

1903 war Pauli wieder konservativer Kandidat; die Sozialdemokratie stellte Dr. Karl Liebknecht auf, der Freisinn Malermeister Kruse aus Potsdam. Durch den Bevölkerungszuwachs und die auf 80,6 % gestiegene Wahlbeteiligung wurden über 6800 gültige Stimmen mehr abgegeben als 1898. Hiervon fielen dem Konservativen knapp 500, dem Freisinnigen sogar nur wenig mehr als 200 zu. So ging Liebknecht mit der höchsten Stimmenzahl und einem Anteil von 35,9 (44,8) % aus der Wahl hervor, mußte freilich auf das Mandat in der Stichwahl verzichten, die wieder zugunsten Paulis ausfiel.[2])

Die schlechteste Wahlbeteiligung zeigte wieder Spandau mit 77 %, während auf dem Lande nur von 18 % der Berechtigten Wahlenthaltung geübt wurde. Der Anteil der Sozialdemokratie war in allen Teilen des Kreises fast gleich stark gestiegen und erreichte in der Gruppe b 48 (60) %. Leicht gestiegen war auch der Anteil der Konservativen in Spandau, während Potsdam und das flache Land einen leichten, die kleinen Städte einen recht starken relativen Rückgang von 26 (33,3) auf 19 (23,8) % zeigten.

1907

Pauli (K) und Dr. Liebknecht (S) standen sich diesmal erneut gegenüber. Der Freisinn stimmte für den Landesversicherungsdirektor Dr. Freund. Daneben versuchte der Deutsche Beamtenbund durch Aufstellung des Geh. Kalkulators Schallwig (wK) eine spezielle Vertretung der Beamteninteressen zu erzielen. Die Wahlbeteiligung stieg auf 89,9 %, doch gelang es nicht, die Sozialdemokratie zurückzudrängen; Liebknechts Anteil stieg im Gegen-

[1]) Siehe Tabelle 7 und 7 a. Weitere Teilergebnisse aus der „Kreuz-Zeitung" Nr. 278 vom 17. Juni 1898:

	S %	F %	K %
Nauen	438 (31)	273 (20)	675 (49)
Kremmen	206 (47)	28 (6)	206 (47)

[2]) Pauli 18 600, Liebknecht 18 095 Stimmen.

teil auf 37,7 (42,1) %. Auch die freisinnigen Stimmen erfuhren eine Zunahme auf 18,0 (20,1) %, während Paulis Anteil durch die Absplitterung der Beamtenstimmen auf 29,8 (33,3) % zurückging. Die Stichwahl übertrug dann allerdings doch wieder Pauli das Mandat.[1])

Die Beteiligung war, wie 1903, in Spandau am schlechtesten und betrug hier nur 85 %, während sie in allen anderen Teilen des Wahlkreises 90 % erreichte. Einzig und allein in Spandau nahmen die konservativen Stimmen (Pauli + Schallwig) merklich ab, während Potsdam und das flache Land ansehnlichen Zuwachs brachten. Andererseits lieferte Spandau den größten Teil der sozialistischen Mehrstimmen, wogegen der Gewinn in Potsdam nur minimal war, der sozialistische Anteil in der Gruppe b konstant blieb und auf dem Lande sogar zurückging.

1912

1912 stimmte die Rechte für Oberbürgermeister Vosberg[2]), der Fortschritt für Justizrat Kennes, die Sozialdemokraten wieder für Liebknecht. Die beiden Linksparteien gewannen fast gleich viel Stimmen hinzu, der Anteil der Konservativen ging auf 23,6 (26,5) % zurück, genügte aber noch, um Vosberg in die Stichwahl gegen Liebknecht zu bringen, für den 42,3 (47,4) % gestimmt hatten. Im zweiten Wahlgang eroberte dann Dr. Liebknecht das Mandat des Osthavellandes und der Residenzstadt Potsdam. —

In den Kleinstädten war die Beteiligung wieder auf 85 % zurückgegangen, im Zusammenhang damit zweifellos auch der Anteil des Fortschritts, der in den beiden Großstädten ganz ansehnlich zunahm. Auf dem Lande war sein Gewinn — weil hier die Beteiligung ebenfalls sank? — nicht so groß. Der Sozialdemokratie folgte jetzt in Spandau und in den Kleinstädten fast die Hälfte der Berechtigten; auch in Potsdam war sie stärkste Partei geworden, und nur auf dem Lande waren ihr die Konservativen noch etwas überlegen.

P 8

Westhavelland und Stadt Brandenburg; weniger als 10 % Fideikommiß. Über die Hälfte (50,8 %) der Anbaufläche entfiel auf großbäuerliche Wirtschaften von 20 bis 100 ha, weitere 40,8% auf Großbetriebe, davon 36,6% auf Güter über 200 ha. Mittelbauern (5 bis 20 ha) bewirtschafteten 7½ % der Anbaufläche.

Die Bevölkerung des flachen Landes und der Kleinstädte nahm infolge Wanderungsverlustes wenig zu; die beiden Großstädte zeigten durch stärkeren Zuzug lebhaftere Zunahme, die sich in den letzten vierzehn Jahren besonders bei Rathenow bemerkbar machte. a : b : c verhielten sich 1885 wie 41 : 7 : 52, 1898 wie 38 : 6 : 56 und 1912 wie 33 : 3 : 64, wobei 1898

[1]) Mit 21 939 gegen 18 616 Stimmen.

[2]) Pauli kandidierte in Mecklenburg.

auf Brandenburg 38,7, auf Rathenow 17,3 entfielen; 1912 auf Brandenburg 42,6, auf Rathenow 21,4. Die Zahl der Wahlberechtigten hatte also in Brandenburg um 28 %, in Rathenow um 45 % zugenommen. Im ganzen hatte der Kreis 1912 mit 28200 Wahlberechtigten 83 % mehr als 1871 (15400).

Der Wahlkreis zeichnete sich stets durch gute Wahlbeteiligung aus und wurde darin nur selten von einem der anderen märkischen Kreise erreicht oder gar überboten.

1871

1871 schon zeigte sich ein Wahlkampf, von dem in anderen Kreisen der Provinz kaum etwas zu spüren war und der dann auch fast 52 % der Berechtigten an die Wahlurne brachte. Die Lassalleaner veranstalteten große Versammlungen in Brandenburg, deren Besucherzahl selbst von konservativer Seite mit 1500 angegeben wurde und in denen u. a. auch Schweitzer sprach.[1]) Im übrigen agitierten die Sozialisten besonders lebhaft unter den Tuchmachern und Seidenwirkern und störten, wie in Berlin, mit Vorliebe die liberalen Versammlungen; ihr Kandidat war der Maurer W. Lange aus Berlin. Die Liberalen einigten sich auf Stadtrat Hausmann aus Brandenburg, der die Stadt auch im Herrenhaus vertrat. Ihr konservativer Gegner war der bisherige Abgeordnete Landrat Graf v. Bredow.[2]) Sozialistisch stimmten 10,4 (20) %, fortschrittlich 17,9 (34½) % und konservativ 23,2 (45) %, so daß es zur Stichwahl zwischen Graf v. Bredow und Hausmann kam, in welcher der Fortschrittler siegte.

1874

1874 stellte sich Hausmann erneut zur Wahl. Um die konservativen Stimmen bewarben sich zwei Kandidaten: Kleist v. Bornstedt auf Hohennauen und v. Katte auf Roskow, während die Lassalleaner diesmal Wilh. Schwekendiek präsentierten. Die Wahlbeteiligung stieg auf 58,3 %, brachte aber wiederum keine Entscheidung. Die sozialistischen Stimmen hatten stark zugenommen und die konservativen überflügelt, so daß Schwekendiek in die Stichwahl gegen Hausmann kam, der aus ihr erneut als Abgeordneter für Westhavelland hervorging (7275 : 3914).

1877

1877 stieg die Wahlbeteiligung weiter auf 65,4 %. Die Sozialisten hatten Rackow aufgestellt, erhielten aber nur 14,2 (22) %. Kandidat der Liberalen war wieder Hausmann, während die Konservativen für den sehr antisemitischen Stadtrichter Wilmanns stimmten. Die liberale Stimmenzahl erhöhte sich nur unwesentlich; die der Konservativen stieg dagegen auf

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 1 vom 1. Januar 1871.

[2]) der übrigens (laut „Vossische Zeitung" vom 26. Februar 1871) die Aufnahme liberaler Wahlaufrufe im Kreisblatt ablehnte, um die Wähler nicht irrezumachen.

28,3 (43) %, so daß diesmal wieder eine Stichwahl zwischen Konservativen und Fortschrittlern erforderlich war. Hausmann wurde auch für die dritte Legislaturperiode Abgeordneter des Kreises.[1])

1878

1878 entwickelten die Konservativen eine lebhafte Agitation für ihren neuen Kandidaten, das „echthavelländische, z. T. sogar Rathenower Kind“[2]) Wolf v. Bredow-Senzke. Besondere Anstrengungen machten selbstverständlich hiergegen die Fortschrittler, welche Virchow, Schulze-Delitzsch und Klotz aus Berlin zu ihren Wahlversammlungen für Hausmann heranholten. Die Sozialdemokraten hatten wieder Rackow aufgestellt. Die auf 70,5 % gestiegene Wahlbeteiligung brachte beiden Bürgerlichen relativ gleich starken Stimmenzuwachs, den Sozialdemokraten einen erheblichen Verlust. Wiederum mußte eine Stichwahl entscheiden. In diese gingen die Sozialdemokraten, obwohl die „Berliner Freie Presse“ Parole für Hausmann ausgegeben[3]) hatte, anscheinend gespalten, da sie sich durch Vorkommnisse in fortschrittlichen Versammlungen brüskiert fühlten, so daß v. Bredow das Mandat für den Kreis erhielt. — Von den Städten erwies sich Friesack als überwiegend konservativ, in den übrigen besaß der Fortschritt ein ansehnliches Übergewicht.[4])

1881

1881 kandidierte wiederum v. Bredow. Die vereinigten Liberalen stellten den zweiten Bürgermeister von Rathenow, Hammer (LibVgg) auf, während die Sozialdemokraten für Hasenclever stimmten. Zum ersten Male brachte der erste Wahlgang die Entscheidung: bei einer Beteiligung von 76,5 % entfielen 41,5 (54) % auf Hammer. Bezeichnend für die überaus scharfe Bekämpfung der Sozialdemokratie gerade in diesem Kreise ist die amtliche

---

[1]) Einzelergebnisse der Hauptwahl nach der „Kreuz-Zeitung“ Nr. 10 vom 13. Januar 1877:

	F	S	K
Brandenburg . . .	1737 (42½%)	1646 (40½%)	710 (17 %)
Rathenow	471 (56½%)	70 (8 %)	312 (35½%)
Friesack	258 (77½%)	12 (3½%)	63 (19 %)

[2]) „Kreisblatt“ Nr. 51 vom 25. Juni 1878.

[3]) „Kreuz-Zeitung“ Nr. 181 vom 6. August 1878.

[4]) „Kreisblatt“ Nr. 63 vom 7. August und Nr. 67 vom 21. August 1878. Einzelergebnisse in den Städten (I Hauptwahl, II Stichwahl):

	F I	K I	S I	F II	K II
Brandenburg	2083	993	1104	2534	1539
Rathenow	876	601	47	975	736
Friesack	216	266	—	208	320
Rhinow	100	81	—	131	64
Plaue	213	95	3	220	98
Pritzerbe	147	48	11	159	56

Bekanntgabe des Wahlergebnisses[1]): außer den Stimmen für v. Bredow und Hammer erscheinen nur 1418 „für verschiedene andere", worin die 1415 Stimmen für Hasenclever enthalten sind. In allen Städten zeigte sich eine Verstärkung des liberalen Anteils auf Kosten der Konservativen; auch Friesack stimmte diesmal zu 70 % liberal.[2])

1884

1884 stellten die Linksliberalen, da Hammer ihnen nicht entschieden genug war[3]), Heinrich Rickert auf, dem von den Nationalliberalen Dr. Jerusalem entgegengestellt wurde. Die sozialistischen Stimmen wurden wieder für Hasenclever abgegeben, während die Konservativen diesmal für v. Kleist-Bornstedt stimmten. Der Rückgang der Wahlbeteiligung war zweifellos zu einem Teil eine Folge der liberalen Zersplitterung. Um ein Viertel war der Anteil der liberalen Stimmen geringer als bei der Vorwahl, und dabei dürfte sich unter den 6,7 %, welche auf Dr. Jerusalem entfielen, noch ein Teil gemäßigt-konservativer Städter befunden haben, da Jerusalem als Gegner der Kornzölle bekannt war.[4]) Eine Verdoppelung ihres Anteils erzielte die Sozialdemokratie, deren Stimmen zu einem Fünftel aus Rathenow, zu zwei Dritteln aus Brandenburg[5]) stammten. Hier war sie mit 42 % der abgegebenen Stimmen stärkste Partei, während in den übrigen Städten der Freisinn an erster Stelle stand. — Aus der Stichwahl ging bei noch geringerer Beteiligung in den Städten und stärkerer Teilnahme des flachen Landes mit sozialistischer Unterstützung Heinrich Rickert als Abgeordneter für die sechste Legislaturperiode hervor.

---

[1]) „Kreisblatt" Nr. 88 vom 2. November 1881.

[2]) „Kreisblatt" Nr. 87 vom 29. Oktober 1881:

	F	K	S
Brandenburg . . .	2503 (56 %)	723 (16½%)	1222 (27½%)
Rathenow	1260 (74 %)	323 (19 %)	112 (7 %)
Friesack	427 (70 %)	184 (30 %)	—
Schloß Friesack .	4 (6½%)	59 (93½%)	—
Rhinow	164 (76 %)	52 (24 %)	—
Pritzerbe	147 (77 %)	36 (19 %)	8 (4 %).

[3]) „Kreisblatt" vom 19. September 1884.

[4]) „Kreisblatt" vom 28. Oktober 1884.

[5]) „Kreuz-Zeitung" und „Kreisblatt" vom 30. Oktober 1884:

	K %	NL %	F %	S %
Rathenow . .	326 (17,6)	175 (9,4)	714 (38,5)	640 (34,5)
Brandenburg .	610 (12,8)	640 (13,4)	1508 (31,7)	2005 (42,2)
Friesack . . .	196 (37,8)	11 (2,1)	309 (59,7)	2 (0,4)
Gut Friesack .	61 (100)	0	0	0
Plaue	27 (11,7)	15 (6,5)	169 (73,5)	19 (8,3)
Gut Plaue . .	43 (95,6)	0	1 (2,2)	1 (2,2)
Rhinow . . .	71 (34,5)	9 (4,3)	124 (60,2)	2 (1,0)
Hohennauen .	112 (81,2)	1 (0,7)	23 (16,7)	2 (1,4)
Pritzerbe . .	47 (25,8)	22 (12,1)	68 (37,4)	45 (24,7)

1887

1887 stellte das Kartell den konservativen, früher nationalliberalen, Fabrikbesitzer Metzenthin, Brandenburg, auf, die Sozialdemokratie den Vergoldermeister Ewald, während Rickert das Mandat für den Freisinn verteidigte. Alle drei Gruppen profitierten von der auf 86½ % gestiegenen Wahlbeteiligung, am wenigsten allerdings der Linksliberalismus. Der zweite Wahlgang entschied gegen Metzenthin erneut für Rickert. Auch in Rathenow hatte sich die Sozialdemokratie zur stärksten Partei entwickelt, im übrigen zeigten die Städte keine wesentliche Verschiebung der Stärkeverhältnisse zwischen den drei Gruppen im Vergleich zur Vorwahl.[1])

1890

1890 standen sich die drei Gegner der Vorwahl wieder gegenüber, dazu trat Cunow (?, in der Statistik R). Rickert errang einen kleinen Stimmenzuwachs, Ewald einen solchen von fast 40 %, womit die Sozialdemokratie mit 30,6 (36,1) % stärkste Partei war und Metzenthin aus der Stichwahl fernhielt. Für letzteren hatten nur 25,1 (30,9) % gestimmt. Rickert lehnte das im zweiten Wahlgang eroberte Mandat wegen Doppelwahl ab; statt seiner entsandte das Westhavelland dann Hugo Hermes, den früheren Landtagsabgeordneten des Kreises, in den Reichstag.

1893

1893 verteidigte Hermes die linksliberalen Interessen gegen den erneut kandidierenden Ewald und den von den Konservativen unterstützten Kandidaten des Bundes der Landwirte Wiesicke. Neu traten das Zentrum (Stephan) und die Antisemiten (v. Borcke) auf den Kampfplatz. Die Rechtsparteien behaupteten sich, die Sozialdemokratie, erneut um ein Zehntel gewachsen, blieb stärkste Partei, der Linksliberalismus verlor ein Drittel seines Anteils und schied damit zum ersten Male aus der Endentscheidung. Diese fiel gegen Ewald zugunsten Wiesickes aus. Durch dessen Tod (12. Juli 1896) wurde das Mandat frei, das schließlich an den Sozialdemokraten Pëus fiel.

1898

1898 stimmten Konservative und Landbund für den Rathenower Landrat und späteren Innenminister v. Loebell, die Freisinnige Volkspartei für Oberstleutnant a. D. Greindel. Pëus erzielte eine weitere Zunahme des

[1]) „Kreisblatt Westhavelland" Nr. 45 vom 23. Februar 1887:

	K %	F %	S %
Rathenow	667 (28,1)	832 (35,0)	877 (36,9)
Brandenburg . . .	1595 (27,0)	1817 (30,7)	2500 (42,3)
Friesack	286 (42,2)	341 (50,4)	50 (7,4)
Gut Friesack . . .	62 (98,4)	1 (1,6)	0
Plaue	52 (11,7)	242 (54,8)	148 (33,5)
Gut Plaue	53 (98,1)	0	1 (1,9)
Rhinow	124 (53,9)	103 (44,8)	3 (1,3)
Pritzerbe	103 (30,0)	183 (53,4)	57 (16,6)

sozialdemokratischen Stimmenanteils auf 37,9 (44,9) %, unterlag aber in der Stichwahl gegen v. Loebell, für den in der Hauptwahl 29,8 (37,3) % gestimmt hatten. — Auf dem flachen Lande[1]) stimmten 48 (59) % konservativ; der Anteil des Freisinns war hier mit 10 (13) % am geringsten. In den mittleren Gemeinden, deren Bevölkerung sich am schwächsten an der Wahl beteiligte, brachten es die Konservativen auf 35 (48) %. Den höchsten Anteil errang der Freisinn in Rathenow mit 23 (26) %. In Brandenburg bekannten sich mehr als die Hälfte aller Wahlberechtigten zur Sozialdemokratie: 52 (60) %.

1903

Wie in anderen Kreisen vermieden auch im Westhavelland die Konservativen, mit offenem Visier zu kämpfen. Es wurde eine „Brandenburger Wahlvereinigung für die Reichstagswahl" gebildet, welche den der Reichspartei nahestehenden früheren Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Generalleutnant v. Liebert[2]), präsentierte; Konservative und Nationalliberale schlossen sich dann diesem Vorschlage an. Der Freisinn griff wieder zu einem Brandenburger Magistratsmitglied, dem Fabrikanten und Stadtrat Ernst Blell, während Pëus Kandidat der Sozialdemokratie blieb. Die Anstrengungen der Partei, das in der Vorwahl verlorengegangene Mandat zurückzugewinnen, waren erfolgreich; es gelang sogar, mit einem Anteil von 42,7 (50,2) % die Entscheidung schon im ersten Wahlgang zu erzwingen. Während auch der Freisinn einen kleinen Gewinn errang. erfuhren die konservativen Stimmen einen merklichen Rückschlag. Auffallenderweise war der Freisinn gerade in Brandenburg und Rathenow etwas zurückgegangen, wogegen er seinen Anteil in den kleineren Städten ganz ansehnlich erhöhen konnte und auch auf dem flachen Lande mit einem kleinen Gewinn abschloß. v. Liebert konnte nur in Brandenburg den konservativen Stimmenanteil der Vorwahl aufrechterhalten; in Rathenow und den kleinen Städten stimmten für ihn rund 25 % weniger als 1898 für v. Loebell, auf dem flachen Lande ging der K-Anteil von 48 (58.5) auf 42 (50.6) % zurück.

1907

Die Rechte stellte in Dr. Goercke (NL) einen neuen Sammelkandidaten auf, während die Sozialdemokraten wieder für Pëus stimmten. Kandidat des Freisinns wurde Justizrat Keruth. Die Wahlbeteiligung erreichte 90,8 %, wobei der Freisinn den größten Zuwachs zu verzeichnen hatte. Die Rechtsstimmen hoben sich weniger stark, genügten aber, um Dr. Goercke in die Stichwahl zu bringen, da der sozialistische Anteil auf 41,7 (46,2) % zurückging. Im zweiten Wahlgang mußte sich dann Pëus geschlagen geben und Dr. Goercke das Mandat überlassen, für den in der Hauptwahl nur 26,3 (29,1) % gestimmt hatten.[3]) —

[1]) Siehe Tabelle 7 und 7 a.
[2]) den späteren Mitbegründer des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie.
[3]) Stichwahl: NL 12 670, S 11 877.

Nur auf dem flachen Lande hatte die Sozialdemokratie wirklich erhebliche Stimmenverluste; in den Kleinstädten und in Brandenburg war der Rückgang unbedeutend, während in Rathenow der sozialistische Anteil keine Veränderung erfuhr. Fortschritt und Rechte nahmen auf dem Lande gleich stark zu; in den Kleinstädten, wo die Beteiligung am stärksten gewachsen war, fielen die meisten Neustimmen dem NL zu. Die beiden Großstädte erbrachten dem Freisinn einen Zuwachs von je 5 % der Berechtigten, während für die Rechte in Rathenow 1 % der Berechtigten mehr, in Brandenburg 1 % weniger stimmte als 1903.

1912

Dr. Goercke kandidierte erneut; diesmal unterstützten ihn aber die Konservativen nicht, sondern stimmten für v. Bredow. Der Fortschritt stellte Remmers (Postbeamter, Berlin), die Sozialdemokratie wieder Pëus auf. Mit 91,9 % erreichte die Wahlbeteiligung eine Rekordhöhe. Sie stellte die 1907 verlorengegangene Mehrheit für Pëus wieder her: 46,0 (50,2) % stimmten sozialistisch. — Während der Fortschritt einen minimalen Zuwachs erhielt, ging die Stimmenzahl der Rechten erheblich zurück und erreichte einen seit 1874 nicht verzeichneten Tiefstand. Zudem verteilte sie sich noch auf zwei Kandidaten: mit 15,7 (17,1) % auf den NL, mit 7,3 (8,0) % auf den K. — Die Trennung der Rechten hatte auf dem Lande und in den Kleinstädten zu Stimmenverlusten geführt, die auf dem Lande den beiden Linksparteien, in den Kleinstädten nur dem Fortschritt zugute kamen. Auf dem Lande war die Überlegenheit des Nationalliberalen über den Konservativen nicht besonders groß; stärkste Partei war jetzt hier die Sozialdemokratie. In der Gruppe b ging die Wahlbeteiligung etwas zurück. Der mächtig aufstrebende Fortschritt setzte sich mit einem Anteil von 32 (37) % an die erste Stelle; der Anhang der Sozialdemokratie verringerte sich etwas. — Ausschlaggebend für das Gesamtergebnis waren allerdings die beiden Großstädte, in denen fast zwei Drittel der Wahlberechtigten wohnten. In Rathenow gelang es den beiden Linksparteien, noch je 1 % der Berechtigten mehr heranzuholen und die Beteiligung dadurch auf 93 % zu treiben. Nun hatte die Sozialdemokratie hier die absolute Mehrheit. In Brandenburg besaß sie sie zwar schon seit 1898, doch gelang auch hier noch eine Erhöhung des sozialistischen Anteils auf 57 (62) %. Dadurch wurde der Fortschritt wieder etwas zurückgedrängt, während Goerckes Anteil unverändert blieb. — In Rathenow hatten 6 % für v. Bredow gestimmt, in Brandenburg waren es 1 %.

P 9

Jüterbog-Luckenwalde und Zauch-Belzig. Fideikommisse in Jüterbog etwas mehr, in Zauch-Belzig etwas weniger als 10 %. In Jüterbog-L waren 54 %, in Zauch-Belzig 53 % der Anbaufläche großbäuerlicher Besitz (20 bis 100 ha); weitere 23 bzw. 22 % entfielen auf Mittel- (5 bis 20 ha) und in

beiden Kreisen knapp 7 % auf Kleinbauern (unter 5 ha). Güter von 100 bis 200 ha besaßen in Jüterbog-L 2 %, in Zauch-Belzig 3½ % und solche über 200 ha 14 bzw. 15 % der Gesamtanbaufläche. Die Bevölkerung in der einzigen Stadt über 10 000 Einwohner, Luckenwalde, wuchs etwas stärker als die in mittleren Gemeinden und auf dem flachen Lande, so daß sich das Verhältnis der drei Ortsgrößenklassen von 1885 (64 : 25 : 11) bis 1912 (61 : 25 : 14) etwas verschob. — Die Zahl der Wahlberechtigten war 1912 mit 39 300 um 53 % höher als 1871, wo sie sich auf 25 700 gestellt hatte.

1871

1871 schlug der Landrat v. Stülpnagel[1]) die Wiederwahl des bisherigen Abgeordneten v. Watzdorf (K) vor, der noch als Reserveoffizier vor Paris lag. Für die Liberalen kandidierte der Berliner Rechtsanwalt Makower (NL, in der Statistik F!), für die Lassalleaner Gustav Rost. — Daneben wurden auch noch konservative Stimmen für Graf zu Solms abgegeben. Wenig mehr als ein Drittel der Berechtigten beteiligte sich an der Wahl, aus der v. Watzdorf erneut als Abgeordneter hervorging.

1874

1874 kandidierte v. Watzdorf wiederum; ihm wurde von den Liberalen v. Diederichs (NL) entgegengestellt, während die Arbeiter diesmal den Zeugmacher Ehrhardt aufstellten, der zur Eisenacher Richtung zählte. — Die Beteiligung stieg auf 45,8 %. Die Sozialisten verdreifachten ihren Anteil auf 6 (13) %. Die liberalen Stimmen nahmen erheblich zu und übertrafen mit 19,9 (43) % die konservativen um ein geringes, obwohl von konservativer Seite starke Wahlbeeinflussung vorgekommen sein soll.[2]) Diese als Begründung zu einem Wahlprotest zu benutzen, wurde durch die Notwendigkeit der Stichwahl und deren Ausgang überflüssig. Es beteiligten sich fast 50 %, von denen 17½ (34½) % für v. Watzdorf und 32½ (65½) % für v. Diederichs stimmten, dem somit das Mandat für die zweite Legislaturperiode zufiel.

1877

1877 brachten alle Richtungen neue Kandidaten in Vorschlag: die Konservativen v. Tschirschky, die Liberalen den Landtagsabgeordneten Hugo Hermes (F) und die Sozialdemokraten den Tischler Mitan. Trotz reger Versammlungstätigkeit blieben Beteiligung und Stimmenverteilung nahezu unverändert, so daß erneut eine Stichwahl entscheiden mußte, aus der Hugo Hermes als Abgeordneter hervorging.

1878

1878 gaben die Sozialdemokraten nur Zählstimmen für Bebel ab. Die Konservativen präsentierten den Jüterboger Landrat v. Oertzen (R),

[1]) Im amtlichen Teil des „Anzeigers für Werder, Belzig und Umgebung" vom 22. Februar 1871.

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 29 und 30 vom 4. und 5. Februar 1874.

während Hermes Kandidat der Liberalen blieb. Die Wahlbeteiligung stieg auf 55,3 % und kam Konservativen und Liberalen fast in gleichem Maße zugute, während der Anteil der Sozialisten um mehr als die Hälfte zurückging.

In der Stichwahl gelang es Hugo Hermes, sein Mandat zu behaupten. — Aus allen Städten sind die Ergebnisse der Hauptwahl bekannt, welche teilweise eine ganz bedeutende Übermacht der Fortschrittsstimmen zeigen, weiterhin aber erkennen lassen, daß das Schwergewicht der Sozialdemokratie (713 von insgesamt 819 Stimmen) in Luckenwalde lag.[1])

1881

1881 präsentierten die Konservativen wiederum einen neuen Kandidaten, v. Rochow-Plessow, während der Fortschritt für Hermes, die Sozialdemokratie für Bebel stimmte. Die Wahlbeteiligung ging etwas zurück auf Kosten der Sozialdemokraten und der Konservativen, die darüber hinaus noch Wähler an den Fortschritt abgegeben haben müssen. — 26,4 (52,7) % stimmten für Hermes, der aber diesmal das Mandat wegen Doppelwahl ablehnte. Durch die Nachwahl wurde der Potsdamer Amtsrichter Rademacher (F) Abgeordneter für die fünfte Legislaturperiode. — In den Städten[2]) war bei der Hauptwahl der Rückgang der Konservativen (und

---

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 177 und 178 vom 31. Juli und 1. August 1878:

	F %	K %	S %
Luckenwalde . . .	812 (46½)	219 (12½)	713 (41)
Dahme	829 (85)	123 (12½)	25 (2½)
Treuenbrietzen . .	780 (91½)	30 (3½)	44 (5)
Jüterbog	457 (68)	213 (32)	
Werder	448 (87)	67 (13)	
Beelitz	385 (97½)	9 (2½)	
Belzig	303 (82½)	65 (17½)	
Niemegk	167 (55½)	133 (44½)	
Baruth	213 (77)	60 (21½)	4 (1½)
Lehnin	143 (65)	77 (36)	
somit verbleiben für das flache Land .	2896 (32)	6172 (68)	33 (—)

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 503 und 504 vom 28. Oktober 1881:

	F %	K %	S %
Luckenwalde . . .	1117 (66)	111 (7)	457 (27)
Dahme	681 (90½)	71 (9½)	
Treuenbrietzen . .	594 (83½)	109 (15)	10 (1½)
Jüterbog	577 (82½)	123 (17½)	
Werder	609 (90)	68 (10)	
Beelitz	388 (93)	29 (7)	
Belzig	328 (84)	62 (16)	
Niemegk	78 (39)	118 (61)	
Lehnin	134 (79)	36 (21)	
Zinna	176 (90)	19 (10)	
somit verbleiben für das flache Land und Baruth . .	3185 (36)	5627 (63½)	33 (½)

Sozialdemokraten) besonders deutlich zum Ausdruck gekommen. Eine Ausnahme machte Niemegk, das schon 1878 die kleinste F-Majorität gehabt hatte, diesmal aber zu 61 % konservativ stimmte.

1884

1884 hatte Rademacher sein Mandat gegen den Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung", Dr. Kropatschek, zu verteidigen. Zählkandidat der Sozialdemokratie war Bebel. — Der Wahlurne blieben wieder fast die Hälfte der Berechtigten fern. Die ihr Wahlrecht Ausübenden entschieden sich zu 26,5 (52,7) % für Kropatschek, der von nun an fast neunzehn Jahre lang den Wahlkreis im Reichstage vertrat. — Auch in Jüterbog waren die Konservativen jetzt im Besitz der Stimmenmehrheit.[1])

1887

1887 blieben Konservative und Freisinnige bei denselben Kandidaten; die Sozialisten stimmten für den Berliner Stadtverordneten Görki. — Die Wahlbeteiligung stieg auf fast 70 %. Der Freisinn zog hieraus gar keinen Nutzen; die S-Stimmen nahmen relativ zwar sehr stark, absolut aber nur um etwa 1700 auf 8,9 % der Berechtigen zu, so daß die Wiederwahl Kropatscheks mit 39,8 (57,5) % erfolgte.[2])

1890

traten dem Konservativen vom Freisinn Langenbucher, von der Sozialdemokratie Tabert und außerdem der „Schiffer" Cunow (R) entgegen. — Zweieinhalbmal so stark wie drei Jahre zuvor, verdrängte die Sozialdemokratie mit 20,3 (28,9) % den Freisinn von der zweiten Stelle, der sich mit 13,2 (18,8) % begnügen mußte. Die K-Stimmen zeigten einen 20proz. Rückgang auf 31,2 (44,4) %, so daß zur Wiederwahl Kropatscheks ein zweiter Wahlgang erforderlich war. — In Luckenwalde waren bei der Hauptwahl fast 70 % der abgegebenen Stimmen auf den Sozialdemokraten entfallen.[3])

1893

1893 präsentierten die Sozialisten Gerischer, die FVp Fähndrich. — Das Ergebnis war ein erneuter geringer Rückgang des Freisinns und ein

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" vom 31. Oktober 1884: K 331; F 265; S 63.

[2]) „Kreuz-Zeitung" vom 22. und 23. Februar 1887: Brück: K 132, F 65; Jüterbog: K 507, F 242, S 220; Baruth: K 173, F 121.

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 87 und 88 vom 21. Februar 1890:

	K %	F %	S %	R %
Wiesenburg .	254 (98,1)	3 (1,5)	1 (0,4)	1 (0,4)
Treuenbrietzen	128 (18,0)	308 (43,4)	208 (29,3)	66 (9,3)
Luckenwalde .	331 (11,3)	574 (19,6)	2014 (68,9)	3 (0,2)

mäßiger Anstieg der Sozialdemokratie auf 23,1 (33,9) %. Kropatschek erhielt 30,7 (45,1) %, so daß die Erneuerung des Mandats wieder erst durch die Stichwahl erfolgte.[1])

1898

1898 war Ewald Kandidat der Sozialdemokratie; die freisinnigen Stimmen erhielt Fraenkel. Die Linksliberalen zeigten eine gute Erholung, auf 19,5 (29,3) %, der ein Rückgang der konservativen Stimmen auf 24,8 (37,4) % gegenüberstand. Erneut mußte Kropatschek sein Mandat in der Stichwahl gegen die Sozialdemokratie verteidigen, deren Anteil in der Hauptwahl 21,9 (32,9) % betragen hatte.[2]) — Von den Luckenwaldern bekannten sich 53 (72) % zur Sozialdemokratie, von der Bevölkerung des flachen Landes nur 14 (22) %. Hier waren 35 (53) % konservativ, in Luckenwalde nur 5 (7) %.[3])

1903

Da Kropatschek eine erneute Aufstellung ablehnte, griffen die Konservativen auf den früheren Jüterboger Landrat v. Oertzen zurück, der sich in den achtziger Jahren während seiner Landratszeit schon um das Mandat beworben hatte. Die Freisinnige Volkspartei präsentierte den Berliner Lehrer Paul Paschke, die Sozialdemokraten stimmten wieder für Ewald, jetzt Restaurateur und Stadtverordneter in Berlin. Trotz steigender Wahlbeteiligung sank die Zahl der für den Freisinn abgegebenen Stimmzettel beträchtlich. Die Stimmen für v. Oertzen stiegen dagegen auf 31,1 (43,2) %, die sozialdemokratischen — verhältnismäßig noch stärker — auf 30,4 (42,2). Die Stichwahl übertrug dann v. Oertzen (R) das Mandat.[4]) Auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten hatte sich der Anteil der Sozialdemokratie um die Hälfte erhöht, in Luckenwalde war er auf 68 (79) % gestiegen.[5]) Besonders stark an dem Rückgang der linksliberalen Stimmen war das flache Land beteiligt, wo ihr Anteil trotz erheblich gestiegener Wahlbeteiligung um die Hälfte auf 8 (10) % sank.

1907

1907 standen sich dieselben drei Kandidaten gegenüber. Die erneut stark gestiegene Beteiligung erbrachte allen Parteien Stimmenzuwachs, den relativ stärksten dem Freisinn, den absolut größten der Reichspartei,

---

[1]) Ergebnis in Wiesenburg („Kreuz-Zeitung" vom 16. Juni 1893): K 262 = 92,6%; F 12 = 4,2%; S 9 = 3,2%.

[2]) Hauptwahl: K 10 316; S 7758; F 3932; Stichwahl: K 12 727; S 9320.

[3]) Tabelle 7. Einzelergebnisse zu Gruppe b („Kreuz-Zeitung" vom 17. Juni 1898):
Wiesenburg . K 258 (92,8%); F 13 (4,7%); S 7 (2,5%);
Golzow . . . K 175 (80,6%); F 24 (11,1%); S 18 (8,3%).

[4]) Stichwahl: R 14727, S 13048

[5]) 1903 erfolgte die Verlegung der Metallschraubenfabrik von Reichelt nach Luckenwalde!

die dadurch ihren Vorsprung vor der SPD erhöhte. Trotzdem wurde ein zweiter Wahlgang erforderlich, in dem dann v. Oertzen erneut das Mandat erhielt; seine Stichwahlmehrheit hatte sich gegen die Vorwahl ganz bedeutend erhöht.[1]) —

In Luckenwalde hatte die Sozialdemokratie mit der Zunahme der Bevölkerung nicht ganz Schritt halten können; ihr Anteil ging dadurch auf 64 (79) % zurück. Für die Reichspartei war die Mobilisierung der ländlichen Wähler entscheidend geworden, die zu 55 (63) % Stimmzettel für v. Oertzen abgaben.

1912

1912 stellte der Fortschritt Landesversicherungsdirektor Dr. Freund auf; v. Oertzen (R) und Ewald (S) kandidierten erneut. Bei kaum veränderter Wahlbeteiligung ergab sich ein scharfer Rückgang der konservativen Stimmen, während der Fortschritt erheblich an Stimmen gewann und auch die Sozialdemokratie ihren Anstieg fortsetzen konnte. Die höchste Stimmenzahl erhielt mit 33,9 (39,6) % der Sozialdemokrat Ewald; trotzdem mußte er in der Stichwahl das Mandat wieder v. Oertzen überlassen. dessen Anteil am 12. Januar nur 28,1 (32,8) % betragen hatte. — Der Stimmenrückgang der Konservativen war im ganzen Kreise gleich stark, machte sich aber relativ am stärksten in Luckenwalde bemerkbar.

Am 11. Juli 1913 errang dann Ewald (S) das Mandat in der Stichwahl gegen v. Oertzen mit 17 105 : 16 375.

P 10

Der Wahlkreis bestand aus der Stadt Charlottenburg und den beiden Landkreisen Beeskow-Storkow und Teltow. Aus letzterem schieden Schöneberg und Rixdorf (ab 1912: Neukölln) zwar aus, verblieben aber im Wahlkreis. — In beiden Kreisen bestanden keine Fideikommisse. Der dünnen Besiedlung in Beeskow-St (unter 50 je qkm) entsprach ein Anteil der in der Landwirtschaft Tätigen von über 50 %, während bei der dichten Bevölkerung im Teltow (über 150 je qkm) nur etwas über 10 % derselben Landwirtschaft betrieben. — Den größten Anteil an der Anbaufläche hatten in den beiden Kreisen Mittelbauern (T 43 %, B 34 %); in Beeskow-St entfiel der Rest fast zu gleichen Teilen auf Kleinbauern (27 %) und Großbetriebe (26 %), während im Teltow die Großbetriebe etwas stärker vertreten waren (28 : 22 %). Im Wahlkreis P 10 verschob sich bei fast gleichbleibender ländlicher Bevölkerung das Verhältnis von a : b : c von 38 : 25 : 37 im Jahre 1885 auf 7 : 7 : 86 bei der Reichstagswahl 1912. Diese war ausschließlich Folge der Ausdehnung Groß-Berlins, da außer den Berliner

[1]) Stichwahl 1903: R 14 727, S 13 048; Stichwahl 1907: R 20 342, S 11 797.

Vororten und Nowawes in beiden Landkreisen überhaupt keine Gemeinde mit mehr als 10 000 Einwohnern vorhanden war. 26 500 Wahlberechtigte zählte der Kreis 1871; bei der letzten Wahl vor dem Kriege waren es 339 000, d. h. 1180 % mehr. Die einzelne Wahlstimme hatte elf Zwölftel ihres Gewichtes eingebüßt. Ein Drittel aller Wahlberechtigten der Provinz wohnte im Wahlkreis Potsdam 10.

Im Norddeutschen Reichstag war der Kreis anfänglich durch den Generalfeldmarschall v. Roon vertreten; an seine Stelle trat, als Roon Anfang 1869 das Mandat niederlegte, der Landrat des Kreises Teltow, der konservative Dr. jur. Prinz Handjery.

1871

1871 wurde sein Mandat erneuert; von den 40 % der Berechtigten, die sich an der Wahl beteiligten, stimmten mehr als zwei Drittel für Handjery, die übrigen (11 % B 28 % St) für den nationalliberalen Gegenkandidaten Kiepert.

1874

Im Jahre 1874 forderte das Konservative Wahlkomitee des Kreises Teltow zur Wahl des Ritterschaftsrates Steinhausen-Streganz zu Berlin auf; aber auch v. der Schulenburg auf Ragow, der Vorsitzende des Konservativen Vereins in Beeskow, bewarb sich um die konservativen Stimmen, und außer dem liberalen Gegner aus der Vorwahl trat ein vierter Bewerber in der Person des Lassalleaners Zigarrenmacher Dietzmann auf den Plan. Die Wahlbeteiligung sank auf 33 %; die für Kiepert abgegebenen Stimmen nahmen trotzdem (auf 14 % B) zu, während der Anteil der Konservativen um mehr als die Hälfte zurückging. Für den Sozialisten stimmten 4,3 % der Berechtigten, das sind nur sechs Stimmen weniger, als Schulenburg erhielt. Bei der am 25. Januar stattfindenden Stichwahl stieg die Beteiligung auf 37 %; das Mandat erhielt Rittergutsbesitzer Kiepert auf Marienfelde.

1877

Zur nächsten Wahl, 1877, erhöhte sich die Zahl der Bewerber durch den Fortschrittler Kaufmann Wöllmer, Charlottenburg, und den Zählkandidaten des Zentrums. Um die konservativen Stimmen warben v. der Schulenburg (K) und Dr. Lazarus (R). Trotz ziemlich reger Versammlungstätigkeit beteiligten sich doch nur 40 % an der Wahl; allerdings war die wahlberechtigte Bevölkerung inzwischen um 20 % gegen 1874, um fast 50 % gegen 1871 gestiegen. — Der Sozialist hatte seinen Anteil um die Hälfte erhöht, auf die beiden konservativen Kandidaten waren zusammen prozentual noch weniger Stimmen als 1874 entfallen. Obwohl für den Fortschrittler 9,5 % B stimmten, zeigte der Nationalliberale nur einen leichten Rückgang auf 12 % B. In der Stichwahl siegte dann — wie schon 1874 mit Hilfe der Konservativen, wie er im Juli 1878 in einer Charlotten-

burger Versammlung zugab — der bisherige Abgeordnete Kiepert, für den in der Hauptwahl 12,2 % der Berechtigten gestimmt hatten, nur 30 % der gültigen Stimmen abgegeben worden waren.[1])

1878

1878 war die Versammlungstätigkeit ebenso rege. Die Konservativen hatten sich auf Moltke geeinigt, doch wurde die Zahl der Kandidaten dadurch nicht geringer. Außer den vorjährigen nichtkonservativen Bewerbern bemühte sich als gemäßigt liberal — meist ein Deckmantel für Konservative, in diesem Falle aber nicht zu definieren — der Inhaber der Akademischen Bierhallen in Berlin, Theodor Müller, um die Gunst der Wähler. Wie in Berlin war in P 10 Freiherr v. Schorlemer-Alst Zählkandidat des Zentrums, die Sozialdemokratie präsentierte den Tischler Schwekendiek.

Die Wahlbeteiligung überschritt 58 % und brachte eine erhebliche Veränderung des Stimmenverhältnisses. Kiepert hatte die Hälfte seines Anteiles verloren, Moltke für die Konservativen fast die frühere Stärke wiedererobert, absolut sogar erheblich überschritten. Es ist wahrscheinlich, daß dieser Erfolg durch Mobilisierung der Nichtwähler erreicht wurde, während der Verlust des Nationalliberalen fast ganz den Fortschrittlern zufiel, deren Anteil sich um mehr als die Hälfte, auf fast 17 % B, erhöhte. Der Sozialdemokrat, dessen Stimmengewinn ebenso stark war, verdankte diesen Erfolg dagegen wohl z. T. den früheren Nichtwählern, in der Hauptsache aber den neuzugezogenen Berechtigten. — In der Stichwahl errang Wöllmer — wahrscheinlich mit Hilfe der sozialdemokratischen und nur eines Teiles der nationalliberalen Wähler — das Mandat.

Teilergebnisse aus den Berliner Vororten sind dort geboten.[2]) Bringt man diese von den insgesamt im Kreise entfallenen Stimmen in Abzug, so hatte die Wahl im eigentlichen Provinzialwahlkreis folgendes Ergebnis (in Klammern Gesamtergebnis): K 65 (41); NL 10 (11); F 19 (29); S 4 (19) % der abgegebenen Stimmen.[3])

1881

Auch dieser Wahl ging eine überaus rege Versammlungstätigkeit voraus. Einige Berichte lassen die Mitgliedszahlen konservativer Vereine ersehen.[4]) Bei deren Beurteilung muß aber beachtet werden, daß Unbemittelte

---

[1]) Einzelergebnisse der Hauptwahl nach der „Kreuz-Zeitung" Nr. 10 vom 13. Januar 1877:

	F %	NL %	S %	R %	K %
Storkow . . .	2 (1)	144 (76)	17 (9)	— (0)	26 (14)
Teltow . . .	103 (45½)	25 (11)	90 (39½)	9 (4)	— (0)

[2]) Siehe Seite 59.

[3]) Außerdem bekannt: Beeskow K 72, L 6, F 22 % der abgegebenen Stimmen; Mittenwalde K 54, L 14, F 32 %; Nowawes K 42, F 38, S 20 %; Teltow K 11, L 15, F 46, S 28 %; Teupitz K 71, M 1, F 27, S 1 %; Trebbin K 38, L 9, M 1, F 31, S 8 %; Zossen K 59, L 8, M 1, F 32 %; Storkow K 36, L 20, F 44 %.

[4]) Köpenick 250, Buckow 60, Zehlendorf 126, Königs Wusterhausen 50, Steglitz 55 („Teltower Kreisblatt").

keine Beiträge zu bezahlen brauchten, daß sogar viele Vereine „Überschuß erzielt" (?) hatten und laufende Beiträge abschaffen konnten, daß Abendessen mit nicht gerade hohem Gedeckpreis veranstaltet wurden usw.[1]) — Die Fortschrittler waren außerhalb des Groß-Berliner Bereichs nicht sehr tätig, in den Berliner Vororten befanden sie sich, auch in ihren eigenen Versammlungen, meist in der Defensive. — Die konservativen Veranstaltungen verliefen durchgängig recht antisemitisch, griffen Camphausen scharf an und wendeten sich häufig auch gegen die Gewerbefreiheit. — Die Sozialisten konnten öffentliche Versammlungen nicht veranstalten, auch als Diskussionsredner in den Versammlungen anderer Parteien wurden sie nicht erwähnt. Verfassungswidrig wurden sogar an einigen Orten sozialdemokratisehe Stimmzettel beschlagnahmt.

Kandidat der Konservativen war der frühere Abgeordnete Landrat Prinz Handjery, derjenige des Fortschritts der bisherige Abgeordnete Wöllmer, die sozialistischen Stimmen vereinigten sich auf Bebel. Von Kiepert hörte man nichts mehr, doch verzeichnete die Wahlstatistik noch 113 nationalliberale Stimmen (0,25 % B). — Bei einer Beteiligung von 62 % stimmten fast 32 % B für Prinz Handjery, der damit gewählt war. Aber auch Wöllmer hatte seinen Anteil stark erhöhen können, während die sozialdemokratischen Stimmen gegen die Vorwahl auf ein Viertel zurückgegangen waren.

Aus den Berliner Vororten stammten 49 % der Stimmen, und zwar 34 % der konservativen, 64 % der fortschrittlichen und 84 % der sozialdemokratischen.[2]) Ohne die Berliner Vororte (mit ihnen) ergab sich folgendes Wahlresultat: K 67 (52) %, F 31 (43) %, S 2 (5) % der abgegebenen gültigen Stimmen.

1884

standen sich erneut Prinz Handjery und Wöllmer gegenüber; die Sozialdemokraten stimmten für Krohme. — Der Wahlkampf zeigte keine Besonderheiten und bewirkte nur eine geringfügige Zunahme der Wahlbeteiligung auf 64 %. — Wöllmers Anteil sank auf 20,6 (32,1) %, während für den Sozialisten fast ebensoviel Stimmen abgegeben wurden wie vor dem Sozialistengesetz. Prinz Handjery wurde mit 33,4 (52,1) % erneut Abgeordneter des Kreises.

Sozialdemokratie und Fortschritt hatten ihr Schwergewicht wie bei früheren Wahlen im Groß-Berliner Bereich. Von hier stammten 83 % aller sozialistischen, 56 % aller fortschrittlichen Stimmen des Wahlkreises. In dem „bereinigten" Kreise, d. h. nach Abzug der Groß-Berliner Wahl-

---

[1]) „Teltower Kreisblatt" 1881 Nr. 65, 67, 75 u. sonst

[2]) Siehe Seite 61, Anmerkung 2; außerdem sind bekannt:

	K	F		K	F
Beeskow . .	297=69%	135=31%	Storkow . .	88= 43%	115=57%
Sperenberg .	54=34%	103=66%	Trebbin . .	144= 47%	164=53%
Zossen . . .	195=46%	232=54%	der abgegebenen Stimmen.		

stimmen, hatten die Wähler zu 68 % konservativ, zu 27% linksliberal und nur zu 5 % sozialdemokratisch gestimmt.[1]) Unter den dann im Kreise verbleibenden Städten nahm das industrielle Nowawes-Neuendorf noch eine Sonderstellung ein, sonst bestand auch hier fast durchgängig eine konservative Mehrheit.

1887

1887 zählte der Wahlkreis schon mehr als doppelt soviel Wahlberechtigte wie 1871. Die klare Wahlparole der Regierung, der Zusammenschluß der Rechtsparteien zum Kartell und die auf einen Zeitraum von wenig mehr als vier Wochen zusammengedrängte und dadurch äußerst intensive Propagandatätigkeit bewirkten eine Wahlbeteiligung von fast 78 %. Das Mehr der Stimmen kam beinahe restlos dem Kandidaten des Kartells, Prinzen Handjery, jetzt Regierungspräsident in Liegnitz, zugute. Der Fortschritt büßte trotz der größeren Wahlbeteiligung fast 2000 Stimmen ein, so daß Wöllmers Anteil nur noch 15,5 (19,8) % betrug. Dagegen erhöhten sich die für Krohme abgegebenen sozialdemokratischen Stimmen um über 4000, d. h. auf 16 (20,5) %. Teilergebnisse stehen für diese Wahl nicht so zahlreich wie sonst zur Verfügung. Da vor allem Charlottenburg und Schöneberg fehlen, sind Vergleiche nicht möglich.[2])

1890

1890 war die Zahl der Wahlberechtigten um weitere 20 % gestiegen. So waren die 24,2 % Nichtwähler des Kreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg schon ebensoviel wie die gesamten Wahlberechtigten der Ostprignitz. Gegen Handjery kandidierten Buchdrucker W. Werner (S) und Ingenieur Carl Richter (F). Außerdem traten Zentrum (v. Kehler), Antisemiten (Boeckel) und Direktor Louis Cunow auf. — Der Rückgang des Freisinns um weitere 500 Stimmen bedeutete eine Verringerung seines Anteiles auf 11,3 (14,9) %. Die konservativen Stimmen gingen um über 2000 zurück und machten nur noch 33,5 (44,2) % aus. Die Sozialdemokratie konnte dagegen 11 500 neue Wähler verzeichnen (d. h. den gesamten Zugang an Wahlberechtigten seit 1887) und kam dem Konservativen

---

[1]) Bei Berlin sind nachgewiesen: K 4 962, F 5471, S 3773,
so daß verbleiben: K 10 954, F 4359, S 770.

Hiervon entfielen („Vossische Zeitung" 29. Oktober, „Kreuz-Zeitung" 28., 30., 31. Oktober) auf

	K	F	S
Nowawes-Neuendorf . . .	642 (40%)	723 (46%)	223 (14%)
Teltow	128 (45%)	103 (36%)	56 (19%)
Beeskow	297 (69%)	117 (27%)	14 (4%)
Storkow	99 (46%)	108 (51%)	6 (3%)
Mittenwalde	219 (83%)	43 (16%)	1 (1%)
Zossen	266 (68%)	125 (32%)	?

[2]) Bei Berlin sind nachgewiesen: K 2446, F 1229, S 2629; sonst bekannt: Nowawes K 576 (44%), F 422 (32%), S 311 (24%); Storkow K 146 (60), F 94 (38), S 5 (2); Mittenwalde K 304 (70), F 133 (30); Zossen K 541 (87), F 70 (11), S 9 (2).

damit recht nahe. — In der Stichwahl scheinen sich die F-Wähler fast vollzählig der Stimme enthalten zu haben; Prinz Handjery trug mit geringer Mehrheit den Sieg davon. — Teilergebnisse aus den Berliner Vororten sind — bis auf Steglitz — nicht bekannt; die kleineren Städte zeigten Bemerkenswertes nicht.[1])

1893

Prinz Handjery lehnte diesmal eine Wiederwahl ab und schlug den Düppeler Amtmann Ring zum Nachfolger vor. Dieser spielte eine führende Rolle im Landbund, der damals im Kreise etwa 130 Mitglieder zählte. Während die Nationalliberalen diese Kandidatur unterstützten, stellten die Antisemiten trotz der drohenden sozialistischen Gefahr in Dr. Foerster einen eigenen Kandidaten auf. Vom Freisinn wurde Kreistagsabgeordneter Müller („Vorortkandidat") präsentiert, von der Sozialdemokratie der Gastwirt und Stadtverordnete Zubeil. — Die Zahl der Wahlberechtigten war erneut um 22 000 (35 %) gestiegen; trotzdem ließ die Wahlbeteiligung nicht nach. Die Konservativen verloren 3500 Stimmen und blieben mit 21,1 (27,8) % weit hinter der Sozialdemokratie zurück, welche über 12 000 Stimmen gewann und mit 35,7 (47,2) % stärkste Partei wurde. Dem Freisinn waren zwar über 800 neue Stimmen zugeflossen, sein Anteil ging aber doch auf 9,4 (12,4) % zurück; der Antisemit kam ihm ziemlich nahe. — Für die Stichwahl gab die FVp keine Parole aus, doch trat ihre Presse offen für Zubeil ein, so daß das „Kernland des preußischen Staates", welches in den Norddeutschen Reichstag den Generalfeldmarschall v. Roon entsandt hatte, nunmehr von der Sozialdemokratie erobert war. — Wenn man die diesmal wieder ziemlich vollständigen Ergebnisse[2]) aus den Berliner Vororten vom Gesamtvotum des Kreises in Abzug bringt, so ergibt sich, daß 44,7 % konservativ, 10,9 % antisemitisch, 11,5 % freisinnig und 32,9 % sozialistisch gestimmt hatten, d. h. das Verhältnis zwischen K und S erscheint nahezu umgekehrt. 65 % aller Stimmen (76 % der sozialdemokratischen, 68 % der freisinnigen, 68 % der antisemitischen und 44 % der konservativen) stammten aus dem Groß-Berliner Bereich.

---

[1])	Steglitz	Kl.-Gl.	Neuend.	Neuzit.	Mittwld.	Trebbin	Beeskow
K	860 (43%)	123 (76)	224 (40)	47 (31)	217 (47)	374 (77)	336 (70)
F	292 (22%)	20 (12)	155 (27)	24 (16)	144 (31)	7 (1)	142 (30)
S	631 (35%)	19 (12)	186 (33)	7 (5)	99 (22)	105 (22)	0

dazu R in Neuzittau 71 (48); außerdem Storkow: K 126 (53), F 36 (15); S 76 (32).

[2]) Bei Berlin nachgewiesen: K 8 203; A 5279; F 5593; S 23 861;
somit verbleiben: K 10 284; A 2507; F 2660; S 7 563.

Hiervon („Kreisblatt" Nr. 71 v. 15. Juni, „Kreuz-Zeitung" Nr. 278 v. 16. Juni 1893):

	K	A	F	S
Nowawes-Neuendorf .	1125 (34,2%)	160 (4,8%)	395 (12,0%)	1614 (49,0%)
Mittenwalde	171 (37,0%)	28 (6,1%)	102 (22,1%)	161 (34,8%)
Beeskow	185 (36,1%)	211 (41,2%)	47 (9,2%)	69 (13,5%)
Nowawes allein . . .	349 (20,0%)	25 (1,5%)	274 (15,7%)	1093 (62,8%)
Neuendorf allein . .	776 (50,0%)	135 (8,7%)	121 (7,8%)	521 (33,5%)

Schon im März erschienen Aufrufe zur Sammlung des Bürgertums, die aber durch Betonung der Parole „Schutz der nationalen Arbeit" den Linksliberalismus sofort zurückschreckten. Ring kandidierte für den Preußischen Landtag, um für den Reichstagswahlkampf einem nichtagrarischen konservativen Bewerber Platz zu machen. Trotzdem hatten die Verhandlungen mit Nationalliberalen, Antisemiten und dem Bund der Landwirte keinen Erfolg, so daß Superintendent a. D. Vorberg nur auf die Konservativen unbedingt rechnen konnte. Allerdings billigte auch die Mehrzahl der Landbündler diese Kandidatur, sechs von 53 Vertrauensleuten sprachen sich dagegen für den Antisemiten Fröhlich aus.[1]) Die Nationalliberalen beabsichtigten zuerst die Aufstellung eines eigenen Kandidaten[2]) (Eisenbahndirektor Ströhler, Charlottenburg), traten dann aber für den Freisinnigen Dr. Eduard Bernstein ein[3]). v. Kehler war wieder Zählkandidat des Zentrums. — Die Zahl der Wahlberechtigten hatte sich seit der letzten Wahl vor fünf Jahren um über 50 % auf 135 000 erhöht, so daß der prozentuale Rückgang der Wahlbeteiligung auf 64 % erklärlich ist, machten doch so immerhin noch mehr von ihrem Wahlrecht Gebrauch, als 1893 überhaupt wahlberechtigt waren. — Konservativ stimmten 10000 Wähler mehr als vor fünf Jahren, so daß die Partei im gleichen Verhältnis wie die Zahl der Berechtigten gewachsen war. Die anderen Kandidaten konnten die Masse der Neuwähler nicht im gleichen Umfange erfassen oder die Reservearmee der Nichtwähler entsprechend mobilisieren. Wohl gewann auch der Freisinn über 3000, die Sozialdemokratie über 11 000 neue Stimmen, ihr Anteil an der Gesamtzahl der Wahlberechtigten ging aber auf 8,4 (13,2) bzw. 31,6 (49,4) % zurück. Für den Antisemiten stimmten 5500 Wähler weniger, so daß sein Anteil nur noch 1.5 (2,4) % betrug.

Zur Stichwahl[4]) am 24. Juni traten Antisemiten, Nationalliberale und offiziell auch der Freisinn nun für Vorberg ein, während viele der Berliner Freisinnsblätter für Zubeil Stimmung machten. Da 12 000 Stimmen mehr als am 16. Juni abgegeben wurden, läßt sich schwer beurteilen, welcher Parole die linksliberalen Wähler gefolgt sind. Es spricht viel dafür, daß sie ihre Stimme dem bürgerlichen Kandidaten gaben, ohne damit allerdings die Wiederwahl Zubeils verhindern zu können. — Außer den

---

[1]) „Kreisblatt" 27. März 1898.

[2]) „Kreisblatt" 29. März 1898.

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 261 vom 8. Juni 1898.

[4]) Stichwahlergebnis („Teltower Kreisblatt"):

	für Zubeil	Vorberg
in Charlottenburg	13 211	10 846
im Kreis Teltow	36 860	29 916
„ Kreis Beeskow	1 896	5 599
zusammen	51 967	46 361
gegen Hauptwahl	+ 9 268	+ 17 920

in Tabelle 7 bzw. 7a nachgewiesenen Teilergebnissen aus den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern, welche mit Ausnahme von Nowawes Vororte Berlins waren, sowie den bei Berlin angeführten weiteren Vororten aus der Ortsgrößenklasse b sind noch die untenstehenden Wahlresultate aus sieben anderen Gemeinden bekannt.[1]) Bringt man die Berliner Vororte vom Gesamtwahlkreis in Abzug, so verbleiben 32 000 Wahlberechtigte, von denen 74 % auf das flache Land, 19 % auf kleine Städte und 7 % auf die einzige große Gemeinde Nowawes entfielen. Die Wahlbeteiligung betrug in a 67 %, in b 62 % und in Nowawes 74 %, so daß in dem von Berlin bereinigten Kreise rund 21 100 gültige Stimmen abgegeben wurden. Sofort tritt dann die Ähnlichkeit mit anderen ländlichen Kreisen zutage, die sich vor allem in dem Verhältnis zwischen Konservativen und Freisinnigen dokumentiert. Besonders kraß offenbart sich der konservative Charakter des Kreises Beeskow-Storkow, aus dem knapp 30 % der gültigen Stimmen kamen.[2])

1903

Der Versuch der konservativen Kreise, auch in Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg durch eine getarnte Kandidatur ihre Stellung zu verbessern, konnte die Aufstellung eines nationalliberalen Kandidaten nicht verhindern. So standen sich schließlich sieben Bewerber gegenüber; Zubeil (S), Max Schulz (FVp), Kammergerichtsrat Dr. Karsten (NL), Malermeister Fritz Hammer (Nationaler Reichswahlverband = K[3]), Dr. Stephan (Z), Chrza-

[1])	Ber.	N	Spl	S	F	K	A
		%	%	%	%	%	%
Neuendorf	960	26,3	0,4	36,2	10,0	27,0	0,1
Zossen	940	35,7	0,5	9,8	3,9	48,8	1,3
Königs Wusterhausen .	780	41,3	0,5	21,7	7,7	27,7	1,1
Trebbin	770	35,6	0,1	27,2	8,6	27,2	1,3
Alt-Glienicke	740	28,4	0,1	51,5	4,7	14,9	0,4
Mittenwalde	630	43,2	0,0	19,6	16,3	20,1	0,8
Teltow	600	34,9	0,0	37,0	2,3	25,6	0,2

[2]) Stimmen für die Hauptparteien in (I) Wahlkreis P 10 ohne Berliner Vororte, (II) Teltow ohne Berliner Vororte, (III) Beeskow-Storkow.

	I	II	III
S	7 370 = 34,2%	5 710 = 37,1%	1 657 = 26,3%
F	1 470 = 6,8%	1 700 = 7,6%	303 = 4,8%
K	12 320 = 57,1%	8 200 = 53,2%	4 116 = 65,4%
A	400 = 1,9%	320 = 2,1%	80 = 1,3%
Z	—	—	137 = 2,2%
Zusammen	21 560	15 400	6 293

Die Differenzen — II + III müßten = I sein — beruhen darauf, daß bei den aus der Presse entnommenen Wahlergebnissen der kleineren Gemeinden nicht festzustellen ist, in welchem Umfange Vorwerke, Gutsbezirke u. ä. (statistisch der Gruppe a zugehörige) Wohnplätze einbezogen waren.

[3]) Anfänglich bestand eine starke Bewegung für eine Kandidatur des Neuköllner Bürgermeisters Boddin, der aber ablehnte.

nowski (P) und Naumann (Nat.-Soz.). — Die Zahl der Wahlberechtigten war um weitere 35 % gestiegen und mit 183 000 fast siebenmal so groß wie 1871. Da sich auch die Wahlbeteiligung wieder besserte, wurden über 46 000 gültige Stimmen mehr abgeben als 1898. Den größten Gewinn konnte, mit über 31 000 Mehrstimmen, die Sozialdemokratie verzeichnen, die dadurch auch relativ ihre Stellung bedeutend verbesserte und mit 40,3 (55,9) % die sichere Majorität besaß. Der Anteil der konservativen Stimmen ging zwar um ein geringes zurück, doch hatten sie absolut um 8200 zugenommen. Die liberale Stimmenzahl war ebenfalls ansehnlich gewachsen — trotz oder wegen der Zersplitterung auf zwei Kandidaten!? — Zubeil war im ersten Wahlgang gewählt; 36 700 konservative, 7600 rechtsliberale und 11 700 linksliberale Stimmen waren erfolglos abgegeben worden.[1]) Neben 2000 Zentrumswählern waren 815 Nationalpolen zur Wahlurne geschritten, mehr als sechsmal soviel wie sich zum Nationalsozialismus des Pfarrers Naumann bekannt hatten.

Einzelergebnisse sind außer den bei Berlin nachgewiesenen noch aus Nowawes und weiteren sieben Gemeinden bekannt.[2]) Nimmt man die im Groß-Berliner Bereich abgegebenen Stimmen aus dem Gesamtvotum des Kreises heraus, so verbleiben etwa 35 000 Wahlberechtigte (—10 %), von denen rund 70 % auf dem flachen Lande wohnten. Gerade hier nahm die Sozialdemokratie stark zu; allerdings spricht die Vermutung dafür, daß hieran in besonders hohem Maße der Kreis Teltow beteiligt war.[3]) Trotz alledem blieben aber in dem von Berlin bereinigten[4]) Kreise die Konservativen mit über 50 % der gültigen Stimmen stärkste Partei, der Gesamtliberalismus mit 3,1 (4,1) % gänzlich bedeutungslos.

---

[1]) In Schaumburg-Lippe genügten 1904 in der Stichwahl 4500 Stimmen zur Erlangung des Mandats (R). Siehe auch Seite 129.

[2]) Nowawes siehe Tabelle 7a.

	Ber.	N %	S %	F %	NL %	K %	Z %
Königs Wusterhausen	3240	22,6	44,8	2,1	0,9	29,2	0,6
Neuendorf	1280	20,2	43,4	4,4	1,7	29,8	0,5
Zossen	1020	20,6	22,1	3,7	1,2	52,4	
Alt-Glienicke	870	17,1	58,6	1,6	0,1	23,5	0,1
Trebbin	860	17,2	34,7	6,3	0,0	41,8	
Mittenwalde	730	35,8	29,9	12,3	0,3	21,7	
Teltow	680	23,3	48,0	0,4	2,3	26,0	

[3]) Eine genaue Gliederung ist aus den in Anm. 2, Seite 127, angegebenen Gründen nicht möglich. So umfaßt die Anm. 2 rund 8680 Berechtigte, während in Gruppe b nach Abzug der Berliner Vororte nur 7700 verbleiben dürften.

[4]) Nichtwähler . . . . 8 390 = 24,3 %
Sozialdemokraten . . 10 890 = 31,4 (41,5) %
Freisinn . . . . . 910 = 2,6 (3,5) %
Nationalliberale . . 160 = 0,5 (0,6) %
Konservative . . . 14 280 = 41,2 (54,4) %

1907

248 160 Wahlberechtigte sollten am 25. Januar 1907 über ihren einen Vertreter im Deutschen Reichstage entscheiden; das waren fünfzehnmal soviel wie in B 1 oder der Ostprignitz, fünfundzwanzigmal soviel wie in Schaumburg-Lippe, deren 16 000 bzw. 10 000 Wahlberechtigte ebenfalls über je ein Mandat verfügen konnten.

Noch nicht der zwanzigste Teil, 11 330, wohnte im Kreise Beeskow-Storkow, von den übrigen 236 830 wohnten 199 900 in Großstädten, weitere 12 300 in kleineren unmittelbaren Vororten Berlins, so daß für den Landkreis Teltow knapp 25 000 Wahlberechtigte verblieben. — Nationalliberale und Nationalsoziale nahmen von einer eigenen Kandidatur Abstand, so daß um das Mandat des größten Reichstagswahlkreises die Sozialdemokraten (Zubeil), die Konservativen mit Unterstützung der Nationalliberalen[1]) (Oberbürgermeister Boddin, Neukölln) und der Freisinn (Stadtschulrat Dr. Neufert) kämpften. Dazu traten dann wieder die Zählkandidaten des Zentrums und der Polen. Der Wahlkampf war recht lebhaft und brachte sehr viele Organisationen gegen die Sozialdemokratie auf die Beine, deren Aufgabengebiete mit Politik kaum noch Berührung hatten. Bei der Wahlhilfe für die Konservativen betätigte sich besonders rege der Verein Deutscher Studenten. Die Wahlbeteiligung stieg auf 80,8 %, so daß nahezu 67 000 Stimmzettel mehr abgegeben wurden als 1903. Davon entfielen 27 500 auf den Freisinn und 30 300 auf die Sozialdemokratie, deren Anteil sich nun auf 42,0 (52,5) % stellte und erneut Zubeil das Mandat sicherte.

Bei Berlin ist das Wahlergebnis von 209 000 im Wahlkreis P 10 wohnenden Berechtigten nachgewiesen. Von den verbleibenden 39 000 wohnten knapp 3000 in Nowawes (Gruppe c), die übrigen in Kleinstädten (12 000) und auf dem flachen Lande (24 000). Im Kreise Beeskow-Storkow, wo die Beteiligung nur 85,5 % betrug, stimmten 52,0 (60,8) % konservativ, im Landkreise Teltow bei einer Beteiligung von 86,7 % nur 42,2 (48,7) %.

Die Nichtwähler bzw. die Stimmen kamen aus:

	Groß-Berlin	bzw.	Teltow	bzw.	Beeskow-Storkow zu
N	89,4 %	„	7,0 %	„	3,6 %
S	89,1 %	„	8,0 %	„	2,9 %
F	92,0 %	„	6,3 %	„	1,7 %
K	69,3 %	„	19,5 %	„	11,2 %

Auf Zentrum bzw. Polen entfielen in den Städten Charlottenburg, Schöneberg und Neukölln . .	2053	bzw.	722
im Kreise Teltow	797	„	194
im Kreise Beeskow-Storkow	16	„	14
zusammen. .	2866	bzw.	930 Stimmen.

[1]) Der offizielle Aufruf der Nationalliberalen für Boddin erfolgte erst am 15. Januar.

Nochmals mehr als 81 000 neue Wahlberechtigte erhöhten deren Zahl auf nun 339 256. Bei einer Beteiligung von 82,6 % wurden daher fast 280 000 gültige Stimmen abgegeben. Über 175 000 (63 %) davon stammten aus den kreisfreien Städten, 94 500 (34 %) aus dem Restkreise Teltow und nur 8764 (3 %) aus dem Kreise Beeskow-Storkow.

Eine Hoffnung, das Mandat des Sozialdemokraten Zubeil durch Zusammenschluß aller nichtsozialistischen Kreise zu gefährden, bestand anscheinend nicht mehr, und so war fast jede Partei durch einen eigenen Kandidaten[1]) vertreten. Tatsächlich wurde dann auch Zubeil mit den Stimmen von 163 765 Wählern, d. h. 48,3 (59,0) %, wiedergewählt; 116 527 nichtsozialistische Stimmen fielen unter den Tisch, darunter 70 000 fortschrittliche, 29 200 konservative[2]) und 9800 demokratische. Die Übermacht der Sozialdemokratie war zweifellos Ausdruck des Groß-Berlintums dieses Monsterwahlkreises; aber der Wahlausfall in den Städten des Teltow[3]) wie besonders in dem doch immer noch ländlichen Kreise Beeskow-Storkow[4]) zeigte, daß die Sozialdemokratie auch hier schon ein Machtfaktor geworden war, der selbst bei einer völlig neuen Wahlkreiseinteilung nicht mehr außer acht gelassen werden durfte. Hätte dagegen eine Reform sich darauf beschränkt, etwa nur das jetzige Groß-Berlin aus dem alten Wahlkreisverbande herauszuziehen[5]), so wäre es wohl selbst einem bürgerlichen Einheitskandidaten äußerst schwer gefallen, sich gegen einen Sozialdemokraten zu behaupten.

---

[1]) S Zubeil, Expedient, Stadtverordneter in Berlin; F Professor Dr. Spiegel, Charlottenburg; K Fabrikbesitzer March, Charlottenburg; Z Reichsgraf Hans v. Oppersdorf, Berlin; P Volksschriftsteller Chociszewski, Gnesen; D Architekt Schubert: Chr.-Soz. Gew.-Beamter Behrens, Essen; ? Stadtsekretär Stürmer.

[2]) 1907 waren es noch fast 52 500 gewesen.

[3])

	K + A	F + D	S
Mittenwalde	74 + 0 = 74	152 + 0 = 152	321
Teltow	63 + 0 = 63	204 + 0 = 204	508
Trebbin	108 + 3 = 111	260 + 5 = 265	376
Zossen	248 + 23 = 271	211 + 23 = 234	382
Alt-Glienicke	182 + 0 = 182	45 + 0 = 45	641
Königs Wusterhausen	92 + 1 = 93	252 + 17 = 269	442
zusammen	794 = 17,1%	1169 = 25,3%	2670 = 57,6%

[4]) K 3961 = 45,2% F 1297 = 14,8% S 3506 = 40,0%

[5]) Wahlkreis P 10 ohne die in Tabelle 7a und bei Berlin (Anmerkung 1 auf Seite 77) nachgewiesenen Berliner Vororte:

S rd. 18 500; = 50% Lib. rd. 7000; = 19% K rd. 11 500 = 31%

F 1

Der erste Wahlkreis des Regierungsbezirks Frankfurt bestand aus den Kreisen Arnswalde und Friedeberg. Im Kreise Arnswalde bestanden keine Fideikommisse, im Kreise Friedeberg verfügten Fideikommisse über mehr als 15 % der Gesamtfläche. Große Güter besaßen im Kreise Arnswalde 55½ % der Anbaufläche (davon 4½ % von 100 bis 200 ha, 51 % über 200 ha), im Kreise Friedeberg 40 % (2½ bzw. 37½ %). Demgemäß war der bäuerliche Besitz, besonders der mittlere und kleinere, in Friedeberg stärker als in Arnswalde. In Friedeberg entfielen 27½ % der Anbaufläche auf Höfe von 20 bis 100 ha, 26½ % auf mittlere Wirtschaften von 5 bis 20 ha und noch 6 % auf Kleinbesitz, im Arnswalder Kreis dagegen 33 % bzw. 10½ % bzw. 1 %. — Beide Kreise zeigten Wanderungsverlust, Friedeberg fast doppelt so stark wie Arnswalde. Die Zahl der Wahlberechtigten konnte sich daher von 1871 bis 1912 nur von 18 100 auf 21 600, d. h. um 19 %, erhöhen. Städte über 10 000 Einwohner besaß der Kreis nicht; 1885 wohnten 71 % der Wahlberechtigten auf dem flachen Lande, 1912 dagegen 68 %.

1871

bewarben sich zwei Konservative um das Mandat: v. Brand und Wilmanns (letzterer in der Statistik R!). Außerdem wurden einige Stimmzettel mit Namen von liberalen Persönlichkeiten abgegeben. Da die Wahlbeteiligung nur 41,6 % betrug, genügten die 26,6 (63) %, welche für Wilmanns stimmten, zur Erlangung des Mandates.

1874

kandidierte Wilmanns erneut; die Liberalen stellten ihm den Rentier Dann gegenüber. Bei gleich starker Wahlbeteiligung entfielen auf beide Kandidaten fast gleich viel Stimmen. Im zweiten Wahlgang siegte dann der Nationalliberale Dann. Nicht nachzuweisen, aber wahrscheinlich ist die Meldung der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 16 vom 20. Januar 1874) über den Ausgang der Hauptwahl: Nur dadurch, daß 15 auf den Namen des Deutschen Kaisers abgegebene Stimmzettel für gültig erklärt worden seien, hätten Dann vier Stimmen an der absoluten Majorität gefehlt. Durch den Ausfall der Stichwahl sei der sonst sichere Wahlprotest gegenstandslos geworden.

1877

1877 stellten die Liberalen Dr. Gerischer auf, während v. Brand wieder konservativer Kandidat war und mit 28,6 (60½) % gewählt wurde. Er blieb bis 1890 im Besitz des Mandats.

1878

1878 stand ihm der Nationalliberale v. Bernuth gegenüber, der auch vom Fortschritt unterstützt wurde und für den 25,8 (34) % stimmten. — In Tabelle 1 habe ich bereits erwähnt, daß die Zahl der Wahlberechtigten in

allen Statistiken mit 10 544 angegeben wird, daß aber hier wohl ein Irrtum vorliegt, dessen Klärung allerdings heute kaum noch Bedeutung hat. Er wirkt sich in Tabelle 5 durch die auffallend hohe Wahlbeteiligungsziffer (76,1 %) aus, während man bei 18 544 Berechtigten auf die für das Jahr 1878 wahrscheinlichere Beteiligung von 43,4 % kommt, wobei dann auf Bernuth 14,6 (34) %, auf v. Brand 28,5 (66) % entfallen wären. — In Friedeberg[1]) waren 285 konservative (66 %) und 152 liberale Stimmen abgegeben worden.

1881

1881 kandidierte wieder der inzwischen aus der Nationalliberalen Partei ausgeschiedene v. Gerischer (in der Statistik noch NL). Die liberalen Stimmen vermehrten sich auf 21,2 (44) %.

Von den Städten[2]) stimmte Driesen zu fast 90 % liberal, die anderen zeigten ebenfalls — wenn auch nicht allzu starke — liberale Mehrheiten.

1884

1884 wiederholte sich der Kampf um das Mandat zwischen v. Gerischer (jetzt F, in der Statistik noch immer NL) und v. Brand, wobei die etwas lebhaftere Wahlbeteiligung größtenteils den Liberalen zugute kam.

1887

1887 sammelte Kommerzienrat Stolz aus Driesen (gem. lib.) die liberalen Stimmen auf seinen Namen. Die Wahlbeteiligung stieg auf 71,5 %, wobei diesmal der Stimmenzuwachs in der Hauptsache auf den konservativen v. Brand entfiel.

1890

1890 ging die Wahlbeteiligung wieder auf 61 % zurück, worunter besonders der konservative Kandidat, der Landtagsabgeordnete (seit 1849) und frühere Landrat des Kreises (1846 bis 1884) v. Meyer zu leiden hatte. Sein fortschrittlicher Gegner war Forckenbeck, dem es in der Stichwahl gelang, das Mandat zu erringen. Da Forckenbeck jedoch wegen Doppelwahl ablehnte, war ein dritter Wahlgang erforderlich, den v. Meyer für sich entschied. — v. Meyer starb am 9. September 1892; der aus der Deutsch-Sozialen Partei ausgeschlossene Antisemit Ahlwardt wurde am 5. Dezember sein Nachfolger.

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 177 vom 1. August 1878.

[2]) Phillips:

Kreis Arnswalde	K 1996 (62%)	L 1214
Kreis Friedeberg . . .	K 2150 (68%)	L 1010
Städte	K 829 (33%)	L 1684

davon laut „Vossische Zeitung" Nr. 504 vom 28. Oktober 1881:

Friedeberg	K 253 (46%)	L 293
Arnswalde	K 251 (44%)	L 329
Driesen	K 80 (10½%)	L 676
d. h. Reetz, Neuwedell und Woldenberg zusammen	K 245 (39%)	L 386

1893

1893 stellten die Konservativen Geheimrat v. Bornstedt auf, die FVgg Ernst, die Sozialisten wieder Millarg. Bei wenig gestiegener Wahlbeteiligung erschienen die Konservativen halbiert, die Liberalen hatten sogar fast drei Viertel ihres Anteils eingebüßt. Auch die sozialdemokratischen Stimmen waren in diesem einzigen Wahlkreise der Mark zurückgegangen. Ahlwardt behauptete also sein Mandat mit 39,3 (60,8) %.

1898

1898 machten die Konservativen durch Aufstellung des Landtagsabgeordneten Amtmann Ring den Versuch, den sie heftig bekämpfenden Ahlwardt zu verdrängen. Der Freisinn präsentierte den „Nordostbauern" Voß, und die Sozialdemokraten blieben bei Millarg. — Die Wahlbeteiligung ging wieder zurück. Ahlwardts Anteil ging um ein Viertel zurück, auch der Freisinn kam geschwächt aus der Wahl. Eine relativ sehr starke Zunahme erfuhren die sozialistischen und besonders die konservativen Stimmen. Ahlwardt konnte sich erst in der Stichwahl das Mandat sichern. — Auf dem flachen Lande (Tabelle 7) hatten die antisemitischen Stimmen diejenigen der Konservativen nur wenig übertroffen, in den Städten war der Anhang Ahlwardts dagegen dreieinhalbmal so stark wie die konservativen Gegner.

1903

An Stelle Ahlwardts übernahm jetzt der Verleger der „Staatsbürgerzeitung", Bruhn, die antisemitische Kandidatur. Die Konservativen planten wiederum die Aufstellung eines eigenen Kandidaten (Hofbesitzer Schröder), nahmen aber letztlich doch davon Abstand. Statt dessen bewarb sich Rittergutsbesitzer Schäper, Altklücken, als Landbündler um die Stimmen der antisemitenfeindlichen Rechtskreise, wozu teilweise die Aufstellung Dr. Barths (FVgg) beitrug. Auch die Sozialdemokratie präsentierte einen neuen Kandidaten in der Person des Schöneberger Stadtverordneten Restaurateurs Obst. — Zu einer Klärung im Bürgertum trug die veränderte Kandidatenliste in keiner Weise bei. Die Wahlbeteiligung sank zwar nur um 4 %; die sozialistischen Mehrstimmen gegen die Vorwahl (+ 1800) dürften sich aber doch wohl zum größten Teil aus dem Lager der früheren Nichtwähler rekrutiert haben, so daß die Wahlenthaltung im Bürgertum bedeutend zugenommen haben muß. Dabei konnte Bruhn mit 29,1 (49,3) % den Besitzstand von 1898 behaupten. Auf den Bund der Landwirte entfielen aber 1650 Stimmen weniger als in der Vorwahl auf Ring, und der Freisinn büßte 750 Stimmen ein, so daß Obst (S) mit einem Anteil von 15,0 (25,5) % in die Stichwahl kam, hier dann freilich gegen Bruhn (A) unterlag.

Tabelle 7 zeigt, daß die Wahlbeteiligung besonders in den Städten ganz erheblich nachgelassen hatte. Hier ging auch der Anteil des Antisemiten fühlbar zurück, während er sich auf dem flachen Lande vergrößern konnte. Auffallenderweise zeigte sich andererseits auf dem flachen Lande ein erheb-

liches Minus (mehr als 1200) an Landbundstimmen gegenüber 1898, während der Rückgang in den Städten um mehr als die Hälfte verständlicher erscheint. Die Sozialdemokratie war (Landarbeiterstimmen?) besonders auf dem flachen Lande relativ stark gewachsen (+ 160 %, in den Städten + 99 %).

1907

Die Sozialdemokraten stimmten jetzt für E. Brückner (Arbeitersekretär, Berlin), welcher der einzige wirkliche Gegner des erneut kandidierenden Bruhn war, da Konservative und Freisinnige wegen des Bülowblocks auf eigene Kandidaten verzichteten. Ein stiller Protest hiergegen waren wohl die 46 Stimmzettel für Träger (F) und die 150 für Exzellenz v. Schuckmann (K).

Bei 79proz. Beteiligung erfuhren die sozialdemokratischen Stimmen eine geringfügige Zunahme, Bruhn dagegen erhielt die ansehnliche Mehrheit von 61,4 (77,6) %. In Stadt und Land übertraf sein Anteil den in der Vorwahl von K und A zusammen erzielten um rund 50 %.

1912

1912 galt dann v. Schuckmann offiziell als konservativer Kandidat. Auch der Liberalismus regte sich wieder und stellte Regierungsrat Dr. Poensgen (NL) auf. Bruhn (Reformpartei) und Brückner (S) vervollständigten die Kandidatenliste.

Die Wahlbeteiligung stieg noch etwas (auf 82,9 %) und führte zur Zerschlagung der antisemitischen Mehrheit. Bruhn mußte sich mit den Stimmen von 22,2 (26,9) % begnügen, wogegen v. Schuckmann auf 26.5 (32.1) % kam. In geringem Abstand folgte der Sozialdemokrat. während Dr. Poensgen immerhin die Stimmen von 13,0 (15.7) % erhielt. In der Stichwahl konnte dann Bruhn sein Mandat auch für die dreizehnte Legislaturperiode behaupten.

Auf dem Lande hatten sich mehr als zwei Drittel seiner Wähler von 1907 von Bruhn abgewandt und größtenteils für v. Schuckmann gestimmt. In den kleinen Städten blieb ihm auch nur die knappe Hälfte seiner Anhänger treu, so daß hier die Sozialdemokratie, welcher fast alle Mehrstimmen zugeflossen zu sein scheinen, sich an die erste Stelle setzen konnte.

F 2

Landkreis und Stadt Landsberg bildeten zusammen mit dem Kreise Soldin den zweiten Wahlkreis im Regierungsbezirk Frankfurt. Fideikommisse in beiden Kreisen unter 10 %. Die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse waren in beiden Kreisen sehr verschieden. Während in Soldin fast 62 % der Gesamtanbaufläche als Großbetriebe (2,8 % von 100 bis 200 ha, 58,8 % über 200 ha) ausgewiesen waren, entfielen in Landsberg auf diese Gruppe nur 28,5 % (1 % + 27,5 %). In Soldin besaßen Großbauern 24,6 % der Anbaufläche, Mittelbauern 12 % und Kleinbauern

1,8 %, in Landsberg überwogen dagegen die Mittelbauern auf 35,6 % der Anbaufläche über die Großbauern, welche 26,7 % bewirtschafteten, während 9,1 % der Anbaufläche im Besitz von Kleinbauern waren.

Von der Bevölkerung widmete sich mehr als die Hälfte der Landwirtschaft; der Wanderungsverlust hielt sich in Soldin in mäßigen Grenzen, in Landsberg überschritt er 10 %. Im ganzen nahm die Zahl der Wahlberechtigten von 23 200 auf 32 800, d. h. um 41 %, zu. Auf die einzige Stadt mit mehr als 10 000 Einwohnern, Landsberg, entfiel 1912 ein Viertel der Wahlberechtigten, 1885 waren es 18 % gewesen. Dementsprechend ging der Anteil des flachen Landes von 66 auf 60 zurück, derjenige der mittleren Gemeinden von 16 auf 15 %.

1871

1871 stimmten die Liberalen für den Kreisgerichtsrat Eschner (NL), die Konservativen für den bisherigen Abgeordneten und Landrat von Soldin v. Cranach, dem bei 41,2 % Wahlbeteiligung das Mandat mit den Stimmen von 25,5 (62) % erneut zufiel.

1874

1874 stellten die Nationalliberalen den Geheimen Admiralitätsrat a. D. Jacobs auf, während die Konservativen diesmal für den Rittergutsbesitzer Landrat Dr. Weiß (R) stimmten. Bei wenig stärkerer Beteiligung schlug das Stärkeverhältnis der Parteien um, und Jacobs wurde mit 24,5 (54) % Abgeordneter für die zweite Legislaturperiode.

1877

1877 wurde der Wahlkampf lebhafter, doch hob sich die Wahlbeteiligung dadurch nur unwesentlich. Die Strengkonservativen stimmten diesmal für General v. Wittich; die Reichspartei stellte Amtsrat Dietz auf.[1]) Den Nationalliberalen, deren Kandidat wiederum Jacobs war, setzten die „selbständigen entschiedenen" Liberalen den Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung" Michels entgegen. Als Ergebnis der Wahl zeigte sich eine geringe Mehrheit für Dietz, für den 22,2 (44) % gestimmt hatten. Der zweite Wahlgang entschied jedoch am 16. Januar zugunsten des bisherigen Abgeordneten Jacobs, auf den in der Hauptwahl 21,4 (42) % entfallen waren.

1878

1878 stimmten die Liberalen einheitlich für den Landtagsabgeordneten Apotheker Röstel (Sez) aus Landsberg, während die Konservativen an Stelle des ursprünglich vorgesehenen Landsberger Landrats den früheren

[1]) Im Kreise Landsberg galt Dietz auch als Kandidat der Deutschkonservativen, im Kreise Soldin hatten sich diese dagegen für v. Wittich engagiert. Trotzdem unterschrieb u. a. auch der Soldiner Landrat den Wahlaufruf für Dietz. Im übrigen sollte Dietz sich bereits den Konservativen angeschlossen haben, für die er ja dann 1884 kandidierte. („Kreuz-Zeitung" Nr. 6 vom 9. Januar 1877.)

Abgeordneten v. Cranach aufstellten. Diesem fiel dann auch das Mandat mit 30 (51½) % zu; doch wurde durch v. Cranachs Tod (1. August 1879) eine Nachwahl erforderlich, durch welche am 14. November 1879 v. Wittich Abgeordneter des Kreises wurde.

1881

1881 kandidierte dann v. Wittich erneut für die Konservativen, die Liberalen stellten ihm nunmehr Kochhann (LibVgg) entgegen. v. Wittich konnte seine geringe Majorität nicht behaupten und gab das Mandat an Kochhann ab, für welchen 29,2 (50½) % gestimmt hatten. — Am stärksten konservativ gewählt hatte der Landkreis Soldin[1]); in der Stadt Landsberg waren dagegen 85 % aller gültigen Stimmen fortschrittlich.

1884

1884 blieben die Liberalen bei der Kandidatur Kochhanns. Die Konservativen stellten ihm Dietz v. Bayer entgegen, der bereits 1877 Reichstagskandidat gewesen war und nunmehr mit 32,8 (58,2) % gewählt wurde. In den Städten dürfte — Ergebnisse sind nur aus Soldin und Lippehne bekannt[2]) — die gleiche liberale Überlegenheit bestanden haben wie bei der Vorwahl.

1887

1887 war Dietz erneut konservativer Kandidat; die fortschrittlichen Stimmen wurden für den Landsberger Stadtrat Richard Groß abgegeben. Die Wahlbeteiligung stieg sehr stark, auf 71,4 %, und brachte für die Konservativen eine Erhöhung ihres Anteils auf 41,5 (58,1) %. Abgeordneter für die siebente Legislaturperiode war somit wieder Dietz v. Bayer. — In Soldin waren wieder mehr als zwei Drittel der gültigen Stimmen (66,8 %) auf den fortschrittlichen Kandidaten entfallen.[3])

1890

1890 hatte der Wahlkampf sehr scharfe Formen angenommen, so daß Landrat Dr. Weiß, Soldin, öffentlich die beleidigenden Äußerungen über seinen fortschrittlichen Gegner Stadtrat Witt, Charlottenburg, zurücknehmen mußte.[4]) Die Wahlbeteiligung erreichte 77½ % und kehrte das

---

[1]) Phillips: Kreis Soldin . . . . . F 765 (21,8%) K 2742
Kreis Landsberg . . . . F 2433 (41,9%) K 3369
Städte . . . . . F 4282 (78,5%) K 1176
davon laut „Börsen-Courier" Nr. 520 vom 28. Oktober 1881:
Stadt Landsberg . . . F 2738 (85,0%) K 484

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 255 vom 31. Oktober 1884:
Soldin . . . . . F 459 (67,1%) K 225
Lippehne . . . . . F 338 (74,8%) K 114

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 45 vom 23. Februar 1887.

[4]) „Vossische Zeitung" Nr. 79 vom 16. Februar 1890. — Witt war bis 1887 Reichstagsabgeordneter für F 8 gewesen und gehörte auch dem Brandenburgischen Provinziallandtage an.

Ergebnis der Vorwahl vollständig um: für Witt stimmten 44,1 (56,9) %. Durch seinen Tod (28. September 1890) wurde eine Ersatzwahl nötig, durch welche Kammergerichtsrat Schröder (FVgg, früher NL-Abgeordneter des Kreises F 3) das Mandat erhielt. Für den erstmalig kandidierenden Sozialdemokraten (Julius Wernau, Berlin) stimmten in der Hauptwahl 0,9 (1,1) %.

1893

1893 war Ökonomierat Ebert, Landsberg, Kandidat der Konservativen, Former Pätzel, Berlin, derjenige der Sozialdemokraten. Neu traten die Antisemiten mit der Kandidatur Pickenbach auf. Die Wahlbeteiligung ließ erheblich nach und erbrachte für die Konservativen einen Verlust von einem Viertel ihres 1890 erzielten Anteils, für den Freisinn sogar einen Rückgang um 60 %. Der Antisemit war auf 10,2 (16,6) %, der Sozialdemokrat auf 10,0 (16,3) % gekommen. Schröder, für den in der Hauptwahl nur 17,0 (27,5) % gestimmt hatten, errang sein Mandat im zweiten Wahlgang wieder. — In Berlinchen[1]) waren die Antisemiten mit 35 % der abgegebenen Stimmen stärkste Partei.

1898

1898 stimmte der Freisinn für Schrader, die Konservativen und der Bund der Landwirte für Gutsbesitzer Wernicke. Die Sozialdemokratie hielt an der Kandidatur Pätzel fest und erreichte mit 16,3 (24,7) % fast die Stimmenzahl des Freisinns. Wernicke mit 32,8 (49,2) % fehlten wenige Stimmen an der Mehrheit. In der Stichwahl gegen Schrader (FVgg) ging ihm das Mandat verloren. — In Landsberg (Tabelle 7) war die Wahlbeteiligung am stärksten (fast 71 %); hier stand die Sozialdemokratie mit 32 (45) % an erster Stelle. In den übrigen Städten und größeren Gemeinden hatte der Freisinn die Führung, in Soldin[2]) die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

1903

Während Freisinn und Sozialdemokratie wieder für die Kandidaten der Vorwahl, Schrader bzw. Pätzel, stimmten, stellten die Konservativen den Landtagsabgeordneten Gutsbesitzer Böning auf. Trotz steigender Wahlbeteiligung war der Anhang Schraders bedeutend kleiner als 1898, so daß der Freisinn durch die weiter aufstrebende Sozialdemokratie sogar aus der Stichwahl verdrängt war. Auch die Konservativen hatten ihre Stellung verbessern können, und Böning, dessen Anteil am 16. Juni 36,2 (49,3) % betragen hatte, gewann in der Stichwahl das Mandat von Landsberg-Soldin für die Konservativen zurück.

Die Sozialdemokratie hatte besonders in den kleinen Städten stark zugenommen und war nun auch hier stärkste Partei. In Landsberg konnte der

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 278 vom 16. Februar 1893: A 280; K 235; F 152; S 127.

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 277 vom 17. Juni 1898: F 434 (50,8%); K 213 (24,9%); S 208 (24,3%).

Freisinn einen gewissen Fortschritt erzielen, während der Anteil der Konservativen hier etwas zurückging. — Da im übrigen 60 % der Wahlberechtigten auf dem flachen Lande wohnten, nimmt es nicht wunder, daß absolut der Freisinn auf dem Lande stärker war als in Landsberg und daß auch die sozialistischen Stimmen in Landsberg die des flachen Landes nur geringfügig überstiegen. Mehr als vier Fünftel der konservativen Stimmen lieferte das flache Land.

1907

Generalsekretär Tews übernahm die Freisinnskandidatur: Böning (K) und Pätzel (S) standen sich erneut gegenüber. Bei stärkerer Wahlbeteiligung erfuhren die sozialistischen Stimmen eine Abnahme, während für Böning 43,1 (52,2) % stimmten, so daß sein Mandat schon durch den ersten Wahlgang erneuert war. — Nach Bönings Tode (15. Juli 1909) übernahm, allerdings erst in einer Stichwahl, Amtsgerichtsrat Edmund Holtschke (K) das Mandat.

Der konservative Erfolg in der Hauptwahl 1907 war Werk des flachen Landes; zwar erbrachten auch die Kleinstädte Mehrstimmen gegen 1903, doch wurden diese durch die Verluste in Landsberg nahezu ausgeglichen. Hier in Landsberg hatte Pätzel auch seinen Stand behaupten können, während die Sozialdemokratie auf dem Lande und in den Kleinstädten zurückgegangen war. — Der Freisinn hatte überall Fortschritte gemacht, relativ am stärksten hatte er in Landsberg gewonnen.

1912

übernahm ein Nationalliberaler (Bürgermeister Lehmann) die liberale Kandidatur gegen die erneut aufgestellten Holtschke (K) und Pätzel (S). — Die liberalen Stimmen gingen etwas, die konservativen stärker zurück, während der Anteil Pätzels sich beträchtlich erhöhte. So gelangte der Sozialdemokrat in die Stichwahl, in der er dann allerdings dem Konservativen unterlag: Holtschke war wieder Abgeordneter für F 2.

Auf dem Lande war die Beteiligung etwas zurückgegangen; trotzdem überschritten die liberalen und sozialistischen Stimmen die Zahlen von 1903, so daß Holtschke nur 54 (65) % erhielt. In den Kleinstädten war der Rückgang der Konservativen nicht so stark. Hier verloren allerdings auch die Liberalen beträchtlich, während der Anteil der Sozialdemokratie sich auf 35 (43) % hob. In Landsberg gelang es der S, die beiden bürgerlichen Parteien gleichmäßig zurückzudrängen und 47 (55) % zu erringen.

F 3

Im Kreise Königsberg (ohne nennenswerten Fideikommiß) befanden sich 46 % der Gesamtanbaufläche in Großbesitz (3,3 % über 100 ha, 43,1 % über 200 ha). Weitere 31½ % gehörten zu Wirtschaften von 20 bis 100 ha, 19 % waren in Händen von Mittelbauern (5 bis 20 ha) und 3 % verteilten sich auf Kleinbesitz.

Bei dem normalen Wanderungsverlust (unter 10 %) nahm die Zahl der Wahlberechtigten von 1871 (17 800) bis 1912 (23 500) um nur 26 % zu. Dabei verschob sich das Verhältnis von Stadt und Land nur unwesentlich zugunsten der einzigen größeren Stadt, Küstrin.[1])

Im Norddeutschen Reichstag war der Kreis durch seinen Landrat, den späteren Landesdirektor v. Levetzow (K), vertreten gewesen. Dieser erneuerte

1871

seine Kandidatur nicht, sondern die konservativen Stimmen wurden für v. Keudell (R) abgegeben, während die Liberalen für ihren Landtagsabgeordneten Hugo Schröder (NL) stimmten. — Bei 37,9 % Wahlbeteiligung entfielen 24,2 (64) % auf v. Keudell, der damit gewählt war. Als v. Keudell Ende 1872 als Gesandter nach Konstantinopel ging, präsentierte die Reichspartei als Nachfolger den Küstriner Staatsanwalt Kayser, dem auch gegen den erneut aufgestellten Schröder das Mandat zufiel.

1874

erneuerte sich der Wahlkampf zwischen diesen beiden Kandidaten; als Dritter trat der deutschkonservative Ritterschaftsrat v. Gerlach hinzu. Diesmal gelang es aber Hugo Schröder, mit 21,7 (53½) % die Majorität und damit das Mandat zu erringen. — Deutschkonservativ hatten nur 2,8 (7½) %, freikonservativ 15,8 (39) % gestimmt.

1877

griffen die Konservativen wieder auf v. Levetzow zurück. Die Nationalliberalen hielten die Kandidatur des Abgeordneten Schröder aufrecht, doch fand diese die Unterstützung der Linksliberalen nicht mehr, da Schröder bei den Justizgesetzen mit seiner Parteimehrheit — für Abschaffung der Schwurgerichte bei Preßvergehen usw. — gestimmt hatte. Von fortschrittlicher Seite wurde daher für Rechtsanwalt Müller agitiert, jedoch kam er nur auf 3,9 (8,8) %, Schröder allerdings auch nur auf 14 (31) %, so daß mit 26,8 (59½) % v. Levetzow Abgeordneter für die dritte Legislaturperiode wurde. — Aus Küstrin wurde Unvollständigkeit der Wählerlisten gemeldet.[2])

1878

verzichteten die Fortschrittler auf eine Sonderkandidatur und unterstützten wieder Hugo Schröder gegen v. Levetzow, der mit 28,7 (64½) % erneut das Mandat erhielt.

---

[1]) 1885 (a) 62: (b) 22: (c) 16 (Gesamtbevölkerung)
1898 61: 25: 14 (Wahlberechtigte)
1912 60: 23: 17 (dgl.).
(Küstrin als Festung hat verhältnismäßig weniger Wahlberechtigte, so daß der Rückgang von 1885 auf 1898 nur scheinbar ist.)

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 11 vom 14. Januar 1877.

1881

unternahmen dann die Liberalen durch Aufstellung von Munckel (F) den Versuch, den Konservativen das Mandat zu entreißen. Der Erfolg war groß, genügte aber diesmal noch nicht. — v. Levetzow, für den 25,2 (52) % gestimmt hatten, konnte den Kreis auch in der fünften Legislaturperiode vertreten. — Auf dem Lande lauteten zwei Drittel der Stimmzettel auf den konservativen Kandidaten, in den Städten bestand eine fortschrittliche Mehrheit von 70 %.[1])

1884

erreichten beide Parteien durch einen überaus lebhaft geführten Wahlkampf eine Steigerung der Beteiligung auf 67,6 %. Auf v. Levetzow lauteten wieder die Stimmzettel der konservativen Wähler, während die Liberalen für Lüben stimmten. Dieser errang mit 33,7 (50,2) % eine ganz geringe Mehrheit und vertrat somit den Wahlkreis Königsberg für die sechste Legislaturperiode. — In den Städten war bei dieser Wahl die Überlegenheit des Fortschritts nicht so groß wie 1881, vielleicht weil Lüben Landwirt war.[2])

1887

verzichtete Lüben auf eine Wiederwahl, so daß der Fortschritt in dem Bauerngutsbesitzer Guhre einen neuen Kandidaten aufstellte. Trotz weiter (auf 77 %) gestiegener Beteiligung ging der Anteil der Liberalen zurück, und erneut wurde v. Levetzow Abgeordneter des Kreises mit 46,9 (61) %. Erstmalig wurden bei dieser Wahl auch einige sozialistische Stimmen abgegeben.

1890

konnten dann die sozialistischen Stimmen (für Antrick) erstmalig Beachtung fordern. Trotz zurückgegangener Wahlbeteiligung kamen sie auf 11,5 (15,8) %. Der Anteil des Freisinns ging um ein Drittel zurück, woran der Kandidatenwechsel (jetzt Kruse) nicht schuldlos gewesen sein dürfte. Auch die konservativen Stimmen verringerten sich etwas, doch wurde v. Levetzow mit der sicheren Mehrheit von 40,5 (55,6) % wiedergewählt. Für Cunow (zwischen K und L) stimmten noch nicht $^1/_3$ % der Berechtigten.

---

[1]) Phillips; „Vossische Zeitung" Nr. 504 vom 28. Oktober, „Kreuz-Zeitung" Nr. 255 vom 30. Oktober 1881:

	K	F
Land	3639 (67%)	1789 (33%)
Städte	1104 (30%)	2591 (70%)
davon: Küstrin	416 (33%)	832 (66%)
Neudamm . . .	78 (18%)	345 (82%)

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 255 vom 31. Oktober 1884:

Küstrin	806 (46%)	946 (54%) (mit Kietz)
Neudamm . . .	255 (35%)	478 (65%)
Bärwalde . . .	176 (29%)	431 (71%)
Fürstenfelde . .	71 (20%)	281 (80%)
zus. (Durchschn.)	1308 (38%)	2136 (62%)

1893

traten die gleichen Bewerber vor die Wähler. Bei noch geringerer Wahlbeteiligung (67,7 %) behauptete mit 40,5 (59,8) % v. Levetzow sein Mandat. — Die Sozialisten erschienen um 40 % verstärkt an der Wahlurne und verwiesen die Liberalen, deren Anteil erneut um 40 % sank, für immer auf den letzten Platz.[1])

1898

gaben die Freisinnigen ihre Stimme für Oberlehrer Dr. Werner ab, die Sozialdemokraten für Goerke. Beide Parteien erzielten einen kleinen Gewinn, obwohl die Beteiligung auf 66,2 % sank. Der Wahlkampf hatte sich in der Hauptsache zwischen Beck (Dtsch.-Soz. Reformp.) und dem vom Landbund unterstützten v. Levetzow abgespielt und durch die „verkommenen Agitationsmethoden" der Antisemiten viele konservative Wähler von der Urne ferngehalten.[2]) — In der Stichwahl gegen Goerke behauptete v. Levetzow sein Mandat.

(Tabelle 7:) In Küstrin, wo die Wahlbeteiligung am schlechtesten war (62,6 %), stand der Freisinn an erster Stelle; die Konservativen erwiesen sich den Sozialisten überlegen (Militär!). Auf den Antisemiten lautete mehr als ein Achtel der abgegebenen Stimmzettel. In den übrigen Städten führten dagegen die Sozialdemokraten, denen mit geringen Abstand Freisinn und Konservative folgten. Antisemitisch stimmte hier nur noch ein Zehntel der Wähler. — Auf dem flachen Lande schließlich spielten sie überhaupt keine Rolle. Zwei Drittel der Stimmzettel wurden hier für v. Levetzow abgegeben, von dem Rest entfielen die meisten auf den Sozialdemokraten.

1903

Da v. Levetzow, der den Kreis — mit dreimaliger Unterbrechung — seit 1867 im Reichstage vertrat, diesmal auf die Wiederwahl verzichtete, stellten die Konservativen den früheren (bis 1901) Königsberger Landrat v. Saldern auf. Auch die anderen Parteien präsentierten neue Kandidaten: die Freisinnige Vereinigung Oberstleutnant a. D. Gründel, die Sozialdemokratie den Berliner Stadtverordneten Borgmann. — Wie im Nachbarkreise F 2 führte auch hier die stärkere Wahlbeteiligung zu einem Anwachsen der S- und K-Stimmen, während der Anteil des Freisinns zurückging. Allerdings war die Stellung dieser Partei hier an sich etwas schwächer, und so fiel die Entscheidung schon im ersten Wahlgang, Dr. v. Saldern-Kleinmantel übernahm das Mandat mit den Stimmen von 37,5 (51,6) %.

Auf dem flachen Lande und in den kleinen Städten deckte sich der K-Anteil genau mit dem von R und A zusammen bei der Vorwahl erreichten.

---

[1]) Teilergebnisse („Kreuz-Zeitung" Nr. 277 vom 16. Juni 1893):
Zorndorf: K 56; F 23; S 8;
Bärwalde: K 123; F 5; S 1.

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 268 vom 11. Juni 1898.

in Küstrin war er größer. Dadurch waren die Konservativen in Küstrin stärkste Partei; der bei der Vorwahl führende Freisinn war auf die letzte Stelle zurückgefallen.

1907

Borgmann (S) und v. Saldern (K) standen sich auch diesmal gegenüber. Der Freisinn präsentierte Dr. Peyser; daneben bewarb sich Redakteur Kammer um die antisemitischen und mittelständlerischen Stimmen.

Den größten Teil der sich aus der Steigerung der Wahlbeteiligung ergebenden Mehrstimmen erhielt v. Saldern, dessen Anteil nunmehr 45,3 (54,6) % betrug. Freisinn und Sozialdemokratie waren leicht zurückgegangen, der Mittelständler auf 6,6 (8,0) % gekommen. —

In Küstrin hatte Borgmann (S) sich behauptet; durch die um 15 % gestiegene Wahlbeteiligung wurde der Freisinn mit 24 (30) % stärkste Partei, während der Anteil der Konservativen leicht zurückging, der Mittelständler andererseits auf 12 (15) % kam. In den Kleinstädten ergaben sich Verluste bei Freisinn und Sozialdemokratie, dementsprechend ein Gewinn v. Salderns und dazu 12 (15) % Mittelstandsstimmen. Ausschlaggebend war das flache Land, das zu 58 (69) % konservativ stimmte, Sozialdemokratie und Freisinn zurückdrängte und nur 3 (4) % Mittelstandsstimmen aufkommen ließ.

1912

1912 fand der Wahlkampf zwischen drei neuen Kandidaten statt: die Konservativen präsentierten Rittergutsbesitzer Krahmer, der Fortschritt Lehrer Pautsch, die Sozialdemokratie Richard Schmidt.

Die Sozialdemokratie nahm wieder zu, konnte aber den schon 1903 erreichten Anteil nur unwesentlich überschreiten. Der Fortschritt gewann sehr erheblich und holte die Verluste der letzten zwanzig Jahre ein. So ergab sich denn für die Konservativen ein Rückgang auf 39,6 (48,3) %, der eine Stichwahl gegen den Sozialisten erforderlich machte. Hieraus ging schließlich Krahmer als Abgeordneter hervor. — In Küstrin war der Gewinn des Fortschritts auf Kosten der K besonders groß.

F 4

Der vierte Wahlkreis des Regierungsbezirks Frankfurt umfaßte den Stadtkreis Frankfurt a. d. Oder und den Kreis Lebus. Bei mehr als 10 % Fideikommiß befanden sich 40 % der Anbaufläche im Besitz von Großbetrieben über 200 ha. Weitere 5 % gehörten zu Betrieben von 100 bis 200 ha, 36 % zu solchen von 20 bis 100 ha. 17 % waren schließlich als Besitz von Mittelbauern (5 bis 20 ha) und 2 % als kleinbäuerliche Wirtschaften ausgewiesen.

1871 war F 4 mit 26 800 Wahlberechtigten der stärkste aller 20 Provinzkreise. Der Wanderungsverlust des Kreises Lebus war gering, der Wanderungsgewinn Frankfurts ebenso gering. Trotzdem waren 1912 mit

36 700 nur 36 % Berechtigte mehr vorhanden als bei der ersten Reichstagswahl. Im übrigen kam der Bevölkerungszuwachs fast ausschließlich den beiden Städten Frankfurt und Fürstenwalde zugute, in denen 1912 mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten ansässig war.[1])

Der Kreis wurde im Norddeutschen Reichstag durch Dr. Simson vertreten, damals Erster Präsident des Appellationsgerichts in Frankfurt.

1871

1871 wurde er erneut von den Liberalen aufgestellt, während konservativer Kandidat v. Finckenstein war. Daneben wurden noch auf andere Namen konservative, außerdem auch einige sozialistische Stimmen abgegeben. Simson behielt das Mandat, obwohl nur 20,2 % der Berechtigten nationalliberal stimmten, mit einer Mehrheit von über 75 %, da die Wahlbeteiligung nur 27,2 % betrug.

1874

1874 wurde das Mandat Simsons erneuert. Von bürgerlicher Seite hatte man dem Reichstagspräsidenten keinen Kandidaten gegenüberstellt, doch gelang es dem Lassalleaner Finn, 9,2 (19) % auf sich zu ziehen.

1877

1877 lehnte Simson eine Wiederwahl ab. Als nationalliberaler Kandidat bewarb sich nunmehr der frühere Landtagsabgeordnete des Kreises, Struve, um das Mandat, worauf die Linksliberalen mit einer Zählkandidatur Eugen Richters antworteten. Finn kandidierte als Sozialdemokrat, die Konservativen stellten Oberstaatsanwalt v. Wolff auf. Die Nationalliberalen kamen mit halbiertem Anteil aus der Wahl, blieben aber doch stärkste Partei. Ihre 18,4 (47½) % genügten zur Erlangung des Mandats nicht, doch ging Struve aus der Stichwahl am 16. Januar als Abgeordneter hervor. — In Frankfurt[2]) standen in der Hauptwahl die Sozialisten mit 1700 Stimmen an zweiter Stelle, das waren 42 % der abgegebenen Stimmzettel!

1878

1878 verzichteten die Fortschrittler auf eine eigene Kandidatur und stimmten für Struve; Kandidat der Sozialdemokraten war der Schriftsetzer Julius Dolinsky. Die Konservativen erzielten durch die Aufstellung des Amtsrats v. Rosenstiel (R) nahezu eine Verdreifachung ihres Stimmenanteils und übertrafen damit um ein geringes die Liberalen. Die sozialdemokratischen Stimmen gingen auf 4,5 (7) % zurück. In der Stichwahl konnte Struve dann das Mandat behaupten.

---

[1]) 1885 (a) 45: (b) 11: (c) 44 (% der Bevölkerung),
1898 43: 10: 47 (37½ + 9½) } (% der Berechtigten).
1912 36: 11: 53 (39 + 14) }

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 9 vom 12. Januar 1877.

1881

1881 faßten die Liberalen wegen Erkrankung des inzwischen aus der Nationalliberalen Partei ausgeschiedenen Struve eine Kandidatur Schulz-Booßen ins Auge, griffen dann aber doch wieder auf den bisherigen Abgeordneten zurück. Die sozialistischen Stimmzettel lauteten diesmal auf den Namen Hasenclever; die Konservativen versuchten, den Wahlkreis durch eine Kandidatur Stöckers zu erobern. Stöcker scheint aber nicht allen Konservativen genehm gewesen zu sein, denn die Wahlbeteiligung ging um 9 %, der Anteil der Konservativen um ebenfalls 9 % zurück. Struve war mit 29,3 (55½) % auch für die fünfte Legislaturperiode gewählt.

Sozialdemokratische Stimmzettel wurden nur in Frankfurt abgegeben (692 = 12½ %); im übrigen bestand zwischen konservativen und liberalen Stimmen in den Städten ein Verhältnis von 26½ : 73½, auf dem Lande dagegen von 57 : 43.[1])

1884

1884 verteidigte Struve (jetzt F) das Mandat gegen v. Rosenstiel (R) und Hasenclever. Die Hauptwahl brachte bei geringfügig stärkerer Beteiligung eine kleine konservative Mehrheit, machte aber eine Stichwahl erforderlich, aus welcher Struve wieder als Abgeordneter hervorging. — In Frankfurt wurden genau soviel sozialdemokratische Stimmen abgegeben wie bei der Vorwahl; die fortschrittlichen Stimmen waren hier um 20 % zurückgegangen, die konservativen um 30 % gestiegen.[2])

1887

1887 bewarben sich vier neue Kandidaten um das Mandat: der nationalliberale Amtsrat Koppe-Wollys, der konservative Landrat v. Steinrück, der frühere Abgeordnete des Nachbarkreises Königsberg, Hugo Schröder (F), und der Tischler Mitan (S). Die Wahlbeteiligung stieg auf 70 %; eine absolute Majorität ergab sich nicht. Die fortschrittlichen Stimmen waren zurückgegangen, die sozialistischen und die konservativen hatten zugenommen, die bei der Vorwahl nicht vertretenen Nationalliberalen hatten es auf 12,4 (18) % gebracht. — In der Stichwahl fiel das Mandat dann auf v. Steinau-Steinrück, für den in der Hauptwahl 29.8 (43) % gestimmt hatten.

---

[1]) Phillips; „Vossische Zeitung" Nr. 504 vom 28. Oktober und „Kreuz-Zeitung" Nr. 255 vom 31. Oktober 1881:

	F	K	S	
Land	2911 (43%)	3901 (57%)	0	
Städte	5804 (67½%)	2100 (24½%)	692	(8%), davon:
Frankfurt . . .	3452 (63%)	1318 (24½%)	692	(12½%)
Fürstenwalde . .	1014 (82½%)	215 (17½%)	—	
Übrige	1338 (70%)	567 (30%)	—	

[2]) „Vossische Zeitung" Nr. 508 vom 29. Oktober und „Kreuz-Zeitung" Nr. 255 vom 31. Oktober 1884:

Frankfurt . . .	2838 (54%)	1705 (32½%)	692	(13½%)
Müncheberg . .	322 (63%)	166 (32½%)	24	(4½%)

1890

1890 stellten die Linksliberalen Redakteur Ehlers, Breslau, auf, die Sozialdemokraten Metzner. Die rechtsliberalen Stimmen verschwanden nahezu, während der Anteil der Konservativen und der Freisinnigen sich gegen die Vorwahl nicht änderte. Dagegen konnte die Sozialdemokratie eine Verdreifachung auf 22,4 (29,8) % verzeichnen, womit sie als zweitstärkste Partei in die Stichwahl gegen v. Steinau-Steinrück kam, dessen Wiederwahl aber nicht verhindern konnte.

1893

Die bürgerlichen Parteien präsentierten diesmal neue Kandidaten: die Konservativen Gutsbesitzer Haake (R), die Linksliberalen Knörcke (FVp); die Sozialisten blieben bei der Kandidatur Metzner. Bei gleich starker Beteiligung verlor der Freisinn weiter an Boden und erhielt nicht die Hälfte der für Metzner abgegebenen Stimmzettel. Der konservative Anteil stieg auf 33,4 (44,5) %; in der Stichwahl entschied sich der Kreis für Haake.

1898

1898 standen sich dann Haake und Metzner erneut gegenüber; die Freisinnige Vereinigung präsentierte Woicke. Während der Freisinn eine gewisse Erholung zeigte und auch die Sozialdemokratie noch etwas an Boden gewann, büßte Haake ein Fünftel seiner bei der Vorwahl errungenen Stimmenzahl ein. Somit war die Sozialdemokratie mit 29,7 (40,4) % stärkste Partei des Kreises, wenn sie auch in der Stichwahl Haake das Mandat überlassen mußte. — Fast die Hälfte der Wahlberechtigten wohnte (Tabelle 7 und 7a) in Frankfurt und Fürstenwalde. In Fürstenwalde war die Wahlbeteiligung mit 65 % am schlechtesten, in Frankfurt erreichte sie 72 %, auf dem flachen Lande sogar über 76 %. Sonst war aber in den beiden Großstädten die Zusammensetzung der Wählerstimmen ziemlich ähnlich: mehr als die Hälfte entfielen auf Metzner, der Rest im Verhältnis von etwa 2 : 3 auf Haake und Woicke. In den Landstädten lauteten dagegen zwei Fünftel, auf den Dörfern mehr als die Hälfte der abgegebenen Stimmzettel auf Haake, ein weiteres knappes Drittel auf Metzner. Oder anders: die sozialistischen Stimmen stammten zu 60 % aus den beiden Großstädten, die konservativen zu 60 % vom flachen Lande.

1903

Der Widerstand des Landbundes verhinderte eine Wiederaufstellung Haakes, so daß Baumeister Felisch, Berlin, der auch dem Bunde der Landwirte genehm war, Kandidat der Konservativen wurde. Den Liberalen schien unter diesen Umständen die Aufstellung eines Nationalliberalen opportun: Oberregierungsrat a. D. Schwabacher, Berlin, fand auch die Unterstützung des Freisinns. Die Sozialdemokratie stellte Dr. Heinrich Braun, Berlin, auf.

Die Wahlbeteiligung stieg auf 81,2 %, den Vorteil hiervon hatte die Sozialdemokratie, die ihren Anteil auf 36,9 (45,6) % steigern konnte. Im bürgerlichen Lager ergab sich eine Verschiebung zugunsten des Liberalismus, dessen Stimmenzahl aber doch noch nicht ausreichte, um in die Stichwahl zu kommen. In dieser errang Dr. Braun (S) das Mandat mit 14 685 gegen 14 204 Stimmen. Brauns Mandat wurde aber für ungültig erklärt (wegen Wahlbeeinflussung seitens der gegnerischen Konservativen), so daß 1904 eine Nachwahl erfolgte. In dieser unterlag Dr. Braun gegen den nationalliberalen Parteiführer Bassermann.[1])

Die Beteiligung an der Hauptwahl hatte sich allgemein stark gebessert, besonders aber in Fürstenwalde (80 % gegen 65 % bei der Vorwahl). Hier war auch der Anteil der konservativen Stimmen gestiegen, während er in Frankfurt und in den Gemeinden der Gruppe b einen fühlbaren Rückgang erfuhr; auf dem flachen Lande blieb der K-Besitzstand unverändert. Die Zunahme der sozialdemokratischen Stimmen war in den kleinen Städten relativ am größten, in Fürstenwalde bedeutend stärker als in Frankfurt. Hier und in den Kleinstädten erzielten dagegen die Liberalen ihren größten Stimmengewinn, während sich in Fürstenwalde und auf dem Lande ihr Anteil nicht so erheblich verbesserte. — Die Stimmen für die Sozialdemokratie kamen zu 33 % vom flachen Lande, diejenigen für Schwabacher zu 30 %, die konservativen dagegen zu über 70 %. Aus den beiden Großstädten stammten andererseits fast 60 % der sozialistischen und liberalen und nur 20 % der konservativen Stimmen.

1907

erneuerte Braun den Versuch, den Wahlkreis zu erobern. Von der Reichspartei trat ihm Rohde entgegen, von den Nationalliberalen Detto, da Bassermann in Sachsen kandidierte. Die NL-Stimmen nahmen erheblich zu, während der Anteil der Sozialdemokraten und der Konservativen zurückging. Trotzdem blieb die Sozialdemokratie stärkste Partei mit 34,4 (40,7) % und kam wieder in die Stichwahl gegen den Nationalliberalen. Hierbei gingen ihre Stimmen zurück, so daß Detto (mit 17 805 gegen 12 196) das Mandat erhielt. — 1910 allerdings, als das Mandat durch den Tod Dettos frei geworden war, konnte Schuhmachermeister Faber als sozialistischer Abgeordneter des Kreises in den Reichstag eintreten. —

Bei der Hauptwahl 1907 hatten die Sozialdemokraten in Fürstenwalde ihren Anteil beträchtlich auf 53 (60) % erhöhen können, in allen anderen Städten wie auch auf dem flachen Lande waren ihre Stimmen zurückgegangen. Andererseits zeigten alle Städte eine Verminderung der kon-

---

[1]) Hierbei ist zu berücksichtigen, daß Nachwahlen auf Grund der für die Hauptwahl aufgestellten Listen erfolgten, die Sozialdemokratie mit ihrer stark fluktuierenden Anhängerschaft also benachteiligt war. — Die Konservativen hatten in der Nachwahl für Fr. v. Jagwitz gestimmt, in der Stichwahl dann aber Bassermann unterstützt. („Antisozialdemokratische Korrespondenz" Nr. 15 vom 14. Mai 1904.)

servativen Stimmen, während diese auf dem Lande gegen die Vorwahl von 39 (47) % auf 44 (51) % stiegen. Trotzdem gewannen die Nationalliberalen auch auf dem flachen Lande; ihr Erfolg beruhte allerdings wesentlich auf dem Anwachsen ihrer Stimmen in den Städten.

1912

1912 brachten die drei Parteien neue Kandidaten: Dr. Weyl (S), Dr. Bollert (NL) und Dunkel (K). — Den bürgerlichen Kandidaten gelang es nicht, die in der Vorwahl erreichten Anteile zu halten, so daß sich auf Dr. Weyl nunmehr 40,6 (47,1) % sozialistische Stimmen vereinigten. In der Stichwahl mußte er dann freilich das Mandat doch Dr. Bollert (NL) überlassen.

In den Großstädten war die stärkere Wahlbeteiligung restlos der Sozialdemokratie zugute gekommen; die Rechtsstimmen hatten sich zugunsten des Konservativen verschoben. In den übrigen Städten war die Wahlbeteiligung etwas zurückgegangen; trotzdem hatte sich die sozialdemokratische auf Kosten beider bürgerlicher Parteien stark vermehrt. Auf dem Lande schließlich nahm die Sozialdemokratie ebenfalls zu, ohne jedoch ihren Anteil von 1903 erreichen zu können. Die Nationalliberalen behaupteten sich hier, so daß die K den Verlust allein tragen mußten.

F 5

Von den beiden Sternberger Kreisen hatte West-Sternberg auf weniger als 5 % der Gesamtfläche Fideikommisse, Ost-Sternberg über 10 % Fideibesitz. Die vorherrschende Betriebsgröße war in beiden Kreisen die großbäuerliche Wirtschaft mit 20 bis 100 ha: in West-Sternberg auf 44 %, in Ost-Sternberg auf 36 % der Anbaufläche. Mittlere Wirtschaften folgten mit 21½ bzw. 26½ % und Kleinbauern auf 2½ bzw. 4½ %. In West-Sternberg besaßen Großbetriebe 31 %, in Ost-Sternberg 32½ % der Anbaufläche.

Der Wanderungsverlust hielt sich in West-Sternberg unter 10 %, in Ost-Sternberg war er stärker. So hat sich die Zahl der Wahlberechtigten von 1871 (18 200) bis 1912 (21 200) um nur 16 % erhöht. Größere Städte waren nicht vorhanden, so daß von der Bevölkerung unverändert 72 % auf dem flachen Lande, 28 % in mittelgroßen Gemeinden wohnten.

1871

1871 beteiligten sich 27,2 % an der Wahl, wovon 4,4 (16) % für Gustav Richter (NL) und 21,6 (80½) % für v. Waldaw-Reitzenstein (K) stimmten. Dieser blieb dann ununterbrochen bis zu seinem Tode (22. Januar 1888) im Besitze des Mandates.

1874

1874 machten die Freikonservativen den Versuch, eine Kandidatur Graf v. Frankenberg durchzubringen, die Liberale Reichspartei präsentierte Dr. Leibing. Der Erfolg war eine etwas regere Wahlbeteiligung, doch verblieb v. Waldaw die sichere Mehrheit von 20.5 (62) %.

1877

1877 war Kreisrichter Dictus, Sonnenburg, Kandidat der Nationalliberalen, doch wurden auch noch vereinzelt Stimmzettel, die auf andere liberale Persönlichkeiten lauteten, abgegeben. Bei einer Beteiligung von 40,5 % betrug die Mehrheit für v. Waldaw diesmal nur 21,4 (53) %.

1878

1878 verzichteten die Liberalen auf einen ernsthaften Kampf und stimmten für die Zählkandidatur v. Forckenbeck. Die Wahlbeteiligung ging wieder auf 35,4 % zurück; für v. Waldaw stimmten 29,7 (85) %, für v. Forckenbeck 4,7 (13½) %.

1881

1881 übernahm Grubenbesitzer Dehns die NL-Kandidatur. Bei der sicheren Wiederwahl v. Waldaws war die Beteiligung noch geringer (27.2 % = 1871); die konservativen Stimmen beliefen sich auf 22,1 (83) %.

1884

1884 machten dann die Fortschrittler den Versuch, die konservative Vorherrschaft zu brechen. Sie erreichten eine Verdoppelung der Wahlbeteiligung und erzielten für ihren Kandidaten Wisser eine in diesem Kreise noch niemals dagewesene liberale Stimmenzahl von 3800 = 20,6 (39) %.

1887

1887 gingen dann die liberalen Stimmen wieder um 1600 zurück, so daß die Mehrheit für v. Waldaw 46,9 (79,6) % betrug. Als v. Waldaw am 22. Januar 1888 starb, folgte ihm der Landrat von West-Sternberg, Bohtz, der den Kreis seit 1876 auch im Abgeordnetenhause vertrat und der Provinzialsynode und dem Brandenburgischen Provinziallandtage angehörte.

1890

1890 ließ die Wahlbeteiligung angesichts der sicheren Wiederwahl von Bohtz weiter auf 46 % nach. Konservative Stimmzettel gaben 36,6 (wieder 79,6) % ab; unter dem Rest befanden sich erstmalig einige sozialdemokratische Stimmen für Metzner (s. auch F 4).

1893

1893 schien ein frischerer Zug in das politische Leben dadurch zu kommen, daß außer dem wieder kandidierenden Rickert (FVgg) auch die Volks-

parteiler (Richter) und die Antisemiten (Pickenbach) aufmarschierten. Die Sozialisten stimmten diesmal für Gumpel. Die Wahlbeteiligung nahm kaum wesentlich — auf 51,2 % — zu; die unbedingte Mehrheit besaßen mit 38,4 (75) % wieder die für Bohtz stimmenden Konservativen. Die Sozialdemokraten waren mit nur 5,2 (10,1) % stärker als die Linksliberalen (4,2 = 8,3 % St) und die Antisemiten mit 2,9 (5,7) %.

1898

1898 verzichteten die Linksliberalen dann von vornherein auf jede Bemühung, so daß nur rund 50 Stimmzettel mit dem Namen Woicke in die Wahlurne fielen. 6,8 (13,4) % stimmten sozialistisch (Jahn). Dagegen erwies sich die antisemitische Kandidatur (Froehlich) als ernsthafter, wenn sie auch die Wiederwahl eines konservativen Abgeordneten nicht in Frage stellen konnte. Dieser war v. Waldaw-Reitzenstein, der Sohn des zehn Jahre zuvor verstorbenen Vertreters des Kreises. Seine Mehrheit betrug 31,7 (62,7) %.

In den Städten (Tabelle 7) blieben 54 % der Wahlberechtigten der Urne fern, auf dem flachen Lande „nur" 48 %. Sozialistisch waren in den Städten fast 30 % der abgegebenen Stimmen, auf dem Lande 8 %; antisemitisch 35 bzw. 19 %. —

1903

v. Waldaw und Froehlich (A) bestritten auch diesmal wieder den Wahlkampf, während die Stimmzettel der Sozialdemokraten auf Tapezierer Freiwald lauteten. Bei einer im Sternberger Kreise noch niemals erreichten Beteiligung von fast 62 % erbrachte der erste Wahlgang erstmalig keine Entscheidung. Die antisemitischen Stimmen hatten sich nämlich mehr als verdoppelt und machten nun 24,0 (39,1) % aus, während v. Waldaws Anteil auf 29,5 (48,0) % zurückgegangen war. In der Stichwahl mußte v. Waldaw das Mandat dann Froehlich überlassen. —

Der Antisemit verdankte seinen Erfolg hauptsächlich dem flachen Lande, wo 12 % der Berechtigten mehr an der Wahl teilgenommen und antisemitisch gestimmt hatten als 1898. In den Kleinstädten war sein Gewinn verhältnismäßig nicht ganz so stark, griff dafür aber erheblich in den früheren konservativen Besitzstand ein, so daß v. Waldow hier ein Viertel seines Anhangs verlor. Die Sozialdemokraten hatten auf dem Lande etwas zugenommen.

1907

Konservativer Kandidat wurde jetzt v. Kaphengst, während die Freisinnige Vereinigung Lehrer Sparfeld präsentierte. Freiwaldt (jetzt Gemeindevertreter in Pankow) und Froehlich bewarben sich wiederum um die sozialistischen bzw. antisemitischen Stimmen.

Der lebhaft geführte Wahlkampf brachte die Beteiligung auf 80,8 %. Die Sozialdemokratie behauptete sich, der Freisinn erhielt 4,3 (5,37) %, und Frochlich flossen einige Stimmen mehr als bei der Vorwahl zu. So

führte die hohe Beteiligung zu einer vierzigprozentigen Erhöhung des konservativen Anteils, und v. Kaphengst war im ersten Wahlgang mit den Stimmen von 42,9 (53,2) % gewählt. —

Froehlich hatte in den Städten seinen Anteil von 29 (53) % auf 38 (50) % erhöhen können, auf dem Lande dagegen an Stimmen eingebüßt. Hier lag das Schwergewicht des Kreises, und 52 (63) % der ländlichen Bevölkerung wählten konservativ.

1912

Froehlich (A) und v. Kaphengst (K) bestritten auch diese Wahl; der Fortschritt stimmte für Roßbach, die Sozialdemokratie für Schüning. Obwohl die Wahlbeteiligung etwas zurückging, erfuhr die Zahl der für v. Kaphengst abgegebenen Stimmen noch eine Erhöhung auf 43,2 (55,4) %. Der Anhang der Sozialdemokratie erschien verdoppelt, der Fortschritt begnügte sich mit 2,9 (3,7) %, und die antisemitischen Stimmen verringerten sich um ein Drittel. — Der Gewinn der Sozialdemokratie war, wie der Rückgang des Fortschritts, Werk des flachen Landes, während die antisemitischen Stimmen in Stadt und Land ziemlich gleichmäßig zurückgingen und der Gewinn der Konservativen aus den Städten kam. Nach einem Jahr übernahm Bohtz (K) das Mandat.

F 6

Die Kreise Züllichau-Schwiebus und Krossen bildeten den sechsten Reichstagswahlkreis im Regierungsbezirk Frankfurt. In Krossen verfügten Fideikommisse über mehr als 10 % der Gesamtfläche, in Züllichau-Schwiebus war ihr Anteil nicht von Bedeutung. Sehr verschieden war die Verteilung des landwirtschaftlichen Besitzes. Während in Züllichau-Schwiebus die Großbetriebe mit 45½ % der Gesamtanbaufläche (5 % mit 100 bis 200 ha, 40½ % über 200 ha) überwogen, belief deren Anteil im Kreise Krossen sich nur auf 24 % (3½ bzw. 20½ %). Auch die großbäuerlichen Wirtschaften (20 bis 100 ha) beanspruchten in Züllichau-Schwiebus (30 %) fast doppelt soviel wie in Krossen (18½ %), so daß für mittel- und kleinbäuerliche Betriebe dort nur 24½ (20½ bzw. 4) % verblieben, wogegen im Kreise Krossen fast die Hälfte der Gesamtanbaufläche (45½ %) Mittelbauern und noch 12 % Kleinbauern gehörten. — Der Wanderungsverlust blieb unter 10 %; in der Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land trat in den letzten 27 Jahren kaum eine Verschiebung ein[1]): ein Zehntel wohnte in Sommerfeld, zwei Zehntel in mittelgroßen Gemeinden, 70 % auf dem flachen Lande. — 21 000 Wahlberechtigte zählte der Kreis 1871; bei der letzten Reichstagswahl waren es 24 600, d. h. 17 % mehr.

[1]) 1885 (a) 69: (b) 21: (c) 10
1898 69: 20: 11
1912 68: 21: 11

Bei dieser Beständigkeit der Verhältnisse kann es nicht wundernehmen, daß auch die Wahlen jahrzehntelang das gleiche Bild boten. — Im Norddeutschen Reichstag hatte Generalfeldmarschall v. Steinmetz den Kreis vertreten.

1871

trat Amtsrat und Deichhauptmann Uhden an seine Stelle und blieb bis 1898 Abgeordneter für Züllichau-Schwiebus-Krossen. — Bis 1884 hielt sich die Wahlbeteiligung zwischen 45 und 50 %, der Anteil der konservativen Stimmen um 30 % und derjenige der Liberalen zwischen 10 und 15 %. — 1871 war Rittergutsbesitzer Caspar (NL) Wahlgegner Uhdens,

1874

Regierungsassessor a. D. Schulze (NL) und

1877

wieder Caspar.

1878

übernahm dann Forckenbeck (NL) die liberale Kandidatur,

1881

erneut[1]), diesmal als Sezessionist, und

1884

sowie

1887

wiederum, und zwar als Freisinniger. Diesmal versuchten es allerdings auch die Nationalliberalen mit einer eigenen Kandidatur: Röder; außerdem begannen die Sozialdemokraten mit der Aufstellung von Ewald, ihre Anhänger zu sammeln (die ersten Stimmen waren schon bei der Vorwahl entfallen). — Die Wahlbeteiligung stieg auf 63,8 %, wobei auf Uhden 51 (80½) % entfielen. — Auch in den Städten, mit Ausnahme von Schwiebus, waren die Konservativen stärkste Partei; mehr als zwei Drittel aller sozialdemokratischen Stimmen wurden in Sommerfeld abgegeben.[2])

---

[1])	K	F	Z
Land Züllichau-Schw.	2241 (65%)	904 (26%)	304 (9%)
Land Krossen . . .	2974 (81%)	687 (19%)	
Städte	1033 (36%)	1781 (61½%)	79 (2½%), davon:
Krossen	170 (24½%)	527 (75½%)	
Liebenau	38 (37%)	64 (63%)	

[2])	K	NL	F	S
Sommerfeld .	673 (54½%)	125 (10 %)	3 (½%)	431 (35 %)
Schwiebus . .	269 (38%)	8 (1 %)	416 (58½%)	19 (2½%)
Krossen . . .	351 (61½%)	32 (5½%)	154 (27%)	33 (6 %)
Züllichau . .	359 (54%)	67 (10 %)	169 (25½%)	71 (10½%)
Zus.(Durchschn.)	1652 (52%)	232 (7 %)	742 (23½%)	554 (17½%)

1890

ging dann die Wahlbeteiligung wieder zurück. Der Fortschritt konnte an Boden gewinnen, auch die Sozialdemokratie nahm ganz ansehnlich zu. Uhden verfügte nur noch über eine Mehrheit von 31,8 (56,2) %.[1])

1893

setzte sich die Zunahme der liberalen (Fahle, FVgg) und sozialistischen (Metzner) Stimmen fort. Da auch die Wahlbeteiligung wieder gestiegen war, behielt Uhden mit 36,3 (55,5) % die Mehrheit und das Mandat.

1898

ließ sich Uhden nicht wieder aufstellen[2]); statt seiner bemühte sich Dr. Beer um die konservativen Stimmen. Kandidat der Freisinnigen Vereinigung blieb Fahle, derjenige der Sozialdemokratie Metzner. Auch die Antisemiten (Zimmermann) warben um die Gunst der Wähler. Die Wahlbeteiligung ging trotzdem zurück, und zwar ausschließlich auf Kosten der Konservativen, aus deren Gefolgschaft auch die 1,75 (2,96) % antisemitischen Stimmen stammen dürften. Zum ersten Male war in diesem Kreise eine Stichwahl erforderlich, aus der Dr. Fahle unerwartet als Abgeordneter hervorging, für den in der Hauptwahl 18,3 (30,2) % gestimmt hatten.

1903

Drei neue Kandidaten traten diesmal vor die Wähler: der Bürgermeister von Sommerfeld Schlüter (R), Professor Dr. v. Liszt (FVgg) und der Maurer Silberschmidt, Charlottenburg.

Von der auf 74,6 % gestiegenen Wahlbeteiligung zogen alle Parteien Nutzen, den absolut größten Gewinn aber hatte (als Einheimischer?) Schlüter, der das Mandat dadurch schon im ersten Wahlgang errang. Für ihn hatten 38,3 (51,6) % gestimmt.

(Tabelle 7): Im Verhältnis zur Vorwahl hatte die Sozialdemokratie — besonders auf dem flachen Lande — den größten Fortschritt erzielt; sie konnte als einzige Partei im ganzen Kreise ihren Anteil an den gültigen Stimmen beträchtlich vermehren. Selbst der K-Anteil ging auf dem Lande und in den Kleinstädten infolge der stärkeren Wahlbeteiligung relativ zurück, nur in Sommerfeld (Schlüter!) hob er sich. Hier verzeichnete andererseits der Freisinn den stärksten relativen — zugleich auch einen absoluten — Rückgang. Da wie bei der Vorwahl 69 % der Berechtigten auf dem flachen Lande wohnten, stammten selbst die sozialistischen Stimmen beinahe zur Hälfte von dort, die liberalen zu 60 %, die konservativen aber zu 83 %.

---

[1]) Teilergebnis Schwiebus („Kreuz-Zeitung" Nr. 277 vom 16. Juni 1890): K 207 (16%), F 422 (33%), S 628 (49%), Z 30 (2%).

[2]) Der Hauptgrund für seinen Verzicht dürften Quertreibereien des Bundes der Landwirte gewesen sein, der ihn schon Anfang 1894 zur Mandatsniederlegung zwingen wollte. (Brief vom 30. Januar in der „Vossischen Zeitung" vom 6. Februar 1894.)

1907

Während die Sozialdemokratie in Grauer (Gemeindevertreter in Lichtenberg) einen neuen Kandidaten aufstellte, erneuerten Schlüter (R) und v.Liszt (F) ihre Kandidatur. Die auf 85 % gestiegene Wahlbeteiligung bewirkte keine wesentliche Verschiebung im Kräfteverhältnis der Parteien. Mit den Stimmen von 43,1 (53,2) % war Schlüters Mandat auch für die zwölfte Legislaturperiode bestätigt. — Bei der Sozialdemokratie hatte sich ein Stimmenzuwachs auf dem flachen Lande ergeben, der allerdings durch Verluste in den Städten fast ausgeglichen wurde. Der Anteil des Freisinns war auf dem Lande, der der Konservativen in den Kleinstädten konstant geblieben, während in den anderen Teilen des Kreises beide Parteien Fortschritte machten.

1912

Die bürgerlichen Parteien wechselten mit den Kandidaten: Lehrer Bruckhoff (F) bewarb sich um die liberalen, Handwerkskammersekretär Dr. Wienbeck (R) um die konservativen Stimmen. Die Sozialdemokraten stimmten für Grauer.

Bei etwas zurückgehender Wahlbeteiligung verringerten sich die für den Reichsparteiler abgegebenen Stimmzettel ganz beträchtlich, während der Sozialdemokrat einen fast gleich hohen Gewinn erzielte. Zweitstärkste Partei blieb der Fortschritt, der mit unverändertem Anteil aus der Wahl hervorging. Im zweiten Wahlgang entschied sich dann der Kreis für den Fortschrittler Bruckhoff.

Die Sozialdemokratie hatte besonders auf dem Lande bedeutende Fortschritte gemacht, in Sommerfeld ihren Anteil nicht verbessern können. Dafür erzielte der Fortschritt hier einen — relativ hohen, für den Gesamtkreis aber unbedeutenden — Stimmenzuwachs, womit er in Sommerfeld stärkste Partei war.

F 7

Die Kreise Guben und Lübben bildeten den Reichstagswahlkreis Frankfurt 7. In Guben blieb der Anteil des gebundenen Grundbesitzes unter 5 %, in Lübben überschritt er 20 %. — Von der Gesamtanbaufläche entfielen im Kreise Guben 9½ % auf Kleinbesitz unter 5 ha, 42 % auf mittel- und 24 % auf großbäuerliche Wirtschaften; für Großbetriebe verblieben somit 24½ % (2½ % mit je 100 bis 200 ha, 22 % je über 200 ha). Im Lübbener Kreise war der Großbesitz weniger umfangreich: nur 14½ % (3½ + 11). Dafür beanspruchten Betriebe von 20 bis 100 ha 43½ % der Anbaufläche, Höfe von 5 bis 20 ha weitere 33 % und Kleinstellen 9 %. — Mehr als die Hälfte der Bevölkerung war in der Landwirtschaft tätig; der Wanderungsverlust hielt sich unter 10 %. —

Wahlberechtigt waren zur ersten Reichstagswahl 18 600, im Jahre 1912 dann 26 200, d. h. 41 % mehr. Fast zwei Drittel des Bevölkerungszuwachses der letzten 30 Jahre entfielen auf die Stadt Guben, deren Anteil an der Ge-

samtbevölkerung des Kreises sich dadurch von 26 auf 33 % erhöhte. Da auch die mittelgroßen Gemeinden etwas stärker als durchschnittlich wuchsen, ging der Anteil des flachen Landes von 65 % (1885) auf 57 % (1912) zurück.

Wie im Norddeutschen Reichstag, so vertrat auch in der

1871

beginnenden ersten Legislaturperiode Graf v. Kleist den Wahlkreis Guben-Lübben, dessen Wählerschaft sich nur zu 38,7 % an der Wahl beteiligt und mit 12,1 (31½) % für den Fortschrittler Dr. Löwe, mit 26,3 (68½) % für Kleist gestimmt hatte.

1874

verteidigte Graf v. Kleist sein Mandat erfolglos gegen Schulz-Booßen (NL). für den bei 40,6 % Beteiligung 21,7 (54½) % stimmten, während auf Kleist nur 16,6 (42) % entfielen. Für den Lassalleaner O. Kapell wurden 1,4 (3½) % Stimmzettel abgegeben.

1877

zersplitterten sich die liberalen Stimmen auf Schulz und Stadtrat Liersch-Guben (F). Die regere Wahlbeteiligung (49,4 %) kam ausschließlich den Konservativen zugute, so daß Graf v. Kleist wieder Abgeordneter des Kreises wurde. — Die sozialdemokratischen Stimmen waren auf 0,9 (1,8) % zurückgegangen, sie stammten fast ausschließlich aus Guben.[1])

Graf v. Kleist starb am 6. August 1877; in der Ersatzwahl erlangte gegen Caspar (NL) der Lübbener Landrat v. Puttkamer das Mandat.

1878

verständigten sich die Fortschrittler mit den Nationalliberalen und verzichteten in F 7 auf eine eigene Kandidatur, wofür die Nationalliberalen in F 9 von der Aufstellung eines eigenen Kandidaten absahen.[2]) Der Wahlkampf spielte sich also nur zwischen Schulz und v. Puttkamer ab. Er führte zu einer Beteiligung von 59,7 %, wovon 25,4 (43) % auf Schulz entfielen. Die sozialistischen Stimmen waren verschwunden. Einzelergebnisse liegen nur aus kleinen Städten vor.[3]) Der Wahlberichterstatter der „Kreuz-Zeitung“[4]) aus Lieberose entschuldigte sich wegen Abgabe liberaler Stimmen „in unserer gutkonservativen Stadt“ infolge Aufwerfens der Tabakmonopolfrage.

---

[1]) Guben: F 1711 (80,7%); NL 40 (1,9%); K 207 (9,8%); S 161 (7,6%).

[2]) „Vossische Zeitung“ Nr. 155 vom 5. Juli 1878.

[3])

	K	NL	Z
Neuzelle	36	7	9
Schlaben b. Neuzelle . . .	65	24	85
Lieberose Stadt und Schloß .	182	56	?

[4]) Nr. 178 vom 2. Februar 1878.

1881

beschlossen die Konservativen, Prinz Schönaich-Carolath (R) aufzustellen, da v. Puttkamer als Landesdirektor nach Waldeck ging. Sein Gegenkandidat war wieder Schulz (jetzt LibVgg). Mit der geringen Mehrheit von 31,4 (51) % wurde Prinz von Schönaich-Carolath Abgeordneter und blieb es dann bis zum Weltkriege. — In den Städten[1]) hatten die Liberalen z. T. ganz überwältigende Mehrheiten, im Durchschnitt waren 79,3 % der abgegebenen städtischen Stimmen auf sie entfallen.

1884

übernahm Neßler die fortschrittliche Kandidatur, erzielte aber nur 18,7 (29) %. — In Guben war der Anteil der liberalen Stimmen auf 56 % (Vorwahl 84 %) heruntergegangen. Hier wurden auch 94 % aller im Wahlkreise abgegebenen sozialistischen Stimmen — wahrscheinlich auf Hasenclever — gezählt.[2])

1887

Über die Steigerung der Wahlbeteiligung hinaus erhöhte Prinz v. Schönaich-Carolath den Anteil der für ihn abgegebenen Stimmen auf 53,8 (76,7) %. Die Sozialdemokratie hatte sich auf 5,4 (7,7) % verdreifacht, der Freisinn war auf 10,7 (15,3) % zurückgegangen.

1890

Infolge Carolaths Abwendung von den Konservativen stellten diese in Graf v. der Schulenburg wieder einen eigenen Kandidaten auf, während der Freisinn sich mit einer Zählkandidatur Träger[3]) begnügte; immerhin gaben noch 4,4 (5,7) % Stimmzettel für ihn ab. Bei 13,2 (17,0) % sozialistischen Stimmen (Tapezierer Krüger, Rixdorf) und 19,4 (24,9) % für Graf v. der Schulenburg behielt durch die Zunahme der Beteiligung Prinz v. Schönaich-Carolath die Mehrheit und damit das Mandat.[4])

---

[1])

	L	R
Guben	3144 (84 %)	610 (16 %)
Lübben	357 (71 %)	147 (29 %)
Fürstenberg . .	180 (59 %)	125 (41 %)
Lieberose . . .	154 (64½%)	85 (35½%)
Friedland . . .	106 (63 %)	62 (37 %)

[2])

	R	F	Z	S
Guben	1335 (35%)	2164 (56%)	?	354 (9%)
Neuzelle/Schl. . .	114 (51%)	44 (20%)	64 (29%)	0

[3]) Um eine Stichwahl zu vermeiden, würden viele Linksliberale schon im ersten Wahlgang für Carolath stimmen („Vossische Zeitung" Nr. 79 vom 16. Februar 1890).

[4]) Teilergebnis („Kreuz-Zeitung" Nr. 88 vom 21. Februar 1890):

Lübben Stadt	Car. 273	K 254	S 143	F 9
Lübben Schloß	Car. 9	K 21	S 2	F 3

1893

präsentierten — mit starker Unterstützung durch den Landrat Kapp — die Konservativen Caesar (R), während die Sozialdemokraten Völkel aufstellten. Der Freisinn trat von vornherein für Carolath ein. Das Ergebnis der Wahl war eine bedeutend größere Mehrheit für Schönaich-Carolath, nämlich 48,1 (61,8) %. — Während die Sozialdemokratie wenige Stimmen hinzugewann, fanden die Konservativen nur noch bei 15,3 (19,6) % Anklang.

1898

Erneut machten die Konservativen den Versuch, dem Prinzen, den sie als einen Überläufer aus dem konservativen durch das nationalliberale in das Freisinnslager[1]) betrachteten, das Mandat zu entreißen. Eine Neuorganisation der Konservativen Vereine unterstützte die lebhafte Propaganda für den ungekrönten König von Preußen, v. Heydebrand und der Lase. — In der Tat gelang eine Erhöhung der konservativen Stimmenzahl, doch war es nur dem gleichzeitigen Anwachsen auch der sozialdemokratischen Stimmen (Uhrmacher Wagner) zuzuschreiben, daß Schönaich-Carolath sich zur Stichwahl stellen mußte. In dieser fiel dann die Entscheidung wieder zu seinen Gunsten aus.

Im Kreise Lübben erbrachte die Hauptwahl eine Mehrheit für die Konservativen, im Gubener Kreise besaß Schönaich-Carolath die Mehrheit, und die Sozialdemokratie erhielt hier 1000 Stimmen mehr als der Konservative.[2]) Diese stammten (Tabelle 7) natürlich in der Hauptsache aus der Stadt Guben, doch war auch hier Carolath noch mit 45 (52) % im Besitze der Majorität. Nur das flache Land stimmte zu gleichen Teilen konservativ und liberal.

1903

stimmten die Liberalen (NL und F) wieder für Carolath, die Rechte (K und Bund der Landwirte) für Professor Dr. Treutler, Gymnasialoberlehrer in Guben, die Sozialdemokratie für den Weber Kotzke. — Der Stimmenanteil beider bürgerlicher Kandidaten ging zurück, während sich derjenige der Sozialdemokraten weiter hob. Damit hatten die Arbeiterstimmen die des Konservativen überschritten, und Kotzke kam in die Stichwahl[3]) gegen Schönaich-Carolath, in der dessen Mandat erneuert wurde.

In Guben hatte sich das Stimmenverhältnis zwischen NL und S umgekehrt (1898 NL 45 S 37; 1903: NL 36 : S 44), auf dem flachen Lande hatte Carolath nun auch die Konservativen wieder überflügelt.

---

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 256 vom 4. Juni 1898.

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 279 vom 18. Juni 1898:

Kreis Guben	K 2631 (20,2%)	L 6711 (51,6%)	S 3653
Kreis Lübben . . .	K 2043 (51,3%)	L 1319 (33,1%)	S 618

[3]) Stichwahl: NL 12 657; S 5379.

1907

war Prinz von Schönaich-Carolath bürgerlicher Einheitskandidat und errang das Mandat mit den Stimmen von 61,0 (71,9) %; die übrigen 23,6 (27,8) % hatte Kotzke, jetzt Stadtverordneter in Berlin, erhalten.

Der Sieg Carolaths war ein Sieg des flachen Landes: von den dort wohnenden 59 % aller Berechtigten hatten 72 (86) % für ihn gestimmt. Auch in Guben gewann er die Mehrheit der abgegebenen Stimmen zurück, wie allgemein sein Anteil den der K + NL von der Vorwahl beträchtlich übertraf. Die Sozialdemokratie hatte sich in Guben behauptet, in der Gruppe b hatte sie gewonnen und auf dem flachen Lande abgenommen.

1912

ließ sich die Eintracht im bürgerlichen Lager nicht aufrechterhalten, Konservative und BdL stellten Gutsbesitzer Schneider auf. Den unmittelbaren Vorteil von dieser Zersplitterung hatte wieder der erneut für die Sozialdemokratie kandidierende Kotzke, dessen Anteil auf 28,8 (33,5) % stieg. Die meisten Stimmen erhielt wieder Prinz von Schönaich-Carolath, der sein Mandat aber, wie 1903, erst in der Stichwahl gegen Kotzke erneuert bekam.

Am stärksten hatte der Landbündler dem Nationalliberalen natürlich auf dem flachen Lande Abbruch getan, wo 34 (40) % konservativ und 33 (39) % liberal stimmten. In Guben führte jetzt wieder die Sozialdemokratie mit 45 (50,5) %, in den übrigen Städten schlossen NL und S gleich gut, mit je 37 (47,4) %, ab.

F 8

Im Kreise Sorau gehörten über 15 % der Gesamtfläche zu Fideikommissen. Trotzdem entfielen nur 31 % der Anbaufläche auf Großbetriebe (13½ % mit je 100 bis 200 ha, 17½ % über je 200 ha); auch großbäuerlicher Besitz (20 bis 100 ha) umfaßte knapp 20 %. Den größten Anteil an der landwirtschaftlich genutzten Fläche (35½ %) hatten Mittelbauern, und noch 13½ % entfielen auf Kleinbesitz unter 5 ha. Gleichwohl war weniger als ein Drittel der Gesamtbevölkerung in der Landwirtschaft tätig. — Bei nur geringem Wanderungsverlust stieg die Zahl der Wahlberechtigten von 1871 (16 600) bis 1912 (28 200) um 70 %, wobei sich das Schwergewicht immer mehr nach Forst verlegte.[1])

1871

beteiligten sich nur die Konservativen und die Nationalliberalen an der Wahl. Erstere stimmten für den General Vogel von Falkenstein, letztere für den bisherigen Abgeordneten v. Puttkamer, der bei 49,4 % Wahlbeteiligung

---

[1]) 1885 (a) 62: (b) 6: (c) 32,
1895 52: 11: 37,
1912 48: 10: 42.
(In Forst bestanden 1867 etwa 60 Tuchfabriken, 1887 schon 100.)

mit 26½ (53½) % wiedergewählt wurde. — Als Puttkamers Mandat wegen seiner Ernennung zum Appellationsgerichtsrat im April 1872 erlosch, wurde es mit fast gleicher Mehrheit erneuert.

1874

stellten die Linksliberalen einen eigenen Kandidaten, Redakteur Polke (F), auf, während die Konservativen diesmal für den dem Zentrum nahestehenden Grafen v. Brühl stimmten. Lassalleaner und Eisenacher bekämpften sich durch Aufstellung von O. Kapell und Dr. Jacoby; die Nationalliberalen stimmten wieder für v. Puttkamer, der seine Mehrheit erheblich verstärken konnte. Wahlbeteiligung 55,7 %; Nationalliberale 35,1 (64) %; Lassalleaner zu Eisenachern wie 10,8 : 1.

1877

1877 sahen dann die Fortschrittler von einer Sonderkandidatur ab Die Konservativen stimmten größtenteils für Graf Brühl (in der Statistik Z), die vereinigten Sozialisten für Kapell. Bei auf 62 % gestiegener Wahlbeteiligung stimmten 34,1 (56) % für v. Puttkamer. Die Sozialdemokratie erzielte 18,8 (31) % und soll ihren Erfolg laut „Kreuz-Zeitung" hauptsächlich den Dörfern verdanken.

1878

1878 stellten die Nationalliberalen den Landtagsabgeordneten Beisert auf, der auch die Unterstützung des Fortschritts fand. Graf Brühl galt jetzt offiziell als Zentrumskandidat. Die Sozialdemokraten (O. Kapell) hatten sich der Christlich-Sozialen zu erwehren, deren Kandidat der Sorauer Schloßprediger Dr. Saalborn war. Die Konservativen stimmten für Schön (R), dem das Mandat in der Stichwahl gegen Beisert zufiel. 1879 wurde eine Neuwahl erforderlich. da der Reichstag das Mandat für ungültig erklärte; Schön blieb aber bis 1881 Abgeordneter des Kreises. — Die Sozialdemokratie hatte sich in der Hauptwahl ziemlich widerstandsfähig gezeigt und war auf 11,6 (17) % gekommen. — In Sorau bestand wahrscheinlich eine geringe liberale Mehrheit, doch ist ein genaues Ergebnis nicht bekannt.[1])

1881

1881 stellten die Liberalen Ingenieur Lüders-Görlitz (LibVgg), die Sozialdemokraten den Zigarrenhändler Zisowsky auf, während die Konservativen für den bisherigen Abgeordneten Schön stimmten. Lüders, für den 24,3 (40½) % gestimmt hatten, wurde schließlich im zweiten Wahlgang gewählt, nahm aber das Mandat für Lauban an, so daß eine Nachwahl erforderlich wurde, bei der die für Liberalen Stadtrat Witt (LibVgg) stimmten. Wiederum war eine Stichwahl nötig, nach der Witt den Kreis

[1]) Stadt Sorau mit 7 Dörfern: NL 1368 (45,5%); R 767 (25,5%); Chr.-S. 480 (16,0%); S 312 (10,4%); Z 80 (2,6%).

in der fünften Legislaturperiode vertreten konnte. — Forst hatte im ersten Wahlgang eine sozialdemokratische Mehrheit, Sorau eine liberale, während in den übrigen Städten die Stärke der Parteien ausgeglichen war.[1])

1884

1884 stellten die Konservativen dem wieder kandidierenden Witt (jetzt F) den Sorauer Amtsrichter John entgegen; die Sozialdemokraten stimmten für den Sorauer Schneider Schwager. Erst aus der Stichwahl ging wieder Witt als Abgeordneter des Kreises hervor, für den in der Hauptwahl nur 21,1 (30,3) % gestimmt hatten.

1887

Dem Ansturm des Kartells konnte der Linksliberalismus nun nicht standhalten. Zwar gingen die F-Stimmen nur wenig zurück; aber die Steigerung der Wahlbeteiligung auf 87½ % kam restlos dem auf dem linken Flügel der Reichspartei stehenden Fabrikbesitzer Brauer zugute. Er erhielt sein Mandat mit den Stimmen von 50,4 (57,4) %. Die Gefolgschaft der Sozialdemokratie hielt sich mit 17,8 (20,4) % konstant.

1890

1890 schlug das Pendel zurück. Brauer mußte sich mit 32,9 (38,4) % begnügen, womit die Konservativen aber doch noch stärkste Partei blieben. Sozialdemokratie (Behrend) und Freisinn (Jeschke) gingen in nahezu gleicher Stärke aus der Wahl hervor. Eine Überlegenheit von wenigen Stimmen brachte Jeschke in die Stichwahl und durch diese in den Besitz des Mandats.

1893

1893 galt dann das Vorstandsmitglied des Bundes der Landwirte Ploetz auch als Kandidat der Konservativen und Antisemiten. Die Sozialdemokratie stimmte für Dr. Lux. Die agrarisch-konservativen Stimmen zeigten, ebenso wie die sozialistischen, eine geringe Zunahme, während der Freisinn auf 19,9 (23,5) % zurückfiel, so daß Jeschke nicht einmal in die Stichwahl kam. In dieser errang v. Ploetz, für welchen in der Hauptwahl 34,6 (40,7) % gestimmt hatten, das Mandat.

---

[1]) Hauptwahl I	L	R	S
Forst	581 (25,3%)	408 (17,9%)	1304 (56,9%)
Sorau	1237 (65,4%)	321 (17,0%)	334 (17,7%)
übrige Städte . .	393 (37,6%)	339 (32,5%)	312 (29,9%)
Land	2530 (39,4%)	3548 (55,3%)	340 (5,3%)
Nachwahl I			
Forst	635 (28,3%)	503 (22,4%)	1106 (49,3%)
Sorau	1167 (57,8%)	439 (21,7%)	414 (20,5%)
übrige Städte . .	525 (42,8%)	402 (32,8%)	299 (25,4%)
Land	2818 (35,0%)	4817 (59,9%)	412 (5,1%)

1898

1898 kandidierte v. Ploetz in Pommern, so daß die Konservativen hier den Landtagsabgeordneten Baumeister Felisch, Berlin, präsentierten. Die Freisinnige Vereinigung stimmte für Gothein, die Sozialdemokratie für Klees. Die konservativen Stimmen gingen um ein Drittel zurück, während die freisinnigen um 5 %, die sozialdemokratischen um 15 % stiegen. Mit 35,9 (44,1) % kam Klees in die Stichwahl und errang in dieser das Mandat.

(Tabelle 7 und 7a): Während die konservativen Stimmen zu 77 % aus dem flachen Lande stammten, waren 69 % der sozialistischen Stimmen in den Städten (Gruppen b und c) abgegeben worden. Die Zahl der Wahlberechtigten war auf dem Lande etwas geringer als in den Städten; in diesen erreichte die Beteiligung fast 84 %, dort nur 79 %. — In Forst stimmten 56 (65) % sozialdemokratisch, in den kleineren Städten 50 (60) %, in Sorau 42 (49) %. Hier hatte der Freisinn mit 35 (41) % seine stärkste Stellung im Kreise; auch in der Gruppe b kam er noch auf 27 (32) %, in Forst dagegen nur auf 13 (16) %. — Für den Konservativen endlich stimmten auf dem Lande 36 (46) %, in Forst 14 (19) %, in Sorau 9 (10) % und in den Kleinstädten 6 (8) %.

1903

Angesichts der sozialistischen Gefahr gelang es, in der Person des Kommerzienrats Bahn (NL) einen bürgerlichen Einheitskandidaten aufzustellen, der sowohl die Unterstützung der Konservativen und des Bundes der Landwirte wie auch der Freisinnigen Vereinigung fand. Der unter diesen Umständen sehr scharfe Wahlkampf führte zu einer Beteiligung von 88,1 %, der höchsten in der Mark. Bahn kam noch über die Stimmenzahl hinaus, die Freisinn und Konservative zusammen 1898 erhalten hatten, und entriß mit einem Anteil von 46,9 (53,6) % Klees das Mandat. —

Die Bevölkerung von Sorau hatte sich zu über 91 % an der Wahl beteiligt, wobei die Sozialdemokratie ihren Anteil noch stärker erhöhen konnte, als es der Zunahme der Wahlbeteiligung entsprochen hätte. In Forst dagegen verlor die S an Boden, wenn sie auch mit 53 (60) % im Besitz der absoluten Majorität blieb. Auch in den kleineren Städten verfügte sie über 55 (62½) % und hatte das Bürgertum etwas zurückgedrängt. Das flache Land, wo 49 % der wahlberechtigten Kreisbevölkerung wohnten, gab mit 57 (66) % den Ausschlag für Bahn. Hier war — anteilmäßig — der Stimmenzuwachs ausschließlich der Sozialdemokratie zugeflossen.

1907

Die bürgerlichen Parteien blieben bei der Einheitskandidatur Bahn, der die Sozialdemokraten Dr. Maurenbrecher entgegenstellten. Die Wahlbeteiligung von 91,3 %, wieder die höchste in der Mark, ergab eine leichte Schwächung der Sozialdemokratie und gleichzeitig eine absolute Mehrheit von 52,1 (58,5) % für Bahn. Sein Erfolg war noch mehr als bei der Vor-

wahl Werk des flachen Landes, wo 65 (72) % für ihn stimmten. In den Kleinstädten blieb die Sozialdemokratie mit auf 56 (62) % erhöhtem Anteil stärkste Partei; in Sorau ging ihr Anteil auf 47 (51) %, in Forst auf 50 (56) % zurück.

1912

1912 übernahm Schumann (Gewerkschaftsbeamter, Berlin) die sozialistische Kandidatur. Ein Rückgang der NL-Stimmen — unter den Stand von 1903 — und eine kräftige Erholung der Sozialdemokratie ergaben für Bahn eine Überlegenheit von nur wenigen Stimmen. Zentrums- und Splitterstimmen verhinderten, daß hieraus eine zur Erlangung des Mandats genügende Mehrheit wurde. So war ein zweiter Wahlgang erforderlich, aus dem Schumann als Abgeordneter hervorging. — Relativ am stärksten gewachsen war die S auf dem Lande. In Forst konnte sie wieder den 1898 erzielten Anteil von 56 (61; 1898 aber 67) % erreichen und auch in Sorau den bei der Blockwahl 1907 erlittenen Verlust einholen.

F 9

Der Fläche nach war der neunte Reichstagswahlkreis im Regierungsbezirk Frankfurt der kleinste in der Provinz Brandenburg. Er bestand aus Stadt- und Landkreis Kottbus und dem Kreise Spremberg. In Spremberg bestanden Fideikommisse nicht, in Kottbus blieb ihr Anteil unter 2 % der Gesamtfläche. In der Landwirtschaft war im Kreise Spremberg weniger als ein Drittel der Bevölkerung tätig. 35½ % der Anbaufläche entfielen auf Mittelbauern, weitere 21 % auf Kleinbesitz. Höfe von 20 bis 100 ha beanspruchten 12½ %, Großbetriebe mit je 100 bis 200 ha 17 % und solche über 200 ha fast 14 %. Im Landkreise Kottbus (mehr als 50 % landwirtschaftliche Bevölkerung) überwog der rein bäuerliche Besitz noch stärker. Dort entfielen auf Kleinbauern 25½ und auf Mittelbauern 47½ % der Anbaufläche, auf die größeren Wirtschaften nur 8 (20 bis 100 ha) bzw. 6½ (100 bis 200 ha) bzw. 13 % (über 200 ha).

Stadt und Landkreis Kottbus zeigten geringen Wanderungsverlust, Spremberg geringen Wanderungsgewinn; der ganze Wahlkreis von 1871 (16 900) bis 1912 (31 200) eine Zunahme der Wahlberechtigten um 84 %. — Das noch 1885 bestehende Übergewicht des flachen Landes war 1912 nicht mehr vorhanden.[1])

1871

1871 standen Franz Duncker (F) und Dr. Schacht (NL) gegen den bisherigen Abgeordneten Dr. Köster (K), der mit 28,9 (73) % im Besitz des Mandats verblieb.

---

[1]) 1885 (a) 54: (b) 9: (c) 37
1895 50: 8: 42
1912 46: 10: 44

1874

1874 verzichteten die Linksliberalen auf eine eigene Kandidatur, so daß der Wahlkampf sich zwischen Dr. Schacht und Dr. Köster abspielte. Einige Stimmen wurden auch für Graf v. Pückler-Branitz (NL bzw. „regierungsfreundlich konservativ") abgegeben; die Lassalleaner stimmten für Bildhauer Kersten. Annähernde Stimmengleichheit der beiden Hauptkandidaten machte eine Stichwahl erforderlich, durch welche dann Dr. Schacht Abgeordneter für die zweite Legislaturperiode wurde.

1877

1877 sollte die fortschrittliche Kandidatur erst Keller übertragen werden: da er jedoch als Kathedersozialist bezeichnet wurde, stellten die Linksliberalen schließlich den Berliner Stadtgerichtsrat Peschel auf, wobei große Hoffnungen auf die freihändlerischen Kottbuser Fabrikanten gesetzt wurden.[1]) Die Sozialdemokraten stimmten für O. Kapell, während die Rechtsliberalen bei Dr. Schacht blieben. Die Konservativen stimmten für v. Bärensprung, und dieser errang schließlich in der Stichwahl das Mandat. — Die sozialistischen Stimmen übertrafen die des Fortschritts; in Kottbus war die Sozialdemokratie in der Hauptwahl sogar stärkste Partei, dagegen besaß der Fortschritt in Peitz eine Mehrheit von 81 %.[2])

1878

1878 überließen die Nationalliberalen diesen Wahlkreis dem Fortschritt[3]), dessen Kandidat Rechtsanwalt Frommer, Kottbus, wurde. In den Wahlkampf griff auch der Landrat zugunsten von v. Bärensprung ein, der bei 65 % Beteiligung mit 33,6 (51,8) % wiedergewählt wurde. Die sozialdemokratischen Stimmen (O. Kapell) hatten gegen die Vorwahl abgenommen. — Durch den Tod v. Bärensprungs (16. Februar 1879) wurde eine Nachwahl erforderlich, in der Freiherr v. Wackerbarth (K) gegen Dr. Max Weigelt, Berlin, (NL) das Mandat errang.

1881

1881 blieb v. Wackerbarth Kandidat der Konservativen. Die Sozialdemokraten stimmten für den Forster Zigarrenmacher Ziselowsky, die Liberalen für Mühlenbaumeister Hirschberger (F), dem in der Stichwahl das Mandat zufiel. — Von den Städten zeigte Kottbus eine Zunahme,

---

[1]) „Vossische Zeitung" Nr. 1 vom 3. Januar 1877.

[2])	K	NL	S	F
Kottbus	106 (4 %)	709 (27 %)	922 (35,5%)	871 (33,5%)
Spremberg . . .	25 (1,5%)	675 (47,5%)	450 (32 %)	266 (19 %)
Peitz	32 (6,5%)	39 (7,5%)	27 (5 %)	424 (81 %)
zus. (Durchschn.)	163 (3,6%)	1423 (31,3%)	1399 (30,8%)	1561 (34,3%)

[3]) siehe Seite 154, Anmerkung 2 zu 1878 F 7.

Spremberg und Peitz einen Rückgang der liberalen Stimmen; dieser hatte jedoch durch die überall stark zurückgegangenen Stimmen für das Wahlergebnis keine Bedeutung.[1])

1884

1884 stimmten die Sozialisten für Kayser, die Liberalen wieder für Hirschberger, während die Konservativen den Kottbuser Landrat v. Funcke aufstellten. Bei 71,1 % Wahlbeteiligung wurde er mit 38,1 (53) % zum Abgeordneten für die sechste Legislaturperiode gewählt.

1887

1887 stellten die Freisinnigen dann den Kottbuser Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Frommer auf, die Sozialdemokraten den Schlosser Breiel und die Nationalliberalen — trotz des Kartells — Dr. Rosenberg. Kandidat des Kartells, d. h. also der Konservativen, blieb der bisherige Abgeordnete, Landrat v. Funcke. Die Zersplitterung des Liberalismus machte die Sozialdemokratie mit 18,2 (23,2)% zur zweitstärksten Partei des Kreises, gegen die v. Funcke in der Stichwahl sein Mandat behauptete.

1890

1890 stimmten die Konservativen für Graf Pückler, die Freisinnigen für Halberstadt, während die Sozialdemokraten bei der Kandidatur des inzwischen aus Spremberg ausgewiesenen Breiel verblieben. Der Anteil der K-Stimmen ging erheblich zurück, wogegen die Liberalen eine geringe, die Sozialdemokraten eine 50 proz. Zunahme zeigten. Breiel kam mit 24,2 (29,2) % erneut in die Stichwahl, in welcher sich der Wahlkreis dann für Graf Pückler entschied, dessen Anteil in der Hauptwahl 33,7 (41,6) % betragen hatte.

1893

1893 brachte erneuter Kandidatenwechsel den Konservativen keinen wesentlichen Vorteil. Die Freisinnigen, welche jetzt für Blell stimmten, gingen wieder zurück, und die Sozialdemokratie gewann weiter an Boden. Mit 27 (33) % kam Schulz (S) in die Stichwahl, in der er dem Konservativen v. Werdeck unterlag, für den im ersten Wahlgang 34,3 (42,3) % gestimmt hatten.

1898

1898 erfuhr die Zahl der Kandidaten durch Liebreich (Deutsch-Soziale Reformpartei) eine Vermehrung. Von der Sozialdemokratie war diesmal

---

[1])

	K	F	S
Kottbus	292 (9,0%)	2565 (78,4%)	413 (12,6%)
Sandow	31 (10,0%)	153 (49,0%)	128 (41,0%)
Spremberg . . .	127 (10,6%)	795 (65,7%)	287 (23,7%)
Peitz	52 (12,7%)	359 (87,3%)	0
Städte zusammen	502 (9,7%)	3872 (74,4%)	828 (15,9)%
Land Kottbus . .	4215 (83,3%)	793 (15,7%)	49 (1,0%)
Land Spremberg .	1066 (73,6%)	305 (21,0%)	78 (5,4%)

Antrick aufgestellt; die Freisinnigen stimmten für Professor Oerthmann (unabhängig liberal). — Die konservativen Stimmen gingen zurück; z. T. fielen sie wohl auf den Antisemiten. Um nochmals ein Sechstel gewachsen, war die Sozialdemokratie mit 31,6 (39,0) % stärkste Partei, und Antrick errang in der Stichwahl das Mandat.[1])

(Tabelle 7 und 7a:) 69 bzw. 67 % aller sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen wurden in den Städten abgegeben, 91 % der konservativen Stimmen kamen von flachen Lande. Kottbus hatte mit 5 (6) % den größten antisemitischen Einschlag; in allen anderen Städten wie auch auf dem Lande bekannte sich nur 1 % zu Liebreich, Spremberg beteiligte sich zu 88 % an der Wahl, die kleinen Städte nur zu 74 %. Daß hier in der Hauptsache das liberale Bürgertum der Wahlurne fernblieb, die Sozialdemokratie aber alle Anhänger auf die Beine brachte, kann man mit ziemlicher Sicherheit aus dem Ergebnis schließen.

1903

Antrick blieb Kandidat der SPD; die Freisinnige Volkspartei stellte Rektor Brandt, Berlin, auf, während die Rechte für v. Dirksen (R) stimmte. Die Wahlbeteiligung stieg auf 85,8 % und brachte dem Freisinn einen erheblichen Verlust. Antricks Anteil erfuhr nur eine leichte Erhöhung auf 33,5 (39,2) %, so daß die Rechte mit 37,9 (44,3) % wieder die Führung an sich riß. In der Stichwahl übernahm dann — mit 13602 gegen 10691 sozialistische Stimmen — Geh. Legationsrat v. Dirksen das Mandat. — Die Sozialdemokratie hatte ihren geringen Zuwachs ausschließlich in den Städten erreicht; in der Gruppe b besaß sie jetzt sogar mit 51 (66) % die absolute Majorität. Die Verluste des Freisinns waren im ganzen Kreise stark, relativ am größten war der Stimmenrückgang auf dem flachen Lande. Hier wohnten noch mehr als die Hälfte der Wahlberechtigten, und 60 (70) % davon stimmten konservativ. Sehr auffällig sind die Unterschiede zwischen Spremberg und Kottbus. In Kottbus blieb die Wahlbeteiligung unverändert ziemlich niedrig (84 %), in Spremberg hob sie sich von 88 noch auf über 90 %. In Kottbus hatte die Sozialdemokratie anscheinend schon 1898 den letzten Mann an die Wahlurne gebracht, eine Erhöhung ihres Anteils über 45 (53,6) % hinaus war also nicht mehr möglich. In Spremberg dagegen kam sie jetzt auf 56 (62) %. Bei dem gleichzeitigen starken Rückgang des Freisinns besteht die Wahrscheinlichkeit, daß ein Teil seiner früheren Wähler direkt zur Sozialdemokratie abgeschwenkt ist; die meisten dürften aber wohl Stimmenthaltung geübt und damit das von der S fast erschöpfte Lager der Nichtwähler wiederaufgefüllt haben. Ging der Freisinn in Spremberg von 30 (34) auf 17 (19) % zurück, so zeigte er eine etwas größere Widerstandsfähigkeit in Kottbus, wo 1898 30 (36) % freisinnig gestimmt hatten, 1903 immerhin noch 24 (29) %. Dementsprechend war denn auch der Stim-

[1]) Wahrscheinlich mit Hilfe der — liberalen — Textilfabrikanten, welche Gegner der Wollzölle waren.

mengewinn der Rechten in Kottbus etwas geringer: 15 (18) % gegen 4 K + 5 A (11) % im Jahre 1898; wogegen v. Dirksen in Spremberg auf 17 (19) % nach 8 K + 1 A (10) % kam.

1907

1907 übernahm Dr. Bernstein (Arzt, Berlin) die sozialistische Kandidatur, während den linksliberalen Wählern Justizrat Hammerschmidt (wildliberal, der FVp nahestehend) und Neumann (FVgg) präsentiert wurden.

Die sozialistischen Stimmen gingen leicht zurück, während die liberalen sich um die Hälfte erhöhten. v. Dirksen konnte nur eine geringe Zunahme buchen und mußte sich wieder zur Stichwahl stellen. In dieser errang er dann allerdings eine gegen 1903 bedeutend höhere Mehrheit (15 667 gegen 9683). — Die sozialistischen Stimmen waren in Stadt und Land fast gleichmäßig zurückgegangen, übertrafen aber in den Kleinstädten und in Spremberg die gesamten bürgerlichen noch erheblich. In Kottbus kam Dr. Bernstein freilich nur auf 42 (49) %. Der Stimmenzuwachs der Liberalen stammte aus den Städten, wobei sich die stärkste Zunahme in Spremberg durch die hier auf 94 % gestiegene Wahlbeteiligung ergab. In Kottbus und Spremberg gingen die konservativen Stimmen leicht zurück.

1912

Drei neue Kandidaten bewarben sich um die Stimmen der Wähler: Landgerichtsdirektor Parthey (R), Handschuhmacher Haase (F) und Gewerkschaftssekretär Giebel (S).

Der Fortschritt und die Sozialdemokraten gewannen beträchtlich, die Reichspartei fiel mit 27,3 (30,8) % auf den zweiten Platz zurück. Ihr Versuch, das Mandat in der Stichwahl zu retten, mißlang, so daß Giebel den Kreis in der dreizehnten Legislaturperiode im Reichstage vertrat.

Die Sozialdemokraten hatten in Stadt und Land Fortschritte gemacht, verdankten ihre erhebliche Zunahme aber in der Hauptsache dem flachen Lande, wenn sie hier auch die Hälfte der konservativen Stimmen bei weitem nicht erreichten, während in den Städten die in der Vorwahl erlittenen Verluste noch nicht voll eingeholt werden konnten. — Die Reichspartei hatte relativ am stärksten in Kottbus und Spremberg verloren, aber auch auf dem Lande erheblich an Stimmen eingebüßt.

F 10

Die Kreise Luckau und Kalau bildeten den Reichstagswahlkreis 10 im Regierungsbezirk Frankfurt. Der gebundene Grundbesitz blieb in Luckau unter 10 %, in Kalau überschritt er 10 %. In beiden Kreisen herrschten in der landwirtschaftlichen Besitzverteilung die mittelbäuerlichen Anwesen (5 bis 20 ha) vor; in Luckau umfaßten sie 33½ % der Anbaufläche, in Kalau 41½ %. Auf Kleinbesitz entfielen in Luckau 8½ %, in Kalau 11 %, während großbäuerliche Wirtschaften 30½ bzw. 16 % beanspruchten.

So verblieben für Großbetriebe im Kreise Luckau 27 % der Anbaufläche, wovon 25½ % auf Betriebe über 200 ha entfielen, während der Kreis Kalau auf 31 % der Anbaufläche Großbetriebe auswies, und zwar auf 21 % solche über 200 ha. — Luckau hatte geringen Wanderungsverlust, Kalau Wanderungsgewinn über 5 %. Im ganzen wuchs die Zahl der Wahlberechtigten von 1871 (21 800) bis 1912 (38 300) um 76 %. — Seit 1903 gehörte Finsterwalde zur Ortsgrößenklasse c, aber auch sonst verteilte sich der Bevölkerungszuwachs nicht gleichmäßig. 76 % der Bevölkerung wohnten 1885 auf dem flachen Lande, 1912 waren es nur noch 60 %.[1])

1871

standen sich der frühere Ministerpräsident Otto Freiherr v. Manteuffel (K) und der frühere Finanzminister v. Patow (Lib. Reichsp.) gegenüber. — v. Patow wurde mit 35 (73) % gewählt, verzichtete aber wegen Doppelwahl auf das Mandat. — In der Nachwahl unterlag dann v. Manteuffel erneut, und zwar gegen v. Lindenau (R).

1874

1874 kandidierte v. Manteuffel erneut, diesmal als einziger Konservativer. Die Liberalen stellten ihm ihren 1848er Abgeordneten Dr. Zimmermann entgegen. Die Lassalleaner stimmten, wie in F 9, für den Bildhauer Kersten. Einige Stimmen fielen noch auf v. Lindenau (in der Statistik unter den zersplitterten). Die Stichwahl entschied mit geringer Mehrheit für Dr. Zimmermann, für den in der Hauptwahl 26,0 (48½) % gestimmt hatten.

1877

1877 standen sich wieder Zimmermann und v. Manteuffel — diesmal der Sohn, welcher seit 1872 Landrat in Luckau war — gegenüber. Dazu kamen als Nationalliberaler der Luckauer Kreisgerichtsrat Loebell und Keller als Sozialdemokrat. — Zimmermann verlor fast zwei Drittel seines bei der Vorwahl erreichten Anteils; auch die sozialdemokratischen Stimmen gingen zurück; mit 37,3 (71,2) % erhielt v. Manteuffel das Mandat für die dritte Legislaturperiode, welches er dann bis 1898 behielt. (Zimmermann wurde im Juni in der Nachwahl für Franz Duncker von Berlin 5 in den Reichstag entsandt.)

1878

1878 vereinigten sich die liberalen Stimmen auf Simson (NL), gingen aber trotzdem noch etwas zurück, so daß v. Manteuffels Mehrheit 45,7 (77,2) % betrug. — Sozialistischer Kandidat war Keller. — Im Kreise Luckau lauteten 85 % der gültigen Stimmen auf den Namen v. Manteuffel.[1])

---

[1]) 1885 (a) 76: (b) 24: (c) 0
1898 77: 23: 0
1903 70: 23: 7
1912 60: 32: 8

[1]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 177 vom 1. August 1878.

1881

1881 waren die sozialistischen Stimmen fast verschwunden. Kandidat der Liberalen war Rickert (Sez), der den Anteil auf 15,7 (28½) % erhöhen konnte. — In den Städten bestand eine starke Mehrheit für Rickert, während das Übergewicht der konservativen Stimmen wieder im Kreise Luckau am stärksten war. In Vetschau wurden ebensoviel sozialistische Stimmen (Kayser) wie konservative abgegeben.[1])

1884

1884 brachte beide Parteien wieder auf den Stand von 1881. v. Manteuffels Mehrheit betrug 43,1 (75,8) %.

1887

1887 bewirkte die gesteigerte Agitation (Kartellwahlen!) eine Zunahme der Beteiligung auf 70,7 %. Der Freisinn zeigte keine Änderung; der Sozialdemokratie, die in der Vorwahl auf 0,6 (1,1) % gekommen war, gaben jetzt 3,8 (5,4) % ihre Stimme. Mehr als die Hälfte der Berechtigten, 53, 7 (76) %, stützten das Mandat von Manteuffel. — In Finsterwalde hatte sich die Sozialdemokratie inzwischen zur stärksten Partei entwickelt.[2])

1890

1890 konnten die Linksparteien durch Aufstellung zugkräftiger Kandidaten eine weitere Zunahme der Beteiligung und für sich selbst ansehnlichen Stimmengewinn erzielen. Zubeil (S) kam auf 9,9 (13,3) %, für Virchow (F) stimmten 23,1 (31,0) %. Der Anteil Manteuffels ging entsprechend zurück, betrug aber doch noch 41,3 (55,3) %. In Finsterwalde besaß die Sozialdemokratie nunmehr die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.[3])

1893

1893 brachten Freisinn und Sozialdemokratie wieder neue Bewerber in Vorschlag. Bei weiterem Steigen der Wahlbeteiligung erfuhren die Stim-

---

[1])

		K	Sez
	Land Luckau . .	5093 = 92,5%	410 = 7,5%
	Land Kalau . . .	3257 = 76,5%	1009 = 23,5%
	Städte	1080 = 30,8%	2310 = 65,8%
davon:	Finsterwalde . . .	158 = 21 %	556 = 74 %
	Vetschau	80 = 17,5%	290 = 65 %
	Lübbenau	52 = 16 %	299 = 84%
	Kirchhain	147 = 47,5%	161 = 52,5%
	Dobrilugk	97 = 55,5%	78 = 44,5%

Sozialdemokraten in Finsterwalde 39, in Vetschau 80.

[2]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 45 vom 23. Februar 1887 (in Klammern % der abgegebenen Stimmen): K 287 (29); F 298 (30); S 406 (41).

[3]) „Kreuz-Zeitung" Nr. 88 vom 21. Februar 1890 (in Klammern % der abgegebenen Stimmen): K 143 (12); F 383 (31); S 697 (57).

men für Manteuffel und Tempel (S) eine Zunahme, während der Freisinn (Kreitling, FVp) verlor. Die Wiederwahl Manteuffels erfolgte mit 44,6 (56,6) %.

1898

1898, nach einundzwanzigjähriger ununterbrochener Vertretung des Kreises Luckau-Kalau im Deutschen Reichstage, lehnte v. Manteuffel seine Wiederwahl ab. An seiner Statt präsentierten die Konservativen den Berliner Rentier Henning, der früher jahrzehntelang Gutsbesitzer im Kreise Kalau gewesen war. Kandidat des Freisinns wurde Dr. Hartmann, die Sozialdemokraten stimmten für Eichhorn. —

Während der Anteil der K und F sank, setzte die Sozialdemokratie ihr Wachstum fort; mit 17,6 (24,5) % überflügelte sie den Freisinn. Henning wurde mit 39,1 (54,6) % Abgeordneter für die zehnte Legislaturperiode.

(Tabelle 7): Bei dem starken Übergewicht des flachen Landes konnte selbstverständlich das Votum der Städte auf das Gesamtresultat keinen besonderen Einfluß haben. Hier stimmten allerdings nur 13.3 (18,8) % konservativ, während der Anteil Hennings auf dem flachen Lande 47,5 (66,5) % betrug.

1903

Gegen die erneute Kandidatur Hennings wandte sich der Freisinn diesmal durch Aufstellung des Berliner Lehrers Rosin, die Sozialdemokratie durch Nominierung des Arbeitersekretärs Schubert, Berlin.

Rege Propagandatätigkeit der Linken steigerte die Wahlbeteiligung auf 78,3 % und brachte dem Freisinn eine leichte Zunahme auf 15.1 (19,3) %, der Sozialdemokratie eine besonders erhebliche auf 26,9 (34,4) %. Die konservativen Stimmen gingen dagegen auf 35,9 (45.9) % zurück. Schubert kam in die Stichwahl gegen Henning, der in dieser sein Mandat behauptete. —

Die Einwohnerzahl von Forst hatte inzwischen die 10 000 überschritten. so daß der Tabelle 7 auch das Votum der ziemlich wahleifrigen (Beteiligung 83 %) Forster zu entnehmen ist. Hier besaß die Sozialdemokratie mit 53 (64) % die absolute Majorität. Auf dem flachen Lande hatte sich der Anteil dieser Partei beträchtlich erhöht; in den Kleinstädten war der Zuwachs nicht so erheblich, wenn auch durch das Ausscheiden von Forst aus der Gruppe b ein Vergleich nicht anzustellen ist.

1907

Zwischen den gleichen Kandidaten wie 1903 sollten auch 1907 die Wähler von Luckau-Kalau entscheiden. Trotz regerer Wahlbeteiligung erhielten Rosin und Schubert weniger Stimmen als bei der Vorwahl, so daß Henning mit 43,3 (51,7) % wiedergewählt war. Die beiden Kandidaten der Linken hatten nur auf dem flachen Lande Einbußen erlitten, in den Kleinstädten hatten beide, in Forst der Sozialdemokrat, gewisse Fortschritte gemacht. Für Hennings Erfolg war natürlich das Votum des flachen Landes entscheidend, wo sich die K-Stimmen von 45 (58) % auf 58 (67) % erhöhten.

1912 hatte Henning sein Mandat gegen Koswig (NL, Fabrikant) und Wels (Parteisekretär, S) zu verteidigen. Für Koswig stimmten 25,7 (30,4)%; einen so großen Teil der Berechtigten hatte seit 1874 kein Liberaler an die Wahlurne gebracht, wenn damals auch infolge der geringen Beteiligung dieser Zahl ein Anteil von 48,6 % an den gültigen Stimmen entsprochen hatte. Dementsprechend sanken auch die konservativen Stimmen auf den seit 1874 nicht erreichten Tiefstand von 28,0 (33,0) %, so daß die Sozialdemokratie mit 31,0 (36,6) % stärkste Partei des Kreises war. Wels errang in der Stichwahl das Mandat.

In Forst, wo allerdings nur 8 % der im Kreise Wahlberechtigten wohnten, war der Anteil der Sozialdemokratie zurückgegangen, während er sich in den anderen Städten und auf dem Lande beträchtlich erhöht hatte. — Von den Stimmen jeder Partei kamen 1907 aus der Gruppe

	a	b	c
S	42	40	18 %
F	47	41	12 %
K	86	12	2 %
1912 aber			
S	45	42	13 %
NL	51	37	12 %
K	88	10	2 %

Zusammenfassung

In der Bevölkerungsbewegung fielen sieben Wahlkreise durch Besonderheiten auf, während die übrigen neunzehn bei allen Einzelunterschieden doch wenigstens darin übereinstimmten, daß die Zahl ihrer Wahlberechtigten bis 1912 verhältnismäßig stetig zunahm.[1])

Von jenen sieben Kreisen zeigten drei eine abgeschlossene bzw. rückläufige Entwicklung. Es waren die Berliner Wahlkreise B 1, B 2 und B 3, von denen B 1 und B 3 bis zur Erreichung ihres Höchststandes keine wesentlichen Eigentümlichkeiten erkennen ließen, während B 2 als ausgesprochener Großstadtkreis von 1871 bis 1890 die Zahl der Wahlberechtigten verdreifacht hatte, dann nur noch langsam zunahm und schließlich 1912 auf den

[1]) Kreise mit relativ stetiger Entwicklung (darunter Gesamtzunahme der Wahlberechtigten von 1871 bis 1912):

P 2	F 5	F 6	P 4	F 1	F 3	P 3	P 1	F 4	F 2
(14	16	17	19	19	26	28	33	36	41 %)
F 7	P 9	P 5	F 8	F 10	P 8	F 9	B 5	P 7	
(41	53	68	70	76	83	84	97	106 %)	

Stand vor 1903 zurückfiel.[1]) In der Entwicklung dieser drei Wahlkreise spiegelt sich die Entwicklung der Geschäfts- und Verkehrsstadt Berlin mit der allmählichen Entvölkerung der sich nach Süden und Südwesten ausdehnenden City.

Die übrigen vier Wahlkreise zeichneten sich durch ein — besonders seit den achtziger Jahren — äußerst starkes, zeitweilig geradezu stürmisches Wachstum aus, welches mehr das Werden der Industriestadt Berlin verkörperte. Es waren die Berliner Wahlkreise B 4 (Osten und Südosten) und B 6 (Norden und Nordwesten) sowie die Potsdamer Wahlkreise P 6 (Niederbarnim mit Lichtenberg) und P 10 (Teltow-Beeskow-Storkow mit Charlottenburg, Neukölln und Schöneberg).[2])

Ein Vergleich der 26 Wahlkreise hinsichtlich ihrer Wahlbeteiligung[3]) ergibt, daß diese in P 8 und F 8 stets sehr gut war, wobei 1912 in P 8 mit 91,9 % das überhaupt vorgekommene Maximum erreicht wurde. Meist erheblich über dem Durchschnitt lag die Beteiligung auch in P 5 (mit Ausnahme von 1878), in F 9 (mit Ausnahme von 1881) und in F 10 (ausgenommen 1878 bis 1887). P 7 schließlich beteiligte sich seit 1878. F 4 und F 7 seit 1890 überdurchschnittlich stark an den Wahlen. — Die Beteiligung in den Berliner Kreisen B 2 und B 3 lag von 1877 bis 1907 über dem Durchschnitt, in B 1 von 1878 bis 1898, in B 4 und B 6 von 1878 bis 1884 und in B 5 von 1878 bis 1887. — Sehr schwach war dagegen die Wahlbeteiligung stets in F 5. Auch P 6, P 3 und F 1 zeigten relativ geringes Interesse, ebenso P 9, wo erst 1907 ein Umschwung eintrat. Schließlich sind hier noch die Kreise P 10 und F 6 zu erwähnen, wo nur zwischen 1878 und 1887 bzw. 1903 und 1907 das Interesse etwas aufflackerte. Die überhaupt geringste Beteiligung zeigte der Berliner Norden (B 6) im

---

[1]) Wahlberechtigte 1871 und 1912 sowie Höchstbestand in

	B 1	B 2	B 3
1871	15 701	23 280	21 357
1912	13 407	78 330	27 583
Höchststand . .	1884	1907	1890
mit	21 676	82 973	33 938

[2]) Zunahme der Wahlberechtigten von 1871 bis 1912

in	B 4	B 6	P 6	P 10
von . . .	29 647	28 250	16 649	26 491
um	352%	677%	818%	1180%
auf	133 822	219 782	152 415	339 256

[3])

	Stärkste Wahlbeteiligung		Schwächste Wahlbeteiligung	
1871	P 8	51,75%	B 6	19,93%
1874	P 8	58,27%	B 5	27,23%
1877	P 8	65,40%	P 4	34,70%
1878	B 4	81,50%	F 5	35,40%
1881	B 1	84,10%	F 5	27,20%
1884	B 1	74,70%	P 4	42,90%
1887	F 8	87,50%	F 5	58,90%
1890	F 8	85,70%	F 5	46,00%
1893	F 8	84,90%	F 5	51,20%
1898	F 8	81,40%	F 5	50,50%
1903	F 8	88,10%	F 1	59,60%
1907	F 8	91,30%	B 6	71,50%
1912	P 8	91,90%	B 5	74,30%

Jahre 1871, wo sich nur 19,93 % der Berechtigten, das sind wenig mehr als 3 % der Gesamtbevölkerung, zur Wahlurne bequemten. — Innerhalb der einzelnen Wahlkreise endlich lag die schwächste Beteiligung in den Orten der Größenklasse b [1]), die stärkste in den großen Provinzstädten [2]).

Die politischen Unterschiede [3]) der 26 märkischen Wahlkreise sind natürlich schwieriger aufzuzeigen. Eine — freilich recht grobe — Charakteristik ist bereits in der Parteistellung der Abgeordneten gegeben. Daß durch das Wahlrecht und alle seine Auswirkungen [4]) ebenso wie durch die häufig schwache Wahlbeteiligung, welche zu einem erheblichen Teile auf die gleichen Gründe zurückzuführen war, die Abgeordneten fast immer nur mit den Stimmen eines Bruchteiles der Bevölkerung gewählt waren — und zwar fast stets von weniger als der Hälfte —, war in den vorangegangenen Einzelbesprechungen deutlich zum Ausdruck gekommen. — Andererseits führt die Tabelle 5, welche auch die unterlegenen Kräfte und die Nichtwähler, ebenso das Stärkeverhältnis der einzelnen Gruppen untereinander erkennen läßt, zu sehr in Einzelheiten. Vereinfacht man aber diese Tabelle dergestalt, daß man bei jeder Wahl nur diejenigen zwei oder drei Parteien beachtet, welche die meisten Stimmen erhielten, und diese in der Reihenfolge ihrer Stimmenstärke ordnet, so erhält man (in Tabelle 8 und den zugehörigen Schaubildern XII bis XIV) ein für den gedachten Zweck durchaus brauchbares Hilfsmittel.

In diesen Schaubildern fällt zunächst der Wahlkreis F 6 auf: die Rechte (bis 1898 K, dann R) war stets stärkste Partei, die bürgerliche Linke (bis 1878 NL, dann F) erhielt stets die zweitgrößte Stimmenzahl, die (erst seit 1890 beachtenswerte) Sozialdemokratie blieb stets an dritter Stelle. — Eine ebenfalls sehr große Stetigkeit wies der Wahlausfall in P 3, P 4 und F 5 auf. Auch in diesen drei Kreisen erhielt bei jeder Wahl die Rechte die meisten Stimmen (in F 5 stets K; in P 3 von 1874 bis 1881 R, sonst K; in P 4 erhielt 1874 der R mehr Stimmen als der sonst immer führende K);

---

[1]) So 1898 in F 5 b mit 46,94% gegen einen Durchschnitt von 67,80%; 1903 in F 1 b mit 58,12 (gegen 74,57)%.

[2]) 1907 in F 8 c 1 (Forst) mit 93,77 (gegen 81,59)% und 1912 in P 8 c 1 (Rathenow) mit 93,48 (gegen 83,26)%.

[3]) Politisch im Sinne der Orientierung zu den politischen Parteien.

[4]) Einmannwahlkreise, in denen im allgemeinen nur zwischen zwei Kandidaten ein wirklicher Kampf um das Mandat möglich war; infolgedessen Nicht- oder nur zeitweilige Beteiligung weiterer Parteien an der Wahl. Hierdurch wieder Verringerung der Wahlbeteiligung. Andererseits stillschweigende oder offene Wahlabkommen, welche im Wahlergebnis für den einzelnen Kreis zu einer Verwischung der Parteigrenzen führten. Dies besonders in den „Kartell-" und „Block"wahlen, ganz kraß natürlich in den Stichwahlen. Ferner Fraktionslosigkeit oder Fraktionswechsel des weniger als Parteimann denn als Persönlichkeit gewählten Abgeordneten (Arnim, Schönaich-Carolath, Sezession der NL). Alles in allem mehr Unklarheiten als Bestimmtes mit Ausnahme der Sozialdemokratie, bei der wieder die Vor- und Nachteile ihrer Sonderstellung in Rechnung zu stellen sind: einerseits organisatorische und finanzielle Stärke bei verantwortungsloser Oppositionsstellung, andererseits polizeiliche und gesetzliche Behinderungen.

an zweiter Stelle hielt sich die bürgerliche Linke in P 3 bis 1898, in P 4 und in F 5 bis 1890. F 5 war dann durch die seit 1898 die zweite Stelle besetzenden Antisemiten gekennzeichnet, während in P 3 und P 4 die Sozialdemokratie die Liberalen auf den dritten Platz verdrängte. — Neben dem Wahlkreis F 7, welcher durch seinen Abgeordneten Schönaich-Carolath eine Sonderstellung einnahm, sind schließlich als relativ stetig noch P 1, F 1 — trotz der Verdrängung der K und F durch den Antisemiten — und F 10 anzusprechen. —

Als recht labil erscheint dagegen die politische Gleichgewichtslage in den Kreisen P 2, P 5, P 8, F 2 und F 8. Hier wechselten sich Konservative und Liberale häufig in der Führung ab; in P 8 und F 8 besaß auch die Sozialdemokratie stets stärkeren Einfluß, während diese Partei in den übrigen Kreisen erst nach Erlöschen des Sozialistengesetzes hervortrat. In P 5, P 8 und F 4 hatte die Sozialdemokratie die beiden anderen Gruppen schließlich aus der Führung verdrängt, in F 8 bewahrte nur die NL-Einheitskandidatur die Bürgerlichen vor dem gleichen Schicksal, wogegen in P 2 und F 2 eine solche Gefahr nicht bestand. — Ganz allgemein zeigt das Schaubild sehr deutlich das Emporkommen der Sozialdemokratie seit dem Fall des Sozialistengesetzes, wie diese Partei in den industriellen und großstädtischen Kreisen letztlich die sichere Führung in der Stimmenzahl errang und wie durch ihr Vordringen der Liberalismus fast überall — mit Ausnahme von Berlin — auf die letzte Stelle zurückgedrängt wurde. — Vereinigt man diese Feststellungen nun mit den früher getroffenen, so werden verschiedene Zusammenhänge deutlich:

In allen Kreisen, in denen 1912 noch mehr als 60 % der Wahlberechtigten auf dem flachen Lande wohnten, erhielten die Konservativen fast stets die meisten Stimmen. Es sind dies die einzigen Wahlkreise, wo überhaupt von einer Konstanz der politischen Gleichgewichtslage gesprochen werden kann. Eine Ausnahme allerdings bestand anscheinend, das war die Ostprignitz. Außer bei der Wahl von 1874, die ja fast überall die Konservativen im Nachteil sah, zeigt nämlich das Schaubild die Liberalen auch 1881 und 1890 als stärkste Partei. 1881 war nun aber hier der extrem konservative Herr v. Kröcher aufgestellt, gegen den der fortschrittliche Gutsbesitzer Langhoff in den überwiegend großbäuerlichen Landwirtskreisen leicht den Vorzug erhalten konnte — seine Mehrheit war überdies nicht sehr groß —, während 1890 die Konservativen durch die verspätete Aufstellung eines neuen Kandidaten (Dr. Arendt an Stelle des kranken v. Graevenitz) ebenfalls stark im Nachteil gegen den fortschrittlichen Bauerngutsbesitzer und Kreistagsabgeordneten Koch waren — dessen Mehrheit wiederum nicht bedeutend war.[1]) — Es sind dies auch diejenigen Kreise, welche (siehe Seite 169, Anm. 1) den geringsten Gesamtzuwachs an wahlberechtigter Bevölkerung zu verzeichnen hatten; F 10 bildete dabei eine gewisse Ausnahme. Hier

[1]) Siehe auch Anmerkung 3 zu Seite 84 über den vermuteten Einfluß des Deutschen Bauernbundes.

wohnten aber 1898 wie 1885 noch über 75 % aller Berechtigten auf dem flachen Lande, so daß dessen Überlegenheit trotz der starken Zunahme der städtischen Bevölkerung nach 1890 erhalten blieb. — Endlich auch gehörten die Kreise P 3, F 5 und F 6, welche ohne Unterbrechung den konservativen Kandidaten die meisten Stimmen gaben, zu denjenigen, welche die schlechteste Wahlbeteiligung aufzuweisen hatten! —

In den rein städtischen Kreisen, d. h. in Berlin, spielten die Konservativen verständlicherweise eine ausschlaggebende Rolle nicht, wenn sie auch gelegentlich (1877 in B 1, 1887 in B 2) hervortraten. Die Führung hatte der Linksliberalismus und konnte sie auch in den älteren Stadtteilen ziemlich lange (in B 2 bis 1884, in B 3 bis 1887, in B 5 bis 1890) aufrechterhalten. Dann allerdings setzte sich die Sozialdemokratie an seine Stelle, die ihn in B 4 und B 6 schon 1877 verdrängt hatte und diese beiden Kreise seit 1884 sicher behauptete. Etwas anders lagen die Verhältnisse im Regierungsviertel, wo sich der Fortschritt zunächst schwer gegen die Konservativen durchsetzen mußte, bis diese dann von der Sozialdemokratie aus der Entscheidung verdrängt wurden. — Sonst konnte die Rechte bis in die Jahrhundertwende im Kampfe gegen die Sozialdemokratie häufig in B 2, B 3 und B 5 die zweitgrößte Stimmenzahl erringen. Sobald die Sozialisten aber endgültig im Besitz der Führung waren, fielen die Konservativen auf den dritten Platz hinter den Fortschritt zurück. Eine etwas andere Entwicklung zeigte — infolge der Stöckerschen Bewegung — der sechste Wahlkreis, wo allein 1912 schließlich noch konservative Stimmen in beachtlichem Umfange abgegeben wurden. — In den Kreisen P 6 und P 10 besaßen bis in das Ende der achtziger Jahre die Konservativen die Führung. Die immer stärkere Zuwanderung, welche die Wählerzahlen so gewaltig aufblähte, führte dann die Sozialdemokratie an die Spitze. Hinter ihr behaupteten dank dem Übergewicht des Landes über das nichtsozialistische städtische Bürgertum die Konservativen die zweite Stelle; erst 1912 konnte der Fortschritt sie wenigstens in P 10 auf den dritten Platz zurückdrängen.

Die überwiegend städtische Bevölkerung des Wahlkreises Osthavelland sicherte den Liberalen hier bis 1884 die führende Stellung. Dann allerdings wandte man sich in den Beamten- und Militärstädten Spandau und Potsdam vom Fortschritt ab; die Rechte erhielt die meisten Stimmen, bis nach dem Erlöschen des Sozialistengesetzes die SPD, besonders durch die Industriearbeiter Spandaus, auch hier sich an die erste Stelle setzte.

Schluß

Im ganzen finden wir also die allgemein vertretene Auffassung bestätigt, daß die Bevölkerung des flachen Landes überwiegend konservativ gesinnt war, während das Stadtbürgertum mehr zu den liberalen Parteien hinneigte. Das schloß natürlich nicht aus, daß auch in überwiegend ländlichen Kreisen gelegentlich — meist durch die Persönlichkeit des Kandidaten bedingt — der Fortschritt die größte Stimmenzahl errang. Um sich aber wirkungsvoll Geltung verschaffen zu können, war dieses liberale Bürgertum in fast allen Kreisen zahlenmäßig zu schwach; nur Berlin und der osthavelländische Kreis boten ihm Chancen. Das allgemeine Wahlrecht, dessen Gleichheit infolge der Bevölkerungsverschiebung durch die starre Beibehaltung der veralteten Wahlkreiseinteilung längst illusorisch war, verdrängte dann auch in den städtischen Domänen des Liberalismus diesen aus seiner führenden Stellung, sobald einmal die gewaltige Stimmenzahl der Arbeitermasse in der Sozialdemokratischen Partei gesammelt war und von dieser geschlossen in den Wahlkampf eingesetzt wurde.

Wie sich der Märker, der einzelne wahlberechtigte Bürger, zu den politischen Parteien gestellt hat, konnte freilich nicht klar gezeigt, noch weniger im einzelnen nachgewiesen werden. Unter Abwägung der in dieser Arbeit gesammelten Tatsachen und unter dem Eindruck, welchen die Lektüre von über vierzig Jahrgängen mehr oder weniger politischer Zeitungen vermittelt hat, glaube ich die Antwort in folgender Fassung geben zu können:

In den Konservativen sah die Mehrzahl der Landbewohner ihresgleichen. Es waren die gegebenen Führer, deren gehobene Stellung durchaus neidlos anerkannt wurde. Es mochte sein, daß vieles in der konservativen Politik nicht gerade den unmittelbaren Tagesinteressen der kleinen und mittleren Bauern entsprach (Schutzzoll). Die Konservativen standen aber zur Landwirtschaft im ganzen, sie hatten den weiten Blick, den der Dorfbewohner sich nicht zutraute, und sie hatten auch die Ämter und Beziehungen, um etwas für ihren Wahlkreis zu erreichen. Nicht zu vergessen, daß sie — zwar manchmal etwas selbstherrlich — immer zum König und zur Armee standen, daß sie immerhin auch als Reserveoffiziere militärische Vorgesetzte bei den Reserveübungen, den Kontrollversammlungen usw. waren. So sprach man von ihnen auch fast stets als von dem Herrn Major oder Ritt-

meister usf. Ihr politisches Programm wies nicht in eine ungewisse Zukunft, sondern war selbstverständlich und zeitlos: Schutz der Heimatscholle und des angestammten Herrscherhauses, Wahrung der hergebrachten göttlichen Ordnung der Stände.

Wie ganz anders die Nationalliberalen! Ein großer, zündender Impuls, die Aufrichtung und Befestigung eines großen, freien, mächtigen deutschen Vaterlandes, trug sie durch alle Stände an die Macht. Sie waren die willigen Helfer des großen Kanzlers, dem die Seele des ganzen Volkes gehörte und der von den Konservativen nicht ganz verstanden wurde. Kaum aber war das große Werk vollendet, da waren die Konservativen wieder die gegebenen Hüter des nationalen Gutes. Die liberalen Ideen schienen unwichtig; sie waren juristische und wirtschaftliche Theorien, zu denen der hart arbeitende Landmann nicht Stellung nehmen mochte. Daß Bismarck selbst sich mit den Nationalliberalen überwarf, war der Landbevölkerung Entscheidung. So zog sich der Rechtsliberalismus immer mehr auf die Städte zurück.

Nicht viel anders erging es dem Linksliberalismus. Die Demokratie des Reichstagswahlrechts war da; für die Landtage oder gar die Gemeinden wich der Fortschritt in der Frage des Wahlrechts einer klaren Entscheidung aus. Für Parlamentarismus allein ließ sich die Masse nicht begeistern. Was der Fortschritt wirtschaftlich forderte, war doch zu sehr auf die Stadt zugeschnitten und roch nach Handel, Börse, Wucher, Juden. Gewiß, die Fortschrittler waren keine Revolutionäre, und so bildeten sie eine Art Unmutsventil, einen gerade noch zulässigen Grad von Opposition, wenn man irgendwie mit der Regierung wegen zu hoher Steuern oder schlechter Preise unzufrieden war. In den Städten zog schließlich der Fortschritt auch die nationalen Liberalen an sich, die bei den Nationalliberalen den Kampf gegen das hemmend Konservative nicht scharf genug betont fanden.

Für alle diejenigen schließlich, welche die unbefriedigenden sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der industriellen Arbeiterschaft am eigenen Leibe spürten und die, geschickt und in leichtfaßlicher Weise über deren Ursachen aufgeklärt, eine Befreiung nur durch Selbstübernahme der politischen Macht erwarteten, wurde die Sozialdemokratie Bannerträgerin der Zukunft. Sie allein stand immer in grundsätzlicher Opposition zur Regierung wie zu allen Parteien und verlieh so durch die Unbedingtheit ihrer Forderungen ihrer Doktrin den Glorienschein einer Erlösungsidee. Es mag dahingestellt bleiben, ob Bismarcks Politik gegen die Sozialdemokratie in allem richtig war. Sicher aber ist, daß keine der ihm folgenden Regierungen sich innerlich mit dem Problem überhaupt so auseinandergesetzt hat, daß sie das von Bismarck in der Sozialgesetzgebung geschaffene Instrument zur Heranziehung des Arbeiterstandes an den Staat zu verwenden verstand.

Außer Stöcker, der von der Religion ausging und das Problem des Proletariats in einer Weise anpackte, für welche die Zeit noch nicht reif war, erfaßte wohl Eugen Richter die Gefahr des Marxismus am stärksten.

Da er selbst aber von einem Standpunkt aus wirkte, welcher weder derjenige des scholleverbundenen Bauern noch der des besitzlosen Arbeiters sein konnte, blieb auch seiner Tätigkeit der Erfolg versagt.

So blieb der Begriff der Partei in seinem politisch-parlamentarischen Sinne dem wahlberechtigten Märker gleichgültig, wenn nicht gar fremd. Nur in verhältnismäßig kleinen Kreisen war die Vorstellung von einer bestimmten Politik überhaupt mit dem Begriff und dem Namen einer bestimmten Partei verbunden. Der Wahlberechtigte beurteilte, wenn er überhaupt Interesse an der Wahl nahm, die vorgestellten Kandidaten nach ihrer Persönlichkeit oder nach der Stellung und Persönlichkeit derjenigen, welche sie ihm vorschlugen. Seine Stimmabgabe war aber mehr beeinflußt von der Wahlparole der Regierung oder — als in nachbismarckschen Jahren die Regierung nicht mehr so positiv in die Wahlkämpfe eingriff — von dem, was der Abgeordnete und die Zeitung ihm über die Absichten und Wünsche der Regierung verkündeten. Die Stimmabgabe erfolgte für oder gegen die Regierung, besonders solange sie Bismarck hieß (siehe 1874!), und dieser Gesichtspunkt war nach meiner Ansicht bei der verfassungsmäßigen Stellung des Reichstages zum mindesten nicht falsch.

Anhang

Quellen und Literatur

I

Statistik des Deutschen Reiches. Erste Reihe: Band 14, Heft 5 (1875); Band 37, Heft 6 (1879); Band 53, Heft 3 (1882). Monatshefte: Jahrgang 1885, Heft 1; 1887 Heft 4; 1890 Heft 4. Vierteljahrshefte: Jahrgang 1893, Heft 4; 1898 Ergänzungsheft 3; 1903 Ergänzungsheft 4; 1907 Ergänzungshefte 1, 3, 4. Band 250 (1912).

Festschrift des Königlich Preußischen Statistischen Bureaus zur Jahrhundertfeier seines Bestehens. Band 2 und 3. Berlin 1905.

August Meitzen „Der Boden und die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Preußischen Staates". Band 1 und 2. Berlin 1868/69.

Fritz Hartung „Deutsche Geschichte vom Frankfurter Frieden bis zum Vertrage von Versailles". 3. Auflage. Bonn und Leipzig 1930.

Georg Jellinek „Allgemeine Staatslehre". 3. Auflage. Berlin 1914.

Vierkandt u. a. „Allgemeine Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte". Leipzig und Berlin 1911.

W. von Blume „Die Bedeutung der Parteien". Handbuch der Politik. 3. Auflage. 1920.

Felix Feldmann „Wesen und Werden der politischen Parteien". Leipzig 1913.

Adolf Stein „Die geschichtliche Entwicklung des Parteiwesens in Deutschland". Berlin 1897.

Franz Klein „Das Organisationswesen der Gegenwart". Berlin 1912.

Emil Lederer „Die Interessenorganisation und die politischen Parteien". Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Band 34. 1912.

Ludwig Bergsträsser „Geschichte der politischen Parteien in Deutschland". Berlin 1921.

Chr. Grotewold „Die Parteien des Deutschen Reichstages". Die Politik des Deutschen Reiches. Leipzig 1908.

Karl Kenkel „Die Entwicklung der politischen Parteien in Deutschland". Paderborn 1911.

Hermann Rehm „Deutschlands politische Parteien". Jena 1912.

W. Riemer „Geschichte der großen Parteien". Mannheim 1913.

Hermann Schumacher „Die Wanderungen der Großindustrie". Jahrbuch für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft, Heft 34. 1910.

Wilhelm Gerloff „Veränderungen in der Bevölkerungsgliederung". Volkswirtschaftliche Zeitfragen, 32. Jahrgang, Heft 249/250. Berlin 1910.

o. V. „Die soziale Gliederung der Wählerschaft im 5. Berliner Reichstagswahlkreis". Berlin 1907 („Vorwärts").

A. Blaustein „Die Berufsgliederung der Reichstagswähler". „Frankfurter Zeitung" Nr. 285 vom 15. Oktober 1910.

H. Triepel „Wahlrecht und Wahlpflicht". Dresden 1910.

Amtliches Reichstagshandbuch. Verschiedene Ausgaben.

Blaustein und Hilger „Wegweiser für die Reichstagswahl". Berlin und Leipzig 1907 und 1911.

Kürschners Deutscher Reichstag. Verschiedene Ausgaben.

Kürschners Jahrbuch. Verschiedene Ausgaben.

A. Philipps „Die Reichstagswahlen von 1867 bis 1883". Berlin 1883.

Friedrich Braumann „Die Programme der Reichstagsparteien." Magdeburg 1911.

Felix Salomon „Die deutschen Parteiprogramme", Band 2. Berlin 1907.

II

G. von Below „Deutschkonservative und Reichspartei", Handbuch der Politik II. 30.

Hatzfeld u. a. „Geschichte der Freikonservativen Partei". Berlin 1907.

Erich Kaufmann „Über die Konservative Partei und ihre Geschichte". In: Die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien in Deutschland. Bonn und Leipzig 1922.

K. Viebig „Entstehung und Entwicklung der Freikonservativen". Weimar 1920.

Heinrich Heffter „Die Kreuzzeitungspartei und die Kartellpolitik Bismarcks". Leipzig 1927.

Konservatives Handbuch. Berlin 1892, 1894 und 1898.

Hauptverein der Konservativen. Bericht. Berlin 1906.

Konservativer Kalender. 1908 und 1909.

Amtliche Mitteilungen des Konservativen Vereins für die Provinz Brandenburg. 1908 bis 1914.

Gustav Schmoller „Über einige Grundfragen des Rechts und der Volkswirtschaft. Ein offenes Sendschreiben an Herrn Professor Dr. Heinrich von Treitschke". Jena 1875.

Gustav Schmoller u. a. „Reden in der Singakademie über Reichstagsauflösung und Kolonialpolitik". Berlin 1907.

Wilhelm von Kardorff „Bebel oder Peters?" Berlin 1907.

Friedrich Naumann „Die politischen Parteien". Berlin 1910.

Oscar Klein-Hattingen „Die Geschichte des deutschen Liberalismus", Band 2. Berlin-Schöneberg 1912.

Walter Goetz „Der deutsche Liberalismus im 19. Jahrhundert". In: Die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien in Deutschland. Bonn und Leipzig 1922.

Paul Harms „Die Nationalliberale Partei". Denkschrift für die Teilnehmer des Nationalliberalen Parteitages zu Goslar, Oktober 1906.

Ernst Bassermann „Nationalliberale". Handbuch der Politik II, 32.

Conrad Haußmann „Der Linksliberalismus". Handbuch der Politik II. 33.

Ludwig Bamberger „Das Schreiben des Reichskanzlers an den Bundesrath vom 15. Dezember 1878, betreffend Revision des Zolltarifs". Vortrag, gehalten am 11. Januar 1879. Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Jahrgang I, Heft 1. Berlin 1879.

Derselbe „Die Sezession". Berlin 1881.

Derselbe „Gegen den Staatssozialismus" (1884). Gesammelte Schriften Band 5. Berlin 1897.

Eugen Richter „Im alten Reichstage". 2 Bände. Berlin 1894 und 1896.

Politisches A-B-C-Buch (spiritus rector Eugen Richter). Verschiedene Ausgaben.

Vereinskalender der Freisinnigen Volkspartei für 1895/96.

Theodor Barth „Was ist Liberalismus?“ Berlin-Schöneberg 1905.
Wahlverein der Liberalen zu Berlin. Berichte von Generalversammlungen und Delegiertentagen 1893, 1905, 1906, 1907, 1908 und 1909. Teils im Selbstverlag, teils bei der „Hilfe“ (Berlin-Schöneberg), teils bei H. S. Hermann, Berlin, verlegt.
A. Blaustein „Von der Uneinigkeit der Liberalen“. München 1911.
Der zweite Parteitag der Fortschrittlichen Volkspartei zu Mannheim. Berlin 1912.
Mitteilungen für die Vertrauensmänner der Fortschrittlichen Volkspartei. Berlin 1913 bis 1915.
Vereinskalender der Deutschen Fortschrittspartei. Verschiedene.
Fortschrittliches Taschenbuch. Berlin-Schöneberg 1914.
Alfred Knobloch „Hansabund“. Handbuch der Politik II, 35c.
Otto Israel „Bauernbund“. Handbuch der Politik II, 35b.
Agrarisches Handbuch. 2. Auflage. 1910. (Bund der Landwirte.)
Freiherr von Wangenheim „Bund der Landwirte“. Handbuch der Politik II, 35a.
Ludwig Weber „Die Christlich-Sozialen“. Handbuch der Politik II, 30.
C. Wilmanns „Die goldene Internationale“. Berlin 1876.
Ernst Henrici „Wie hat sich die Bevölkerung Berlins bei der bevorstehenden Reichstagswahl zu verhalten?“ Berlin 1881.
o. V. „Der Antisemitismus und die Ethische Bewegung“. Separatabdruck aus der „Westfälischen Reform“, Dortmund. Berlin 1893.
Hermann Ahlwardt (Strafgefangener in Plötzensee) „Bundschuh“. Dresden 1894.
Fedor v. Zobeltitz „Chronik der Gesellschaft unter dem letzten Kaiserreich 1894—1914“. 2. Auflage. Hamburg 1922.
Handbuch für nichtsozialdemokratische Wähler. Berlin 1907. (Reichsverband.)
Martin Spahn „Das deutsche Zentrum“. Mainz 1907.
Carl Bachem „Die Zentrumspartei“. Handbuch der Politik II, 31.
Julius Vahlteich „Ferdinand Lassalle und die Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung“. Leipzig 1904/05.
Paul Hirsch „Die Sozialdemokratie“. Handbuch der Politik II, 34a.
Eduard Bernstein „Der Revisionismus in der Sozialdemokratie“. Handbuch der Politik II, 34b.
Derselbe „Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie“. In: Die Entwicklungsgeschichte der großen politischen Parteien in Deutschland. Bonn und Leipzig 1922.
Derselbe „Die Entwicklung der Sozialdemokratie von der Sekte zur Partei“. Zeitschrift für Politik, 1910, Heft 3/4.
Derselbe „Die Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung“. Berlin 1907/1910.
Adolf Neumann-Hofer „Die Entwicklung der Sozialdemokratie bei den Wahlen zum Deutschen Reichstage“. Berlin 1894.
Konrad Haenisch „Von der sozialdemokratischen Organisation“. Süddeutsche Monatshefte, November 1917.
Josef Schmöle „Die sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Jena 1896/98.
W. Troeltsch und Hirschfeld „Die deutschen sozialdemokratischen Gewerkschaften“. Berlin 1905.
August Bebel „Die parlamentarische Tätigkeit des Deutschen Reichstages und der Landtage“. Später: „Die Tätigkeit des Deutschen Reichstages.“ Später: „Die Sozialdemokratie im Deutschen Reichstage.“ Verschiedene Ausgaben, 1873 bis 1909.
Derselbe „Aus meinem Leben“. 3 Bände. Stuttgart 1910/14.
Berichte des Sozialdemokratischen Zentralwahlvereins Teltow-Beeskow-Storkow 1905/06 bis 1915/16.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgebung. Jahresberichte 1906 bis 1914/16.

Verband der sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg. Jahresberichte 1908/09 bis 1910/11.

Parteikonferenz für Berlin und die Provinz Brandenburg am 11. September 1910 (Bericht).

Zeitungen, denen Einzelheiten über die Wahlkämpfe und Wahlergebnisse entnommen wurden. Von den meisten Zeitungen wurden nur einige Wahljahrgänge benutzt. Mit Ausnahme der größeren Berliner Blätter und einiger Kreisblätter, welche sich in der Staatsbibliothek befinden, waren die Zeitungen von den Verlagen bzw. ihren jetzigen Besitzern zur Verfügung gestellt.

Angermünder Zeitung und Kreisblatt. Seit 1846. Verlag Paul Schimazek.
Antisozialdemokratische Korrespondenz. Berlin.
Anzeiger für das Havelland (Spandauer Anzeiger). Seit 1886.
Barnimer Tageblatt. Soz. Berlin N 4, Eichendorffstraße.
Berlin-Eberswalder Stadtanzeiger. Eberswalde.
Berliner Allgemeine Zeitung. Seit 1886. Ullstein.
Berliner Börsen-Courier. Freis. Seit 1868.
Berliner Börsen-Zeitung. Lib. Seit 1856. Berlin.
Berliner Lokal-Anzeiger. Seit 1882/83. Scherl.
Berliner Morgenpost. Seit 1898. Ullstein.
Berliner Morgenzeitung.
Berliner Stimmen. Berlin NW 7, Neustädtische Kirchstraße.
Berliner Tageblatt. Seit 1871. Mosse.
Berliner Volksblatt — später Vorwärts.
Berliner Volkszeitung. Seit 1852. Mosse.
Brandenburger Anzeiger. Seit 1809. J. Wiesicke.
Brandenburger Zeitung. Soz. Seit 1886.
Calauer Kreisblatt. Seit 1838. August Gönnel, Vetschau.
Cotbuser Anzeiger. Seit 1848. Alb. Heine.
Crossener Kreisblatt.
Crossener Tageblatt. Seit 1827. Rudolf Zeidler.
Das Dampfboot. Cöpenick. Seit 1866.
Demokratische Blätter. Berlin 1884/85.
Deutsche Allgemeine Zeitung — früher Norddeutsche.
Deutsche Tageszeitung. Seit 1893. Berlin SW 11.
Eberswalder Zeitung. Freis. Seit 1881.
Forster Tageblatt. Seit 1842. E. Hoene.
Forster Wochenblatt. Seit 1841.
Frankfurter Oder-Zeitung.
Freisinnige Zeitung. Seit 1884/85.
Friedeberger Kreisblatt. Seit 1842. E. G. Mehnert.
Fürstenwalder Zeitung. Seit 1839. H. Richter.
Gubener Tageblatt. Seit 1805.
Gubener Zeitung. Seit 1869. Alb. Koenig.
Jüterbog-Luckenwalder Kreisblatt. Seit 1831. Rud. Krause.
Königsberger Zeitung. Seit 1832. H. Madrasch.
Konservative Korrespondenz. (CC)
Konservatives Wochenblatt. Berlin 1890 bis 1893.
Kreisanzeiger für den Landkreis Guben. Seit 1875. Fürstenberg.

Kreisblatt des Kreises Ostprignitz. Wittstock.
Kreisblatt für das Westhavelland. Seit 1839. Brandenburg, später Rathenow. Seit 1849.
Kreisblatt und Generalanzeiger. Kyritz/Prignitz.
Landsberger Generalanzeiger. Im Verlag des Amtlichen L. Kreisblattes.
Lichtenberger Tageblatt. Seit 1874. Berlin O 112.
Märkische Volksstimme. Soz. Seit 1889. Cottbus.
Märkischer Stadt- und Landbote. Seit 1841. Eberswalde.
Müncheberger Zeitung. Seit 1844.
Die Nation.
Nationalliberale Correspondenz.
National-Zeitung. Seit 1848. Berlin. Später 8 Uhr Abendblatt.
Neue Preußische (Kreuz-) Zeitung. Seit 1847/48. Berlin.
Neue Zeit. Seit 1871. Charlottenburg.
Neuköllnische Zeitung. Seit 1874. Otto Meusel.
Neumärkische Zeitung. Landsberg/Warthe. Trowitzsch.
Niederbarnimer Anzeiger. Seit 1883. Altlandsberg. Heinz Wiebesiek.
Niederlausitzer Anzeiger. Seit 1845. Finsterwalde.
Niederlausitzer Volkszeitung.
Norddeutsche Allgemeine Zeitung. — Später DAZ. Berlin.
Oberbarnimer Kreisblatt. Seit 1849. Freienwalde. Carl Hesse.
Oberbarnimsches Wochenblatt (Wriezener Zeitung). Seit 1837.
Oder-Zeitung. Frankfurt. Trowitzsch.
Oranienburger Generalanzeiger. Herm. Freyhoff.
Ostdeutsche Landeszeitung. Seit 1842. Arnswalde. Heino Wendt.
Parlamentarische Korrespondenz (Aus der Deutschen Fortschrittspartei). Berlin. 1879 bis 1883.
Die Post. Seit 1865. Berlin.
Potsdamer Nachrichten.
Potsdamer Stadtanzeiger. Nowawes.
Potsdamer Tageszeitung. A. W. Hayns Erben.
Potsdamer Zeitung.
Der Prignitzer. Tageblatt für die Prignitz. Seit 1891. Wittenberge.
Prignitzer Nachrichten. Seit 1882. Perleberg.
Der Reichsbote. Seit 1872/73. Berlin SW.
Sorauer Wochenblatt. Seit 1815. J. D. Rauert.
Der Sozialdemokrat.
Steglitzer Anzeiger. Seit 1873.
Tägliche Rundschau. Berlin.
Tägliches Kreisblatt für den Kreis Beeskow-Storkow. Seit 1838. Beeskow.
Teltower Kreisblatt. Seit 1855. Berlin W 35.
Veltener Zeitung.
Vereinigte Neumärkische Provinzzeitungen. Seit 1866. Küstrin.
Volksblatt für Spandau und das Havelland. Seit 1858. Soz.
Der Volksbote. Jüterbog.
Vorwärts (Berliner Volksblatt). Seit 1884. Berlin SW.
Vossische Zeitung (Königlich privilegierte Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen). Seit 1704.
West- und Ostprignitzer Zeitung (Lenzener Zeitung). Seit 1881.
Wochenblatt des Arnswalder Kreises.
Zauch-Belziger Kreisblatt. Seit 1840. A. Mallwitz, Belzig.

Mandatszahlen und Mandatsdauer

(Von 1867 bis 1914)

Die wenigsten Abgeordneten entsandte der Wahlkreis P 4 (Prenzlau-Angermünde), nämlich nur vier. Je fünf Abgeordnete wurden von P 6 (Niederbarnim), P 10 (Teltow-Beeskow-Storkow), F 5 (Ost- und Weststernberg) und F 6 (Züllichau-Schwiebus-Krossen) in den Reichstag delegiert. In den meisten Kreisen schwankte die Zahl zwischen sechs und neun, in P 7 (Potsdam-Osthavelland), F 2 (Soldin-Landsberg) und F 8 (Sorau) betrug sie zehn, in F 9 (Kottbus-Spremberg) sogar elf.

Die meisten Abgeordneten (61 bzw. 53)[1]) hat die Fortschrittspartei in den Reichstag entsandt, allerdings auf durchschnittlich nur kurze Dauer. Während nämlich ein linksliberaler Abgeordneter durchschnittlich 4,1 Jahre im Besitze seines märkischen Mandates blieb, brachten es die (28 bzw. 19) Rechtsliberalen auf 5,0 Jahre, die 21 Reichsparteiler auf 7,9 Jahre, die 54 (bzw. 48) Deutschkonservativen auf 8.2 Jahre, die (23 bzw. 22) Sozialdemokraten auf 8,6 Jahre und die 3 Antisemiten auf 8.7 Jahre. — Ein Grund hierfür liegt darin, daß der Liberalismus in der ersten Zeit mit den dreijährigen Legislaturperioden an der Spitze stand, während z. B. die Sozialdemokratie erst in den letzten Jahren führte; ein weiterer Grund ist die Verbundenheit der Konservativen mit der Landbevölkerung und die der Sozialdemokraten mit dem Großstadtproletariat, welche die stete Wiederwahl der Abgeordneten sicherte, während der Liberalismus sich meist nur auf Minderheiten stützen konnte und somit von den Zufälligkeiten des Stichwahlausganges usw. besonders abhängig war. Endlich kamen auch — aus „strategischen" Gründen — Linksliberale häufig zu Doppelmandaten, so daß durch den erforderlichen Verzicht in einem — meist Berliner — Wahlkreis ein zweiter Abgeordneter für dieselbe Legislaturperiode zu wählen war.

Von den rund 1222 Mandatsjahren (26 Kreise je 47 Jahre von 1867 bis 1914) entfielen auf die Deutschkonservativen 442 (36%), auf die Linksliberalen 251 (20½%), auf die Sozialdemokraten 199 (16½%), auf die Reichspartei 166 (13½%), auf die Rechtsliberalen 139 (11½%) und auf die Antisemiten 26 (2 %).

Die längste Zeit hindurch war Prinz von Schönaich-Carolath im Besitze eines märkischen Mandates: dreiunddreißig Jahre (bis 1914 berechnet). Über zwanzig Jahre vertraten noch acht weitere Abgeordnete märkische Wahlkreise: die Konservativen Hahn und von Levetzow[2]) sowie der Sozialdemokrat Singer 27 Jahre, dessen Parteigenosse Stadthagen 24 Jahre, die Konservativen v. Waldaw-Reitzenstein und von Manteuffel 21 Jahre, ebenso lange der Sozialdemokrat Zubeil, dessen Fraktionsgenosse Fischer[2]) es auf 20 Jahre brachte.

Kandidaten um die Mandate der 26 märkischen Reichstagswahlkreise 1871 bis 1912

Alphabetisch geordnet

Achenbach, Dr. iur. Heinrich, geb. 23. 11. 1829 zu Saarbrücken, evangelisch, seit 1866 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mai 1873 Handelsminister, Herbst 1874 Bevollmächtigter zum Bundesrat, Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1874

[1]) Die zweite Zahl nennt die tatsächlich ausgeübten Mandate; in der ersten sind alle gültigen Wahlen berücksichtigt, d. h. auch die nicht angenommenen usw. Mandate.

[2]) mit Unterbrechungen.

M. d. R. für den Wahlkreis Siegen. Mitbegründer der Reichspartei. „Vorne ach und hinten ach." Kandidiert in der Nachwahl 1880 in P 7.

Ahlwardt, Hermann, geb. 21. 12. 1846 zu Brien bei Anklam, evangelisch. Volksschullehrer, später Rektor in Berlin. 1892 zu längeren Freiheitsstrafen wegen Verleumdung des Waffenfabrikanten Loewe und des Berliner Magistrats verurteilt. Antisemit. M. d. R. für F 1 seit Nachwahl 5. 12. 1893 bis 1903.

Althaus, Dr. phil. August, geb. 20. 5. 1839 (b) Detmold, evangelisch, Oberlehrer (Professor) in Berlin. Freisinn. Kandidiert 1887, 1890, 1893 in P 5, M. d. R. für P 5 seit Nachwahl 7. 6. 1890 bis 1893.

Antrick, Otto Friedrich Wilhelm, geb. 21. oder 24. 11. 1858 zu Landsberg/Warthe, konfessionslos. 1886 bis 1906 Zigarrenfabrikant in Berlin, seit 1906 Parteisekretär in Braunschweig. 1902 bis 1906 Stadtverordneter in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 bis 1893 in F 3, 1898 und 1903 in P 9, 1898 bis 1903 M. d. R. für F 9, seit 1912 M. d. R. für Holzminden.

Apelt. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890, 1893 und 1898 in P 3.

Arendt, Dr. M. d. L. Deutschkonservativ. Kandidiert 1890 in P 2.

Arndt. Schuhmachermeister in Bernau. Sozialdemokrat. Kandidiert 1878 und 1881 in P 6.

Arnim-Boitzenburg, Adolf Graf v., geb. 12. 12. 1832 zu Boitzenburg, evangelisch. 1868 Landrat, 1873 Bezirkspräsident von Lothringen, gest. 15. 12. 1887. Konservativ, seit 1874 Reichspartei oder bei keiner Fraktion. M. d. R. für P 3 seit 1867 bis 1884.

v. Arnim-Gerswalde. Nationalliberal. Kandidiert 1871 und 1877 in P 3.

v. **Arnim**-Kröchlendorf, Oskar, geb. 16. 6. 1813, evangelisch. Kammerherr und Landrat a. D. auf Kröchlendorf bei Boitzenburg, gest. Ende der 90er Jahre. Reichspartei. Kandidiert 1867, 1871, 1874, 1877 und 1878 in P 4, M. d. R. 1867 bis 1871 und 1874 bis 1877 für P 4.

Arons, Dr. Ehem. Dozent an der Universität Berlin, gemaßregelt. Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 und 1907 in B 1.

Auer, Ignaz, geb. 19. 4. 1846 in Bayern, katholisch. Sattler, durch Sozialistengesetz u. ä. nacheinander in Dresden, Berlin, Hamburg, Altona, Harburg, Sozialdemokrat, gest. 10. 4. 1907. M. d. R. für verschiedene sächsische Wahlkreise seit 10. 1. 1877 bis zum Tode. Kandidiert 1881 in B 5, zur Nachwahl 1881 in B 3.

Auerbach, Albert. Kaufmann. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in B 5.

Bachler, Dr. Antisemit. Kandidiert 1893 in P 6, 1898 in B 3.

Bahn, Rudolf Wilhelm, geb. 29. 5. 1837 zu Havelberg. Kaufmann in Sorau (Mitinhaber der Mechanischen Weberei), seit 1894 Stadtrat in Sorau, 1896 Kommerzienrat, 1895 Vorsitzender der Handelskammer. Nationalliberal. Kandidiert 1903, 1907 und 1912 in F 8. M. d. R. für F 8 von 1903 bis 1912.

Banks, Dr. iur. Edward Bartels, geb. 1. 1. 1836 zu Hamburg, lutherisch. Rechtsanwalt daselbst, seit 1866 M. d. Hamburger Bürgerschaft, Fortschritt. Gest. 22. 5. 1883. Kandidiert zur Nachwahl 1874 und 1877 in B 6. M. d. R. 1871 für Hamburg, 1874 bis 1877 für B 6.

v. **Bärensprung,** Karl. Staatsanwalt a. D., Rittergutsbesitzer auf Klein-Döbern bei Drebkau, gest. 16. 2. 1879. M. d. R. für F 9 von 1877 (Stichwahl) bis zum Tode. Konservativ.

Barnau. Konservativ. Kandidiert 1907 in B 5.

Bartels. Generalmajor z. D. Konservativ. Kandidiert 1903 in B 1.

Barth, Dr. Theodor, geb. 16. 7. 1849 zu Duderstadt, gest. 3. 6. 1909. Bekannter Politiker, liberal, später freisinnig („Die Nation"), mehrmals M. d. R., zeitweilig

Stadtverordneter in Berlin, auch M. d. L., für Zusammengehen mit der Sozialdemokratie. Kandidiert 1903 in F 1.

Bassermann, Ernst. Als Vorsitzender des Zentralvorstandes der Nationalliberalen Partei bekannt. M. d. R. für F 4 seit der Nachwahl 1904 bis 1907.

Baumann, Albert. Sozialdemokrat. Kandidiert 1877 in B 2.

Baumann, August. Sozialdemokrat. Kandidiert 1877 und 1878 in B 2.

Baumbach, Dr. iur. Karl Adolf, geb. 9. 2. 1844 zu Meiningen, evangelisch. Früher Nationalliberal, dann in der Freisinnigen Volkspartei. Seit 1878 Herzogl. Landrat in Sa.-Mein., Oberbürgermeister in Danzig, gest. 21. 1. 1896. 1880 bis 1884 M. d. R. für Meiningen, 1884 bis 1893 für B 5, unterliegt 1893.

Bebel, August, geb. 22. 2. 1840 zu Köln, religionslos. Drechslermeister in Leipzig. Mitbegründer und langjähriger Führer der Sozialdemokratischen Partei. Gest. 13. 8. 1913 in der Schweiz. Seit 1867 bis zum Tode fast ununterbrochen M. d. R. Fungierte in Berlin und der Mark häufig, besonders während des Sozialistengesetzes, als Zählkandidat.

Beck. Deutsch-Soziale Reformpartei. Kandidiert 1898 in F 3.

Beer, Dr. Deutschkonservativ. Kandidiert 1898 in F 6.

Beisert, Robert, geb. 27. 3. 1833 zu Sprottau, evangelisch. Kreisgerichtsdirektor a. D. und Syndikus der Kaufmannschaft von Berlin. Nationalliberal, später Liberale Vereinigung. M. d. R. von 1881 bis 1887 für schlesischen Wahlkreis. Kandidiert 1878 und zur Nachwahl 1879 in F 8.

Behrend. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in F 8.

Bennigsen, Rudolf. Der bekannte Nationalliberale. Fungierte 1893 als Zählkandidat in B 6.

Berendt. Tischler. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in P 2.

Bernard. Bäckerobermeister in Berlin. Konservativ. Kandidiert 1898 in B 1.

Bernsdorf. Maler. Christlich-Sozial. Kandidiert 1878 in B 3.

Bernstein, Dr. Eduard, einer der Historiker der (Berliner) Sozialdemokratie, früher Fortschritt. M. d. R. 1912 für Breslau-West. Kandidiert 1898 in P 10, 1907 in F 9.

v. Bernuth, August Moritz Ludwig Heinrich Wilhelm, geb. 1808 zu Münster, evangelisch. Justizminister der Neuen Ära, Liberale Reichspartei, nationalliberal oder bei keiner Fraktion. Gest. 25. 4. 1889. M. d. R. für Halberstadt 1871 bis zum Tode. Kandidiert 1878 in F 1.

v. **Bethmann Hollweg,** Felix, geb. 21. 12. 1824 zu Berlin, evangelisch. Landrat in Oberbarnim und Rittergutsbesitzer auf Hohenfinow. Reichspartei. Kandidiert 1874 bis 1884 in P 5, M. d. R. für P 5 von 1877 bis 1881.

v. **Bethmann Hollweg,** Theobald, geb. 29. 11. 1856 zu Hohenfinow, Studiengenosse Wilhelms II. 1886 Landrat im Oberbarnim, 1896 Oberpräsidialrat Potsdam, 1899 Regierungspräsident in Bromberg, 1899 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, 1905 Minister des Innern, 1907 Reichsschatzsekretär, 1909 Reichskanzler. Reichspartei. M. d. R. 1890 für P 5, legt das Mandat 21. 5. 90 nieder.

Beutel. Handwerkerpartei. Kandidiert 1898 in P 6.

Bierberg. Schuhmacherobermeister. Handwerkerpartei. Kandidiert 1877 in B 1, B 2, B 5, 1878 in allen sechs Berliner Wahlkreisen.

Blell, geb. 10. 8. 1838 zu Brandenburg, evangelisch. Kaufmann (Tuche), Direktor des Verbandes der Kreditgenossenschaften für Westbrandenburg, seit 1898 Präsident der Handelskammer Brandenburg. Fortschritt. M. d. R. für Hirschberg seit 1898. Kandidiert 1893 in F 9, 1903 in P 8.

Blume. Major. Konservativ (Kartell). Kandidiert 1887 in B 5.

Boeckel, Dr. Antisemit. Kandidiert 1893 in Berlin, 1890 in P 10, 1898 in P 4.

Boddin. Amtsvorsteher, später Oberbürgermeister von Rixdorf (Neukölln). Vorsitzender des Konservativen und antifortschrittlichen Wahlvereins. Kandidiert 1907 in P 10.

Bohm, Gustav Bernhard, geb. 4. 9. 1841 zu Brunne/Osthavelland, evangelisch. Bauerngutsbesitzer. Fortschritt. Gest. 17. 5. 1896. Kandidiert 1887, 1890 und 1893 in P 3, M. d. R. für P 3 von 1893 bis zum Tode.

Bohtz, Karl Bernhard, geb. 9. 8. 1837 zu Warsin/Pommern, evangelisch. Rittergutsbesitzer, Landrat von Weststernberg, später Geheimer Regierungsrat. M. d. L., Mitglied des Brandenburgischen Provinziallandtages, der Provinzialsynode. M. d. R. für F 5 seit Nachwahl 1888 bis 1898.

Bollert, Gerhard, geb. 8. 11. 1870 zu Pritzwalk, evangelisch, Dr. iur., Rechtsanwalt und Notar zu Rathenow. Nationalliberal. Seit 1907 Mitglied des Bezirksausschusses Berlin. M. d. R. für F 4 seit 1912.

Boltzenthal, Professor Dr. Fortschritt. Kandidiert 1907 in P 2.

Böning, Alard Kunibert, geb. 1. 2. 1840 zu Köbzig, Kreis Arnswalde, evangelisch. Seit 1863 Gutsbesitzer auf Heinersdorf bei Landsberg, Kreisdeputierter und Kreisausschußmitglied, seit 1899 M. d. L. Konservativ. M. d. R. für F 2 seit 1903 bis zum Tode (15. 7. 1909).

v. Borcke. Antisemit. Kandidiert 1893 in P 8.

Borgmann. Stadtverordneter in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 und 1907 in F 3.

v. Bornstedt, Kleist. Rittmeister a. D. Rittergutsbesitzer auf Hohennauen. 1881 Stellvertreter des Landrats. Konservativ. Kandidiert 1874 und 1894 in P 8.

v. Bornstedt. Geheimrat. Konservativ. Kandidiert 1893 in F 1.

Borsig. Der bekannte Großindustrielle. Konservativ. Kandidiert 1877 in B 6.

Boeske, Emil. Stadtverordneter in Neukölln, später in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1907 in P 1, 1912 in P 3.

v. Brand, Paul, geb. 7. 7. 1831 zu Lauchstädt, evangelisch. Kammerherr. Konservativ. Kandidiert 1871 und von 1877 bis 1887 in F 1, M. d. R. für F 1 von 1877 bis 1890.

Brandes. Tischlermeister in Berlin. Handwerkerpartei. Kandidiert 1874 in B 2 und B 3, 1877 in B 3, B 4, B 5 und B 6.

Brandt. Rektor in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1903 in F 9.

Brauer, Gustav, geb. 27. 3. 1830 zu Forst. Fabrikbesitzer und Stadtrat dort, Reichspartei. Kandidiert 1887 und 1890 in F 8, M. d. R. für F 8 von 1887 bis 1890.

Braun, Dr. phil. Heinrich, geb. 23. 11. 1854, konfessionslos. Sozialpolitischer Schriftsteller („Neue Zeit", „Archiv für soziale Gesetzgebung und Statistik", „Soziale Praxis"). Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 (Nachwahl 1904) und 1907 in F 4. M. d. R. für F 4 1903; die Wahl ist ungültig, und in der Nachwahl kann B. das Mandat nicht behaupten.

Brecher, Professor Dr., 1881 Vorsitzender des Konservativen Vereins Berlin-Hallesches Tor. Brecher soll in einer Wahlrede am 25. 6. 1881 geäußert haben, Bismarck sei in seinem Sohne Graf Wilhelm zum Volke herabgestiegen. (Eugen Richter „Im alten Reichstag" Zweiter Band, Berlin 1896, S. 231.) Kandidiert 1893 in B 3.

Bredereck. Rechtsanwalt. Konservativ. In der Nachkriegszeit stärker hervorgetreten. Kandidiert 1907 in B 3, 1912 in P 5.

Bredow, Ludwig Graf v., geb. 11. 4. 1825. Zuletzt Landrat in Rathenow, gest. 9. 5. 1877. Konservativ. M. d. R. für P 8 1867. Kandidiert 1871 in P 8.

v. Bredow, Wolf, geb. 1. 5. 1834 zu Pezzin, evangelisch. Rittergutsbesitzer auf Sentzke bei Paulinenaue. Konservativ. Kandidiert 1878 und 1881 in P 8, M. d. R. für P 8 von 1878 bis 1881. Gleichnamiger Kandidat (derselbe?) 1912 in P 8.

Bredow. Stadtgerichtsrat Graf v. Konservativ. Kandidiert 1871 in B 1, 1877 in B 1, B 2, B 3, B 4 und B 5.

Breiel. Schlosser in Spremberg, später ausgewiesen und dann in Westdeutschland. Sozialdemokrat. Kandidiert 1887 und 1890 in F 9.

Bruckhoff, Hermann Otto Paul, geb. 23. 9. 1874 zu Neuenhagen, Kr. Königsberg in der Neumark, evangelisch. Volksschullehrer, seit 1904 in Guben, vorher meist im Oderbruch, Vorsitzender des Vereins der Fortschrittlichen Volkspartei. M. d. R. für F 6 seit 1912.

Brückner, Eugen. Arbeitersekretär in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1907 und 1912 in F 1.

Brühl, Graf v. auf Pförten. Konservativ, später Zentrum. Kandidiert 1874 (K), 1877 (K) und 1878 (Z) in F 8.

Bruhn, Wilhelm, geb. 18. 1. 1869 zu Saal in Pommern, evangelisch. Volksschullehrer, seit 1895 Buchdruckereibesitzer in Berlin-Weißensee, seit 1898 Verleger der „Staatsbürgerzeitung", Vorsitzender des Deutschen Antisemitenbundes (seit 1884), Herausgeber der „Wahrheit". Kandidiert 1903 in B 5, M. d. R. für F 1 seit 1903.

Bruns, Julius August Friedrich, geb. 15. 8. 1860 zu Altona, evangelisch. Nach Ausweisung aus Hamburg Zigarrenfabrikant in Bremen und Redakteur an der „Bremer Volkszeitung", Sozialdemokrat. Kandidiert von 1890 bis 1912 in P 5.

Büchner, Otto, geb. 7. 2. 1865 zu Charlottenburg, konfessionslos. Mechaniker, Kassenbeamter, seit 1899 in der Pressekommission des „Vorwärts". M. d. R. für B 4 seit der Nachwahl 10. 4. 1911.

Burg, Dr. Otto, Berlin. Nationalliberal. Kandidiert in P 1 1877, 1878 und zur Nachwahl 1878, in B 3 zur Nachwahl 1877.

Carolath, Prinz Heinrich Ludwig Erdmann Ferdinand von Schönaich-Carolath, geb. 24. 4. 1852 zu Amtitz, evangelisch. Freier Standes- und Majoratsherr auf Amtitz Kreis Guben. Erbliches Mitglied des Herrenhauses usf., gest. 20. 6. 1920. Bis 1887 freikonservativ, dann wild-liberal, seit 1888 nationalliberal. M. d. R. für F 7 seit 1881.

Caesar. Reichspartei. Kandidiert 1893 in F 7.

Caspar. Rittergutsbesitzer. Nationalliberal. Kandidiert 1871 und 1877 in F 6, zur Nachwahl 1877 in F 7.

Cassel. Fortschritt. M. d. L., kommunalpolitisch bekannt. Kandidiert 1907 in B 5.

Christensen. Sozialdemokrat. Kandidiert 1887 in B 1 und B 3.

Cranach, Rudolf Anton Lukas, geb. 22. 12. 1823 zu Craatzen, evangelisch. Landrat des Kreises Soldin. Konservativ. „Nachkomme von Lukas Cranach." M. d. R. für F 2 von 1867 bis 1874 und von 1878 bis zum Tode (1. 8. 1879).

Cremer, Christoph Joseph. Gehörte erst dem Zentrum an, ging dann zu den Deutschkonservativen über. Redakteur am „Deutschen Tageblatt", vorher am konservativen „Vorwärts", dessen Titel später von dem sozialdemokratischen Parteiorgan übernommen wurde. 1882 M. d. L. für Teltow. Kandidiert 1881 und 1884 in B 5.

Cuno. Zwischen konservativ und liberal stehend, „Schiffer". Kandidiert 1890 in P 3, P 6, P 8, P 9 und P 10.

v. Dallwitz, Sigismund, geb. 18. 12. 1830 zu Insterburg, evangelisch. Rittergutsbesitzer zu Tornow/Ostprignitz. Wild-Konservativ. M. d. R. für P 2 von 1893 bis 1907.

Damaschke, Adolf. Der bekannte Bodenreformer. Kandidiert 1907 in B 1.

Dann, Alexander, geb. 22. 5. 1817, evangelisch. Landwirt in der Neumark, seit 1867 Rentier in Berlin. Nationalliberal. M. d. R. für F 1 von 1874 (Stichwahl) bis 1877.

Dehms. Grubenbesitzer. Nationalliberal. Kandidiert 1881 in F 5.

Delbrück, Rudolf. Der 1876 durch Bismarck gestürzte Minister. Als M. d. R. bei keiner Fraktion (liberal). Kandidiert 1878 in P 7.

Detto, Albert, geb. 25. 2. 1845 zu Seehausen/Altmark, evangelisch. Gymnasialprofessor in Frankfurt/Oder und Vorsitzender des dortigen Wahlvereins der Nationalliberalen. M. d. R. für F 4 seit 1907 bis zum Tode (Jahreswende 1909/1910).

Dictus. Kreisrichter in Sonnenburg. Nationalliberal. Kandidiert 1877 in F 5.

v. Diederichs, Fritz geb. 25. 10. 1805 zu Posen, evangelisch. Oberregierungsrat in Marienwerder, gest. 3. 11. 1888. Nationalliberal. Seit 1856 mit geringen Unterbrechungen M. d. L. M. d. R. für P 9 von 1874 bis 1877.

Dietrich, Adolf Christian, geb. 11. 5. 1856 zu Schmargendorf/Uckermark, evangelisch. Justizrat, Rechtsanwalt und Notar zu Prenzlau und Stadtverordnetenvorsteher dort seit 1894, Rittergutsbesitzer auf Metzelthin bei Templin (etwa 1600 ha, Land- und Forstwirtschaft). Konservativ. Seit 1898 M. d. L. M. d. R. für P 3 seit 1898.

Dietz v. Bayer, George Paul, geb. 25. 1. 1827 auf Kaducho, evangelisch. Amtsrat, Rittergutsbesitzer, gest. Mitte 1898. Reichspartei. Kandidiert 1877, 1884 und 1887 in F 2. M. d. R. für F 2 von 1884 bis 1890.

Dietz, Heinrich, geb. 3. 10. 1843 zu Lübeck, evangelisch. Buchdruckereibesitzer und Buchhändler in Hamburg und Stuttgart („Der Wahre Jacob"). Sozialdemokrat. Seit 1881 M. d. R. für Hamburg. Kandidiert 1884 in B 3.

Dietzmann. Zigarrenmacher. Lassalleaner. Kandidiert 1874 und 1877 in P 10.

v. Dirksen, K. E. E. Willy, geb. 25. 12. 1852 zu Berlin, evangelisch. Dr. iur., Kaiserlicher außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister, Geh. Legationsrat (seit 1903 a. D.), Besitzer der Herrschaft Gröditzberg und Rittergutsbesitzer auf Jessen bei Spremberg, Stellvertretender Vorsitzender der Reichspartei. M. d. R. für F 9 seit 1903 bis 1912.

Dolinsky, Julius. Schriftsetzer. Sozialdemokrat. Kandidiert 1878 in F 4.

Duncker, Franz, geb. 4. 6. 1822 zu Berlin. Mitbegründer der Fortschrittspartei, Gründer der nichtsozialistischen Gewerkschaften (Berliner Handwerkerverein). Seit 1861 M. d. L. für Saarbrücken und später Berlin, gest. 18. 6. 1878. M. d. R. für B 5 von 1867 bis zur Mandatsniederlegung am 30. 4. 1877.

Duncker, Dr. phil. Max, geb. 15. 10. 1811 zu Berlin. Geh. Oberregierungsrat a. D., früher Direktor der Staatsarchive in Berlin. M. d. R. 1867 für Halle (altliberales Centrum), später Reichspartei. Kandidiert 1871 in F 9, zur Nachwahl 1880 in B 2.

Dunkel. Deutschkonservativ. Kandidiert 1912 in F 4.

Düwell, Wilhelm. Stadtverordneter in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1912 in B 1.

Eberty, Dr. iur. Gustav, geb. 2. 7. 1806, evangelisch. Stadtgerichtsrat a. D. in Berlin. Fortschritt. Seit 1849 M. d. L., gest. 23. 2. 1887. Trennte sich 1879/80 von der Fortschrittspartei. Kandidierte 1874 und 1877 in B 4, M. d. R. für B 4 von 1874 bis 1877.

Eckardstein, Ernst Freiherr v., geb. 22. 5. 1824. Rittergutsbesitzer auf Prötzel bei Wriezen, 1887 Landrat des Oberbarnim. Persönlicher Erbherr von 7 Rittergütern, deren die Familie 22 mit über 78 000 Morgen besaß. Im Preußischen Landtag bei den Altliberalen, beim Zentrum, bei der Freien Konservativen Vereinigung, dann Reichspartei. M. d. L. mit Unterbrechungen seit 1858. M. d. R. für P 5 von 1867 bis 1874 und von 1887 bis 1890.

Ehlers. Redakteur. in Breslau. Fortschritt. Kandidiert 1890 in F 4.

Ehrhardt. Zeugmacher. Eisenacher. Kandidiert 1874 in P 9.

Eichhorn. Amtsrichter in Schwedt. Liberale Vereinigung. Kandidiert 1881 in P 4.

Eichhorn. Sozialdemokrat. (Der spätere Unabhängige?) Kandidiert 1898 in F 10.

Elbel. Gewerkschaftssekretär. Fortschritt. Kandidiert 1907 in P 1.

Emden, Louis, geb. 8. 1. 1813 zu Sorgen/Niederlausitz, evangelisch. Kaufmann in Spandau, 1843 bis 1853 Mitglied des Magistrats, seit 1866 Stadtverordnetenvorsteher, gest. 12. 11. 1880. Fortschritt. M. d. R. für P 7 von 1871 bis 1874.

Erichsen. Premierleutnant a. D. Konservativ. Kandidiert 1871 in B 2.

Ernst. Freisinnige Vereinigung. Kandidiert 1893 in F 1.

Eschner. Kreisgerichtsrat. Nationalliberal. Kandidiert 1871 in F 2.

Evers, Dr. Konservativ (Kartell). Kandidiert 1887 in B 4.

Ewald, Ferdinand. Vergoldermeister in Brandenburg, später Stadtverordneter in Berlin. Hier 1884 ausgewiesen. Sozialdemokrat. Kandidiert 1887 bis 1893 in P 8, 1887 und 1890 auch in F 6, 1898 bis 1912 in P 9.

Faber, Schuhmachermeister in Frankfurt. Sozialdemokrat. M. d. R. für F 4 von 1910 (Nachwahl) bis 1912.

Fahle, Clemens, geb. 5. 9. 1856 in Westfalen, katholisch. Rechtsanwalt in Schwiebus, Stadtverordneter und Stadtverordnetenvorsteher dort. Fortschritt. Kandidiert 1893 und 1898 in F 6; M. d. R. für F 6 von 1898 bis 1903.

Fähndrich. Fortschritt. Kandidiert 1893 in P 9.

Falckenstein, Eduard Vogel v. F., geb. 5. 1. 1797, General d. I. z. D. auf Dolzig bei Sommerfeld. Konservativ. M. d. R. für Stadt Königsberg Pr. 1867. Kandidiert 1871 und zur Nachwahl 1872 in F 8.

Falk, Adalbert, geb. 10. 8. 1827, Dr. iur., theol. et phil. h. c., Staatsminister und Oberlandesgerichtspräsident in Hamm. Seit 1854 meist M. d. L., 1871 M. d. Bundesrats. Seit 1867 meist M. d. R. für schles. Kreise, erst Centrum, dann bei keiner Fraktion, bei der Reichspartei, endlich Nationalliberal. Kandidiert 1878 in B 2 und B 4.

Felisch. Baumeister in Berlin. Antisemitischer Konservativer. Kandidiert 1903 in F 4, 1898 in F 8.

v. Finckenstein. Konservativ. Kandidiert 1871 in F 4.

Finn. Zimmermann. Sozialdemokrat (Lassalleaner). Sog. „Polizeisozialist 1881". Kandidiert 1874 in F 4, 1877 in P 6 und F 4.

Fischer, Richard, geb. 3. 4. 1855 zu Kaufbeuren. Buchdrucker, Parteisekretär, Leiter des Verlags „Vorwärts". M. d. R. für B 2 von 1893 an mit Unterbrechung 1898 bis 11. 11. 1899.

v. Forkenbeck, Dr. iur. h. c. Max, geb. 21. 10. 1821 zu Münster, katholisch. Der bekannte liberale Parlamentarier, seit 1878 auch Oberbürgermeister von Berlin, fungierte von 1877 bis zum Tode häufig als liberaler Zählkandidat. 1890 wurde er er in F 1 auch gewählt, schlug das Mandat jedoch wegen Doppelwahl aus.

Foerster, Professor Dr. Paul Einer der bekanntesten Berliner Antisemiten der Vorkriegszeit. Schwager Nietzsches. Kandidiert 1893 in B 3, P 4 und P 10, 1907 in B 2, B 3, B 4, B 5 und B 6.

Fraenkel. Fortschritt. Kandidiert 1898 in P 9.

Frankenberg, Fred. Graf v. F. und Ludwigsdorf, Freiherr v. Schellendorf, geb. 5. 2. 1835, gest. 30. 12. 1897. M. d. L. und M. d. R. für schlesische Wahlkreise. Seit 1850 auch Mitglied des Herrenhauses. Freie Kons. Vgg. bezw. Reichspartei. Kandidiert 1874 in F 5.

Freese, Heinrich. Bodenreformer. Kandidiert 1893 in Berlin.

Freiwald(t). Tapezierer, später Gemeindevertreter in Pankow. Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 und 1907 in F 5.

Freund, Dr. Landesversicherungsdirektor. Fortschritt. Kandidiert 1907 in P 7, 1912 in P 9.

Fritzsche, Friedrich Wilhelm, geb. 25. 3. 1825 zu Leipzig. Dissident. Sozialdemokrat. M. d. R. für Lennep seit 1868. M. d. R. für B 4 von 1877 bis 1881. F. wanderte dann nach Amerika aus.

Froelich, Ernst, geb. 19. 9. 1866 zu Greifswald, ev. Kaufmann, Mineralwasserfabrikant. Antisemit. Seit 1894 Stadtverordneter in Potsdam. Kandidiert 1898 in P 10, 1898 bis 1912 in F 5, M. d. R. für F 5 von 1903 bis 1907.

Frommer. Rechtsanwalt in Kottbus, später Justizrat und Stadtverordnetenvorsteher. Fortschritt. Kandidiert 1878 und 1887 in F 9.

v. Funcke, Danko, geb. 6. 10. 1829, ev. Seit 1871 Landrat in Kottbus, seit 1879 M. d. L. Konservativ. M. d. R. für F 9 von 1884 bis 1890.

Gerischer. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in P 9.

Gerischer, Dr. Otto. Gutsbesitzer in Augustwalde. Nationalliberal, später Liberale Vereinigung. Kandidiert 1877 bis 1884 in F 1.

v. Gerlach. Ritterschaftsrat. Konservativ. Wahrscheinlich August v. G.-Parsow, geb. 28. 8. 1830, evangelisch. Seit 1858 Landrat, 1866 bis 1870 M. d. L., 1871 bis 1887 und ab 1890 M. d. R. für Köslin 3, Mitglied des Herrenhauses seit 1890. Kandidiert 1874 in F 3.

Giebel, Carl, geb. 26. 5. 1878 zu Burg bei Magdeburg, konfessionslos. Bürogehilfe, später Bürovorsteher in der Berufsgenossenschaft, dann Verbandsvorsitzender des Sozialdemokratischen Wahlvereins Niederbarnim. M. d. R. für F 9 seit 1912.

Görcke, Dr. phil. Max, geb. 7. 5. 1864 zu Landsberg, evangelisch. Oberlehrer in Brandenburg, Mitglied des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Nationalliberal. Kandidiert 1907 und 1912 in P 8, M. d. R. von 1907 bis 1912.

Goercki. Später Stadtverordneter in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1887 in P 9.

Goerke. Sozialdemokrat. (Identisch mit Vorstehendem?) Kandidiert 1898 in F 3.

Gothein, geb. 15. 8. 1857 zu Neumark/Schlesien, evangelisch. Bergrat in Breslau seit 1891, seit 1895 Stadtverordneter und M. d. L., seit 1901 M. d. R. für Stralsund. Fortschritt. Kandidiert 1898 in F 8.

Graebner. Freisinnige Volkspartei. Kandidiert 1898 in P 3.

Grau. Zimmerer. Lassalleaner. Kandidiert 1871 in B 2, B 3, B 4, B 5, B 6.

Grauer. Gemeindevertreter in Lichtenberg. Sozialdemokrat. Kandidiert 1907 und 1912 in F 6.

v. Graevenitz, Dr. iur. Hermann, geb. 28. 5. 1815 zu Potsdam, evangelisch. Reichsgerichtsrat (seit 1883 a. D.), gest. Oktober 1890. Reichspartei. M. d. L. von 1853 bis 1857. Kandidiert 1874 erfolglos in P 2, dann M. d. R. für P 2 von 1877 bis 1881 und von 1884 bis zum Tode.

Grelling. Rechtsanwalt in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1887 in B 6.

Grillenberger, Carl, geb. 22. 2. 1848 in Bayern, freireligiös. Schlosser, später Redakteur. Bekannter Fraktionsführer der Sozialdemokratie, von 1881 bis zum Tode (19. 10. 1897) M. d. R. Kandidiert 1884 in B 5, 1890 in P 4.

Gross, Richard. Stadtrat in Landsberg. Fortschritt. Kandidiert 1887 in F 2.

Grothe. Tischler. Sozialdemokrat. Kandidiert 1887 in B 5.

Gründel. Oberstleutnant a. D. Freisinnige Volkspartei. Kandidiert 1898 in P 8, 1903 in F 3.

Grüneberg. Schneidermeister. Christlich-Sozial, trennte sich später in unerfreulicher Weise von Stöcker. Kandidiert 1878 (auch für K) in B 4.

Grüwel. Lassalleaner. Redakteur. Kandidiert 1874 in P 6.

Guhre. Bauerngutsbesitzer. Fortschritt. Kandidiert 1867 in F 3.

Gumpel. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in F 5.

Günther, Dr. phil. Siegmund, geb. 6. 2. 1848 zu Nürnberg. protestantisch. Gymnasialprofessor in Ansbach. Fortschritt. 1878 bis 1881 M. d. R. für Nürnberg. Nachwahl 1881 bis 1884 M. d. R. für B 5.

Haake, Gustav, geb. 28. 11. 1838 zu Letschin, evangelisch. Gutsbesitzer in Letschin. Kreistagsabgeordneter. Reichspartei. M. d. R. für F 4 von 1893 bis 1903.

Haase. Handschuhmacher. Fortschritt. Kandidiert 1912 in F 9.

Hacke, Edwin Graf v., geb. 18. 12. 1821 zu Berlin, evangelisch. Gutsbesitzer auf Alt-Ranfft bei Freienwalde. Gest. 3. 2. 1890. Nationalliberal. M. d. L. von 1861 bis 1866. Kandidiert 1871, 1874, 1877 und 1884 in P 5, M. d. R. für P 5 von 1874 bis 1877 und von 1884 bis 1887.

Hackelbusch, Richard. Expedient. Sozialdemokrat. Kandidiert 1912 in P 4.

Hagen, Adolf, geb. 23. 9. 1820 zu Königsberg, evangelisch. Landrat in Königsberg, zum Oberbürgermeister dort gewählt, aber dreimal nicht bestätigt. Stadtrat und Kämmerer in Berlin, Direktor der Unionsbank. Fortschritt. Seit 1862 M. d. L. Gest. 17. 8. 1894. M. d. R. für Berlin 1 von 1867 bis 1877.

Hahn, Dr. iur., Rechtsanwalt. Konservativ. Kandidiert 1903 in B 3.

Halberstadt. Fortschritt. Kandidiert 1890 in F 9.

Hammer, Fritz, Malermeister. Konservativ. Kandidiert 1903 in P 10.

Hammer, Johann, geb. 26. 11. 1830 zu Brandenburg, evangelisch. Zweiter Bürgermeister von Brandenburg. Liberale Vereinigung. M. d. R. für P 8 von 1881 bis 1884.

Hammerschmidt, Justizrat. Freisinnige Volkspartei. Kandidiert 1907 in F 9.

Handjery, Dr. iur. Nikolaus Prinz H., geb. 18. 12. 1836, griechisch-katholisch (Freimaurer). Landrat des Kreises Teltow. Konservativ. M. d. L. 1870 bis 1876 und 1879 bis 1882. M.d. R. für P 10 von 1869 bis 1874 und 1881 bis 1893.

Hänel. Dr. iur. Albert, geb. 10. 6. 1833 zu Leipzig, evangelisch, Professor der Rechte in Kiel. Ursprünglich bundesstaatlich-konstitutionell, dann Fortschritt, später Freisinnige Vereinigung, der Antipode Eugen Richters. Seit 1867 mit geringen Unterbrechungen M. d. L., 1876 bis 1888 Vizepräsident des Abgeodnetenhauses. Im Reichstag stets Abgeordneter für Schleswig 7 (Kiel). Kandidiert 1878 in B 1 (wird gewählt, lehnt aber ab), 1887 in B 4.

Hartmann, Dr. Fortschritt. Kandidiert 1898 in F 10.

Hasenclever, Wilhelm, geb. 19. 4. 1837 zu Arnsberg. ev. Lohgerber, später Schriftsteller. Gest. 2. 7. 1889. 1871 bis 1875 Präsident des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (Lassalle). Seit 1869 bis kurz vor seinem Tode mit geringen Unterbrechungen M. d. R. für verschiedene Wahlkreise. M. d. R. für B 6 von 1877 bis 1878 und von 1887 bis zum 2. 6. 1888. Fungierte in vielen Kreisen als Zählkandidat der Sozialdemokraten.

Hausburg. Fortschritt. Kandidiert 1890 in P 6.

Hausmann, August, geb. 22. 12. 1802 in Hannover. Eisenbahndirektor, später Stadtrat in Brandenburg. Gest. 14. 5. 1889. M. d. R. für P 8 von 1871 bis 1878, wo er ebenfalls kandidierte, aber unterlag.

Heine, Wolfgang, geb. 3. 5. 1861 zu Posen, evangelisch. Juristischer und politischer Schriftsteller, seit 1889 Rechtsanwalt in Berlin. Sozialdemokrat, in der Republik preußischer Justizminister. M. d. R. für B 3 von 1898 bis 1912, danach für Dessau.

Henneberg. Kommerzienrat. Nationalliberal. Kandidiert 1893 in B 2.

Henning, Adolf, geb. 17. 10. 1837 zu Berlin, evangelisch. Rittergutsbesitzer im Kreise Kalau, seit 1894 Rentier in Berlin. Konservativ. M. d. L. und M. d. R. seit 1898. M. d. R. für F 10 von 1898 bis 1912, wo er unterliegt.

Henrici, Dr. Ernst. Antisemit. Siedelte sich später in Togo an. Kandidiert 1881 in B 3.

Hermes, Hugo, geb. 4. 5. 1837 zu Meyenburg/Prignitz, evangelisch. Rentier in Berlin. Fortschritt. M. d. L. seit 1876 für Westhavelland, später für Berlin. Kandidiert 1877 bis 1881 in P 9, 1890 und 1893 in P 8. M. d. R. für P 9 von 1877 bis 1881, für P 8 von 1890 bis 1893.

Hermes, Dr. phil. Otto, Bruder des Vorigen, geb. 10. 9. 1838 Meyenburg. Direktor des Aquariums in Berlin, hier seit 1873 Stadtverordneter. Von 1886 bis 1898 M. d. L. für Berlin. M. d. R. für P 1 von 1881 bis 1884 (später für Jauer).

Hertwig. Rechtsanwalt. Antisemit. Kandidiert 1893 in B 5.

Herz, Karl, geb. 21. 12. 1831 zu Würzburg, katholisch. Landgerichtsrat in Nürnberg. Fortschritt. M. d. bayr. L. seit 1869. M. d. R. von 1871 bis 1883. Gest. 8. 5. 1897. M. d. R. für B 3 von 1874 bis 1877, wo er gewählt wird, aber wegen Doppelwahl verzichtet.

Hetzschold, Karl. Gewerkschaftsangestellter. Sozialdemokrat. Kandidiert 1912 in P 2.

v. Heydebrand und der Lase, Dr. iur. Ernst, geb. 20. 2. 1851 zu Gollkowe, evangelisch. Vorsitzender der konservativen Landtagsfraktion. „Der ungekrönte König von Preußen". Kandidiert 1898 in F 7.

Hirsch, Dr. phil. Max, geb. 30. 12. 1832 zu Halberstadt, mosaisch, gest. 1905. Gründer und Führer der Deutschen Gewerksvereine. Fortschritt. Seit 1869 M. d. R., seit 1898 M. d. L. M. d. R. für B 1 von 1877 bis 1878.

Hirschberger, Traugott, geb. 1811 zu Langersdorf Kr. Frankenstein, evangelisch. Mühlenbaumeister in Lübbenau, gest. 13. 2. 1897. Fortschritt. M. d. R. für F 9 von 1881 bis 1884, wo er unterliegt.

Hoffmann, Adolf, geb. 14. 4. 1835 zu Erfurt, evangelisch. Amtsgerichtsrat in Berlin. Fortschritt. 1874 bis 1878 und 1881 bis 1890 M. d. R. für Schwarzburg-Rudolstadt. M. d. R. für B 2 von 1878 bis 1880 (12. 1. niedergelegt).

Holtschke, Edmund, geb. 28. 5. 1855 zu Oberrißdorf, evang. Amtsgerichtsrat in Soldin. Konservativ. Seit März 1898 M. d. L. Seit 1909 (Nachwahl) M. d. R. für F 2.

Holtz. Lehrer. Mittelstand/Antisemit. Kandidiert 1907 in P 2.

Holtz. Fabrikant. Reichspartei (Kartell). Kandidiert 1887 in B 6.

Hoppe. Konservativ. Kandidiert 1878 in B 6.

Hoverbeck, Freiherr Leopold v., geb. 25. 7. 1822, gest. 12. 8. 1875. Deutsche Fortschrittspartei. M. d. L. von 1858 bis 1870, M. d. R. von 1867 bis zum Tode. M. d. R. für B 2 1867 bis 1871, wird hier 1871 und in B 3 1874 gewählt, nimmt aber sein ostpreußisches Mandat an.

Hubrich, Louis, geb. 19. 7. 1867 Kr. Liebenwerda, evangelisch. Redakteur der „Deutschen Postzeitung", seit 1908 Generalsekretär des Verbandes mittlerer Post- und Telegraphenbeamten. Fortschritt. Kandidiert 1907 und 1912 in P 5, M. d. R. für P 5 seit 1912.

Jacobs, Theodor, geb. 24. 11. 1824 zu Fürstenwalde, evangelisch. Geheimer Admiralitätsrat a. D. in Berlin, gest. 1893. Nationalliberal. M. d. R. für F 2 von 1874 bis 1878.

Jacoby, Dr. med. Johann, geb. 1805, gest. 6. 3. 1877. „Vorkämpfer deutscher Freiheit", 48er. M. d. L. seit 1863, meist für Berlin. Besonders bekannt durch die „Vier Fragen, beantwortet von einem Ostpreußen". 1841. Kandidierte u. a. in allen Berliner Kreisen, nahm aber 1874 Leipziger Mandat nicht an.

Jaeger. Bankdirektor. Fortschritt. Kandidiert 1903 in B 3.

v. Jagow, Karl. Erbjägermeister in der Kurmark Brandenburg und Rittmeister a. D. auf Rühstädt bei Wilsnack. Konservativ. Gest. 28. 11. 1888. M. d. R. für P 1 von 1879 (Nachwahl) bis 1881, wo er unterliegt.

v. Jagow, Günther, geb. 14. 3. 1847 zu Berlin, evangelisch. Erbjägermeister in der Kurmark Brandenburg. Konservativ. M. d. L. von 1882 bis 1888, M. d. R. für P 1 von 1890 bis 1893.

v. Jagow, Gustav Wilhelm, geb. 7. 9. 1813, gest. 1. 2. 1879. Konservativ. 1862 bis 1863 Minister des Innern, seitdem Oberpräsident der Provinz Brandenburg, Wirklicher Geheimer Rat. M. d. R. für P 1 von 1871 bis zum Tode.

v. Jagow, Julius, geb. 6. 8. 1825. Landrat der Westprignitz, Domherr von Wurzen. zu Perleberg. Konservativ. M. d. R. für P 1 von 1867 bis 1871.

Jahn. Sozialdemokrat. Kandidiert 1898 in F 5.

Janiszewsky, Konstantin, Buchbinder. „Invalide des Sozialistengesetzes", später Druckereibesitzer. Kandidiert 1890 in B 2.

Jerusalem, Dr. Ernst. Nationalliberal. Kandidiert 1884 in P 8.

Jeschke, Cuno, geb. 4. 1. 1833. Kaufmann und Bergwerksbesitzer in Nieder-Jehser bei Pfoerten. Fortschritt. M. d. R. für F 8 von 1890 bis 1893, wo er unterliegt.

John. Amtsrichter in Sorau. Konservativ. Kandidiert 1884 in F 8.

Jörissen. Eisenacher. Kandidiert 1871 in B 1.

Irmer, Dr. Franz Bernhard, geb. 6. 7. 1850 zu Berlin. Oberlehrer, Stadtverordneter. Konservativ. Kandidiert 1884 in B 6, 1890 in B 2, 1893 und 1898 P 6.

Jungk. Amtmann. Freikonservativ. Kandidiert 1878 in P 6.

Kachler. Rektor in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1907 in B 6.

Kammer. Redakteur. Mittelstand, Handwerker. Antisemit. Kandidiert 1907 in F 3.

Kaempff, Johannes, geb. 18. 2. 1842 zu Neuruppin. evangelisch. 1871 bis 1899 Direktor der Darmstädter Bank, 1890 bis 1899 Stadtrat, seitdem Stadtältester und Stadtverordneter in Berlin, seit 1902 Präsident der Ältesten der Kaufmannschaft. Fortschritt. Seit 1903 M. d. R. für B 1, seit 1907 Zweiter Vizepräsident des Reichstages.

Kapell, August, geb. 21. 3. 1844 zu Berlin, evangelisch. Sozialdemokrat. M. d. R. für schles. Kreis von 1877 bis 1878. Später nach Amerika ausgewandert. Kandidiert 1877 und 1878 in B 5.

Kapell, Otto. Zimmermann. Lassalleaner. Kandidiert 1874 bis 1879 in F 7, F 8 und F 9.

v. Kaphengst, Axel v. K.-Kohlow, geb. 21. 8. 1870 zu Reppen. ev.-un. Besitzer von vier Rittergütern, Mitglied des Kreistages usw. Konservativ. Seit 1907 M. d. R. für F 5.

Kaphun, Zigarrenfabrikant. Fortschritt. Kandidiert 1907 in B 4.

v. Karstedt, Karl, geb. 1811, Besitzer mehrerer Rittergüter in Mecklenburg, Schlesien, der Ost- und Westprignitz. Seit 1851 M. d. Herrenhauses. Konservativ. M. d. R. für P 2 von 1867 bis 1874.

Karsten. Kammergerichtsrat. Nationalliberal. Kandidiert 1903 in P 10.

v. Katte. Rittmeister a. D. Konservativ. Kandidiert 1874 in P 8.

Kayser, Adolf. Staatsanwalt, später Geh. Reg.-Rat und Dirigent der Ministerial-, Militär- und Baukommission in Berlin. Reichspartei. M. d. R. für F 3 von 1872 (Nachwahl) bis 1874, wo er unterliegt.

Kayser, Max, geb. 9. 5. 1853 zu Tarnowitz, konfessionslos. Kaufmann, dann Schriftsteller und Mitarbeiter verschiedener sozialistischer Zeitungen. M. d. R. für sächsische Wahlkreise von 1878 bis 1887. Gest. 29. 3. 1888. Kandidiert 1884 in F 9.

v. Kehler, Friedrich, geb. 1. 10. 1820. Legationsrat a. D. in Berlin. Zentrum. M. d. L. seit 1871, M. d. R. seit 1873. Fungierte in vielen märkischen Kreisen als Zählkandidat.

Keller. Sozialdemokrat. Kandidiert 1877 und 1878 in F 10.

Kennes. Justizrat. Fortschritt. Kandidiert 1912 in P 7.

Kersten. Bildhauer. Lassalleaner. Kandidiert 1874 in F 9 und F 10.

Keruth. Justizrat. Fortschritt. Kandidiert 1907 in P 8.

v. Keudell, Robert, geb. 27. 2. 1824 zu Königsberg. 1872 bis 1887 Gesandter bzw. Botschafter in Konstantinopel und Rom. Vorher und nachher M. d. L. und M. d. R. Reichspartei. M. d. R. für F 3 von 1871 bis 1872.

Kiepert, Adolf, geb. 23. 8. 1820, Ökonomierat und Rittergutsbesitzer auf Marienfelde bei Berlin (Brennerei), gest. 10. 1. 1892. Nationalliberal. Seit 1870 M. d. L. Kandidiert 1871 bis 1881 in P 10, M. d. R. für P 10 von 1874 bis 1878.

Kiesel. Zigarrenfabrikant in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 und 1907 in P 3.

Klees, Karl, geb. 12. 3. 1841 zu Magdeburg, freireligiös. Zigarrenfabrikant in Magdeburg. Sozialdemokrat. 1893 bis 1898 M. d. R. für Magdeburg. M. d. R. für F 8 von 1898 bis 1903, wo er unterliegt.

Kleist-Tschernowitz, Ewald Graf v., geb. 3. 8. 1825 zu Olbernhau, evangel. 1860 bis 1867 Landrat, Gutsbesitzer auf T. b. Guben. Gest. 6. 8. 1877. Konservativ. M. d. L. seit 1866. Kandidiert 1867 bis 1877 in F 7, M. d. R. für F 7 von 1867 bis 1874 und von 1877 bis zum Tode.

Klotz, Moritz, geb. 6. 8. 1813 zu Potsdam, evangelisch. Landgerichtsrat in Berlin. Gest. 11. 8. 1892. Fortschritt. Seit 1859 M. d. L. (schon 1848 preuß. Nationalversammlung). M. d. R. für B 2 von 1871 (Nachwahl) bis 1878, 1878 hier wiederum gewählt, aber Mandat für B 6 angenommen. M. d. R. für B 6 von 1878 bis 1884, wo er unterlag. M. d. R. für B 1 von 1886 (Nachwahl) bis 1890.

Knörcke, Gustav, geb. 28. 7. 1836 in der Neumark, evangel. Prediger (emer.) und Standesbeamter. Fortschritt. Seit 1875 M. d. L. für Berlin, seit 1890 mehrmals M. d. R. Kandidiert 1884 und 1887 in P 6, 1893 in P 4 und F 4.

Koch, Fritz, geb. 20. 8. 1845 zu Gumtow, evangelisch. Bauerngutsbesitzer und (seit 1882) M. d. Kreistages. Fortschritt. M. d. R. für P 2 von 1890 bis 1893, wo er unterliegt.

Kochhann, Heinrich, geb. 2. 8. 1830 zu Berlin, katholisch. Kaufmann in Berlin, später Ehrenbürger von Berlin. Liberale Vereinigung, später Freisinnige Vereinigung. Kandidiert 1884 in F 2, 1893 in P 1, M. d. R. für F 2 von 1881 bis 1884.

v. Köller, Ernst Matthias, geb. 8. 7. 1841 zu Cantreck bei Gollnow, evangelisch. Landrat in Kammin, Polizeipräsident in Frankfurt/Main, Unterstaatssekretär in Elsaß-Lothringen, Minister des Innern, Oberpräsident in Schleswig. Konservativ. 1881 bis 1888 M. d. R. für Kammin. Fungiert 1884 als Zählkandidat in B 4.

Königsmarck, Karl Graf v., geb. 17. 5. 1839 zu Konstantinopel. Erbhofmeister der Kurmark Brandenburg. Kammerherr, Schloßhauptmann von Quedlinburg, auf Plaue und Kamnitz, durch Präsentation im Herrenhaus. Konservativ. M. d. R. für Flatow-Schlochau 1867. Kandidiert 1878 in P 7.

Koopmann. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 und 1893 in P 1.

Koppe-Wollys. Amtsrat. Nationalliberal. Kandidiert 1887 in F 4.

Körner. Sozialdemokrat. Kandidiert zur Nachwahl 1880 in B 2.

Köster, Dr. phil. Hans, geb. 16. 8. 1818 zu Kritzow bei Wismar, evangelisch. Rittergutsbesitzer in Kottbus. Konservativ. M. d. R. für F 9 von 1867 bis 1874, wo er unterliegt.

Koswig. Fabrikant, Nationalliberal. Kandidiert 1912 in F 10.

Kotzke. Weber. Sozialdemokrat. Später Stadtverordneter in Berlin. Kandidiert von 1903 bis 1912 in F 7.

Krahmer, Wilhelm, geb. 29. 8. 1846 zu Belgen bei Gossow, evangelisch. Rittergutsbesitzer, M. d. Kreistages und der Landwirtschaftskammer. Seit 1911 M. d. L. Konservativ. Seit 1912 M. d. R. für F 3.

Krämer. Barbier. Handwerker. Kandidiert 1874 in B 6.

Krämer. Redakteur. Demokrat. Kandidiert 1874 in Berlin außer B 1.

Krause, Dr. Nationalliberal. Kandidiert 1893 in B 5.

Kreitling, Robert, geb. 26. 10. 1837 zu Neuzittau, evangelisch. Mechaniker, selbständig, später Rentier und im Kommunaldienst in Berlin. Seit 1883 Stadtverordneter. M. d. L. Freisinnige Volkspartei. Kandidiert 1893 in F 10. M. d. R. für B 2 von 1898 bis 8. 2. 1899 (niedergelegt), wird 1903 nicht wiedergewählt.

Krieger. Redakteur. Fortschritt. Kandidiert 1898 in B 6.

v. Kröcher, Jordan, geb. 23. 5. 1846 zu Vinzelberg/Altmark, evangel. („Herr v. K.") Bis 1889 Prignitzscher Ritterschaftsdirektor, seitdem Kur- und Neumärkischer Hauptritterschaftsdirektor. Konservativ (wild). Seit 1879 M. d. L. und Präsident d. L. seit 1888; seit 1898 M. d. R. für Salzwedel. Kandidiert 1881 in P 2.

Krohme. Medailleur. Sozialdemokrat. Kandidiert 1884 und 1887 in P 10.

Kropatschek, Dr. Hermann Wilhelm, geb. 11. 2. 1847 Neumark. Oberlehrer a. D. und Chefredakteur der „Kreuz-Zeitung". Konservativ. Gest. Ende Juni oder Anfang Juli 1906. M. d. L. seit 1878, M. d. R. für P 9 von 1884 bis 1903.

Krüger. Tapezierer in Rixdorf. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in F 7.

Krupp, Friedrich Alfred. Der bekannte Großindustrielle. Fungiert 1871 als Kandidat in B 6.

Kruse. Fortschritt. Kandidiert 1890 und 1893 in F 3.

Kruse, Malermeister in Potsdam. Fortschritt. (Derselbe?) Kandidiert 1903 in P 7.

Lamprecht. Konservativ. Kandidiert 1893 in P 3.

Lange. Maurer, Lassalleaner. Kandidiert 1871 in P 8.

Langenbucher. Fortschritt. Kandidiert 1890 in P 9.

Langerhans, Dr. med. Paul, geb. 25. 5. 1820 zu Berlin, evangelisch, Arzt in Berlin. Fortschritt. Seit 1862 mehrfach M. d. L., seit 1875 Stadtverordneter in Berlin, Mitglied der Kreis- und der Stadtsynode. Seit 1881 M. d. R. für Iserlohn. M. d. R. für B 1 von 1893 bis 1903. Fungiert als Zählkandidat 1898 in B 3, 1874 in P 4.

Langhoff, Friedrich, geb. 30. 5. 1818 zu Schmersow, evangelisch. Gutsbesitzer. Gest. 1887. Fortschritt. Kandidiert 1881 bis 1887 in P 2, M. d. R. für P 2 von 1881 bis 1884.

Laucken. Baumeister a. D. Fortschritt. Kandidiert 1874 in P 7.

Lazarus, Dr. Reichspartei. Kandidiert 1877 in P 10.

Ledebour, Georg, geb. 7. 3. 1850 zu Hannover, Dissident. Lehrer, später Schriftsteller, „Vorwärts"-Redakteur. Sozialdemokrat. M. d. R. für B 6 seit 1900 (Nachwahl).

Lehfeldt. Stadtrichter in Berlin. Nationalliberal. M. d. L. von 1873 bis zum Tode (24. 12. 1876). Kandidiert 1874 in P 1.

Lehmann. Bürgermeister. Nationalliberal. Kandidiert 1912 in F 2.

Lehmann, Paul, Jena. Schied 1909 aus der Nationalliberalen Partei aus (Erbschaftsteuer). B. d. L. Konservativ. Kandidiert 1912 in P 2.

Leibing, Dr., Berlin. Liberale Reichspartei. Kandidiert 1874 in F 5.

Lessing, Gotthold, geb. 7. 4. 1861 zu Berlin, evangelisch. Gutsbesitzer zu Merseburg Kr. Gransee. Fortschritt. M. d. R. für P 3 von 1896 (Nachwahl) bis 1898. Kandidiert 1912 noch einmal in P 3.

v. Levetzow, Albert, geb. 12. 9. 1828 zu Gossow, evangelisch. Landrat, seit 1876 Landesdirektor der Provinz Brandenburg. Gutsbesitzer auf Gossow. Später Wirkl. Geh. Rat, M. d. Staatsrats und des Herrenhauses, Kanzler und Kommendator des Johanniterordens. Konservativ. 1867 bis 1871, 1877 bis 1884 und 1887 bis 1903 M. d. R. für F 3, 1884 war er unterlegen.

Liebenow. Stadtverordneter in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1903 in B 6.

Liebermann v. Sonnenberg, Max, geb. 21. 8. 1848 zu Weißwasser, evangelisch. Mitbegründer der Deutsch-Sozialen Partei, später Vorsitzender der Deutsch-Sozialen Reformpartei, 1890 bis 1903 M. d. R. für Fritzlar. Kandidiert 1881 in B 1.

v. Liebert, Eduard, geb. 16. 4. 1850 zu Rendsburg, evangelisch. Generalleutnant z. D.,. 1896 bis 1901 Gouverneur von Deutsch-Ostafrika. Später Vorsitzender des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Reichspartei. Seit 1907 M. d. R. für Sachsen 7 (Borna). Kandidiert 1903 in P 8.

Liebknecht, Dr. iur. et rer. pol. Karl, geb. 13. 8. 1871 zu Leipzig, konfessionslos. Rechtsanwalt, der spätere Gründer des Spartakusbundes, in der Revolutionszeit ermordet. Seit 1902 Stadtverordneter in Berlin, seit 1908 (als erster Sozialdemokrat) M. d. L. Kandidiert 1903 und 1907 in P 7, M. d. R. für P 7 seit 1912.

Liebknecht, Wilhelm, geb. 29. 3. 1826 zu Gießen, gest. 7. 8. 1900. M. d. sächs. L., M. d. R. seit 1867 für sächsische und hessische Wahlkreise. M. d. R. für B 6 seit 1888 (Nachwahl) bis zum Tode.

Liebreich. Deutsch-Soziale Reformpartei. Kandidiert 1898 in F 9.

Liefländer. Maschinenbauer. Sozialdemokrat. Kandidiert 1887 in P 7.

Liersch. Stadtrat in Guben. Fortschritt. Kandidiert 1877 in F 7.

Liliencron, Freiherr v., Konservativ. Kandidiert 1890 in B 6.

v. Lindenau, Wolf. Sächs. Legationsrat a. D. in Berlin. Reichspartei. M. d. R. für F 10 von 1871 (Nachwahl) bis 1874.

v. Liszt, Dr. iur. Franz, geb. 2. 3. 1851 zu Wien, katholisch. Seit 1899 ord. Prof. in Berlin, Stadtverordneter in Charlottenburg, seit 1908 M. d. L., seit 1912 M. d. R. für Glogau. Fortschrittliche Volkspartei (Freisinnige Vereinigung). Kandidiert 1903 und 1907 in F 6.

Loebell. Kreisgerichtsrat in Luckau. Nationalliberal. Kandidiert 1877 in F 10.

v. Loebell, Friedrich Wilhelm Georg, geb. 17. 9. 1855 zu Kloster Lehnin, evangelisch, gest. 21. 11. 1931. Konservativ. Seit 1889 Landrat des Kreises Westhavelland zu Rathenow, später Innenminister, dann Oberpräsident. Seit 1894 M. d. Brandenburgischen Provianziallandtages und Ehrenbürger von Friesack, 1896 auch von Pritzerbe. M. d. R. für P 8 von 1898 bis 1900 (1. 5. 1900 ungültig).

Löhning. Provinzial-Steuerdirektor a. D. Fortschritt. Kandidiert 1898 in B 4.

Lohren, Arnold, geb. 15. 1. 1836 zu Krefeld, katholisch. Bis 1880 Direktor der Berlin-Neuendorfer Kammgarnspinnerei bei Potsdam, dann Privatmann in Potsdam. Dort seit 1881 Stadtverordneter, seit 1882 M. d. L. Reichspartei. M. d. R. für P 6 von 1881 bis 1890, wo er unterliegt.

Löscher, Richard, geb. 11. 3. 1860 zu Schotterei Kr. Merseburg, evangelisch. Gutsbesitzer in Neuhof bei Pritzwalk. Seit 1903 M. d. L. Reichspartei. M. d. R. für P 2 seit 1907.

Lossau. Schriftsteller. Sozialdemokrat. Kandidiert 1877 in P 7.

Loewe, Ludwig, geb. 27. 11. 1837 zu Heiligenstadt, mosaisch. Fabrikbesitzer (Waffen- und Munitionsfabrik) in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1877 (Nachwahl) in B 6, M. d. R. für B 1 von 1878 (Nachwahl) bis zum Tode (11. 9. 1886).

Löwe, Dr. med. Wilhelm, geb. 14. 11. 1814 zu Olvenstedt bei Magdeburg, evangelisch. Prakt. Arzt in Berlin. Gest. 2. 11. 1886. M. d. R. für Bochum von 1867 bis 1881, erst Fortschritt, dann Gruppe Löwe-Berger, zuletzt bei keiner Fraktion. Kandidiert 1871 in F 7.

Lüben, Johann Michael, geb. 24. 3. 1821, evangelisch. Fischergutsbesitzer und Landwirt in Alt-Rüdnitz, gest. 27. 5. 1889. Fortschritt. M. d. R. für F 3 von 1884 bis 1887.

v. Luck, Ludolf, geb. 12. 1. 1817 zu Münster. Oberstaatsanwalt beim Kammergericht. Konservativ. M. d. R. für P 7 1867, kandidiert 1871 und 1874 in P 7.

Lüders, Erwin, geb. 18. 9. 1832 zu Görlitz, evangelisch. 1870 bis 1875 Stadtrat dort. M. d. L. von 1876 bis 1879. M. d. R. für Lauban von 1878 bis 1898, erst Nationalliberal, seit 15. 2. 1881 Liberale Vereinigung. Wird 1881 in F 8 gewählt, verzichtet aber wegen Doppelwahl.

Lütke. Schuhmachermeister. Konservativ. Kandidiert 1890 in B 5.

Lux, Dr. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in F 8.

Madai. Polizeipräsident in Berlin. Konservativ. Kandidiert 1877 (Nachwahl) in B 6.

Makower. Rechtsanwalt in Berlin. Nationalliberal. Kandidiert 1871 in P 9.

Manteuffel, Freiherr v., Staatsminister a. D. Konservativ. Kandidiert 1871 und 1874 in F 10.

Manteuffel, Otto Freiherr v., geb. 29. 11. 1844 zu Berlin. evang.-lutherisch. Seit 1872 Landrat in Luckau, Mitglied des Brandenb. Prov.-Landtages. Zweiter Vorsitzender des Kommunallandtages der Niederlausitz, Mitglied der Brandenb. Prov.-Synode, später der Generalsynode, seit 1883 M. d. Herrenhauses, gest. 21. 7. 1900. Konservativ. M. d. R. für F 10 von 1877 bis 1898.

Marggraff. Stadtrat in Berlin. Nationalliberal. Kandidiert 1893 in B 1.

Masz, Benno. Kaufmann in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1907 in P 2.

Maurenbrecher, Dr. M. Sozialdemokrat. Kandidiert 1907 in F 8.

Mendel, Dr. med. Emanuel, geb. 28. 10. 1839 zu Bunzlau, mosaisch. Privatdozent in Berlin und prakt. Arzt in Berlin-Pankow. Fortschritt. M. d. R. für P 6 von 1877 bis 1881, wo er unterliegt.

Metzenthin. Fabrikbesitzer in Brandenburg. Konservativ. Kandidiert 1887 und 1890 in P 8.

Metzner. Schuhmachermeister. Sozialdemokrat (Eisenacher). Kandidiert 1874 in P 7, 1890 bis 1898 in F 4, 1893 und 1898 in F 6.

Meyer, Dr. iur. Alexander, geb. 22. 2. 1832 zu Berlin, evangelisch. Schriftsteller. Früher Sekretär der Breslauer Handelskammer, dann Gewerbesekretär des Deutschen Handelstages, auch Stadtverordneter und Mitglied des Bezirksausschusses Berlin. Freisinnige Vereinigung. Seit 1876 wiederholt M. d. L. (von 1890 bis 1893 für Berlin 1), seit 1881 mehrmals M. d. R. M. d. R. für B 1 von 1890 (Nachwahl) bis 1893.

Meyer, Julius, geb. 10. 7. 1829 zu Lübben. Obermeister der Drechslerinnung zu Berlin. Handwerker/Konservativ. Kandidiert 1881 in B 6.

Meyer, Wilhelm Leutold, seit 1865 v. Meyer, geb. 11. 12. 1816 zu Berlin, evangel. 1846 bis 1884 Landrat in Arnswalde, M. d. Kreistages, des Brandenb. Prov.-Landtages, des Prov.-Ausschusses, seit 1849 mit Unterbrechungen M. d. L., gest. 9. 9. 1892. Wild-konservativ. M. d. R. für F 1 von 1890 (Nachwahl) bis zum Tode. Von Meyer stammt die am 25. 4. 1884 im Landtage gefallene Kennzeichnung der konservativen Agitationsmethoden: „Wir arbeiten mit faulen Versprechungen, auch mit amtlichen

Androhungen, mit Bier und Schnaps, das kommt uns gar nicht darauf an, aber ..." [Stimmenkauf]." Laut „Kreuz-Zeitung" Nr. 236 vom 22. 5. 1903.

Michels. Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung". Fortschritt. Kandidiert 1877 in F 2.

Millarg. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 bis 1898 in F 1.

Miquel. Der bekannte Finanzminister. Nationalliberal. Kandidiert 1887 in B 3 (Kartell).

Mitan. Tischlermeister. Sozialdemokrat. Kandidiert 1877 in P 9, 1887 in P 3 und F 4.

Moltke, Helmuth Graf v., Generalfeldmarschall und Chef des Generalstabs. Fungierte wiederholt als konservativer Zählkandidat, besonders in Berlin.

Möser. Hofbuchdrucker in Berlin. Konservativ. Kandidiert 1871 in B 3.

Most, Johann. Der „wilde Sozialistenhäuptling". M. d. R. für Chemnitz. 1881 nach Amerika ausgewandert. Kandidiert 1877 und 1878 in B 1, 1878 (Nachwahl) und 1881 in B 5.

Mugdan, Dr. med. Otto, geb. 11. 1. 1862 zu Breslau, evangelisch. Arzt. Freisinnige Volkspartei. Seit 1903 M. d. L. für Görlitz. Kandidiert 1898 in P 7.

Müller, Gustav. Früher Wirtschaftsinspektor auf Gut Düppel, seit 1898 Stadtverordnetenvorsteher in Schöneberg, auch Kreistagsabgeordneter, sog. „Vorort-Kandidat". Freis. Volksp. Kandidiert 1893 in P 10, 1898 und 1903 in P 2.

Müller. Rechtsanwalt in Küstrin. Fortschritt. Kandidiert 1877 in F 3.

Müller, Theodor. Inhaber der Akademischen Bierhallen in Berlin. Liberal. Kandidiert 1878 in P 10.

Munckel, Carl August, geb. 23. 1. 1837 zu Pyritz, evangelisch. Rechtsanwalt und Notar, Justizrat in Berlin, Verteidiger des Grafen Harry Arnim 1874. Freisinnige Volkspartei. Seit 1882 M. d. L. für Berlin 4, Stadtverordnetenvorsteher in Charlottenburg, seit 1888 M. d. Brandenb. Prov.-Landtags. Kandidiert 1881 in F 3, M. d. R. für B 3 von 1881 (Nachwahl) bis 1893, wo er unterliegt; danach bis zum Tode 1898 M. d. R. für Grünberg.

Naumann, Friedrich, geb. 25. 3. 1860 zu Störmthal bei Leipzig. Pfarrer a. D., 1903 D. h. c. der Universität Heidelberg. Gründer des National-Sozialen Vereins 1896, 1903 in dem Wahlverein der Liberalen aufgegangen. Seit 1894 Herausgeber der „Hilfe". M. d. R. für Heilbronn seit 1907. Kandidiert 1903 in P 10.

Nessler, Karl Wilhelm, geb. 26. 9. 1830 zu Dürstelt/Elsaß. Prediger an der Französ.-reformierten Gemeinde in Berlin. Fortschritt. M. d. R. für P 7 von 1880 (Nachwahl) bis 1884, wo er unterliegt.

Neufert, Dr. Stadtschulrat in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1907 in P 10.

Neumann. Freisinnige Vereinigung. Kandidiert 1907 in F 9.

Obst. Restaurateur. Stadtverordneter in Schöneberg. Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 in F 1.

Oppermann. Nationalliberal. Kandidiert 1871 in P 1.

Oerthmann. Professor. Unabhängig-liberal (Fortschritt). Kandidiert 1898 in F 9.

v. Oertzen, Ulrich, geb. 6. 12. 1840 zu Barsdorf/Meckl., evangelisch. Gutsbesitzer auf Remlin-Mecklenburg, Landrat des Kreises Jüterbog, später Oberreg.-Rat Hannover bis 1893. Reichspartei. 1882 bis 1891 und seit 1912 M. d. L., seit 1908 auch M. d. Mecklenb. L. Kandidiert 1878 und 1881 (Nachwahl) in P 9, dann seit 1903 M. d. R. für P 9.

Pachnicke. Fortschritt, in der Kriegs- und Nachkriegszeit stärker hervorgetreten. Kandidiert 1890 in B 6, 1898 in P 4.

Parthey. Landgerichtsdirektor. Reichspartei. Kandidiert 1912 in F 9.

Paschke, Paul. Volksschullehrer in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1903 und 1907 in P 9.

Patow, Dr. iur. Robert Freiherr v., geb. 10. 9. 1804 zu Malleuchen. April bis Juni 1848 Handelsminister, November 1858 bis März 1862 Finanzminister, Juli 1848 bis Dezember 1849 Oberpräsident der Provinz Brandenburg, seit Mai 1873 Oberpräsid. der Provinz Sachsen. Gest. 5. 1. 1890. Liberale Reichspartei. 1842 bis 1869 M. d. L., 1868 bis 1873 (Ernennung zum Oberpräsidenten) M. d. R. für Usedom-Wollin-Ückermünde. Wird 1871 in F 10 gewählt, verzichtet aber wegen gleichzeitiger Wahl in Pommern.

Pätzel, Wilhelm. Former, später Buchhändler in Neukölln. Sozialdemokrat. Kandidiert seit 1893 stets in F 2.

Pauli, August, geb. 21. 5. 1852 zu Potsdam, evangelisch. Tischlermeister. seit 1903 Vorsteher der Tischlerinnung, Stadtverordneter in Potsdam und seit 1903 stellv. Stadtverordnetenvorsteher. Wild-konservativ. M. d. R. für P 7 von 1898 bis 1912 (danach für Mecklenburg).

Pauli, Moritz, geb. 24. 12. 1838 zu Ottendorf, Schlesien, evangelisch. Oberlehrer in Landsberg, Luckenwalde, Rathenow und Eberswalde, dort Professor (1901 a. D.). Reichspartei. Seit 1898 M. d. L. M. d. R. für P 5 von 1893 bis 1912.

Pauli, Paul. Kreisgerichtsdirektor in Angermünde. Altliberal. Kandidiert 1871 in P 4.

Pautsch. Volksschullehrer. Fortschritt. Kandidiert 1912 in F 3.

Perls. Redakteur. Fortschritt. Kandidiert 1893 in P 6.

Persius, Paul, geb. 1. 9. 1832. Geheimer Oberregierungsrat und Präsident des Oberverwaltungsgerichts in Berlin. Konservativ. M. d. R. für P 2 1867, kandidiert 1877 in P 7.

Peschel. Stadtgerichtsrat in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1877 in F 9.

Pëus, Heinrich, geb. 24. 7. 1862 zu Elberfeld, konfessionslos. Studierte Theologie usw. Sozialdemokrat. Seit 1900 Mitglied des Gemeinderats Dessau, seit 1902 M. d. Altenburger L. M. d. R. für P 8 von 1896 (Nachwahl) bis 1898 (unterlegen), von 1900 (Nachwahl) bis 1907 (unterlegen) und seit 1912.

Peyser, Dr. Fortschritt. Kandidiert 1907 in F 3.

Pfannkuch, Wilhelm, geb. 28. 11. 1841 zu Kassel, konfessionslos. Tischler, seit 1889 Redakteur der Gewerkschaftszeitung. Sozialdemokrat. M. d. R. für B 6 von 1884 (Nachwahl) bis 1887 (von 1898 bis 1912 für Magdeburg), seit 1912 für B 3.

Pickenbach. Kaufmann (Weißwaren). Antisemit. Kandidiert 1893 in F 2 und in F 5.

Plonz. Fortschritt. Kandidiert 1898 und 1903 in P 6.

v. Ploetz, Berthold, geb. 9. 8. 1844 zu Potsdam, evangelisch. Rittergutsbesitzer auf Döllingen bei Elsterwerda. Einer der Führer des Bundes der Landwirte. Gest. 23. 7. 1898. M. d. L. seit 1892, M. d. R. für F 8 von 1893 bis 1898.

v. Podbielski, geb. 26. 2. 1844 zu Frankfurt/Oder, evangelisch. Generalmajor a. D., Rittergutsbesitzer auf Dallmin, seit 1897 Staatssekretär. Konservativ. M. d. R. für P 1 von 1893 bis 1897.

Polke. Redakteur. Fortschritt. Kandidiert 1874 in F 8.

Poensgen, Dr. Regierungsrat in Berlin. Nationalliberale Jugend. Kandidiert 1912 in F 1.

Postel. Bauerngutsbesitzer. Fortschritt. Kandidiert 1903 in P 3 und in P 4.

Pötzsch. Redakteur. Sozialdemokrat. Kandidiert 1898 in B 1.

Prietz. Arbeiter, blind, pensioniert. Christlich-Sozial. Kandidiert 1898 in B 4.

Pückler, Heinrich Reichsgraf v. Pückler, Freiherr v. Groditz, geb. 14. 4. 1835 zu Berlin, evangelisch („Reise-Pückler"). Majoratsbesitzer. Konservativ. M. d. R. für F 9 von 1890 bis 1893.

Pückler, Karl Reichsgraf v. Pückler-Branitz, Freiherr v. Groditz, geb. 9. 7. 1817 evangelisch. Kammerherr, Generallandschaftsdirektor. Aufsehen erregte sein chemisches Begräbnis. Vater des Vorhergehenden. Regierungsfreundlich konservativ. M. d. R. für Striegau von 1871 bis 1877. Kandidiert 1874 in F 9.

v. Puttkamer, Henning, geb. 26. 2. 1826 in Pommern, evang. Gutsbesitzer auf Deutschkarsteinitz bei Stolp. 1863 bis 1872 Kreisrichter in Sorau, danach Apellationsgerichtsrat in Posen. Nationalliberal. M. d. R. für F 8 von 1867 bis 1878.

v. Puttkamer, Jesko, geb. 26. 8. 1841 zu Berlin, evangelisch. Landrat des Kreises Lübben, später Landesdirektor in Arolsen, dann Regierungsvizepräsident in Koblenz. Konservativ. M. d. R. für F 7 von 1877 (Nachwahl) bis 1881.

Rackow. Buchhändler. Sozialdemokrat. Kandidiert 1877 in B 3 und in P 8, 1878 in B 3, P 7, P 8.

Rademacher, Hermann, geb. 22. 8. 1841 zu Kalbe, evangelisch. Amtsrichter in Potsdam. Fortschritt. M. d. R. für P 9 von 1881 (Nachwahl) bis 1884, wo er unterliegt, ebenso wie bei erneuter Kandidatur 1887.

Rasche, Hermann, geb. 1. 8. 1809 zu Berlin, evangelisch. Rechtsanwalt und Notar in Wittstock. Gest. 24. 12. 1882. Nationalliberal. M. d. L. Kandidiert 1871 in P 2, M. d. R. für P 2 von 1874 bis 1877.

v. Rauchhaupt, Wilhelm, geb. 26. 6. 1828 zu Trebnitz, evangelisch. Seit 1855 Landrat in Delitzsch, M. d. Sächs. Prov.-Landtags. M. d. L. seit 1866 mit mehreren Unterbrechungen. Konservativ. Gest. 28. 4. 1894. M. d. R. für P 7 von 1887 bis 1890.

Reh. Polizeisekretär in Berlin. Konservativ. Kandidiert 1893 in B 4.

Reicke. Bürgermeister in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1907 in B 2.

Reinhardt, Wilhelm, Arbeiter. Konservativ. Kandidiert 1907 in B 2.

Remmers. Postbeamter. Fortschritt. Kandidiert 1912 in P 8.

Rethwisch, Dr. Schriftsteller in Berlin. Nationalliberal. Kandidiert 1893 in P 7.

Reuter. Regierungsassessor a. D. Fortschritt. Kandidiert 1884 in P 3.

Richter, Carl. Ingenieur. Fortschritt. Kandidiert 1890 in P 10.

Richter, Dr. Fortschritt (?). (Wahrscheinlich Eugen R.) Kandidiert 1877 in P 3.

Richter, Eugen, geb. 30. 7. 1838 zu Düsseldorf, gest. 10. 3. 1906. Der bekannte Führer der Linksliberalen und Gegner Bismarcks. Fungierte häufig als fortschrittlicher Zählkandidat, wurde 1881 und 1884 in B 5 gewählt, verzichtete aber auf das Berliner zugunsten seines Hagener Mandates.

Richter, Gustav, geb. 20. 1. 1827 zu Primkenau, evangelisch. Kaufmann und Fabrikbesitzer in Mühlrädlitz. Nationalliberal. M. d. R. von 1882 bis 1884 für Lüben-Bunzlau. Kandidiert 1871 in F 5.

Rickert, Heinrich, geb. 27. 12. 1833 zu Putzig bei Danzig, evangelisch. 1871 bis zur Teilung der Provinz 1878 Landesdirektor in Westpreußen, dann Stadtrat in Danzig, Redakteur und später Miteigentümer der „Danziger Zeitung". Ehrenbürger von Danzig. Nationalliberal, August 1880 zur Liberalen Vereinigung, später Führer der Freisinnigen Vereinigung. In den Augen Richters Militärenthusiast und Freihändler. Seit 1870 M. d. L. für Danzig, später auch M. d. R. M. d. R. für P 8 von 1884 bis 1890, wo er wiedergewählt wird, aber Danziger Mandat annimmt. Kandidiert außerdem 1881 bis 1887 in F 10, 1890 und 1893 in F 5.

Ring, Amtmann in Düppel. Konservativ. Kandidiert 1893 in P 10, 1898 in F 1.

Ringel, Präsident des Deutschen Gastwirteverbandes. Wild-konservativ. Kandidiert 1903 in P 6.

v. Rochow-Plessow. Konservativ. Kandidiert 1881 in P 9.

Roedenbeck. Pfarrer in Klein-Glienicke. Deutsch-Sozial. Kandidiert 1893 in P 7.

Röder. Nationalliberal. Kandidiert 1887 in F 6.

Rohde. Reichspartei. Kandidiert 1907 in F 4.

Romstädt. Stadtrat in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1877 in P 5.

v. Rönne, Dr. iur Ludwig, geb. 18. 10. 1804 zu Glückstadt, gest. 23. 12. 1891. Appellationsger.-Vizepräsident. Verfasser des „Preußischen Staatsrechts". Nationalliberal. M. d. L. für verschiedene Kreise seit 1858, M. d. R. seit 1871 bis 1877. Kandidiert 1878 in P 3.

Rosenberg, Dr. Nationalliberal. Kandidiert 1887 in F 9.

Rosenow. M. d. L. Fortschritt. Kandidiert 1907 in B 3.

v. Rosenstiel. Reichspartei. Kandidiert 1878 und 1884 in F 4.

Rosin. Volksschullehrer in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1903 und 1907 in F 10.

Ross. Deutsche Volkspartei (Demokrat). Kandidiert 1898 in B 5.

Rossbach. Fortschritt. Kandidiert 1912 in F 5.

Rost, Gustav. Lassalleaner. Kandidiert 1871 in P 9.

Röstel. M. d. L. Nationalliberal. Sezession. Kandidiert 1878 und zur Nachwahl 1879 in F 2.

Ruge, Dr. Max, geb. 11. 9. 1853 zu Berlin, evangelisch, gest. 17. 6. 1893. Gymnasiallehrer in Steglitz, später Stadtschulinspektor. Fortschritt. M. d. R. für P 7 von 1890 bis 1893.

Rumschöttel. Rittergutsbesitzer. Fortschritt. Kandidiert 1877 und 1878 in P 2.

Runge, Heinrich, geb. 15. 12. 1817, gest. 26. 11. 1886. Fortschritt. Seit 1844 Stadtverordneter in Berlin, später wiederholt Stadtrat, schließlich Kämmerer. Seit 1861 M. d. L. M. d. R. für B 4 von 1867 bis 1874.

Rüxleben, Baron v., Rittergutsbesitzer auf Biesdorf. Nationalliberal. Kandidiert 1871 und 1874 in P 6.

Saalborn, Dr. Schloßprediger in Sorau. Christlich-Soz. Kandidiert 1878 in F 8.

Saebisch. Konservativ. Kandidiert 1884 in F 6.

Sachse. Redakteur. Fortschritt. Kandidiert 1874 (Nachwahl) in B 6.

v. Saint-Paul-Illaire, Ulrich, geb. 14. 4. 1833, Korvettenkapitän z. D. in Fischbach Kr. Hirschberg. Reichspartei. M. d. R. für P 6 von 1874 bis 1877, wo er unterliegt.

Saldern-Ahlimb, Hugo Wilhelm August, Graf v. geb. 19. 3. 1829 zu Berlin, gest. 22. 12. 1893. Fideikommißbesitzer auf Ringenwalde, Kreisdeputierter usw. Konservativ. M. d. R. für P 3 von 1884 bis 1893.

v. Saldern-Plattenburg, Siegfried, geb. 4. 6. 1843, Majoratsherr. Konservativ. M. d. R. für P 1 von 1884 bis 1890.

v. Saldern, Dr. iur. Werner, geb. 17. 11. 1852. Fideikommißbesitzer auf Leppin und Todtenkopf (Westprignitz), Rittergutsbesitzer auf Klein-Mantel Kr. Königsberg. Kammerherr. 1889 bis 1901 Landrat des Kreises Königsberg/Nm. Mitglied des Kreistages und -ausschusses, Vorsitzender des Brandenb. Prov.-Landtages. Konservativ. M. d. R. für F 3 von 1903 bis 1912, kandidiert 1907 auch in P 2.

Sassenbach, Johann. Redakteur. Sozialdemokrat. Kandidiert 1898 und 1903 in P 2.

v. Saucken-Tarputschen, Kurt, geb. 17. 6. 1825, gest. 1. 3. 1890. Rittergutsbesitzer auf Tartaren und Tarputschen, von 1878 bis 1884 Landesdirektor in Königsberg,

einer der markantesten Köpfe der alten Fortschrittspartei, seit 1874 meist M. d. R. für ostpreußische Wahlkreise. M. d. R. für B 3 von 1877 (Nachwahl) bis 1881, wo er wiedergewählt wurde, aber das ostpreußische Mandat annahm. Kandidiert außerdem 1881 und 1884 in P 3.

v. Savigny, Karl Friedrich, geb. 19. 9. 1814, gest. 11. 2. 1875. Fungiert 1871 als katholischer Kandidat in B 6.

Schacht, Dr. phil. Georg, geb. 23. 3. 1820 zu Braunschweig, evangelisch. Rittergutsbesitzer auf Lieskau Kr. Spremberg. Nationalliberal. M. d. L. seit 1873. Kandidiert von 1871 bis 1877 in F 9, M. d. R. für F 9 von 1874 bis 1877.

Schall, Martin, geb. 27. 5. 1844. Bis 1878 Garnisonpfarrer in Spandau, dann Prediger in Cladow. Konservativ. M. d. R. für P 7 von 1893 bis 1898.

Schallwig. Geheimer Kalkulator (Deutscher Beamtenbund). Wild-konservativ. Kandidiert 1907 in P 7.

Schäper. Rittergutsbesitzer auf Alt-Klücken. Bund d. Landw. Kandidiert 1903 in F 1.

Schlüter, Karl, geb. 22. 1. 1852 zu Kleinau Kr. Osterburg, evangelisch. Bürgermeister von Oschersleben, dann Coswig, schließlich Sommerfeld. M. d. Kreistages usw. Reichspartei. M. d. R. für F 6 von 1903 bis 1912.

Schmidt, Richard. Parteisekretär. Sozialdemokrat. Kandidiert 1912 in F 3.

Schmidt, Robert, geb. 15. 5. 1864 zu Berlin, Dissident. Klaviermacher, dann Gewerkschaftssekretär und Redakteur am „Vorwärts", seit 1903 Zentralarbeitersekretär. Seit 1893 mit Ausnahme der Legislaturperiode 1898/1903 M. d. R. für B 5.

Schneider, Dr. oec. publ. Fritz, geb. 8. 8. 1838 zu Breslau, evangelisch. Schriftsteller, Genossenschaftler (Schulze-Delitzsch). Fortschritt. 1877 bis 1886 Stadtverordneter in Potsdam, 1882 bis 1888 M. d. Brandenb. Prov.-Landtages, M. d. L., M. d. R. für P 7 von 1884 bis 1887, wo er unterliegt, später für Nordhausen.

Schneider. Gutsbesitzer. Bund der Landwirte / Deutschkonservativ. Kandidiert 1912 in F 7.

Schön, Anton Mathias. Rittergutsbesitzer auf Brestau bei Sorau. Reichspartei. M. d. R. für F 8 von 1878 bis 1881, wo er unterliegt.

Schrader, Karl, geb. 4. 4. 1834 zu Wolfenbüttel, evangelisch, gest. 1913. Langjähriger Präsident des Deutschen Protestantenvereins. Bis 1872 im Dienst der Braunschweigischen Staatseisenbahn, dann Direktor der Berlin-Anhalter Bahn, später Mitschaffer der Bagdadbahn (Deutsche Bank). Sch. gehörte zum Bekanntenkreise Friedrichs III. Linksliberal. Seit 1881 mit Unterbrechungen M. d. R. für verschiedene Wahlkreise. M. d. R. für F 2 von 1898 bis 1903, wo er unterliegt, danach für Dessau.

Schröder, Hugo, geb. 10. 4. 1829 zu Insterburg. Staatsanwalt, später Kammergerichtsrat in Berlin. Nationalliberal, dann Liberale Vereinigung. M. d. L. für märkische Kreile und Wittenberg seit 1866, M. d. R. seit 1873 mit Unterbrechungen. Kandidiert von 1871 bis 1878 in F 3, 1887 in F 4, dann in F 2. M. d. R. für F 3 von 1873 (Nachwahl) bis c877, für F 2 von 1890 (Nachwahl) bis 1898.

Schröer. Sozialdemokrat. Kandidiert 1898 in P 7.

Schröter, Franz Heinrich, geb. 28. 5. 1835 zu Birkenfeld in Ostpreußen, evangelisch. Amtsgerichtsrat in Eberswalde. Liberale Vereinigung. Kandidiert 1878 in P 5, M. d. R. für P 5 von 1881 bis 1884.

Schubert. Arbeitersekretär. Sozialdemokrat. Stadtverordneter in Berlin. Kandidiert 1903 und 1907 in F 10.

v. Schuckmann, Exzellenz. Konservativ. Kandidiert 1907 und 1912 in F 1.

v. der Schulenburg, Ernst Graf v. d. Sch.-Beetzendorf, geb. 1. 4. 1829. Rittergutsbesitzer, M. d. Brandenb. Prov.-Landtags. M. d. L. seit 1866, M. d. R. seit 1867 für Salzwedel. Konservativ. Kandidiert 1874 und 1877 in P 10, 1890 in F 7 (Derselbe?)

Schulz oder Schulze. Regierungsassessor a. D. Nationalliberal. Wahrscheinlich identisch mit Schulz-Booßen. Kandidiert 1874 in F 6.

Schulz, Max, geb. 15. 8. 1851 zu Berlin, evangelisch. Kaufmann und Groß-Destillateur, besitzt auch eine Büdnerstelle in Tangesdorf (Prignitz). Fortschritt. M. d. R. für P 1 von 1897 (Nachwahl) bis 1898, kandidierte auch 1890 und 1898 in P 1. 1903 in P 10, 1907 in P 3.

Schulz-Booßen, Rudolf. geb. 7. 1. 1827, Rittergutsbesitzer auf Booßen bei Frankfurt/Oder und Groß-Drewitz Kr. Guben. M. d. L. seit 1873. Nationalliberal. M. d. R. für F 7 von 1874 bis 1877, wo er unterliegt, ebenso wie bei den Wahlen 1878 und 1881.

Schulze oder Schulz. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in B 1. 1893 in F 9.

Schulze-Delitzsch, Hermann, geb. 29. 8. 1808, gest. 29. 4. 1883. Kreisrichter a. D., Anwalt der Deutschen Genossenschaften zu Potsdam. Dr. iur. h. c. Fortschritt. M. d. R. für B 6 von 1867 bis 1874, wo er wiedergewählt wird. aber wegen Doppelwahl verzichtet, dann bis zum Tode für Wiesbaden.

Schulze, Julius, geb. 17. 1. 1836 zu Bacharach. 1869 bis 1871 Vorsitzender des (nichtsozialistischen) Deutschen Arbeiterbundes zu Nürnberg, später Vorstandsmitglied des Sozialpolitischen Kongresses (Kathedersozialisten) und M. d. hessischen L., seit Dezember 1880 kommissarischer Hilfsarbeiter im Reichsamt des Innern. Kandidiert 1881 in B 3 (Antifortschrittler).

Schumann, Oswald, geb. 11. 12. 1865 zu Borzenzie Oberschles., freireligiös. Ziegelei-, Bahn-, Transportarbeiter, seit 1897 Vorsitzender des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, seit 1905 in der Generalkommission der Gewerkschaften, seit 1908 Gemeindevertreter in Mahlsdorf bei Berlin. Sozialdemokrat. M. d. R. für F 8 seit 1912.

Schüning, Wilhelm. Gewerkschaftsangestellter. Sozialdemokrat. Kandidiert 1912 in F 5.

Schwabacher. Oberregierungsrat a. D. in Berlin. Nationalliberal. Kandidiert 1903 in F 4.

Schwager. Schneider in Sorau. Sozialdemokrat. Kandidiert 1884 und 1887 in F 8.

Schwartzkopff. Der bekannte Großindustrielle. Konservativ. Kandidiert 1878 in B 5.

Schwekendiek, Wilhelm. Sozialdemokrat. Kandidiert 1874 in P 8, 1878 in P 10.

Schwindt. Rechtsanwalt in Berlin. Konservativ. Kandidiert 1893 in B 6.

Siering. Gewerkschaftsbeamter. Sozialdemokrat. Kandidiert 1912 in F 1.

Silberschmidt. Maurer in Charlottenburg. Sozialdemokrat. Kandidiert 1903 in F 6.

Simson, Dr. iur. Eduard, geb. 10. 11. 1810 zu Königsberg. gest. 1899. Präsident der Frankfurter Nationalversammlung und erster Präsident des Reichsgerichts in Leipzig. Nationalliberal. M. d. R. für F 4 bis 1877, fungierte 1874 in B 1, 1878 in F 10 als Zählkandidat.

Singer, Paul, geb. 16. 1. 1844 zu Berlin. mosaisch, gest. 1911. Mitbesitzer einer Damenmäntelfabrik, nach Ausweisung unter dem Sozialistengesetz nur noch politisch tätig, Fraktionsvorsitzender der Sozialdemokraten. Seit 1884 Stadtverordneter in Berlin. M. d. R. für B 4 von 1884 bis zum Tode. 1887 Zählkandidat in P 1.

Solms-Baruth, Friedrich Graf zu, geb. 29. 5. 1821. Rittergutsbesitzer auf Golssen. Konservativ. M. d. R. für F 10 1867, kandidiert 1871 in P 9.

Sonnenfeld. Fortschritt. Kandidiert 1898 in B 4.

Sparfeld. Volksschullehrer. Freisinnige Vereinigung. Kandidiert 1907 in F 5.

Stadthagen, Arthur, geb. 25. 5. 1857 zu Berlin, mosaisch. Rechtsanwalt, am 17. 11. 1892 aus dem Anwaltstande ausgeschlossen, seitdem politischer Schriftsteller. Sozialdemokrat. M. d. R. für P 6 seit 1890.

Stauffenberg, Dr. jur. h. c. Franz Freiher Schenk v., geb. 3. 8. 1834 zu Würzburg, katholisch. Nationalliberal, Sezession, Liberale Vereinigung. Seit 1866 M. d. bayr. L. M. d. Zollparlaments und M. d. R. seit 1871 für verschiedene Wahlkreise. Kandidiert 1878 (Nachwahl) in B 1.

v. **Steinau**-Steinrück, Paul, geb. 20. 8. 1850 zu Berlin, evangelisch, gest. Anfang Dezember 1897 Konservativ. Seit 1883 Landrat des Kreises Lebus, seit 1885 M. d. L. M. d. R. für F 4 von 1887 bis 1893.

Steinhausen-Streganz. Ritterschaftsrat, Berlin. Konservativ. Kandidiert 1874 in P 10.

Steinmeister, Landrat Osthavelland. Kartell. Kandidiert 1890 in P 7.

Steinweg, Malermeister. Fortschritt. Kandidiert 1907 und 1912 in P 4.

Stöcker, Adolf, geb. 11. 12. 1835 zu Halberstadt, Hof- und Domprediger in Berlin. Christlich-Sozial. Kandidiert selbständig oder als Konservativer 1878 in B 6, 1881 in B 2 und F 4, 1884 in B 2, 1898 in B 6.

Stockmann, Oberpostassistent. Konservativ. Kandidiert 1898 in B 2, 1907 in B 1.

Stoltz, Kommerzienrat in Driesen. Gemäßigt liberal. Kandidiert 1887 in F 1.

Stolze, Rittergutsbesitzer. Konservativ. Kandidiert 1881 in P 7.

Struckmann, Johannes, geb. 23. 3. 1829 zu Osnabrück, evangelisch. Geheimer Oberjustizrat und Landgerichtspräsident in Hildesheim. Nationalliberal. M. d. L. von 1867 bis 1870, M. d. R. für Melle-Diepholz von 1874 bis 1878, wo er dem Welfen unterliegt. Kandidert 1878 (Nachwahl) in B 2.

Strumpf, Zahnarzt in Berlin. Antisemit. Kandidiert 1898 in B 5.

Struve, Gerhard, geb. 13. 9. 1835 zu Ummendorf bei Magdeburg, evangelisch. Oberamtmann in Berlin. Nationalliberal, dann Liberale Vereinigung, schließlich Freisinn. M. d. R. für F 4 von 1877 bis 1887.

Stryck, Dr., Stadtverordneter in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1884 in P 2.

Stubbendorff, Hans, geb. 8. 8. 1851 zu Zapel Pr. Brandenburg. Landwirt, Rittergutspächter. Reichspartei. Seit 1901 M. d. L. — St. fehlte 1906 unentschuldigt bei der entscheidenden Kolonialabstimmung. M. d. R. für P 1 seit 1898.

Tabbert. Drechsler in Berlin. In den Prozeß Jhering-Mahlow verwickelt und ausgewiesen; später in Luckenwalde. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in P 9.

Taeterow. Schneider. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in B 1.

Tempel. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in F 10.

Tesmer. Fabrikant in Wittenberge. Fortschritt. Kandidiert 1884 und 1887 in P 1.

Tews. Generalsekretär. Fortschritt. Kandidiert 1907 in F 2.

Thierbach. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 und 1898 in P 4.

Tischendörffer. Lithograph. National-Sozial. Kandidiert 1898 in B 1.

Träger, Albert, geb. 12. 6. 1830 zu Augsburg, evangelisch. Rechtsanwalt und Notar in Nordhausen, später Geheimer Justizrat, gest. 1912. Freisinnige Volkspartei. Seit 1876 Stadtverordneter in Nordhausen, seit 1879 M. d. L. für verschiedene Kreise (zuletzt Berlin), seit 1874 meist M. d R. — T. war auch dichterisch tätig. M. d. R. für B 5 von 1880 (Nachwahl) bis 1881, für B 4 von 1881 bis 1884, wo er unterlag, aber Mandat für Grünberg erhielt. Kandidiert außerdem 1890 in B 1 (gewählt, aber verzichtet) und in F 7, 1907 in F 7, 1912 in P 2.

v. **Treskow,** Karl Sigismund, geb. 27. 8. 1819 zu Friedrichsfelde bei Berlin, Rittergutsbesitzer hier, gest. 1882. Konservativ. M. d. R. für P 6 von 1867 bis 1874.

Treutler, Professor Dr. Gymnasialoberlehrer in Guben. Konservativ. Kandidiert 1903 in F 7.

v. Tschirschky. Landrat a. D. Konservativ. Kandidiert 1877 in P 9.

Tubenthal, Dr. med. Fortschritt. Kandidiert 1912 in P 1.

Tutzauer, Franz, geb. 10. 3. 1852 zu Berlin, bis 1878 katholisch, dann Dissident. Mitglied der freireligiösen Gemeinde. Tischler, später Redakteur am „Volksblatt" („Vorwärts"). 1884 bis 1892 Stadtverordneter in Berlin. Kandidiert 1884 und 1887 in B 2, später M. d. R. für Breslau.

Uhden, Otto, geb. 23. 1. 1827, seit 1852 Rittergutsbesitzer auf Sorge bei Krossen. Amtsrat, seit 1857 Deichhauptmann, M. d. Kreistages usw. Konservativ. 1894 vom B. d. L. scharf angegriffen und zur Mandatsniederlegung aufgefordert. M. d. R. für F 6 von 1871 bis 1898.

Ulrich. Rechtsanwalt in Berlin. Konservativ/Antisemit. Kandidiert 1903 und 1907 in B 6.

Viereck, Louis, geb. 21. 3. 1851 zu Berlin. Kammergerichtsreferendar a. D., Journalist. „Das Recht auf Arbeit" (München 1883). Sozialdemokrat. M. d. R. von 1884 bis 1887 für Leipzig-Land. Kandidiert 1881 in B 2.

Virchow, Dr. med. Rudolf. Professor an der Friedrich-Wilhelms-Universität, Geheimer Medizinalrat. Geb. 13. 10. 1821 zu Schivelbein, gest. 1902. Fortschritt. Seit 1859 Stadtverordneter in Berlin, seit 1861 M. d. L. M. d. R. für B 2 von 1880 (Nachwahl) bis 1893, wo er unterliegt. Kandidiert außerdem 1890 in F 10.

Vogel. Apotheker. Sozialdemokrat. Kandidiert 1881 in B 3.

Vogtherr, Ewald, geb. 2. 11. 1859 zu Landshut, konfessionslos. Kaufmann, dann Schriftsteller. Sozialdemokrat. 1889 bis 1899 Stadtverordneter in Berlin. 1901 bis 1906 in Stettin. M. d. R. für B 3 von 1893 bis 1898 (seit 1912 für Stettin).

Völkel. Sozialdemokrat. Kandidiert 1893 in F 7.

Vollgold. Kommerzienrat. Stadtverordneter in Berlin. Konservativ. Kandidiert 1871 (Nachwahl) und 1878 in B 3.

v. Vollmar, Georg, geb. 7. 3. 1850. Sozialdemokrat, in gewissem Sinne der Gegenpol zu August Bebel. Seit 1881 M. d. R. Kandidiert 1884 in B 1 und P 6, 1887 in P 6.

Vollrath, Karl. Chefredakteur. Freisinnige Volkspartei. Kandidiert 1893 in P 7.

Vorberg. Superintendent a. D. Konservativ. Kandidiert 1898 in P 10.

Vosberg. Dr. Oberbürgermeister. Gemäßigt konservativ. Kandidiert 1912 in P 7.

Voss. Mitbegründer des Bauernvereins Nordost. Fortschritt. Kandidiert 1898 in F 1.

Wackerbarth, Otto Freiherr v. W. genannt Bomsdorff. Kammerherr, Rittergutsbesitzer auf Briesen bei Kottbus. Konservativ. M. d. R. für F 9 von 1879 (Nachwahl) bis 1881, wo er unterliegt.

Wagner, Professor Dr. Adolf. Konservativ. Kandidiert 1881 in B 4, zur Nachwahl 1881 in B 3, 1884 in B 1 und P 7, 1893 in B 2.

Wagner. Uhrmacher. Sozialdemokrat. Kandidiert 1898 in F 7.

v. Waldaw und Reitzenstein, Karl, geb. 22. 10. 1818 zu Dömitz/Mecklenburg, evangelisch, Kammerherr und Rittergutsbesitzer auf Königswalde, gest. 22. 1. 1888. Konservativ. M. d. L. seit 1861, seit 1873 M. d. Herrenhauses. — Von dem Vater stammt das Wort: „Meine Familie hat schon vor den Hohenzollern in der Mark gesessen!" — M. d. R. für F 5 von 1871 bis zum Tode.

v. Waldaw und Reitzenstein, Carl, geb. 26. 1. 1858 zu Königswalde, Sohn des Vorigen. Konservativ. M. d. R. für F 5 von 1898 bis 1903, wo er unterliegt.

Waldow, Carl. Tischler in Berlin. Fortschritt. Kandidiert 1871 und 1874 in P 3.

v. Watzdorf, Kurt, geb. 28. 5. 1839, Rittergutsbesitzer auf Wiesenburg Kr. Zauch-Belzig, gest. 1. 1. 1881. Konservativ. M. d. R. für P 9 von 1867 bis 1874, wo er unterliegt.

v. **Wedell**-Malchow, Friedrich, geb. 23. 4. 1823, gest. Juni 1890. Rittergutsbesitzer, seit 1875 Uckermärkischer Ritterschaftsdirektor. Konservativ. Kreisdeputierter, seit 1866 M. d. L. M. d. R. für P 4 von 1871 bis 1874, wo er unterliegt und von 1877 bis zum Tode.

Wege. Konservativ. Kandidiert 1907 in B 4.

Wegener. Chefredakteur. Konservativ. Kandidiert 1903 in B 4.

Weigert, Dr. Nationalliberal. Kandidiert 1879 (Nachwahl) in F 9.

Weiss, Dr. Rittergutsbesitzer, später Landrat in Soldin. Reichspartei. Kandidiert 1874 und 1890 in F 2.

Wels, Otto, geb. 15. 9. 1873 zu Berlin, religionslos. Tapezierer, seit 1906 Verbandsangestellter, seit 1907 Parteisekretär, seit 1909 Parteivorsitzender der SPD. Kandidiert 1903 und 1907 in P 4, M. d. R. für F 10 seit 1912.

v. Wenckstern, Universitätsprofessor Dr. Konservativ. Kandidiert 1903 in B 2.

v. **Werdeck,** Ernst, geb. 27.12.1849, Rittergutsbesitzer auf Scherbus bei Drebkau. Konservativ. M. d. R. für F 9 von 1893 bis 1898, wo er unterliegt.

v. Werder. Konservativ. Kandidiert 1871 in B 5.

Wernau, Julius. Maurer, später Gastwirt und Stadtverordneter in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in P 7 und F 2, 1893 in P 7.

Werner. Deutsch-Soziale Reformpartei (Antisemit). Kandidiert 1898 in P 6.

Werner, W. Buchdrucker. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in P 10.

Werner, Dr. Oberlehrer. Fortschritt. Kandidiert 1898 in F 3.

Wernicke. Gutsbesitzer. Bund der Landwirte/Konservativ. Kandidiert 1898 in F 2.

Wettich. Stadtältester in Havelberg. Reichspartei. Kandidiert 1881 in P 1.

Weyl, Dr. Hermann. Arzt in Berlin. Stadtverordneter. Sozialdemokrat. Später im Kommunalleben hervorgetreten. Kandidiert 1898 und 1903 in P 1, 1912 in F 4.

Wienbeck, Dr. Sekretär der Handelskammer Hannover. Reichspartei. Kandidiert 1912 in F 6.

Wiesike, Hermann, geb. 1. 11. 1825, gest. 11. 7. 1896. Gutsbesitzer auf Plauenhof bei Plaue. Nationalliberal. M. d. R. für P 8 von 1893 bis zum Tode.

Wiggers, Moritz, geb. 17. 10. 1816, gest. 30. 7. 1894, evangelisch. Advokat, später Privatmann in Rostock. Mecklenburger 1848er. Fortschritt. 1867 M. d. R. für B 3, wird 1871 wiedergewählt, nimmt aber mecklenburgisches Mandat (auch in der Folgezeit) an.

Wildberger, Carl. Tapezierer. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in B 3.

Wilmanns, Karl, geb. 12. 2. 1835 zu Lippstadt, evangelisch. Amtsgerichtsrat in Berlin. Konservativ (stark antisem.). M. d. R. für F 1 von 1871 bis 1874, wo er unterliegt, kandidiert dann 1877 in P 8.

Winckler. Arthur. Redakteur an der „Berliner Volkszeitung". Freisinnige Volkspartei. Kandidiert 1903 in P 1.

Windthorst-Bielefeld, Eduard, geb. 25. 8. 1834 zu Halbe, Landgerichtsrat in Bielefeld. Fortschritt. M. d. L. von 1867 bis 1870. M. d. R. für B 3 von 1871 (Nachwahl) bis 1874.

v. **Winterfeldt,** Joachim, geb. 15. 5. 1865 zu Grünberg Kr. Prenzlau, Rittergutsbesitzer auf Menkin, seit 189(6)7 (kommiss.) Landrat des Kreises Prenzlau, seit 1911 Landesdirektor der Provinz Brandenburg. Konservativ. M. d. R. seit 1908 als Nachfolger seines Vaters.

v. Winterfeldt, Ulrich, geb. 2. 3. 1823 zu Berlin, evangelisch, gest. 16. 6. 1908, Erbherr von Menkin. Konservativ. Von 1851 bis 1863 Staatsanwalt, dann Landrat des Kreises Prenzlau, seit 1865 M. d. Kreislandtages und des Prov.-Landtages, seit 1876 M. d. Herrenhauses. M. d. R. für P 4 von 1890 (Nachwahl) bis zum Tode.

Winterfeld. Justizrat. Nationalliberal. Kandidiert 1893 in B 3.

Wisser, Friedrich, geb. 2. 11. 1834. Landwirt. Fortschritt. M. d. Erfurter Kreisausschusses, des Sächs. Prov.-Landtages, Mitbegründer des Allgemeinen Deutschen Bauernvereins im November 1883, M. d. R. für Jena von 1890 bis 1893. Kandidiert 1884 und 1887 in F 5.

Witt, Nikolaus, geb. 31. 3. 1834 zu Hamburg, evangelisch, gest. 28. 9. 1890. Liberale Vereinigung. Von 1867 bis 1878 M. d. L. für Posen, gleichzeitig Landschaftsdeputierter, von 1881 bis 1887 M. d. Brandenburg. Prov.-Landtages, seit 1890 Stadtrat in Charlottenburg. M. d. R. für F 8 von 1881 (Nachwahl) bis 1887, wo er unterliegt. 1890 M. d. R. für F 2.

v. Wittich, Ludwig. Generalleutnant z. D. auf Siede b. Berlinchen. Konservativ. Kandidiert 1877 in F 2, M. d. R. für F 2 von 1879 (Nachwahl) bis 1881, wo er unterliegt.

Wohlfahrt. Deutsch-Soziale Reformpartei (Antisemit). Kandidiert 1898 in P 1.

Woicke. Freisinnige Vereinigung. Kandidiert 1898 in F 4 und F 5.

v. Wolff. Oberstaatsanwalt. Konservativ. Kandidiert 1877 in F 1.

Wolff, Waldemar. Rechtsanwalt. Konservativ (Kartell) mit Beziehungen zu Stöcker. Kandidiert 1887 in B 2.

Wöllmer, Ferdinand, geb. 5. 8. 1836 Altmark. Kaufmann in Charlottenburg und Stadtverordneter, später Stadtrat dort. Fortschritt. Kandidiert von 1877 bis 1887 in P 10, M. d. R. für P 10 von 1878 bis 1881 (später Jerichow).

Wulfshein, Emanuel, geb. 25. 12. 1807, gest. 30. 3. 1880, evangelisch. Geheimer Oberregierungsrat a. D. in Berlin. Nationalliberal, später Fortschritt. Seit 1873 M. d. L. für Potsdam. M. d. R. für P 7 von 1874 bis zum Tode.

v. Zedlitz. Geheimrat. Reichspartei (Kartell). Kandidiert 1887 in B 1.

Zeidler, Dr. Konservativ. Kandidiert 1890 und 1893 in B 1.

Zelle, Stadtsyndikus, M. d. geschäftsführenden Ausschusses der Freisinnigen Partei. (Der spätere Oberbürgermeister?) Kandidiert 1878 in B 4.

Zimmer. Sezessionist. Kandidiert 1878 in P 4.

Zimmermann, Dr. iur. Eduard, geb. 4. 9. 1817 zu Berlin, evangelisch, gest. 29. 2. 1880. Zuletzt Bürgermeister a. D. und englischer Rechtsanwalt in Berlin. Fortschritt (1848er). M. d. R. für F 10 von 1874 bis 1877, wo er unterliegt, dann von 1877 (Nachwahl) bis zum Tode für B 5.

Zimmermann, Oskar, geb. 5. 2. 1859 zu Neumarkt/Schles., katholisch. Antisemit (Deutsche Reformpartei). 1890 bis 1898 M. d. R. für sächs. Kreis, seit 1904 wieder M. d. R. und M. d. sächs. L. Kandidiert 1898 in F 6.

Zisowsky. Zigarrenhändler. Sozialdemokrat. Kandidiert 1881 in F 8 und F 9, zur Nachwahl 1881 in F 8.

Zubeil, Karl Fritz, geb. 11. 1. 1848 in Schlesien, konfessionslos. Tischler, seit 1890 Gastwirt und Stadtverordneter in Berlin. Sozialdemokrat. Kandidiert 1890 in F 10, M. d. R. für P 10 seit 1893.

Zwick, Dr. phil. Hermann, geb. 16. 11. 1839 in Schlesien, evang. Gutsbesitzer in Schlesien, Schulinspektor in Berlin. Fortschritt. M. d. R. für B 5 von 1898 bis 1903, wo er unterliegt.

Es fehlen die Heerführer Roon und Steinmetz, welche für den Konstituierenden Reichstag 1867 Mandate aus P 10 bzw. F 6 innehatten.

Die Reichstagswahlkreise der Mark Brandenburg 1871—1912

B 1 Berlin Zentrum und nördliche Friedrichstadt (Berlin, Alt-Cölln, Werder, Dorotheenstadt, der nördliche Teil der Friedrichstadt von der Dorotheenstadt bis zum Leipziger Platz und der Leipziger und Krausenstraße einschließlich dieser Straßen bis zur Jerusalemer Straße; Stadtbezirke 1—30).

B 2 Berlin Südwesten und südliche Friedrichstadt (der südliche Teil der Friedrichstadt, die Friedrichvorstadt, das Schöneberger und Tempelhofer Revier, der vom Kanal nördlich bis zur Wassertorstraße, einschließlich derselben, belegene Teil der Luisenstadt; Stadtbezirke 31—60, 77, 80 und 81).

B 3 Berlin Süden (der westliche Teil der Luisenstadt bis zum Luisenstädtischen Kanal und der Adalbertstraße, ausschließlich der letzteren, sowie Neu-Cölln; Stadtbezirke 74, 76, 78, 79, 82—101).

B 4 Berlin Osten (der östliche Teil der Luisenstadt, das Stralauer Revier und der östliche Teil der Königstadt von der Neuen Königstraße, Gollnowstraße und dem zwischen der Kleinen Frankfurter Straße und Kurzen Straße belegenen Teil der Landsberger Straße; Stadtbezirke 61—73, 75, 102—123, 125 und 128—131).

B 5 Berlin Nordosten (der westliche Teil der Königstadt, das Spandauer Revier und die Friedrichwilhelmstadt; Stadtbezirke 124, 126, 127, 132—153, 186 bis 189. — Verschiedene Grundstücke [Viehhof und Umgegend] gehören zu P 6).

B 6 Berlin Norden und Nordwesten (Spandauer Vorstadt, Moabit, Wedding und der Gesundbrunnen; Stadtbezirke 154—185 a, 190—210. — Tiergarten, Zoo und Schloß Bellevue gehören zu P 10.)

P 1 Westprignitz. 1461 qkm.

P 2 Ostprignitz. 1883 qkm.

P 3 Templin und Ruppin. 3208 qkm.

P 4 Prenzlau und Angermünde. 2441 qkm.

P 5 Oberbarnim. 1215 qkm.

P 6 Niederbarnim. 1738 qkm.

P 7 Stadt Potsdam und Osthavelland (der Bahnhof Potsdam gehört zu P 9). 1247 qkm.

P 8 Stadt Brandenburg und Westhavelland. 1293 qkm.

P 9 Jüterbog-Luckenwalde und Zauch-Belzig. 3241 qkm.

P 10 Stadt Charlottenburg, Teltow, Beeskow-Storkow. 2917 qkm. (Außer dem bei Berlin 6 erwähnten Tiergartenbezirk gehört die Spreevorstadt von Fürstenwalde — F 4 — zu P 10.)

F 1 Arnswalde und Friedeberg. 2366 qkm.

F 2 Soldin und Landsberg. 2357 qkm.

F 3 Königsberg (Neumark). 1536 qkm.

F 4 Stadt Frankfurt und Lebus. 1632 qkm.

F 5 Ost- und Weststernberg. 2245 qkm.

F 6 Züllichau-Schwiebus und Krossen. 2224 qkm.

F 7 Guben und Lübben. 2144 qkm.

F 8 Sorau. 1239 qkm.

F 9 Kottbus und Spremberg. 1163 qkm.

F 10 Luckau und Kalau. 2292 qkm.

Hierzu die Karte auf Seite I. (Die Kartenskizzen auf den Seiten II, III und V bis XI sind nicht maßstäblich gehalten und bei Berlin stark schematisiert.)

Tabelle 1

Wahlberechtigt waren zu den Reichstagshauptwahlen

in	B 1	B 2	B 3	B 4	B 5	B 6
1871/4	15 701	23 280	21 357	29 647	17 817	28 250
1877	17 028	30 521	24 328	42 707	18 681	41 232
1878	18 429	36 815	26 810	50 047	20 319	48 238
1881	18 365	42 233	26 805	54 775	21 089	55 446
1884	21 676	56 933	31 705	72 100	26 910	74 898
1887	21 389	65 155	33 502	79 222	29 523	86 323
1890	21 130	72 078	33 938	89 280	31 897	104 460
1893	20 169	75 347	32 570	93 036	31 244	121 564
1898	18 837	76 727	30 852	96 924	31 435	142 226
1903	17 505	81 245	31 513	115 851	33 825	164 932
1907	16 286	82 973	30 655	134 082	34 520	194 941
1912	13 407	78 330	27 583	133 822	35 019	219 782

(Einzelzahlen für 1871 sind nicht festzustellen. [Statistisches Handbuch für das Deutsche Reich 1907 Seite 9.])

in	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5
1871	15 363	14 817	24 394	23 490	14 547
1874	14 947	14 960	24 524	22 803	14 379
1877	15 638	15 365	25 149	23 565	15 423
1878	16 000	15 494	25 189	24 153	15 776
1881	16 104	15 031	24 679	23 933	15 784
1884	16 278	15 209	25 609	23 969	16 237
1887	16 649	15 833	27 346	24 510	16 984
1890	16 895	16 035	27 476	24 761	17 879
1893	17 456	16 262	28 671	26 086	19 056
1898	18 144	16 564	29 254	26 420	20 133
1903	18 876	16 576	30 473	27 627	21 778
1907	19 229	16 331	30 326	27 262	22 627
1912	20 526	16 868	31 322	28 098	24 397

in	P 6	P 7	P 8	P 9	P 10
1871	16 649	24 676	15 402	25 730	26 491
1874	21 154	21 603	15 739	27 165	33 806
1877	25 106	24 019	16 419	28 580	40 261
1878	26 334	25 752	17 102	29 780	41 903
1881	27 531	26 699	17 269	29 398	45 046
1884	29 342	28 083	18 232	29 975	47 662
1887	33 016	29 729	19 366	31 109	54 107
1890	38 958	33 172	20 530	32 120	65 943
1893	48 075	38 590	22 339	33 613	87 911
1898	62 874	39 972	24 440	34 460	134 993
1903	85 731	43 697	26 277	36 399	183 076
1907	112 951	45 541	26 730	37 744	248 160
1912	152 415	50 856	28 236	39 301	339 256

(Noch Tabelle 1)

in	F 1	F 2	F 3	F 4	F 5
1871	18 051	23 170	17 793	26 802	18 208
1874	17 290	23 814	17 566	27 249	17 793
1877	18 274	24 469	18 184	28 653	18 115
1878	* 18 544	25 693	18 540	29 516	18 486
1881	18 439	25 581	18 852	29 737	18 138
1884	18 641	26 649	19 650	30 033	18 566
1887	19 558	27 688	20 485	30 501	19 309
1890	20 071	28 001	20 658	31 007	19 811
1893	20 502	30 211	21 345	32 114	19 580
1898	20 697	29 949	21 769	33 298	19 897
1903	21 042	31 639	22 188	34 753	20 073
1907	20 266	32 053	22 228	35 977	20 259
1912	21 557	32 836	22 350	36 723	21 171

(Für den Wahlkreis F 1 ist 1878 die Zahl der Wahlberechtigten mit 10 544 und demgemäß für den Regbez. Frankfurt mit 207 650 angegeben. Da wahrscheinlich ein Irrtum vorliegt, ist hier mit den sinngemäßeren Zahlen 18 544 bzw. 215 650 gerechnet worden.)

in	F 6	F 7	F 8	F 9	F 10
1871	20 964	18 564	16 639	16 918	21 771
1874	21 450	19 416	18 642	18 256	22 40ç
1877	21 624	19 615	19 464	19 721	28 961
1878	21 828	19 882	19 722	19 592	23 847
1881	21 178	20 070	19 498	19 918	23 707
1884	21 415	21 344	20 567	20 774	24 250
1887	21 969	21 365	21 355	21 847	24 935
1890	21 821	21 719	23 018	23 186	26 057
1893	22 746	22 426	23 224	23 910	28 472
1898	22 961	23 018	24 724	25 216	31 226
1903	23 521	24 170	26 093	27 290	34 106
1907	24 190	25 037	26 861	29 070	35 427
1912	24 577	26 172	28 199	31 222	38 279

in	Berlin	Potsdam	Frankfurt	der ganzen Mark
1871	151 236	201 559	198 880	551 675
1874	136 052	211 080	203 879	551 011
1877	174 497	229 525	217 080	621 102
1878	200 658	237 483	* 215 650	* 653 791
1881	218 713	241 474	215 118	675 305
1884	284 222	250 596	221 898	756 716
1887	315 114	268 649	229 007	812 770
1890	352 783	293 769	235 347	881 899
1893	373 930	338 059	244 530	956 519
1898	397 001	407 254	252 755	1 057 010
1903	444 871	490 510	264 875	1 200 256
1907	493 457	586 901	271 701	1 352 059
1912	507 943	731 275	283 092	1 522 310

* siehe oben F 1.

(Noch Tabelle I)

Die Zahl der Wahlberechtigten betrug durchschnittlich je Wahlkreis in Tausenden: I. in der gesamten Mark, II. in der Mark ohne Berlin, III. in der Mark ohne die Großstadtkreise, IV. in den Großstadtkreisen Berlin, P 6 und P 10

	I	II	III	IV
1871	21,2	20,0	19,8	24,3
1874	21,1	20,7	20,0	23,9
1877	23,9	22,3	21,2	30,0
1878	25,1	22,7	21,4	33,6
1881	26,0	22,8	21,3	36,4
1884	29,1	23,6	22,0	45,2
1887	31,3	24,9	22,8	50,3
1890	33,9	26,5	23,6	57,2
1893	36,8	29,1	24,8	63,7
1898	40,7	33,0	25,7	74,4
1903	46,2	37,8	27,0	89,2
1907	52,0	42,9	27,7	106,8
1912	58,6	50,7	29,0	125,0
Gesamtzunahme von 1871 bis 1912 . . .	175,9 %	153,3 %	46,3 %	413,3 %
durchschnittl. je Jahr	2,51 %	2,29 %	0,93 %	4,75 %

Tabelle 1a

Die Einwohnerzahlen der 26 Reichstagswahlkreise in den Jahren 1871 und 1912 entsprechend dem Ergebnis der letzten voraufgegangenen Volkszählung:

Wahlkreis	1871	1912	Zu- oder Abnahme
B 1[1]	87 625	62 419	— 28,8 %
B 2[1]	147 102	312 909	+ 112,7 %
B 3[1]	109 189	104 590	— 4,2 %
B 4[1]	194 924	517 914	+ 165,7 %
B 5[1]	100 806	145 608	+ 44,4 %
B 6[1]	186 695	865 637	+ 363,7 %
P 1	70 892	81 408	+ 14,8 %
P 2	69 003	68 104	— 1,3 %
P 3	118 470	129 480	+ 9,3 %
P 4	116 523	127 534	+ 9,4 %
P 5	71 514	103 058	+ 44,1 %
P 6	88 654	588 420	+ 563,7 %
P 7	115 349	224 489	+ 94,6 %
P 8	73 994	119 727	+ 61,8 %
P 9	128 481	164 679	+ 28,2 %
P 10	149 488	1 315 601	+ 780,1 %
F 1	97 115	94 329	— 2,9 %
F 2	125 454	141 208	+ 12,6 %

[1]) Zahlen für 1871 errechnet aus der Gesamtzahl 826 341.

(Noch Tabelle 1 a)

Wahlkreis	1871	1912	Zu- oder Abnahme
F 3	90 497	94 327	+ 4,2%
F 4	136 096	162 881	+ 19,7%
F 5	91 918	88 265	— 3,9%
F 6	110 216	107 921	— 2,1%
F 7	96 690	117 118	+ 21,1%
F 8	86 189	121 591	+ 41,1%
F 9	89 808	136 446	+ 51,9%
F 10	110 537	168 345	+ 52,3%

Tabelle 2

I

Von der wahlberechtigten Bevölkerung der Mark einschließlich Berlins waren ansässig

a) in Orten mit weniger als 2000 Einwohnern,

b) in Orten mit über 2000 bis unter 10 000 Einwohnern,

c) in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern

(Zahlen in vollen Hundert)

		B	P 1	P 2	P 3	P 4	P 5	P 6
a)	1898	0	103	121	206	162	95	184
	1903	0	103	121	209	169	98	188
	1907	0	102	118	204	164	98	178
	1912	0	102	120	207	169	102	166
b)	1898	0	44	45	54	44	64	146
	1903	0	46	45	63	66	69	231
	1907	0	46	45	65	67	74	186
	1912	0	48	48	71	68	79	248
c)	1898	4011	34	0	32	58	42	258
	1903	4515	40	0	33	42	51	364
	1907	5046	45	0	34	42	55	652
	1912	5237	54	0	35	44	62	949

		P 7	P 8	P 9	P 10	F 1	F 2	F 3
a)	1898	108	95	215	235	143	185	132
	1903	111	95	223	242	144	189	134
	1907	108	88	229	240	143	190	134
	1912	110	94	232	240	144	192	134
b)	1898	56	13	85	197	64	48	54
	1903	69	13	94	257	66	50	55
	1907	70	13	96	240	70	51	53
	1912	74	7	104	229	71	53	52

(Noch Tabelle 2 I)

	P 7	P 8	P 9	P 10	F 1	F 2	F 3
c) 1898	235	136	45	920	0	67	32
1903	257	154	47	1329	0	77	33
1907	278	167	52	1999	0	80	35
1912	324	181	57	2921	0	83	39

	F 4	F 5	F 6	F 7	F 8	F 9	F 10
a) 1898	142	144	159	143	129	132	240
1903	146	143	163	146	128	137	237
1907	132	149	165	147	129	138	227
1912	133	153	168	150	134	142	232
b) 1898	34	55	45	21	17	21	72
1903	35	58	46	24	25	29	79
1907	40	57	50	26	27	25	100
1912	41	59	52	27	29	33	121
c) 1898	157	0	26	66	101	99	0
1903	167	0	26	71	108	106	24
1907	188	0	27	79	113	128	27
1912	193	0	26	85	119	137	31

II

Die Verteilung der Wahlberechtigten auf Ortsgrößenklassen.
(Relative Zahlen [Gesamtzahl = 1000])

a) Von 1000 Wahlberechtigten wohnten in Orten unter 2000 Einwohnern

Wahlkreis	1898	1903	1907	1912
B 1—6	0,00	0,00	0,00	0,00
P 1	9,73	8,57	7,51	6,75
P 2	11,46	10,06	8,73	7,90
P 3	19,50	17,39	15,06	13,58
P 4	15,28	14,04	12,13	11,08
P 5	8,87	8,17	7,23	6,71
P 6	17,45	15,65	13,16	10,90
P 7	10,23	9,22	7,98	7,24
P 8	9,00	7,93	6,51	6,16
P 9	20,37	18,62	16,96	15,24
P 10	22,23	20,19	17,73	15,75
F 1	13,55	11,98	10,59	9,47
F 2	17,47	15,78	14,06	12,59
F 3	12,48	11,14	9,93	8,82
F 4	13,45	12,14	9,78	8,75
F 5	13,59	11,92	11,00	10,02
F 6	15,05	13,55	12,17	11,02
F 7	13,52	12,19	10,87	9,83
F 8	12,19	10,65	9,53	8,80
F 9	12,53	11,45	10,18	9,31
F 10	22,44	19,78	16,76	15,12
Mark a)	290,77	260,42	227,74	205,12

(Noch Tabelle 2 II)

b) Von 1000 Berechtigten wohnten in Orten mit 2000 bis 10 000 Einwohnern

Wahlkreis	1898	1903	1907	1912
B 1—6	0,00	0,00	0,00	0,00
P 1	4,20	3,86	3,42	3,16
P 2	4,21	3,75	3,34	3,17
P 3	5,09	5,24	4,80	4,67
P 4	4,19	5,50	4,95	4,45
P 5	6,00	5,73	5,46	5,21
P 6	13,78	19,24	13,79	16,29
P 7	5,33	5,76	5,16	4,85
P 8	1,25	1,11	0,93	0,47
P 9	8,06	7,82	7,09	6,84
P 10	18,59	21,39	17,80	15,01
F 1	6,03	5,54	5,15	4,69
F 2	4,53	4,20	3,74	3,50
F 3	5,10	4,59	3,90	3,39
F 4	3,20	2,88	2,94	2,70
F 5	5,22	4,80	4,23	3,89
F 6	4,22	3,85	3,71	3,39
F 7	2,01	2,00	1,87	1,78
F 8	1,61	2,07	1,96	1,92
F 9	2,00	2,44	1,82	2,18
F 10	6,85	6,60	7,43	7,92
Mark b)	111,53	118,38	103,46	99,54

c) Von 1000 Berechtigten wohnten in Orten mit mehr als 10 000 Einwohnern (in Klammern Einzelwerte)

Wahlkreis (Ort)	1898	1903	1907	1912
B 1—6	379,45	376,95	373,10	344,00
P 1 (Wittenberge)	3,24	3,31	3,30	3,57
P 2	0,00	0,00	0,00	0,00
P 3 (Neuruppin)	3,05	2,76	2,57	2,32
P 4	5,50	3,48	3,08	2,91
(Prenzlau	3,71	3,48	3,08	2,91)
(Schwedt	1,79	0,00	0,00	0,00)
P 5 (Eberswalde)	4,01	4,24	4,04	4,09
P 6	24,42	30,36	48,14	62,32
(Reinickendorf	2,87	3,44	4,26	6,98)
(Pankow	3,62	5,01	6,13	8,19)
(Boxhagen-Rummelsburg	3,34	3,76	7,39	9,02)
(Weißensee	6,40	6,88	6,74	6,98)
(Lichtenberg	8,19	8,86	10,75	14,22)
(Friedrichshagen	0,00	2,40	2,48	2,42)
(Oranienburg	0,00	0,00	1,99	2,17)
(Tegel	0,00	0,00	2,54	3,11)

(Noch Tabelle II 2)

Wahlkreis (Ort)	1898	1903	1907	1912
(P 6) (Friedrichsfelde	0,00	0,00	2,88	3,49)
(Oberschöneweide	0,00	0,00	2,98	3,74)
(Niederschönhausen	0,00	0,00	0,00	2,83)
P 7	22,25	21,43	20,55	21,30)
(Spandau	12,72	12,33	11,98	13,28)
(Potsdam	9,53	9,10	8,57	8,02)
P 8	12,86	12,86	12,32	11,92)
(Brandenburg	8,91	8,63	8,26	7,92)
(Rathenow	3,95	4,23	4,06	3,99)
P 9 (Luckenwalde)	4,24	3,89	3,85	3,74
P 10	87,03	110,78	147,86	191,93
(Charlottenburg	35,01	40,46	46,78	51,41)
(Rixdorf	17,34	21,44	32,36	42,72)
(Schöneberg	16,43	22,34	26,42	28,23)
(Wilmersdorf	4,71	7,72	11,80	17,91)
(Steglitz	3,98	4,72	6,56	11,68)
(Friedenau	0,00	2,59	3,64	6,54)
(Lichterfelde	3,45	5,17	6,11	6,52)
(Köpenick	3,77	4,09	5,01	4,81)
(Treptow	0,00	0,00	2,48	4,76)
(Tempelhof	0,00	0,00	2,17	4,13)
(Nowawes	2,15	2,21	2,12	3,86)
(Mariendorf	0,00	0,00	0,00	2,95)
(Zehlendorf	0,00	0,00	2,25	2,73)
(Britz	0,00	0,00	0,00	1,91)
(Adlershof	0,00	0,00	0,00	1,73)
F 1	0,00	0,00	0,00	0,00
F 2 (Landsberg)	6,34	6,38	5,91	5,48
F 3 (Küstrin)	3,02	2,75	2,61	2,53
F 4	14,86	13,94	13,89	12,67
(Frankfurt	11,69	10,90	10,56	9,40)
(Fürstenwalde	3,17	3,04	3,33	3,27)
F 5	0,00	0,00	0,00	0,00
F 6 (Sommerfeld)	2,44	2,20	2,00	1,73
F 7 (Guben)	6,23	5,95	5,84	5,58
F 8	9,60	9,02	8,37	7,80
(Sorau	2,95	2,82	2,57	2,49)
(Forst	6,65	6,20	5,80	5,31)
F 9	9,32	8,84	9,49	9,02
(Kottbus	7,22	6,88	7,67	7,32)
(Spremberg	2,10	1,96	1,82	1,70)
F 10 (Finsterwalde)	0,00	2,04	2,02	2,01
Mark c)	597,70	621,22	668,80	695,36

(Noch Tabelle 2 II)

	1898	1903	1907	1912
Mark a)	290,77	260,42	227,74	205,12
Mark b)	111,53	118,38	103,46	99,54
Mark c)	597,70	621,22	668,80	695,36

Durch Abrundungen bei den vielen kleinen Einzelzahlen ergeben sich unvermeidbar in den Endsummen leichte Differenzen (bis zu ± 0,12).

Absolute Zahlen in vollen 100:

Mark a)	3072	3126	3080	3123
Mark b)	1179	1422	1399	1515
Mark c)	6318	7455	9045	10586

Tabelle 3

Männliche zahlende Mitglieder der Sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgebung nach den Jahresberichten 1908 ff.

Kreis	vor 1901	Ende 1901	Ende 1902	Ende 1903	Ende 1904	Ende 1905	Ende 1906	Ende 1907	Ende 1908
B 1					468	700	614	784	655
B 2					3 086	3 250	4 827	5 292	5 872
B 3					1 685	2 250	2 350	2 542	2 284
B 4					7 339	8 650	13 834	19 217	19 255
B 5					908	1 600	1 761	1 704	1 550
B 6					10 348	11 000	16 950	22 821	22 726
P 6		2 671	3 526	4 150	5 281	6 050	6 205	9 094	10 456
P 10	3 000	3 427	5 326	8 350	10 112	11 903	18 377	20 373	20 479
Summe			29 000	33 000	36 513	41 700	64 918	82 427	83 277

Kreis	30. 6. 1910	30. 6. 1911	30. 6. 1912	31. 3. 1913	31. 3. 1915
B 1	697	892	808	862	638
B 2	4 418	4 744	5 136	5 200	3 845
B 3	2 210	2 389	2 739	2 818	1 632
B 4	20 131	20 415	20 845	18 915	15 023
B 5	1 630	1 860	2 000	2 016	1 834
B 6	25 472	26 415	26 615	26 537	18 407
P 6	11 262	12 996	15 018	14 785	12 725
P 10	(22 705)	24 360	26 569	26 560	23 799
Summe	88 525	94 071	99 730	97 693	77 903

Letzte Vorkriegsziffer Ende März 1914: 95 324

(Noch Tabelle 3)

Männliche zahlende Mitglieder der Sozialdemokratischen Wahlvereine der Provinz Brandenburg nach dem Bericht der Parteikonferenz vom 11. 9. 1910 und den Jahresberichten 1910/11, 1913/14

Kreis	30. 6. 1908	30. 6. 1909	30. 6. 1910	30. 6. 1911	31. 3. 1913	31. 3. 1914
P 1	515	451	500	492	836	1 004
P 2	97	92	86	99	63	158
P 3	803	500	546	527	510	443
P 4	446	505	595	551	614	735
P 5	538	479	950	825	844	866
P 7	2 028	2 037	2 565	2 575	2 959	2 898
P 8	3 249	3 112	3 888	4 209	4 408	5 236
P 9	2 388	2 208	2 442	2 605	2 770	3 538
F 1	273	201	156	194	227	340
F 2	407	395	583	848	951	1 210
F 3	354	260	380	391	482	665
F 4	984	1 062	1 212	1 517	1 729	1 695
F 5	137	75	130	290	208	210
F 6	310	347	429	541	612	703
F 7	782	833	965	1 287	1 402	1 560
F 8	1 628	1 753	1 897	1 983	2 597	2 730
F 9	1 520	1 749	1 866	2 184	2 407	2 443
F 10	1 035	1 106	1 410	1 610	1 858	2 151
Summe	17 494	17 165	20 600	22 728	25 477	29 585

Tabelle 4

Die Auflageziffern der drei sozialistischen Tageszeitungen

Jahr	Vorwärts	Brandenb. Zeitung	Märkische Volksstimme
1897/98	52 000		
1898/99	53 000		
1899/00	52 000		
1900/01	55 000		
1901/02	57 000		
1902/03	78 000		
1903/04	89 000		
1904/05	88 000		
1905	101 600		
1906	(104 800)	9 200	9 952
1907	136 600	11 966	11 350
1908	(122 600)	11 580	11 907
1909	(156 800)	10 922	11 661
1910	(138 000)	12 582	12 185
1911	(140 000)	13 351	13 156
1912	161 200	16 586	16 133
1913	156 700	14 425	14 659
1914		15 700	13 829

(Noch Tabelle 4)

Den „Vorwärts" bezogen im Jahre bzw. Wahlkreise

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913
B 1	(500)	(550)	(450)	(450)	(500)	(500)	577	609
B 2	5 440	(6 421)	(6 000)	5 995	(6 200)	(6 300)	7 200	6 607
B 3	2 460	(2 904)	(2 800)	(2 800)	(2 900)	(2 950)	3 150	3 000
B 4	(22 631)	26 713	24 101	(25 500)	26 071	(26 370)	27 939	26 422
B 5	(2 900)	(2 950)	(2 850)	(2 850)	(2 900)	(2 924)	3 628	3 260
B 6	(28 948)	34 169	32 415	(33 705)	36 744	(35 095)	43 547	40 748
P 6	12 495	13 570	12 968	(13 488)	15 798	(17 822)	22 115	21 672
P 10	24 355	28 355	27 084	28 200	(31 200)	33 669	39 472	38 909

Außerdem liegen aus P 6 (Niederbarnim) noch Angaben vor für

1902	1903	1904	1905
4000	5679	6802	8649

sowie für P 10 1905: 17 526

Den „Vorwärts" bezogen in Groß-Berlin (Berlin, P 6 und P 10)

1897	1898	1899	1900	1901	1902	1903	1904	1905
46 800	47 100	46 800	49 500	51 300	70 200	80 100	79 900	91 440

Auf die „Brandenburger Zeitung" waren abonniert in

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
P 1	253	252	348	343	363	323	438	401	485
P 2	20	34	23	15	36	46	83	65	42
P 3	281	355	333	298	344	484	725	482	596
P 4	216	323	328	381	489	506	677	496	649
P 5	318	267	492	397	555	518	618	508	569
P 6	287	652	216	194	254	314	336	325	282
P 7	1861	2142	2106	1893	2198	2193	2604	2376	2379
P 8	4059	5659	5465	5228	5702	6028	7034	6370	6860
P 9	1498	1801	1729	1572	1936	2142	3083	2483	2919
P 10	358	426	468	544	645	720	873	846	836

Auf die „Märkische Volksstimme" (* ab 1911 „Neumärkische") waren abonniert in

	1906	1907	1908	1909	1910	1911	1912	1913	1914
F* 1	63	93	108	84	68	(76)	(92)	(86)	(80)
F* 2	165	266	204	207	214	(240)	(290)	(272)	(252)
F* 3	92	81	104	157	152	(170)	(206)	(193)	(179)
F 4	1135	1179	1181	1165	1206	1416	1781	1772	1673
F 6	231	331	411	371	423	453	636	606	570
F 7	959	1447	1546	1460	1636	1961	2152	2010	1993
F 8	3115	3303	3191	3025	3064	3231	3665	3420	3300
F 10	1314	1513	1628	1690	1923	2121	2647	2568	2482
F 9	2476	2610	2883	2862	2971	3324	4263	3503	3112
P 10		30	215	170	159	236	281	295	293

Tabelle 5

Die Ergebnisse der Reichstagshauptwahlen in den einzelnen Wahlkreisen

Relative Zahlen,
die Gesamtzahl der in den Kreisen jeweils Wahlberechtigten gleich 100 gesetzt

Es bedeuten:

N Nichtwähler
U ungültige und für Splitterparteien einschl. Polen abgegebene Stimmen
Z Zentrum
S Sozialdemokraten

F Linksliberale
NL oder L Rechtsliberale
R Freikonservative
K Konservative
A Antisemiten

[1] Bodenreformer
[2] Deutsch-Soziale
[3] zwischen konservativ und liberal stehend
[4] Liberale Vereinigung
[5] liberal ohne nähere Kennzeichnung
[6] wild-konservativ
[7] gemäßigt liberal
[8] Bund der Landwirte
[9] Liberale Reichspartei
[10] National-Soziale
[11] Christlich-Soziale

Hauptwahlen fanden statt am

3. März 1871	27. Oktober 1881	16. Juni 1898
10. Januar 1874	28. Oktober 1884	16. April 1903
10. Januar 1877	21. Februar 1887	25. Januar 1907
30. Juli 1878	20. Februar 1890	12. Januar 1912
	15. Juni 1893	

Hierzu die Kartenskizzen auf SS. V bis XI.

(Noch Tabelle 5)

B 1	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	64,10	68,47	54,20	22,30	15,90	25,30	19,90	27,70	24,10	32,10	26,30	18,90	16,42
U	0,76	0,47	0,46	0,53	1,67	0,67	0,32	0,51	9,05	0,40	0,59	0,49	0,71
Z	0,74	1,12	0,55	1,08	0,50	0,15	0,00	1,08	1,21	1,49	1,61	1,70	1,25
S	7,19	2,98	6,88	11,53	0,17	3,79	10,14	16,94	20,16	19,29	30,39	30,97	32,88
F	22,51	22,05	19,69	49,31	47,44	38,91	36,90	31,57	26,15	30,06	24,37	4,77[1] 37,19	45,14
NL	0,00	1,17	18,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,16	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	32,74	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	4,70	3,74	0,18	15,25	34,32	31,18	0,00	22,30	14,02	11,31	16,74	5,98	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,15	5,35[10]	0,00	0,00	3,60[2]
B 2													
N	63,68	68,01	53,00	21,40	20,90	31,40	21,60	26,00	22,40	28,60	22,30	18,40	18,40
U	0,78	0,77	0,47	0,28	0,71	0,48	0,39	0,30	0,38	0,34	0,59	1,99	0,53
Z	0,30	0,62	0,33	0,63	0,31	0,34	0,00	0,59	0,77	1,00	1,32	1,54	1,22
S	2,19	4,91	13,06	20,62	7,48	16,33	22,64	28,06	35,39	34,21	43,04	42,55	48,68
F	26,29	21,41	18,73	43,04	42,89	29,31	25,46	25,33	19,29	21,03	19,74	30,88	27,92
NL	0,00	0,00	14,14	0,00	0,08	0,00	0,00	0,07	4,03	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	13,64	0,08	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	6,76	4,28	0,27	0,39	27,55	22,14	29,91	19,65	17,58	14,82	13,01	4,64	3,25
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,16	0,00	0,00	0,00	0,00
B 3													
N	61,44	65,01	47,70	19,80	19,80	27,60	19,00	26,30	18,30	23,00	19,70	15,20	17,30
U	0,80	0,37	0,57	0,40	0,48	0,29	0,24	1,25	0,30	0,45	0,78	0,76	0,86
Z	0,44	0,92	0,42	0,88	0,64	0,50	0,00	0,95	0,98	1,23	1,44	1,44	1,24
S	10,31	7,67	16,41	25,76	9,58	20,02	27,16	36,26	39,07	36,97	47,95	46,50	54,56
F	25,07	25,04	28,39	47,36	47,93	30,35	31,12	34,07	0,08[1] 24,30	26,05	18,46	30,69	24,15
NL	0,00	0,00	6,51	0,00	0,00	0,00	22,48	0,66	3,02	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	1,94	0,99	0,00	4,80	21,57	21,24	0,00	0,51	0,00	0,00	11,76	5,41	0,00
A	0,00	0,00	0,00	1,00[11]	0,00	0,00	0,00	0,00	13,95	12,30	0,00	0,00	1,89[11]
B 4													
N	78,12	64,23	54,70	18,50	23,80	30,60	28,50	36,70	29,90	35,90	22,50	18,60	18,30
U	0,51	0,71	0,41	0,47	0,31	0,28	0,43	0,63	0,38	0,52	1,14	1,48	1,38
Z	0,16	0,72	0,23	0,65	0,38	0,28	0,00	0,75	0,91	1,28	1,70	2,03	1,79
S	8,31	13,41	25,19	40,39	24,76	35,22	40,51	45,57	49,88	46,71	59,39	61,18	66,90
F	12,23	20,65	19,02	33,33	35,63	18,75	13,08	16,03	10,48	8,05	7,79	11,74 0,03	9,58
NL	0,00	0,00	0,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,21	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	6,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	0,67	0,28	0,00	0,00	15,12	14,87	17,48	0,19	8,03	0,00	7,48	4,94	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,66[11]	0,00	0,00	0,00	0,13	0,21	7,54	0,00	0,00	1,95[11]

(Noch Tabelle 5)

B 5	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	72,16	72,77	60,00	22,10	19,90	33,00	25,50	31,16	25,28	32,80	26,20	22,80	25,70
U	0,65	0,58	0,64	0,63	0,96	0,54	0,29	0,36	0,64	0,44	0,63	0,62	0,59
Z	0,26	0,95	0,47	0,85	0,24	0,33	0,00	0,70	0,82	1,07	1,42	1,37	1,77
S	4,93	6,06	10,88	17,83	0,95	9,07	16,27	22,68	31,14	31,94	43,04	43,53	51,90
F	18,65	18,48	25,71	52,39	52,76	33,20	34,17	31,53	25,09	23,31	19,24	26,68	17,60
									0,15[1]				
NL	0,00	0,00	2,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,42	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	3,35	1,16	0,00	6,20	25,19	23,86	23,77	13,57	0,00	0,00	0,00	4,54	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	16,46	10,44	9,47	0,46	2,44[2]

B 6													
N	80,07	70,94	53,50	20,10	29,80	31,70	31,40	34,80	33,00	38,60	32,10	28,50	19,30
U	0,45	0,58	0,33	0,46	0,42	0,14	0,28	0,19	0,26	0,43	0,64	0,79	0,91
Z	0,78	0,65	0,23	0,48	0,35	0,27	0,00	0,59	0,80	1,22	1,49	2,03	1,93
S	4,47	12,98	23,20	32,51	19,21	32,38	35,22	40,47	42,42	41,32	48,20	51,11	64,86
F	12,70	14,26	17,46	43,41	34,09	18,40	13,61	13,60	10,35	7,47	8,53	10,84	8,19
									0,07[1]			0,03	
NL	0,00	0,00	5,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,27	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	19,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	1,53	0,59	0,00	1,35	16,13	17,11	0,00	10,35	12,63	0,00	9,00	6,70	4,81
A	0,00	0,00	0,00	1,69[11]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,20	10,96	0,04[10]	0,00	0,00

P 1													
N	62,71	56,82	55,70	48,60	35,40	35,70	24,50	30,20	28,30	30,00	25,00	16,40	17,10
U	0,16	0,19	0,26	0,30	0,26	0,26	0,38	0,35	0,25	0,12	0,21	0,25	0,34
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,22	0,00	0,17
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,53	1,95	10,30	12,24	20,74	18,19	24,69
F	0,00	0,00	0,00	0,00	35,68	25,96	24,76	31,07	25,32	20,08	12,65	13,10	21,46
NL	9,65	17,49	20,23	16,85	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,32	0,00	0,00	0,00	0,00	29,10	35,19	52,06	36,24
K	27,48	25,50	23,81	34,25	28,34	37,89	49,83	36,43	35,83	0,00	0,00	0,00	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	8,46	5,99	0,00	0,00

P 2													
N	56,14	50,70	47,50	43,10	48,00	42,30	27,30	20,90	26,60	31,40	30,50	16,20	18,10
U	0,31	4,05	0,42	0,21	0,21	0,17	0,22	0,39	0,25	0,39	0,41	0,25	0,29
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,16	8,20	10,39	11,08	9,36	12,42
F	0,00	0,00	18,14	27,89	28,31	20,16	21,02	42,23	24,60	17,70	11,28	3,76	0,25
NL	19,98	23,11	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	22,14	33,94	28,80	0,00	37,37	51,46	36,32	0,00	0,00	0,00	28,41	68,94
K	23,57	0,00	0,00	0,00	23,48	0,00	0,00	0,00	40,35	40,12	46,73	35,76	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,26	0,00

(Noch Tabelle 5)

P 3	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	61,28	61,37	59,00	56,60	55,80	48,50	27,73	28,30	31,90	35,30	28,00	18,60	21,30
U	0,33	0,71	0,25	0,32	0,26	0,36	0,40	0,50	0,27	0,18	0,31	0,21	0,35
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S	3,65	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,93	1,57	10,80	14,28	22,25	21,44	25,49
F	0,00	8,12	0,12	0,00	15,31	19,25	20,73	28,51	24,51	15,24	16,79	16,15	18,90
NL	0,12	0,00	10,83	10,95	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	1,16[9]	29,80	29,80	32,13	28,63	0,00	0,00	4,84[3]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	33,46	0,00	0,00	0,00	0,00	31,89	50,21	36,28	32,52	30,87	32,65	43,60	33,96
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,13	0,00	0,00	0,00

P 4													
N	63,28	63,80	65,30	55,40	44,70	57,10	38,00	38,40	32,60	34,60	31,80	21,90	18,10
U	0,23	1,80	0,24	0,00	0,61	0,26	0,49	0,49	0,55	0,33	0,76	0,28	0,22
Z	0,00	0,00	0,00	0,13	0,11	0,13	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S	0,00	0,00	0,35	0,67	0,00	0,25	1,48	6,86	13,42	14,85	18,96	15,50	18,71
F	0,00	0,00	0,00	2,84[4]	24,47[4]	9,88	10,23	13,55	5,57	2,80	3,72	13,63	21,48
NL	7,33	0,00	0,00	6,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	6,52	18,71	13,92	1,91	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	22,64	15,69	20,19	32,24	30,11	32,38	49,80	40,70	43,56	39,41	44,76	48,69	41,49
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,30	8,01	0,00	0,00	0,00

P 5													
N	57,03	53,46	47,10	39,40	30,80	27,90	18,10	20,20	19,30	24,30	21,90	15,20	16,20
U	0,34	0,58	0,37	0,32	0,21	0,36	0,41	0,40	0,25	0,35	0,33	0,21	0,38
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,59	0,00
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,16	7,79	22,31	25,19	33,09	31,98	35,16
F	0,00	0,00	13,16	29,78[4]	42,19[4]	37,88[5]	38,67	31,87	22,14	21,80	13,31	23,43	25,13
NL	19,40	26,69	12,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	23,23	16,27	27,11	30,50	26,80	33,86	42,66	39,74	36,00	28,36	31,37	28,59	0,00
K	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23,13
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

P 6													
N	57,02	50,83	45,30	38,40	44,40	39,40	23,10	23,90	27,30	32,40	25,00	15,60	14,71
U	0,41	0,89	0,60	0,36	0,33	0,36	0,31	0,38	0,34	0,45	0,74	0,99	0,91
Z	0,00	0,00	0,00	0,12	0,00	0,00	0,00	0,30	0,36	1,01	0,97	1,42	1,57
S	0,00	10,12	11,35	10,54	3,38	9,83	17,17	34,34	35,42	36,64	44,78	51,18	60,73
F	0,00	0,00	18,09	25,87	22,21	20,32	18,94	10,84	7,75	6,74	4,70	0,08	8,91
NL	14,06	10,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,76[3]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	27,73	24,66	24,71	29,68	30,09	40,48	29,48	0,00	0,00	0,00	30,71	0,00
K	28,51	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	23,11	22,09	23,81	0,00	13,17
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	5,72	0,67	0,00	0,02[11]	0,00

(Noch Tabelle 5)

P 7	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	61,99	64,54	58,80	34,90	33,20	34,60	21,80	27,20	25,60	23,70	19,40	10,10	10,50
U	0,38	0,41	0,29	0,39	0,27	0,39	0,47	0,36	0,17	0,37	0,36	0,42	0,39
Z	0,00	0,00	0,57	0,71	0,27	0,26	0,00	0,29	0,82	1,07	0,80	1,52	1,43
S	0,00	1,83	4,47	0,00	0,00	0,91	4,82	15,01	26,28	29,06	35,94	37,66	42,28
F	21,62	0,34 [H]	20,95 [H]	38,10 [H]	41,42	34,49	31,98	26,32	16,40	12,55	11,98	18,02	21,76
NL	0,00	21,64	0,00	5,13[5]	0,00	0,00	0,00	0,15[3]	3,27	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	30,67	0,00	0,00	0,00	2,51[6]	23,64
K	16,01	11,24	14,92	20,77	24,84	29,35	40,93	0,00	19,74	33,25	31,52	29,77	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7,72	0,00	0,00	0,00	0,00

[H] Hospitant

P 8													
N	48,25	41,73	34,60	29,50	23,50	28,00	13,50	15,10	17,90	15,70	14,70	9,20	8,10
U	0,27	0,13	0,26	0,14	0,23	0,14	0,09	0,08	0,15	0,25	0,18	0,47	0,29
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,39	0,00	0,00	0,27	0,00
S	10,40	18,43	14,22	7,32	8,24	17,18	22,64	30,62	34,54	37,86	42,73	41,73	46,03
F	17,93	21,23	22,49	27,86	41,49[4]	23,35	26,79	27,82	18,46	16,41	17,28	22,08	22,56
NL	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25,02	0,00	0,00	26,25	15,68
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	6,68	0.00	0,17[3]	0,00	0,00	25,11	0,00	0,00
K	23,15	18,48	28,43	35,18	26,54	24,65	36,98	26,21	0,00	29,78	0,00	0,00	7,34
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,54	0,00	0,00	0.00	0,00

P 9													
N	64,43	54,18	55,70	44,70	49,90	49,67	30,70	29,80	31,90	33,50	27,80	13,10	14,00
U	0,40	0,77	0,35	0,51	0,30	0.16	0,21	0,21	0,36	0.21	0,29	0,29	0,30
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0.00	0,17	0,17
S	2,07	6,04	6,18	2,76	1,70	3,46	8,85	20,32	23,08	21,90	30,38	31,18	33,94
F	0,00	0,00	18,87	24,96	26,42	20,19	20,40	13,17	11,74	19,51	10,44	16,11	23,48
NL	7,73	19,86	0,66	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,24	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,26	24,07	0,00	0,00	0,00	5,32[3]	0,00	0,00	31,09	39,15	28,11
K	25,37	19,15	17,98	0,00	21,68	26,52	39,84	31,18	30,68	24.88	0,00	0,00	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

P 10													
N	60,27	67,24	59,70	41,50	38,00	35,90	22,10	24,24	24,30	35,95	27,08	19,20	17,40
U	0,31	0,76	0,32	0,55	0,43	0,38	0,31	0,43	0,26	0,46	0.80	0,82	0,73
Z	0,00	0,00	0,08	0,29	0,06	0,19	0,00	0,34	0,45	0,91	1,10	1,13	1,15
S	0,00	4,30	6,50	11,37	2,84	9,51	16,00	29,07	35,72	31,63	40,34	42,00	48,31
F	0,00	0,00	9,54	16,65	26,71	20,60	15,46	11,28	9,36	8,44	6,40	15,77	23,53
NL	10,92	14,32	12,19	6,09	0,25	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,16	0,00	0,00
R	0,00	0,00	6,14	0,00	0,00	0,00	0,00	1,02[3]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	28,50	13,38	5,53	23,55	31,71	33,42	46,13	33,49	21,07	21,07	20,05	21,08	8,64
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,13	8,84	1,54	0,07[10]	0,00	0,24[11]

(Noch Tabelle 5)

F 1	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	58,41	58,20	52,80	23,90	51,50	44,60	28,50	39,00	35,40	36,70	40,40	20,40	17,10
U	0,24	0,86	0,42	0,28	0,33	0,33	0,57	0,37	0,17	0,30	0,54	0,38	0,33
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,61	3,61	6,57	15,03	16,82	20,83
F	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	26,04	7,04	6,50	2,84	0,22	0,00
NL	0,53	20,80	18,15	25,80	21,21[4]	26,52	29,89[7]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,98
R	*14,26	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,42[8]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	26,56	20,14	28,63	50,02	26,96	28,55	41,04	29,56	14,53	20,26	12,07[3]	0,00	26,53
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	39,25	29,67	29,12	62,18	22,23

* ebenfalls K

F 2													
N	58,82	54,34	49,40	43,10	42,10	43,70	28,60	22,50	38,60	33,40	26,30	17,10	16,10
U	0,28	0,27	0,45	0,26	0,23	0,12	0,21	0,38	0,21	0,27	0,30	0,28	0,32
Z	0,00	0,00	0,00	0,17	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,15	0,00	0,00
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,85	9,98	16,47	22,11	20,25	27,50
F	0,00	0,00	1,06	26,48[4]	29,21[4]	23,42	29,69	44,09	16,97	17,06	14,99	19,25	0,00
NL	15,43	24,59	21,40	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	18,05
R	0,00	20,80	22,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	25,47	0,00	5,49	29,99	28,46	32,76	41,50	32,18	24,07	32,80	36,15	43,12	38,03
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	10,17	0,00	0,00	0,00	0,00

F 3													
N	62,07	59,37	55,00	55,50	51,30	32,40	22,98	27,00	32,30	33,80	27,30	16,60	17,70
U	0,18	0,31	0,31	0,61	0,24	0,47	0,31	0,44	0,27	0,33	0,46	0,41	0,36
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,32	11,54	15,86	16,29	23,60	21,00	24,25
F	0,00	0,00	3,94	0,00	23,26	33,73	29,54	20,17	11,07	12,59	11,36	10,04	18,11
NL	13,56	21,69	13,96	15,20	0,00	0,00	0,00	0.00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	24,19	15,83	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,29[3]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	0,00	2,80	26,79	28,69	25,20	33,40	46,85	40,56	40,50	32,51	37,28	45,31	39,58
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4,48	0,00	6,64	0,00

F 4													
N	74,79	50,44	60,60	38,00	47,00	45,40	30,00	25,10	24,90	26,40	18,80	15.10	12,30
U	0,38	1,03	0,59	0,36	0,42	0,16	0,21	0,23	0,29	0,26	0,26	0,37	0,49
Z	0,00	0,42	0,39	0,56	0,47	0,49	0,00	0,30	0,07	0,52	0,00	0,59	0,00
S	0,97	9,22	8,14	4,50	2,32	4,41	7,40	22,35	28,38	29,73	36,91	34,43	40,59
F	0,00	0,00	1,68	0,00	29,29[4]	24,06	20,19	19,14	12,96	16,44	0,00	0,00	0,00
NL	20,22	38,89	18,35	27,40	0,16	0,11[7]	12,37	3,81	0,00	0,00	20,23	28,00	25,67
R	0,00	0,00	0,00	29,18	0,16	25,37	0,00	0,37[3]	33,40	26,65	0,00	21,51	0,00
K	3,64	0,00	10,25	0,00	20,18	0,00	29,83	28,70	0,00	0,00	23,80	0,00	20,95
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

(Noch Tabelle 5)

F 5	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	72,80	65,80	59,50	64,60	72,80	47,20	41,10	54,00	48,80	49,50	38,10	19,20	21,70
U	0,40	1,20	0,28	0,52	0,65	0,32	0,52	0,87	0,51	0,57	0,49	0,31	0,37
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
S	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,28	5,15	6,79	7.89	7,90	15,74
F	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	20,63	11,49	8,23	4,23	0,20	0,00	4,27	2,88
NL	4,50	0,90[9]	18,86	5,17	4,49	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	11,60	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	22,30	20,50	21,36	29,71	22,06	31,85	46,89	36,62	38,40	31,68	29,50	42.86	43,18
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,91	11,26	24,02	25,46	16,13

F 6													
N	53,70	55,80	55,90	54,50	52,50	53,80	36,20	43,30	34,60	39,50	25,40	15,00	17,00
U	0,60	2,10	0,53	0,47	0,28	0,38	0,32	0,84	0,32	0,44	0,27	0,24	0,39
Z	0,00	0,00	0,13	1,59	1,80	1,98	0,00	1,46	1,31	0,00	0,00	2,71	0,00
S	0,00	0,00	0,18	0,00	0,00	0,60	2,74	6,81	9,06	10,84	15,92	15,77	21,58
F	0,00	0,00	0,00	0,00	15,91[4]	8,69	7,89	14,23	18,39	18,25	20,09	23,22	23,57
NL	10,90	13,90	15,71	12,82	0,00	0,00	1,84[7]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,24[3]	0,00	0,00	38,32	43,06	37,46
K	34,80	28,20	27,55	30,62	29,51	34,55	51,01	32,12	36,32	29,22	0,00	0,00	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	1,75	0,00	0,00	0,00

F 7													
N	61,30	59,40	50,60	40,30	38,50	34,70	29,70	22,00	22,00	24,00	23,20	14,80	14,20
U	0,30	0,90	0,20	0,32	0,24	0,13	0,14	0,39	0,16	0,15	0,20	0,40	0,26
Z	0,00	0,00	0,00	0,65	0,00	0,59	0,21	0,16	0,62	0,00	0,61	0,25	0,00
S	0,00	1,40	0,89	0,00	0,00	1,76	5,40	13,22	13,87	19,04	24,59	23,58	28,82
F	12,10	0,00	20,34	0,00	29,86[4]	18,70	10,74	4,43	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
NL	0,00	21,70	1,18	25,41	0,00	0,00	0,00	40,44[5]	0,00	35,50	33,63	60.97	35,93
R	0,00	0,00	0,00	0,00	31,40	44,12	53,81	0,00	15,27	0,00	0,00	0,00	0,00
K	26,30	16,60	26,79	33,32	0,00	0,00	0,00	19,36	0,00	21,31	17,77	0,00	20,79
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	48,08	0,00	0,00	0,00	0,00

F 8													
N	50,30	44,30	38,00	30,12	39,70	30,30	12,50	14,30	15,10	18,60	11,90	8,70	8,70
U	0,20	0,60	0,93	0,20	0,24	0,14	0,09	0,17	0,25	0,08	0,54	0,58	0,88
Z	0,00	0,00	7,98	8,76	0,30	0,76	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,36	0,45
S	0,00	9,80	18,78	11,63	11,74	17,46	17,83	26,28	30,17	35,86	40,67	38,29	44,94
F	0,00	4,60	0,00	0,00	24,31[4]	21,08	19,23	26,37	19,91	21,23	0,00	0,00	0,00
NL	26,50	35,10	34,13	15,82	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	46,89	52,07	45,03
R	0,00	0,00	0,00	28,96	23,71	0,00	50,35	32,88	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	23,00	5,60	0,18	0,00	0,00	30,26	0,00	0,00	34,57	24,23	0,00	0,00	0,00
A	0,00	0,00	0,00	4,51[11]	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00

(Noch Tabelle 5)

F 9	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
N	60,16	52,54	43,10	35,00	40,70	27,90	21,70	18,90	18,90	19,10	14,20	9,70	10,60
U	0,17	0,17	0,11	0,23	0,29	0,21	0,08	0,16	0,23	0,15	0,25	0,43	0,60
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,68	0,45	0,00
S	0,00	2,99	9,31	6,36	4,79	13,02	18,15	24,23	26,96	31,57	33,54	31,25	35,81
F	7,38	0,00	9,20	24,86	24,95	20,80	17,99	23,01	19,59	19,87	13,43	19,00	25,65
NL	3,39	22,72	11,53	0,00	0,00	0,00	3,21	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37,90	39,17	27,34
K	28,90	21,58	26,75	33,55	29,03	38,07	38,87	33,70	34,32	27,13	0,00	0,00	0,00
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	2,18	0,00	0,00	0,00
F 10													
N	51,79	45,97	47,50	40,60	44,30	43,10	29,30	25,40	21,10	28,40	21,70	14,40	13,10
U	0,08	0,44	0,10	0,16	0,22	0,28	0,28	0,30	0,29	0,24	0,28	1,81	2,24
Z	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,23	0,00	0,00
S	0,00	4,39	1,73	0,71	0,00	0,62	3,81	9,89	13,61	17,57	26,87	25,54	30,99
F	0,00	26,04	9,27	0,00	15,72[4]	12,88	12,90	23,13	20,38	14,72	15,07	14,95	0,00
NL	0,00	0,00	4,09	12,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	25,71
R	35,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	13,13	23,16	37,31	45,72	39,76	43,12	53,71	41,28	44,62	39,07	35,85	43,30	27,96
A	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Berlin													
N	73,94	67,99	53,70	20,30	23,20	30,50	26,00	31,90	27,70	34,03	26,30	22,60	19,20
U	0,57	0,59	0,41	0,68	0,69	0,28	0,37	0,57	0,84	0,43	0,73	1,22	0,97
Z	0,39	0,79	0,32	0,70	0,38	0,35	0,00	0,68	0,86	1,20	1,54	1,84	1,68
S	5,59	8,79	18,08	27,98	13,82	24,11	29,63	35,81	40,41 0,05[1]	39,15	49,04	50,87 0,14[1]	60,54
F	16,89	20,06	20,71	42,57	40,76	25,01	21,30	21,30	15,50	13,99	12,55	17,69	14,15
NL	0,00	0,13	6,73	0,00	0,00	0,00	2,36	0,07	1,52	0,00	0,00	0,00	0,00
R	0,00	0,00	0,00	4,00	0,00	0,00	7,52	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
K	2,62	1,65	0,05	3,07	21,15	19,75	12,82	9,77	10,39	3,40	9,10	5,61	2,57
A	0,00	0,00	0,00	0,70	0,00	0,00	0,00	0,00	2,73	7,80	0,74	0,03	0,89
Mark													
N	64,10	59,03	53,10	36,04	37,36	36,77	26,17	28,98	27,56	32,20	25,43	18,41	16,74
U	0,37	0,81	0,38	0,32	0,43	0,30	0,32	0,43	0,49	0,38	0,60	0,82	0,78
Z	0,11	0,22	0,39	0,65	0,23	0,26	0,00	0,38	0,51	0,68	0,87	1,17	1,05
S	1,17	4,84	8,18	10,99	5,66	11,73	15,97	23,77	29,16 0,02[1]	29,98	38,48	40,17 0,06[1]	47,74
F	7,67	7,14	11,82	20,21	22,12 8,53[4]	22,34	20,04	20,98	14,49	12,95	9,98	14,02	15,28
NL	6,52	12,58	9,36	8,11	0,14	0,82	1,25	1,17 0,52[3]	2,52	0,77	2,92	3,43	3,58
R	3,10	5,99	5,53	8,34	4,52	4,98	9,21	4,78	2,19	1,88	4,22 0,21[8]	7,40	3,93
K	16,96	9,39	11,24	14,80	21,01	22,89	26,04	18,97	19,18	16,56	16,00	12,96	10,02
A	0,00	0,00	0,00	0,54	0,00	0,00	0,00	0,02	3,88	4,60	1,29	1,56	0,88

Tabelle 6

Es bestanden

	K-Kandidaturen	in Wahlkreisen	R-Kandidaturen	in Wahlkreisen	L-Kandidaturen	in Wahlkreisen	F-Kandidaturen	in Wahlkreisen	S-Kandidaturen	in Wahlkreisen	A-Kandidaturen	in Wahlkreisen
1871	28	24	6	6	16	13	16	13	16	10	0	0
1874	24	22	6	6	16	16	14	12	27	16	0	0
1877	20	17	9	9	25	22	26	19	19	18	0	0
1878	20	18	10	10	15	13	22	16	15	15	4	4
1881	22	21	8	8	5	5	24	24	17	13	0	0
1884	18	18	6	6	6	5	26	25	23	22	0	0
1887	26	21	12	12	7	7	27	26	27	26	1	1
1890	26	21	13	13	6	6	27	26	27	26	1	1
1893	20	20	3	3	9	9	25	25	26	26	17 3[1]	15 3
1898	18	18	4	4	1	1	25	25	26	26	14	14
1903	16	16	7	7	4	4	22	22	26	26	7 1[2]	7 1
1907	15	15	9	9	4	4	24	23	26	26	7 1[1]	6 1
1912	16	16	7	6	6	6	26	20	26	26	6	6

[1] Bodenreformer [2] Bund der Landwirte

Am Wahlkampf beteiligten sich

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
	in ..... Kreisen												
2 Parteien . .	13	9	4	10	12	4	0	0	0	0	1	2	1
3 „ . .	12	14	13	9	11	19	12	12	11	16	20	17	22
4 „ . .	1	3	7	6	1	3	13	13	8	10	4	6	3
5 „ . .	0	0	2	1	2	0	1	1	6	0	1	1	0
6 „ . .	0	0	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0

Tabelle 7

Der Stimmentfall in den Jahren 1898, 1903, 1907 und 1912 nach Ortsgrößenklassen in Prozenten der Wahlberechtigten

Die Bezeichnungen entsprechen den in Tabelle 5 benutzten; sämtliche ungültigen sowie für Zentrum, Polen und Splitterparteien abgegebenen Stimmen sind mit den Nichtwählern zusammengefaßt.

Die senkrechten Spalten (a, b, c) geben entsprechend den beigefügten Parteibezeichnungen den Stimmentfall innerhalb der betreffenden Gruppe an, die letzte (Kr.) vergleichsweise den des Kreises. — Die kursiv gesetzte Zeile gibt an, wie sich die Wahlberechtigten innerhalb des Kreises auf die Ortsgrößenklassen verteilen; die letzte Ziffer nennt den Anteil des Kreises an der Gesamtzahl der in der Mark Wahlberechtigten (diese gleich 1000 gesetzt).

P 1	1898				1903				1907				1912			P 1
	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.
N	30	38	21	*30*	23	33	22	*25*	13	24	16	*17*	17	20	16	*18*
S	5	14	32	*12*	9	23	47	*21*	5	24	43	*18*	9	31	49	*25*
F	14	23	34	*20*	8	18	20	*13*	5	20	25	*13*	13	30	30	*21*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	44	14	4	*29*	54	19	6	*35*	77	32	16	*52*	61	19	5	*36*
K	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A	7	11	9	*9*	6	7	5	*6*	—	—	—	—	—	—	—	—
	57	*24*	*19*	*17*	*54*	*25*	*21*	*16*	*53*	*24*	*23*	*14*	*50*	*23*	*27*	*13*
P 2																P 2
N	30	36		*32*	28	37		*31*	15	20		*17*	17	23		*19*
S	6	23		*10*	6	25		*11*	4	24		*9*	5	31		*12*
F	15	24		*18*	8	20		*11*	1	10		*4*	0	0		*0*
L	—	—		—	—	—		—	—	—		—	—	—		—
R	—	—		—	—	—		—	28	30		*28*	78	46		*69*
K	49	17		*40*	58	18		*47*	46	9		*36*	—	—		—
A	—	—		—	—	—		—	6	7		*6*	—	—		—
	73	*27*		*16*	*73*	*27*		*14*	*72*	*28*		*12*	*71*	*29*		*11*
P 3																P 3
N	34	46	29	*35*	26	39	24	*28*	17	25	17	*19*	20	28	20	*22*
S	12	18	21	*14*	20	27	29	*22*	19	27	27	*21*	22	33	29	*25*
F	14	13	27	*15*	15	16	29	*17*	12	24	29	*16*	14	23	36	*19*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K	36	19	15	*31*	39	18	18	*33*	52	24	27	*44*	44	16	15	*34*
A	4	4	8	*4*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	71	*18*	*11*	*28*	*68*	*21*	*11*	*25*	*67*	*21*	*12*	*22*	*66*	*23*	*11*	*21*

(Noch Tabelle 7)

P 4	1898				1903				1907				1912			P 4
	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.
N	31	38	45	*35*	29	35	43	*32*	20	24	31	*22*	17	20	23	*18*
S	9	28	22	*15*	11	34	26	*19*	7	31	22	*15*	10	33	29	*19*
F	1	6	5	*3*	2	6	7	*4*	7	21	27	*14*	16	27	33	*21*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K	52	22	17	*39*	58	25	24	*45*	66	24	20	*49*	57	20	15	*42*
A	7	6	11	*8*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	61	*17*	*22*	*25*	*61*	*24*	*15*	*23*	*60*	*25*	*15*	*20*	*60*	*24*	*16*	*18*
P 5																P 5
N	22	31	21	*25*	19	23	27	*22*	16	16	16	*16*	16	17	17	*17*
S	19	30	30	*25*	27	29	37	*33*	25	37	38	*32*	28	41	39	*35*
F	18	20	34	*22*	11	15	18	*13*	17	28	29	*23*	19	28	32	*25*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	41	19	15	*28*	43	23	18	*32*	42	19	17	*29*	—	—	—	—
K	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	37	14	12	*23*
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	47	*32*	*21*	*19*	*45*	*32*	*23*	*18*	*43*	*33*	*24*	*17*	*42*	*32*	*26*	*16*
P 6																P 6
N	31	31	36	*34*	23	25	29	*26*	16	18	18	*18*	21	19	16	*17*
S	25	36	45	*36*	29	45	51	*45*	31	47	56	*51*	38	55	65	*61*
F	4	9	7	*7*	3	5	5	*5*	0	0	0	*0*	7	12	9	*9*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	—	—	—	—	53	35	26	*31*	—	—	—	—
K	39	24	11	*22*	45	25	15	*24*	—	—	—	—	34	14	10	*13*
A	1	0	1	*1*	—	—	—	—	0	0	0	*0*	—	—	—	—
	31	*25*	*44*	*56*	*24*	*29*	*47*	*65*	*18*	*18*	*64*	*75*	*12*	*18*	*70*	*90*
P 7																P 7
N	22	22	27	*25*	18	20	22	*21*	10	10	13	*12*	12	15	12	*12*
S	26	42	27	*29*	32	48	34	*36*	29	48	39	*38*	33	49	44	*42*
F	10	10	15	*13*	10	13	13	*12*	17	22	17	*18*	19	20	23	*22*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	36	16	21	*24*
K	42	26	31	*33*	40	19	31	*31*	44	20	31	*32*	—	—	—	—
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	27	*14*	*59*	*38*	*25*	*16*	*59*	*36*	*24*	*15*	*61*	*34*	*22*	*14*	*64*	*34*
P 8																P 8
N	18	27	13	*16*	17	23	13	*15*	11	12	9	*10*	10	13	8	*8*
S	23	22	50	*38*	29	28	52	*43*	25	27	52	*42*	31	25	54	*46*
F	11	16	21	*16*	12	22	20	*17*	17	25	25	*22*	21	32	23	*23*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	47	36	14	*26*	21	19	13	*16*
R	—	—	—	—	42	27	15	*25*	—	—	—	—	—	—	—	—
K	48	35	16	*30*	—	—	—	—	—	—	—	—	17	11	2	*7*
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	39	*5*	*56*	*23*	*36*	*5*	*59*	*22*	*33*	*5*	*62*	*20*	*33*	*3*	*64*	*19*

(Noch Tabelle 7)

P 9	1898				1903				1907				1912			P 9
	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.
N	35	39	21	*34*	27	37	14	*28*	13	18	9	*14*	14	18	9	*14*
S	14	22	57	*22*	21	33	68	*30*	21	36	64	*31*	24	38	67	*34*
F	16	30	17	*19*	8	17	11	*11*	11	27	19	*16*	21	32	20	*24*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	44	13	7	*31*	55	19	8	*39*	41	12	4	*28*
K	35	9	5	*25*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62	*25*	*13*	*33*	*61*	*26*	*13*	*30*	*61*	*25*	*14*	*28*	*59*	*27*	*14*	*26*
P 10																P 10
N	33	35	39	*37*	23	25	31	*29*	13	16	23	*21*	17	18	20	*19*
S	19	31	35	*32*	29	41	42	*40*	28	41	43	*42*	33	45	50	*48*
F	4	7	10	*8*	22	5	8	*7*	6	16	17	*16*	12	24	24	*24*
L	—	—	—	—	0	3	5	*4*	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K	43	25	14	*21*	46	26	14	*20*	53	27	17	*21*	38	12	6	*9*
A	1	2	2	*2*	0	0	0	*0*	—	—	—	—	0	1	0	*0*
	17	*14*	*69*	*128*	*13*	*14*	*73*	*152*	*10*	*10*	*80*	*183*	*7*	*7*	*86*	*223*
F 1																F 1
N	39	33		*37*	40	42		*41*	17	29		*21*	16	20		*17*
S	5	10		*7*	13	19		*15*	15	21		*17*	17	29		*21*
F	5	9		*6*	2	6		*3*	0	1		*0*	—	—		—
L	—	—		—	—	—		—	—	—		—	11	18		*13*
R	—	—		—	—	—		—	—	—		—	—	—		—
K	25	10		*20*	16	4		*12*	—	—		—	34	10		*27*
A	26	38		*30*	29	29		*29*	68	49		*62*	22	23		*22*
	69	*31*		*20*	*68*	*32*		*18*	*67*	*33*		*16*	*67*	*33*		*14*
F 2																F 2
N	35	36	29	*34*	27	29	25	*27*	16	19	19	*18*	17	18	14	*16*
S	10	19	32	*16*	14	30	36	*22*	12	26	36	*20*	17	35	47	*28*
F	13	26	22	*17*	10	21	23	*15*	11	28	33	*19*	—	—	—	—
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	12	23	30	*18*
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K	42	19	17	*33*	49	20	16	*36*	61	27	12	*43*	54	24	9	*38*
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	62	*16*	*22*	*28*	*60*	*16*	*24*	*26*	*59*	*16*	*25*	*24*	*58*	*16*	*26*	*22*
F 3																F 3
N	34	34	38	*34*	26	28	35	*28*	16	18	20	*17*	18	18	20	*18*
S	13	24	15	*16*	20	32	21	*24*	17	30	21	*21*	20	34	24	*24*
F	7	19	24	*13*	7	17	19	*11*	6	11	24	*10*	11	21	39	*18*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K	43	16	16	*33*	46	23	25	*37*	58	28	23	*45*	51	27	17	*40*
A	3	7	7	*4*	—	—	—	—	3	12	12	*7*	—	—	—	—
	60	*25*	*15*	*21*	*60*	*25*	*15*	*18*	*60*	*24*	*16*	*16*	*60*	*23*	*17*	*15*

(Noch Tabelle 7)

F 4	1898				1903				1907				1912				F 4
	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	
N	23	31	30	*27*	17	22	20	*19*	14	19	17	*16*	15	20	9	*13*	
S	24	22	37	*30*	29	30	45	*37*	24	29	43	*34*	28	36	50	*40*	
F	14	17	19	*16*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
L	—	—	—	—	15	22	26	*20*	18	29	35	*28*	18	24	32	*26*	
R	39	30	14	*27*	—	—	—	—	44	23	5	*22*	—	—	—	—	
K	—	—	—	—	39	26	9	*24*	—	—	—	—	39	20	9	*21*	
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	43	*10*	*47*	*32*	*42*	*10*	*48*	*29*	*37*	*11*	*52*	*27*	*36*	*11*	*53*	*24*	
F 5																	F 5
N	48	54		*50*	36	45		*39*	18	24		*20*	20	27		*22*	
S	4	14		*7*	5	14		*8*	5	15		*8*	14	21		*16*	
F	0	0		*0*	—	—		—	4	5		*4*	2	5		*3*	
L	—	—		—	—	—		—	—	—		—	—	—		—	
R	—	—		—	—	—		—	—	—		—	—	—		—	
K	38	16		*32*	37	12		*29*	52	18		*43*	51	22		*43*	
A	10	16		*11*	22	29		*24*	21	38		*25*	13	25		*16*	
	72	*28*		*19*	*71*	*29*		*17*	*72*	*28*		*15*	*72*	*28*		*14*	
F 6																	F 6
N	40	44	32	*40*	25	32	20	*26*	16	26	14	*18*	16	22	16	*17*	
S	6	17	28	*11*	11	23	37	*16*	12	20	34	*16*	18	26	34	*22*	
F	16	22	23	*18*	18	26	21	*20*	18	36	29	*23*	18	35	37	*24*	
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
R	—	—	—	—	46	19	22	*38*	54	18	23	*43*	48	17	13	*37*	
K	37	12	14	*29*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
A	1	5	3	*2*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	69	*20*	*11*	*22*	*69*	*20*	*11*	*20*	*68*	*21*	*11*	*18*	*68*	*21*	*11*	*16*	
F 7																	F 7
N	27	39	14	*24*	26	34	17	*24*	16	23	12	*15*	15	22	11	*14*	
S	11	18	37	*19*	15	26	44	*24*	12	29	43	*24*	18	37	45	*29*	
F	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
L	31	33	45	*36*	32	34	36	*34*	72	48	45	*61*	33	37	40	*36*	
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
K	31	10	4	*21*	27	6	3	*18*	—	—	—	—	34	4	4	*21*	
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	62	*9*	*29*	*22*	*60*	*10*	*30*	*20*	*59*	*10*	*31*	*19*	*57*	*11*	*32*	*17*	
F 8																	F 8
N	21	16	16	*19*	14	12	10	*12*	10	10	8	*10*	11	9	10	*10*	
S	22	50	52	*36*	29	55	52	*41*	25	56	48	*38*	33	64	54	*45*	
F	21	28	20	*21*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
L	—	—	—	—	57	33	38	*47*	65	34	44	*52*	56	27	36	*45*	
R	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
K	36	6	12	*24*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
A	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
	52	*7*	*41*	*23*	*49*	*10*	*41*	*22*	*48*	*9*	*43*	*20*	*48*	*10*	*42*	*19*	

(Noch Tabelle 7)

F 9	1898				1903				1907				1912			F 9
	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.	a	b	c	Kr.
N	21	26	15	*19*	14	23	14	*15*	9	15	11	*11*	11	13	10	*11*
S	19	47	46	*32*	19	51	48	*34*	17	47	44	*31*	23	50	46	*36*
F	12	19	30	*20*	7	14	22	*13*	7	23	31	*19*	14	26	38	*26*
L	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
R	—	—	—	—	60	12	16	*38*	67	15	14	*39*	52	11	6	*27*
K	47	7	5	*27*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
A	1	1	4	*2*	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	53	*8*	*39*	*24*	*51*	*10*	*39*	*23*	*47*	*9*	*44*	*22*	*45*	*11*	*44*	*21*

F 10																F 10
N	29	30		*29*	22	26	17	*22*	14	22	14	*16*	14	20	9	*15*
S	13	32		*17*	21	36	53	*27*	17	37	55	*26*	23	41	51	*31*
F	12	25		*15*	12	21	24	*15*	11	22	24	*15*	—	—	—	—
L	—	—		—	—	—	—	—	—	—	—	—	22	30	36	*26*
R	—	—		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
K	46	13		*39*	45	17	6	*36*	58	19	7	*43*	41	9	4	*28*
A	—	—		—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
	77	*23*		*29*	*70*	*23*	*7*	*28*	*64*	*28*	*8*	*26*	*60*	*32*	*8*	*25*

Mark																Mark
	a	b	c	M.	a	b	c	M.	a	b	c	M.	a	b	c	M.
N	31	35	34	*33*	24	29	28	*27*	15	19	23	*21*	16	19	19	*18*
S	14	27	38	*30*	20	35	47	*39*	18	35	48	*40*	23	41	56	*48*
F	10	15	14	*13*	7	11	11	*10*	8	15	16	*14*	9	16	17	*15*
L	1	1	1	*1*	5	2	2	*3*	8	3	2	*3*	8	6	2	*4*
R	5	2	1	*2*	13	4	1	*4*	20	11	3	*7*	14	5	1	*4*
K	36	16	7	*16*	29	16	11	*16*	27	12	8	*13*	28	11	4	*10*
A	3	4	5	*5*	2	3	0	*1*	4	5	0	*2*	2	2	1	*1*
	29	*11*	*60*		*26*	*12*	*62*		*23*	*10*	*67*		*20*	*10*	*70*	

Von 100 für eine Partei abgegebenen Stimmen kamen (a) aus dem flachen Lande, (b) aus Kleinstädten, (c) aus Großstädten (außer Berlin), (B.) aus Berlin.

	1898				1903				1907				1912			
	a	b	c	B.	a	b	c	B.	a	b	c	B.	a	b	c	B.
N	27	12	20	*41*	23	13	24	*40*	16	10	27	*47*	18	10	32	*40*
S	14	10	27	*49*	13	11	28	*48*	10	9	33	*48*	9	9	38	*44*
F	23	12	24	*41*	17	13	23	*47*	12	11	31	*46*	12	11	46	*31*
L	55	9	36	*0*	41	9	50	*0*	55	8	37	*0*	48	16	36	*0*
R	70	15	15	*0*	78	10	11	*0*	61	15	22	*2*	74	12	14	*0*
K	63	11	18	*8*	47	12	20	*21*	48	10	26	*16*	58	11	22	*9*
A	17	11	8	*64*	51	26	2	*21*	63	30	6	*1*	38	24	5	*33*
*	*29*	*11*	*22*	*38*	*26*	*12*	*24*	*38*	*23*	*10*	*30*	*37*	*20*	*10*	*36*	*34*

* *Zum Vergleich: Verteilung von 100 Wahlberechtigten*

Tabelle 7a

In denjenigen Wahlkreisen, wo mehrere Gemeinden in der Gruppe c zusammengefaßt sind, entfallen von den in Tabelle 7 angegebenen Stimmanteilen auf die einzelnen Gemeinden in Prozent der Wahlberechtigten der betreffenden Gemeinde

	1898	1903	1907	1912
P 4	Schwedt			
N	42			
S	26	Schwedt gehört nicht mehr zur Gruppe c		
F	6			
K	20			
A	6			
	Prenzlau			
N	46			
S	19	enthält P 4c nur noch Prenzlau, so daß die Zahlen der Tabelle 7 direkt verwendbar sind		
F	5			
K	16			
A	14			
P 6	Boxhagen-Rummelsburg			
N	31	28	16	12
S	47	*55*	*63*	*71*
F	5	7	0	10
R	—	—	21	—
K	17	10	—	7
	Friedrichsfelde			
N			17	20
S	F. gehört noch		45	*54*
F	nicht zur Gruppe c		—	10
R			38	—
K			—	16
	Friedrichshagen			
N		25	19	16
S	F. gehört	42	*50*	*57*
F	noch	6	—	13½
R	nicht	—	31	—
K	zu c	27	—	13½
	Lichtenberg			
N	34	27	17	15
S	*50*	*58*	*60*	*70*
F	10	6	—	7
R	—	—	23	—
K	6	9	—	8
	Niederschönhausen			
N				19
S				*55*
F	N. gehört noch nicht der Gruppe c an			*12*
R				—
K				14

	1898	1903	1907	1912
	Oberschöneweide			
N			16	16
S			*66*	*71*
F	O. gehört noch nicht zur Gruppe c		—	8
R			18	—
K			—	5
	Oranienburg			
N			20	32
S			40	39
F	O. gehört noch nicht zur Gruppe c		—	16
R			40	—
K			—	13
	Pankow			
N	39	32	22	16
S	32	39	45	*56*
F	12	6	—	15
R	—	—	33	—
K	17	23	—	13
	Reinickendorf			
N	40	28	17	15
S	38	*51*	*59*	*72*
F	7	3	—	4
R	—	—	24	—
K	15	17	—	9
	Tegel			
N			14	14
S			*54*	*59*
F	T. gehört noch nicht zur Gruppe c		—	10
R			32	—
K			—	17
	Weißensee			
N	38	34	22	17
S	49	*51*	*59*	*67*
F	3	3	—	5
R	—	—	19	—
K	7	12	—	11
A	3	—	—	—

(Noch Tabelle 7a)

	1898	1903	1907	1912
P 7	Spandau			
N	29	23	15	13
S	31	38	45	49
F	13	11	16	22
R	—	—	—	16
K	27	28	24	—
	Potsdam			
N	24	21	10	10
S	23	29	30	35
F	17	15	19	25
R	—	—	—	30
K	36	35	41	—
P 8	Rathenow			
N	12	15	9	7
S	46	49	49	*50*
F	23	22	27	28
NL	—	—	15	9
R	—	14	—	—
K	19	—	—	6
	Brandenburg			
N	13	12	9	8
S	*52*	*54*	*53*	*57*
F	20	19	24	20
NL	—	—	14	14
R	—	15	—	—
K	15	—	—	1
P 10	Adlershof			
N				12
S				*68*
F	A. gehört noch nicht zur			14
NL	Gruppe c			—
K				6
A				—
	Britz			
N				14
S				*64*
F	B. gehört noch nicht zur			21
NL	Gruppe c			—
K				1
A				—
	Charlottenburg			
N	44	38	28	23
S	27	33	35	42
F	13	10	23	29
NL	—	6	—	—
K	13	13	14	6
A	3	—	—	—

	1898	1903	1907	1912
	Friedenau			
N		29	18	19
S	F. gehört	30	28	33
F	noch	9	27	39
NL	nicht zur	9	—	—
K	Gruppe c	23	27	9
A		—	—	—
	Groß-Lichterfelde			
N	37	28	23	21
S	21	29	28	35
F	6	4	13	31
NL	—	4	—	—
K	34	35	36	13
A	2	—	—	—
	Köpenick			
N	26	24	24	12
S	*54*	*60*	*58*	*69*
F	8	4	10	18
NL	—	1	—	—
K	11	11	8	1
A	1	—	—	—
	Mariendorf			
N				19
S				*60*
F	M. gehört noch nicht zur			20
NL	Gruppe c			—
K				1
A				—
	Nowawes			
N	26	20	20	14
S	49	*57*	*57*	*60*
F	11	6	9	18
NL	—	2	—	—
K	14	15	14	6
A	—	—	—	2
N	Neukölln (Rixdorf)			
N	32	20	17	13
S	*55*	*68*	*67*	*74*
F	6	3	6	12
NL	—	2	—	—
K	7	7	10	1
A	—	—	—	—

(Noch Tabelle 7a)

	1898	1903	1907	1912
Schöneberg				
N	43	33	23	26
S	32	40	40	41
F	8	8	21	26
NL	—	7	—	—
K	17	12	16	7
A	—	—	—	—
Steglitz				
N	39	27	16	19
S	25	35	35	39
F	9	5	22	32
NL	—	3	—	—
K	20	30	27	10
A	7	—	—	—
Tempelhof				
N			20	21
S			41	*52*
F	T. gehört noch		14	19
NL	nicht zur Gruppe c		—	—
K			25	8
A			—	—
Treptow				
N			13	14
S			*58*	*62*
F	T. gehört noch		17	22
NL	nicht der Gruppe c		—	—
K	an		12	2
A			—	—
Wilmersdorf				
N	35	32	23	20
S	27	30	30	36
F	11	10	20	33
NL	—	6	—	—
K	27	22	27	11
A	—	—	—	—
Zehlendorf				
N			18	19
S			29	30
F	Z. gehört der		15	34
NL	Gruppe c noch		—	—
K	nicht an		38	17
A			—	—

	1898	1903	1907	1912
F 4 Fürstenwalde				
N	35	20	13	11
S	36	47	*53*	*55*
F	17	—	—	—
NL	—	19	27	24
R	12	—	7	—
K	—	14	—	10
Frankfurt a. d. Oder				
N	28	20	18	9
S	37	44	40	49
F	20	—	—	—
NL	—	27	37	34
R	15	—	5	—
K	—	9	—	8
F 8 Sorau				
N	14	9	8	10
S	42	49	47	49
F	35	—	—	—
NL	—	42	45	41
K	9	—	—	—
Forst i. d. Lausitz				
N	17	11	9	9
S	*56*	*53*	*50*	*56*
F	13	—	—	—
NL	—	36	41	35
K	14	—	—	—
F 9 Spremberg				
N	12	10	6	9
S	49	*56*	*50*	*53*
F	30	17	30	31
R	—	17	14	7
K	8	—	—	—
A	1	—	—	—
Kottbus				
N	16	16	13	11
S	45	45	42	44
F	30	24	31	39
R	—	15	14	6
K	4	—	—	—
A	5	—	—	—

Tabelle 8

Parteistellung der beiden (drei) Kandidaten, auf welche die meisten Stimmen entfielen. — Die drittstärkste Partei fand nur Berücksichtigung, wenn für sie mindestens 5 % der Berechtigten oder halb soviel Wähler wie für die zweitstärkste Partei stimmten

(Hierzu das Schaubild auf Seiten XII bis XIV)

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
B 1	F	F	NL	F	F	F	F	F	F	F	S	F	F
	S	K	F	K	K	K	R	K	S	S	F	S	S
	K	S	S	S			S	S	K	K	K	K	
B 2	F	F	F	F	F	F	K	S	S	S	S	S	S
	K	K	NL	S	K	K	F	F	F	F	F	F	F
		S	S	R	S	S	S	K	K	K	K		
B 3	F	F	F	F	F	F	F	S	S	S	S	S	S
	S	S	S	S	K	K	S	F	F	F	F	F	F
			NL		S	S	NL		A	A	K	K	
B 4	F	F	S	S	F	S	S	S	S	S	S	S	S
	S	S	F	F	S	F	K	F	F	F	F	F	F
	S			R	K	K	F		K	A	K		
B 5	F	F	F	F	F	F	F	F	S	S	S	S	S
	S	S	S	S	K	K	K	S	F	F	F	F	F
	K			K		S	S	K	A	A	A		
B 6	F	F	S	F	F	S	S	S	S	S	S	S	S
	S	S	F	S	S	F	R	F	K	A	K	F	F
			NL		K	K	F	K	F	F	F	K	K
P 1	K	K	K	K	F	K	K	K	K	R	R	R	R
	NL	NL	NL	NL	K	F	F	F	F	F	S	S	S
									S	S	F	F	F
P 2	K	NL	R	R	F	R	R	F	K	K	K	K	K
	NL	R	F	F	K	F	F	R	F	F	F	R	K
									S	S	S	S	S
P 3	K	R	R	R	R	K	K	K	K	K	K	K	K
	F	F	NL	NL	F	F	F	F	F	F	S	S	S
									S	S	F	F	F
P 4	K	R	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K
	L	K	R	NL	F	F	F	F	S	S	S	S	F
	R							S	F	A		F	S
P 5	R	NL	R	R	F	F	R	R	R	R	S	S	S
	NL	R	F	F	R	R	F	F	S	S	R	R	F
			NL					S	F	F	F	F	K
P 6	K	R	R	F	R	R	R	S	S	S	S	S	S
	NL	NL	F	R	F	F	F	R	K	K	K	R	K
		S	S	S	S	S	S	F	F	F			F

(Noch Tabelle 8)

	1871	1874	1877	1878	1881	1884	1887	1890	1893	1898	1903	1907	1912
P 7	F	NL	F	F	F	F	K	R	S	K	S	S	S
	K	K	K	K	K	K	F	F	K	S	K	K	R
								S	F	F	F	F	F
P 8	K	F	K	K	F	K	K	S	S	S	S	S	S
	F	S	F	F	K	F	F	F	NL	K	R	NL	F
	S	K	S	S	S	S	S	K	F	F	F	F	NL
P 9	K	NL	F	F	F	K	K	K	K	K	R	R	S
	NL	K	K	R	K	F	F	S	S	S	S	S	R
		S	S				S	F	F	F	F	F	F
P 10	K	NL	NL	K	K	K	K	K	S	S	S	S	S
	NL	K	F	F	F	F	S	S	K	K	K	K	F
			S	S		S	F	F	F	F	F	F	K
F 1	K	NL	K	K	K	K	K	K	A	A	A	A	K
	K	K	NL	NL	F	F	NL	F	K	K	S	S	A
									F	S	K		S
F 2	K	NL	R	K	F	K	K	F	K	K	K	K	K
	NL	R	NL	F	K	F	F	K	F	F	S	S	S
			K						A	S	F	F	NL
F 3	R	NL	K	K	K	F	K	K	K	K	K	K	K
	NL	R	NL	NL	F	K	F	F	S	S	S	S	S
								S	F	F	F	F	F
F 4	NL	NL	NL	R	F	R	K	K	R	S	S	S	S
	K	S	K	NL	K	F	F	S	S	R	K	NL	NL
			S				NL	F	F	F	NL	R	K
F 5	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K
	NL	R	NL	NL	NL	F	F	F	S	A	A	A	A
									F	S	S	S	S
F 6	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	R	R	R
	NL	NL	NL	NL	F	F	F	F	F	F	F	F	F
						K		S	S	S	S	S	S
F 7	K	NL	K	K	R	R	R	NL	NL	NL	NL	NL	NL
	NL	K	F	NL	F	F	F	K	R	K	S	S	S
							S	S	S	S	K		K
F 8	NL	NL	NL	R	F	K	R	R	K	S	NL	NL	NL
	K	S	S	NL	R	F	F	F	S	K	S	S	S
		K	Z	S	S	S	S	S	F	F			
F 9	K	K	K	K	K	K	K	K	K	S	R	R	S
	F	NL	NL	F	F	F	S	S	S	K	S	S	R
			S	S		S	F	F	F	F	F	F	F
F 10	R	F	K	K	K	K	K	K	K	K	K	K	S
	K	K	F	NL	F	F	F	F	F	S	S	S	K
								S	S	F	F	F	NL

Tabelle 9

Die Ergebnisse der Berufszählungen (dgl. die Gewerbestatistiken) lassen sich — wie schon im Text erwähnt, hauptsächlich wegen Fehlens jedes Gegenmaterials bei den Parteien — nicht zu den Wahlergebnissen in Beziehung setzen. Immerhin gestattet aber besonders das bei der Berufszählung von 1882 verwendete Schema, durch geeignete Bearbeitung ein befriedigendes Bild vom Berufsaufbau der brandenburgischen Wähler zu gewinnen. Erläuternd seien dieser Tabelle einige Erklärungen vorausgeschickt:

Zu berücksichtigen waren selbstverständlich nur die männlichen Erwerbstätigen. Hiervon waren auszusondern a) Ausländer, b) Militärpersonen und c) Personen unter 25 Jahre.

Zu a) Der Anteil der Ausländer an den einzelnen Berufsgruppen war nicht zu erfassen. Im ganzen war er so gering, daß eine wesentliche Beeinträchtigung des Ergebnisses nicht zu befürchten war. Da die Zählung im Juni stattgefunden hat, dürften auch ausländische Wanderarbeiter kaum in größerer Zahl in dem Nachweis enthalten sein.

Zu b) Aus der Berufsgruppe E (Heeres- und Verwaltungsdienst, freie Berufe) schaltete ich die Untergruppe I (Heeres- und Hofdienst) vollständig aus.

Zu c) Unmittelbar aus den statistischen Angaben war nur die Berücksichtigung der Personen unter 20 Jahre möglich. Ich habe mich hiermit begnügen müssen, da verschiedene Versuche, unter Benutzung anderer Quellen die gesuchten Ziffern zu errechnen, nicht zum Erfolge führten.

Die soziale Stellung der unter D (Hausdienst und wechselnde Lohnarbeit) zusammengefaßten Erwerbstätigen ist allenfalls noch zu charakterisieren, ihre Einreihung in ein politisch-soziales Schema erscheint mir aber kaum möglich. Die Ziffern der Gruppe D sind deshalb zwar in meiner Tabelle enthalten (kursiv), aber nicht weiter berücksichtigt. Ebenso außer Betracht gelassen habe ich die Gruppe F (ohne Beruf). Neben zahlreichen noch nicht Wahlberechtigten umfaßt diese Gruppe Personen, welche nach ihrer geistigen und sozialen Verbundenheit allen eigentlichen Berufsgruppen zugehören. — Aus den gleichen Gründen ließ ich bei allen Gruppen das häusliche Dienstpersonal und die mithelfenden Familienangehörigen unberücksichtigt. — Wie die Tabelle zeigt, decken sich die der Berufsstatistik auf die erläuterte Weise entnommenen Zahlen recht genau mit den Zahlen der Wahlberechtigten. Ich glaube daher, in dieser Tabelle 9 ein zuverlässiges Bild von der Berufszugehörigkeit der Wahlberechtigten in der Mark Brandenburg zu geben.

★

A Bodenbenutzung und Tierzucht
B Industrie und Gewerbe
C Handel und Verkehr
D Hausdienst und wechselnde Lohnarbeit
E Heeres- und Verwaltungsdienst, freie Berufe
F ohne Beruf

Alle Zahlen enthalten nur männliche Haupterwerbstätige über 20 Jahre

a = beruflich selbständige; b = Arbeitnehmer

(Noch Tabelle 9)

Berufliche Gliederung der Bevölkerung 1882 nach der Berufszählung vom 5. Juni 1882

I. Reg.-Bez. Potsdam

(Preußische Statistik Band 76 I Seite 241—249)

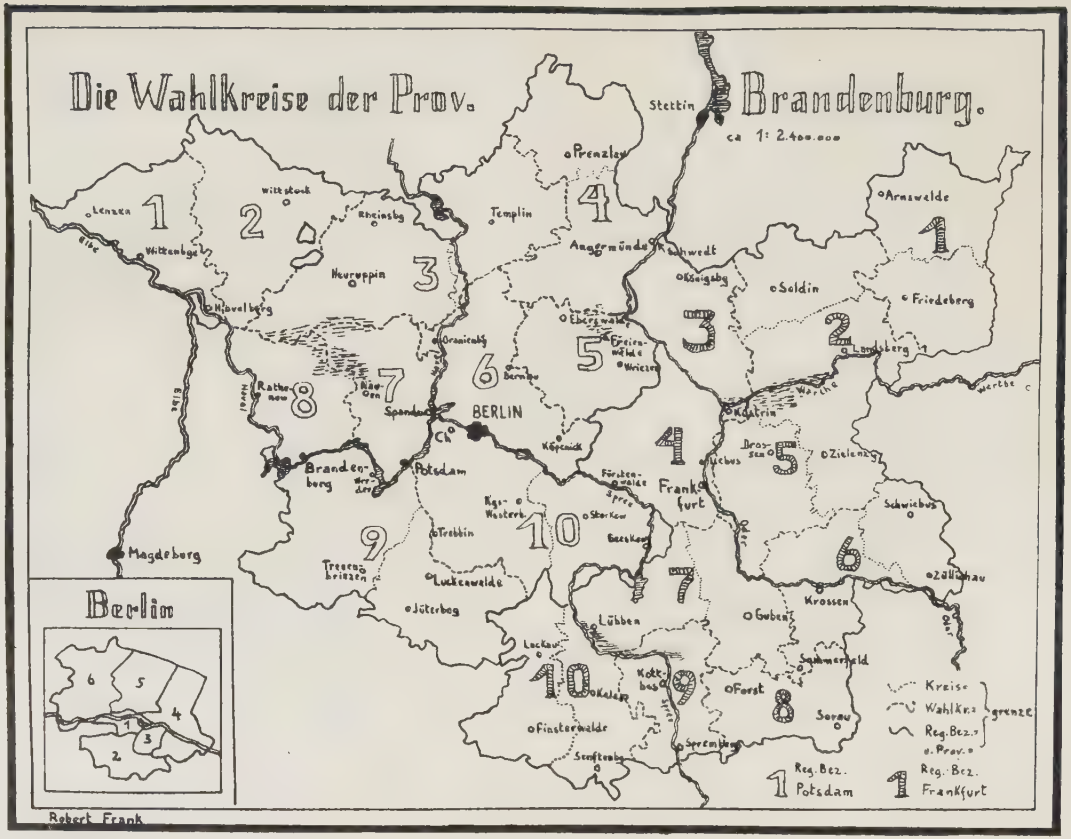
Kreis		A	B	C	E	*D*, darunter *F*	Sa	Wahlberechtigte 1884
P 1	a	3 240	2 045	935	631	*985*	6 851	
	b	4 899	3 664	1 440		*552*	10 003	
		8 139	5 709	2 375	631	*1 537*	16 854	16 278
P 2	a	3 763	1 992	677	577	*1 191*	7 009	
	b	6 893	2 607	328		*193*	9 828	
		10 656	4 599	1 005	577	*1 384*	16 837	15 209
P 3	a	4 467	3 721	2 416	862	*1 203*	11 466	
	b	11 268	5 255	1 409		*833*	17 932	
		15 735	8 976	3 825	862	*2 036*	29 398	25 609
P 4	a	3 320	3 500	1 588	1 021	*1 769*	9 429	
	b	12 378	5 771	1 170		*745*	19 319	
		15 698	9 271	2 758	1 021	*2 514*	28 748	23 969
P 5	a	1 755	2 766	1 187	838	*2 074*	6 546	
	b	5 670	5 409	841		*550*	11 920	
		7 425	8 175	2 028	838	*2 624*	18 466	16 237
P 6	a	2 749	3 948	2 923	1 236	*2 963*	10 856	
	b	7 216	10 278	2 175		*2 236*	19 669	
		9 965	14 226	5 098	1 236	*5 199*	30 525	29 342
P 7	a	2 127	3 859	2 299	1 971	*1 666*	10 256	
	b	6 098	12 454	1 775		*1 465*	20 327	
		8 225	16 313	4 074	1 971	*3 131*	30 583	28 083
P 8	a	1 811	2 796	1 444	1 927	*1 508*	7 978	
	b	4 847	7 841	1 225		*599*	13 913	
		6 658	10 637	2 669	1 927	*2 107*	21 891	18 232
P 9	a	7 209	5 043	1 412	924	*843*	14 588	
	b	8 953	9 548	1 256		*612*	19 757	
		16 162	14 591	2 668	924	*1 455*	34 345	29 975
P 10	a	5 930	6 412	3 558	1 861	*2 362*	17 761	
	b	10 839	17 890	4 580		*2 805*	33 309	
		16 769	24 302	8 138	1 861	*5 167*	51 070	47 662
P	a	36 371	36 082	18 439	11 848	*16 564*	102 740	
	b	79 061	80 717	16 199		*10 590*	175 977	
		115 432	116 799	34 638	11 848	*27 154*	278 717	250 596

(Noch Tabelle 9)

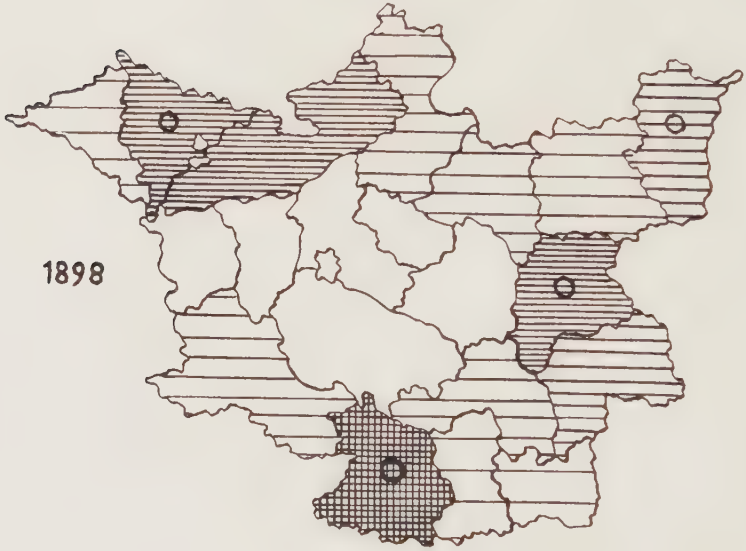
II. Reg.-Bez. Frankfurt

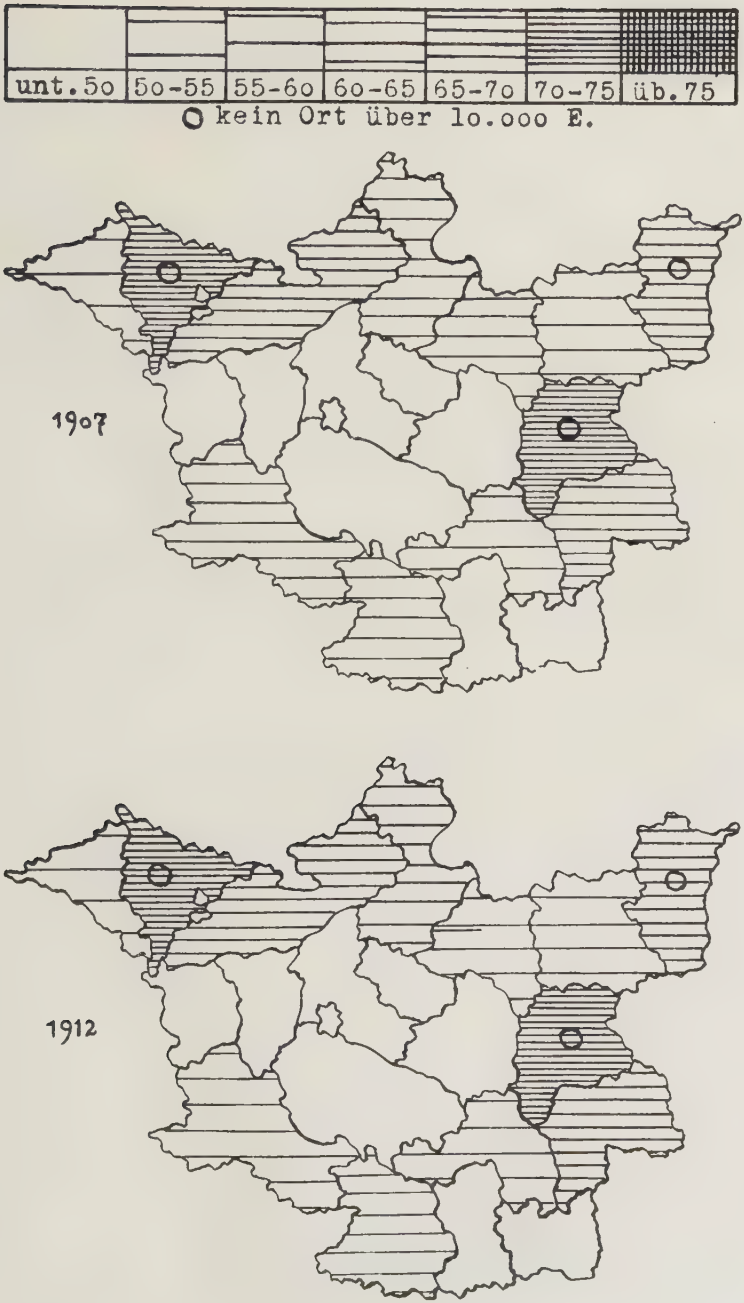
(Preußische Statistik Band 76 I Seite 250—258)

Kreis		A	B	C	E	*D*, darunter *F*	Sa	Wahlberechtigte 1884
F 1	a	4 387	2 408	983	665	*982*	8 443	
	b	9 047	3 358	1 207		*427*	13 612	
		13 434	5 766	2 190	665	*1 409*	22 055	18 641
F 2	a	5 675	3 073	1 358	895	*1 760*	11 001	
	b	10 608	4 935	1 166		*359*	16 709	
		16 283	8 008	2 524	895	*2 119*	27 710	26 649
F 3	a	3 105	2 888	1 276	806	*832*	8 075	
	b	8 611	4 645	1 024		*689*	14 280	
		11 716	7 533	2 300	806	*1 521*	22 355	19 650
F 4	a	3 369	4 270	1 959	1 655	*1 709*	11 253	
	b	10 113	8 598	2 042		*1 618*	20 753	
		13 482	12 868	4 001	1 655	*3 327*	32 006	30 033
F 5	a	4 722	2 628	734	675	*1 892*	8 759	
	b	9 431	2 954	467		*298*	12 852	
		14 153	5 582	1 201	675	*2 190*	21 611	18 566
F 6	a	5 915	2 978	938	543	*771*	10 374	
	b	7 103	5 337	1 106		*624*	13 546	
		13 018	8 315	2 044	543	*1 395*	23 920	21 415
F 7	a	6 155	2 718	898	846	*1 202*	10 617	
	b	6 240	5 666	969		*244*	12 875	
		12 395	8 384	1 867	846	*1 446*	23 492	21 344
F 8	a	3 918	4 262	825	589	*855*	9 594	
	b	3 979	8 427	607		*279*	13 013	
		7 897	12 689	1 432	589	*1 134*	22 607	20 567
F 9	a	6 503	2 546	932	787	*1 085*	10 768	
	b	4 422	6 682	910		*576*	12 014	
		10 925	9 228	1 842	787	*1 663*	22 782	20 774
F 10	a	7 358	3 857	788	766	*740*	12 769	
	b	7 938	5 783	636		*449*	14 357	
		15 296	9 640	1 424	766	*1 189*	27 126	24 259
F	a	51 107	31 628	10 691	8 227	*11 828*	101 653	
	b	77 492	56 385	10 134		*5 565*	144 011	
		128 599	88 013	20 825	8 227	*17 393*	245 664	221 898


Die Wahlkreise der Prov. Brandenburg.
ca 1: 2.400.000
Stettin
Prenzlau
Templin
Angermünde
Schwedt
Königsbg
Soldin
Arnswalde
Friedeberg
Landsberg
Lenzen
Wittenbge
Wittstock
Rheinsbg
Heuruppin
Havelberg
Oranienbg
Eberswalde
Freienwalde
Wriezen
Bernau
Rathenow
Nauen
Spandau
BERLIN
Köpenick
Küstrin
Drossen
Zielenzig
Liebus
Frankfurt
Brandenburg
Potsdam
Kgs-Westerb.
Storkow
Geeskow
Trebbin
Trebbin
Luckenwalde
Jüterbog
Magdeburg
Schwiebus
Züllichau
Krossen
Guben
Lübben
Lucken
Kottbus
Forst
Sommerfeld
Sorau
Finsterwalde
Senftenbg
Spremberg
Elbe
Havel
Warthe
Oder
Spree
Kreise
Wahlkr.
Reg.Bez.
u. Prov.
grenze
Reg. Bez. Potsdam
Reg. Bez. Frankfurt
Berlin
Robert Frank

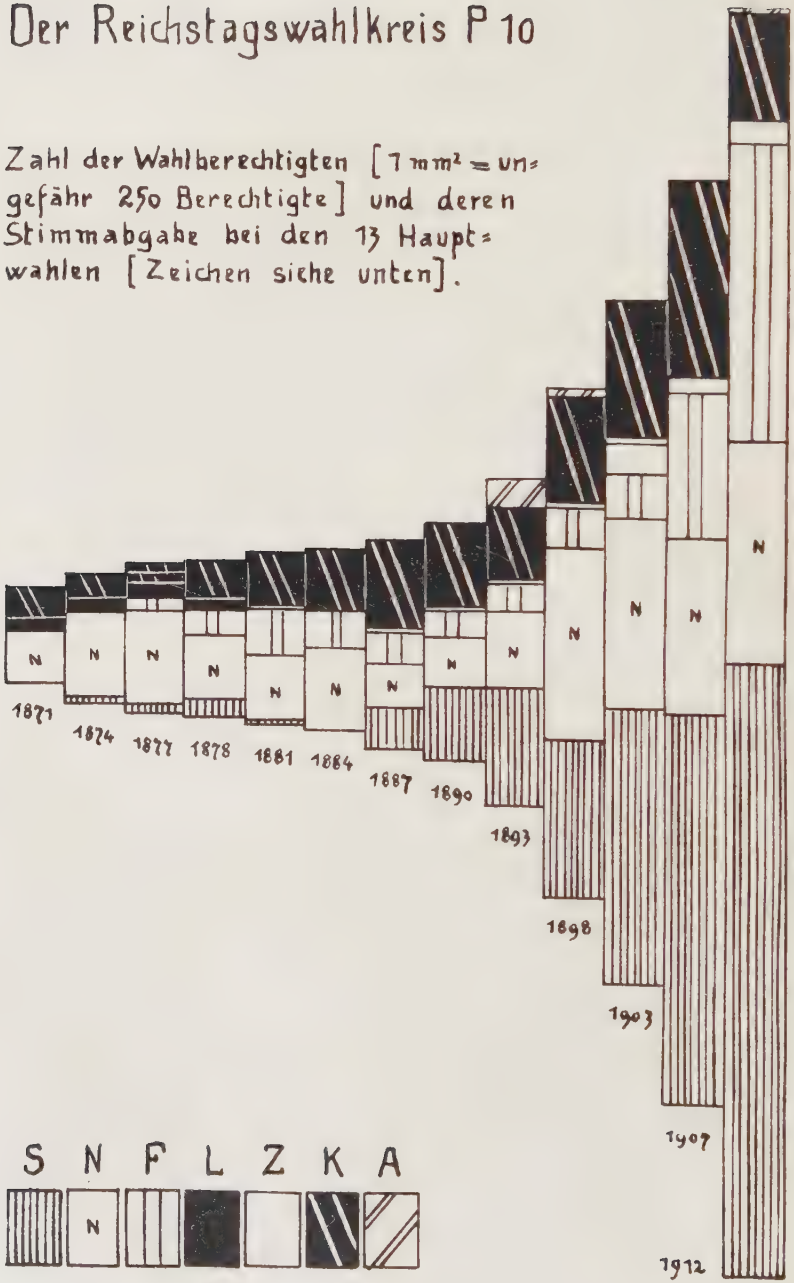
Zu Tafel 3:
Überwiegend ländliche (in Orten unter 2000 Einwohner lebende) Bevölkerung in % der Gesamtbevölkerung.




unt.5o
5o-55
55-6o
6o-65
65-7o
7o-75
üb.75
O kein Ort über 1o.ooo E.
1907
1912

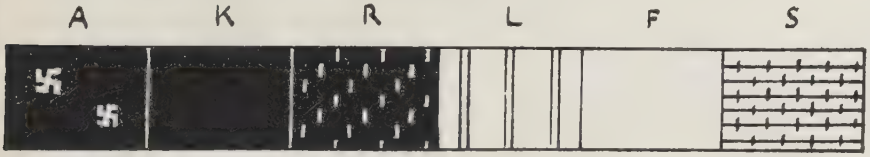
Der Reichstagswahlkreis P 10

Zahl der Wahlberechtigten [1 mm² = ungefähr 250 Berechtigte] und deren Stimmabgabe bei den 13 Hauptwahlen [Zeichen siehe unten].



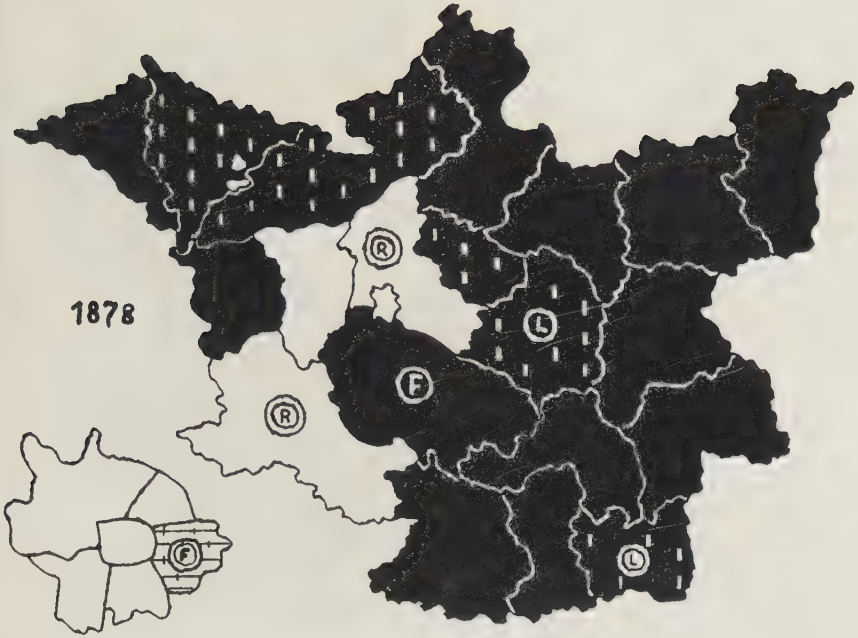
Der Wahlausfall in den 13 Hauptwahlen 1871 bis 1912.

Die Feldfarbe bezeichnet die Parteistellung des Kandidaten, auf welchen die höchste Stimmenzahl entfiel. - Die Parteistellung eines etwaigen Stichwahlgegners ist durch Kreiszeichen angegeben, und zwar:
weiss auf schwarz, wenn dem Gegenkandidaten das Mandat zufiel,
schwarz auf weiss, wenn der Gegenkandidat unterlag.



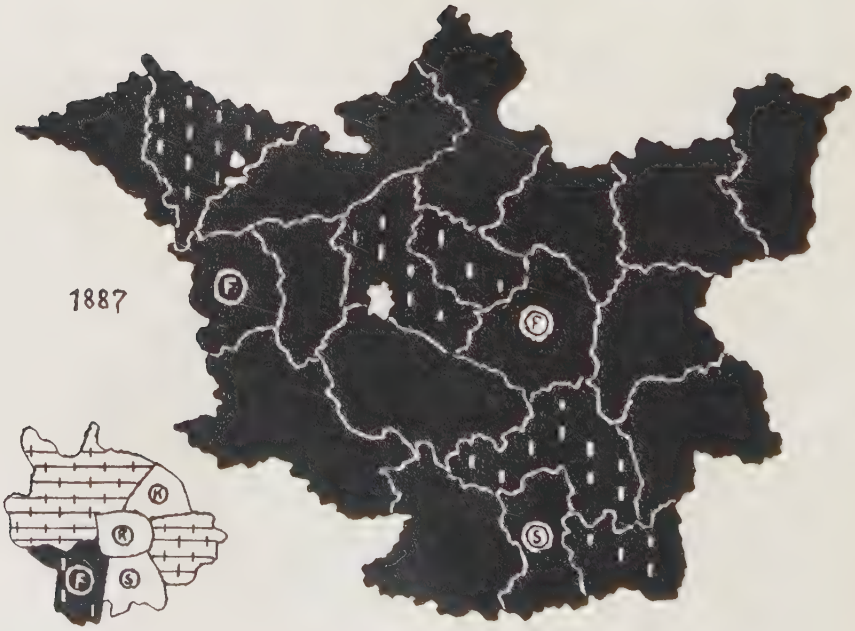
1874
L
R
K
S
K
K
K
L

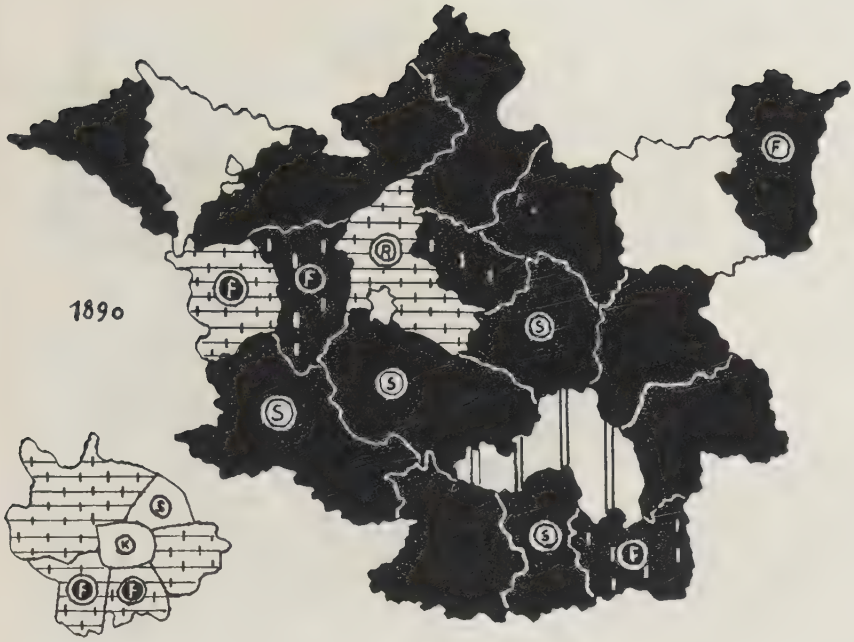
1877
L
F
L
K
L
F
B
K
K
F
L

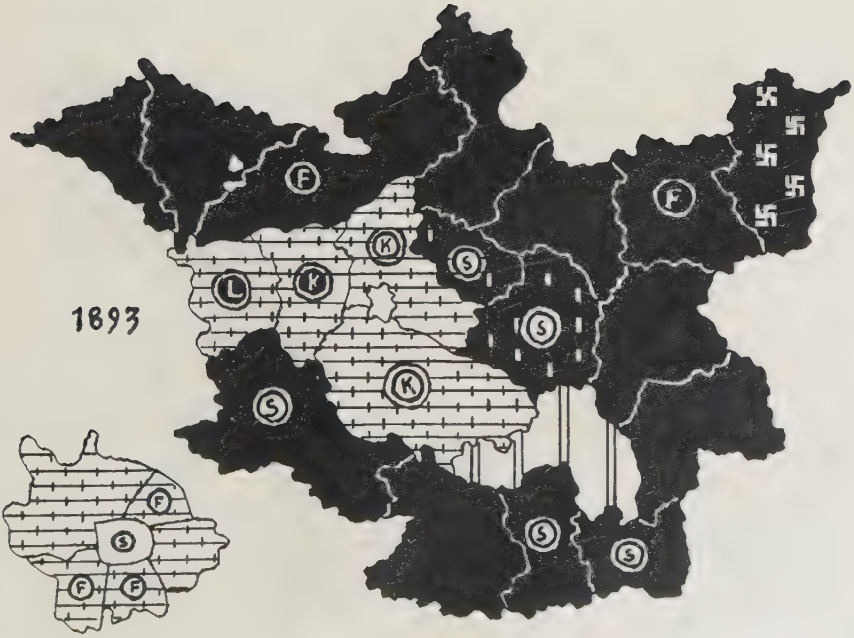

1878
R
L
F
R
F
L

1881
S
S
R

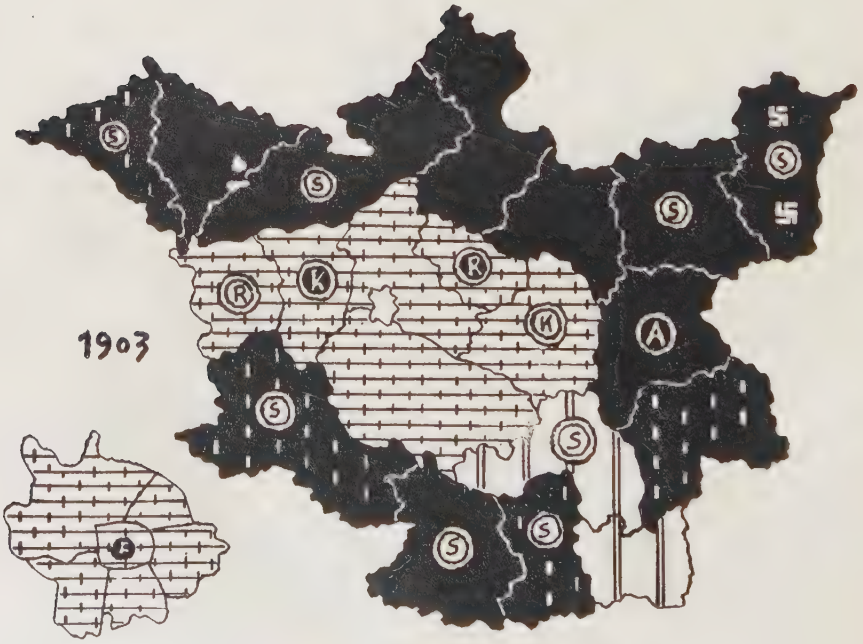
1884
F
K
F
F
F
K
K
K

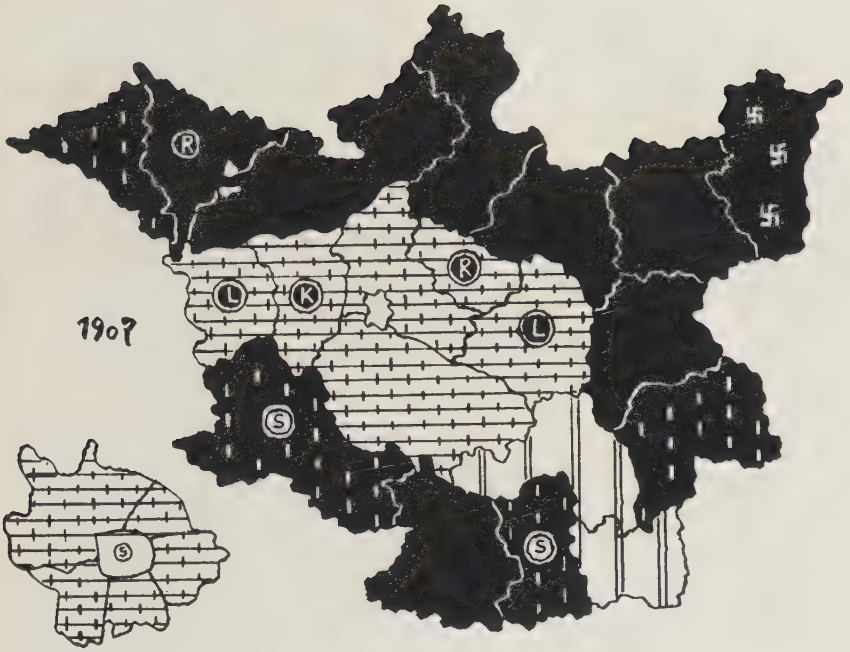

1887
F
F
K
K
F
S
S


1890


1893

1898


1903


1907
R
L
K
R
L
S
S
S

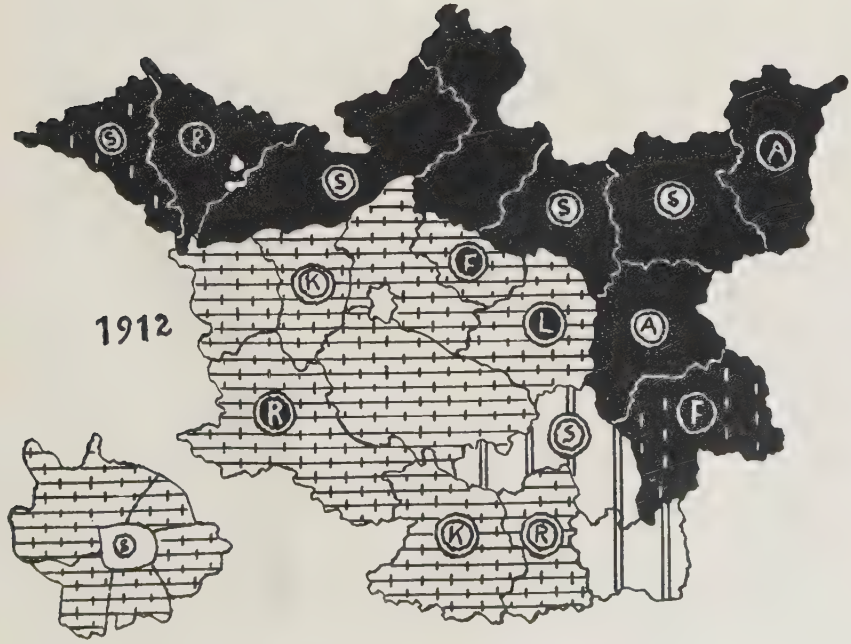
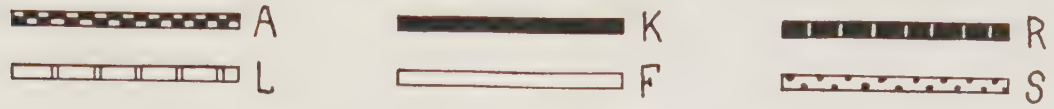
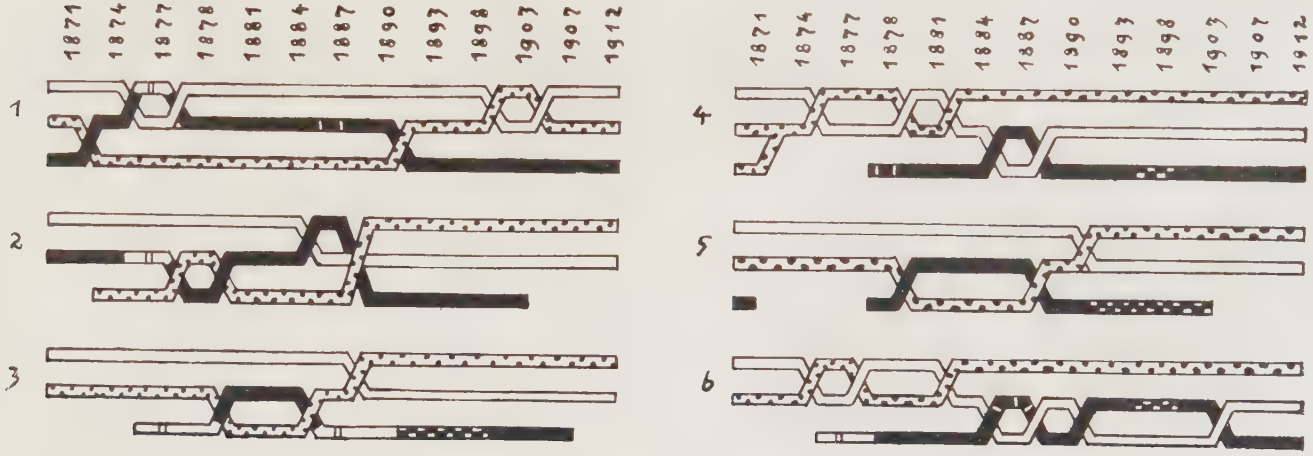

1912
S
R
S
S
S
A
K
F
L
A
R
S
F
K
R

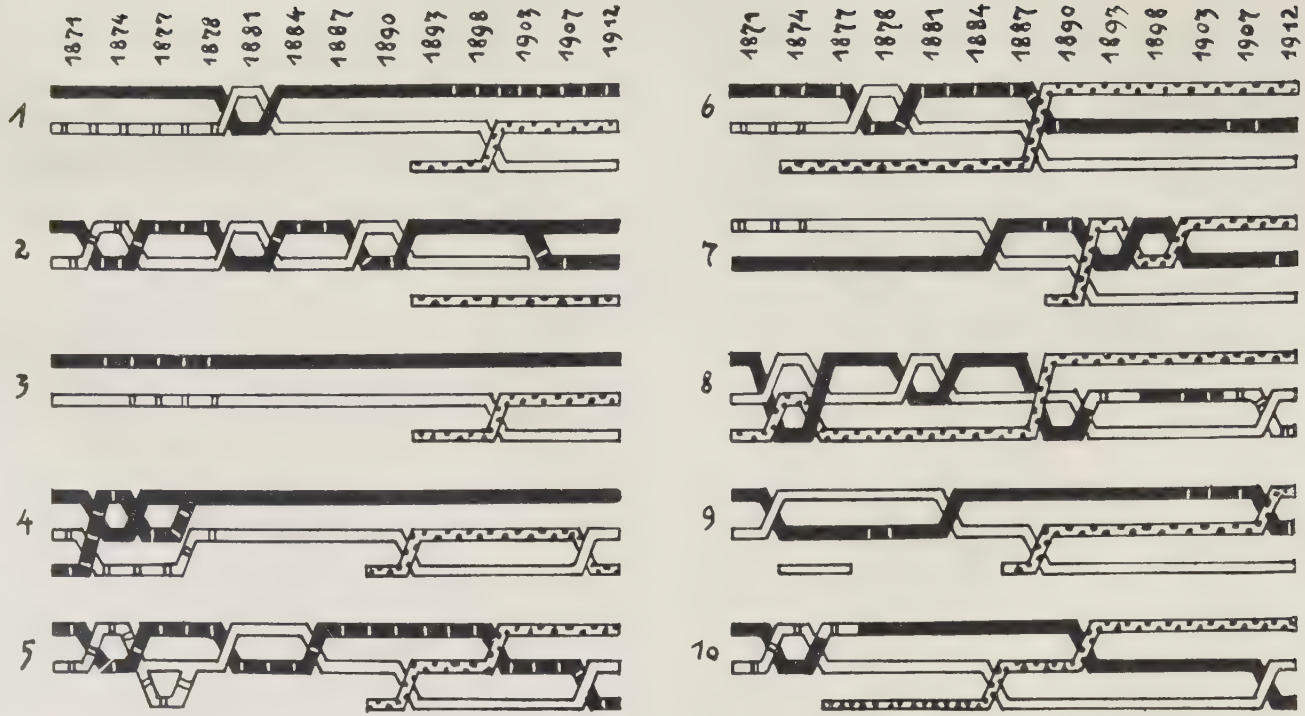
Schaubild zu Tabelle 8



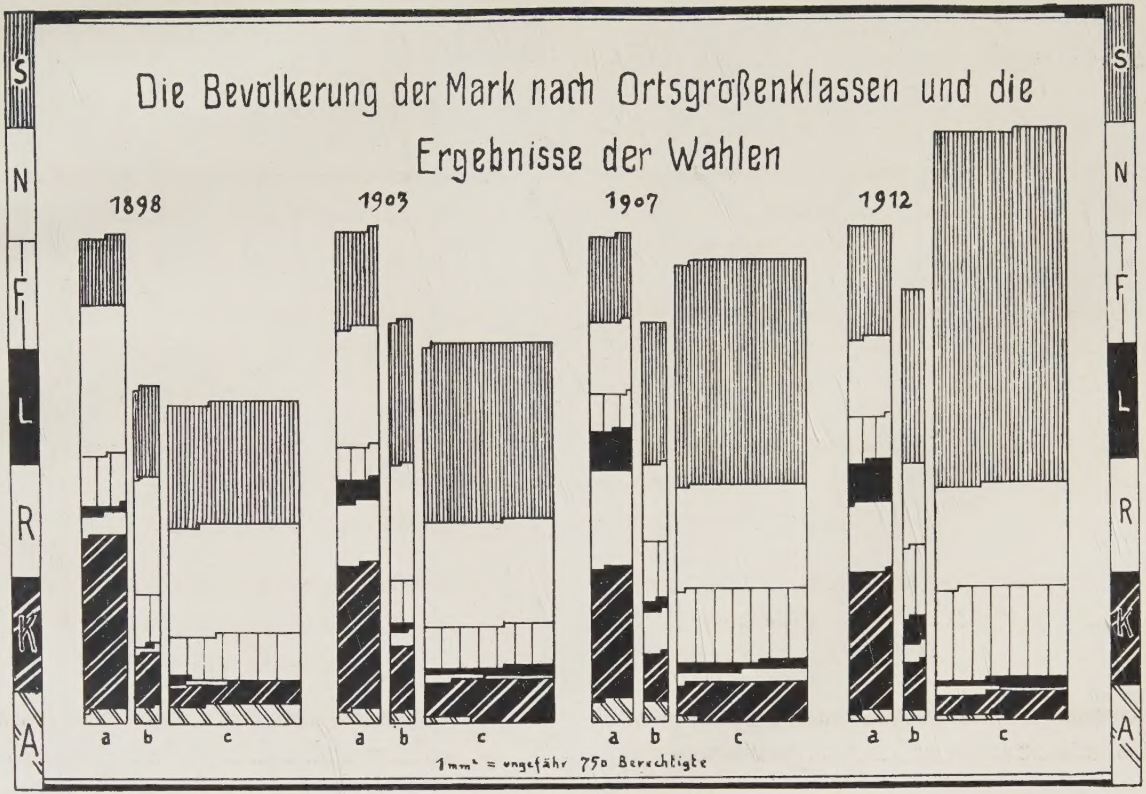
Berlin



Reg.-Bez. Potsdam



Reg.-Bez. Frankfurt
1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
1871
1874
1877
1878
1881
1884
1887
1890
1893
1898
1903
1907
1912


Die Bevölkerung der Mark nach Ortsgroßenklassen und die Ergebnisse der Wahlen
1898
1903
1907
1912
a b c
a b c
a b c
a b c
1 mm² = ungefähr 750 Berechtigte
S N F L R K A

Lebenslauf

Ich wurde am 19. April 1897 zu Berlin als Sohn des Oberpostschaffners Robert Frank und seiner Ehefrau Emilie, geb. Jüdes, geboren, bin preußischer Staatsbürger und evangelischer Konfession. Von 1903 bis 1909 besuchte ich die Gemeindeschule, anschließend die VIII. (jetzt Bismarck-) Realschule zu Berlin, die ich Michaelis 1913 mit der Reife für Obersekunda verließ. Im November 1920 legte ich die Kriegs-Reifeprüfung an der Königstädtischen Oberrealschule zu Berlin, im Juni 1933 die Ergänzungsprüfung am Realgymnasium zu Berlin-Lichterfelde ab.

Im April 1914 trat ich als kaufmännischer Lehrling bei der Berliner Firma Orenstein & Koppel Akt.-Ges. ein, erwarb im November 1916 das Lehrzeugnis und war nach dem Kriege bis April 1926 — mit Unterbrechungen — bei verschiedenen Firmen in Berlin, Cassel und Köln kaufmännisch tätig.

Vom November 1916 an gehörte ich dem Heere, und zwar nach beendeter Ausbildung dem Res.-Inf.-Regt. Nr. 261, an, mit dem ich an den Gefechten an der Westfront teilnahm. In der Flandernschlacht 1917 wurde ich leicht, bei Beginn der Großen Schlacht 1918 schwer verwundet, sodaß ich erst Ende 1919 aus dem Lazarett entlassen wurde. Ich erwarb das Eiserne Kreuz II. Klasse und das Verwundetenabzeichen in schwarz.

Vom S. S. 1921 bis zum W. S. 1923/24 und vom S. S. 1926 bis zum W. S. 1929/30 war ich an der Berliner Universität immatrikuliert. Ich hörte u. a. Vorlesungen bei den Herren Professoren Bernhard, Brackmann, Dibelius †, Holtzmann, Kretschmer, Marcks, Norden, Nußbaum, Rühl, Weiser, und nahm besonders an den Seminaren der Herren Professoren Hartung, Hoppe, Rich. Schmitt und Vogel teil, denen ich an dieser Stelle nochmals aufrichtig danke.